

ARBEITSHEFT



Nr. 20

Reinhard Jacobs M. A.

Terror unterm Hakenkreuz – Orte des Erinnerns in Niedersachsen und Sachsen-Anhalt

Studie im Auftrag der Otto Brenner Stiftung

Berlin, März 2001

Otto
Brenner
Stiftung

Herausgeber:

Otto Brenner Stiftung
Heike Kauls
Alte Jakobstraße 149
10969 Berlin

Tel. 030-25 39 60 10
Fax: 030-25 39 60 11

www.otto-brenner-stiftung.de

Kontakt:

Reinhard Jacobs
E-Mail: jacobs-beedenbostel@t-online.de

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	2
Gedenkstätten und Gedenkorte: Der Untersuchungsgegenstand	3
Gedenkstätten und Gedenkorte in Sachsen-Anhalt	5
Gedenkstätten und Gedenkorte in Niedersachsen	6
Gedenkstätten: Jugendliche nähern sich dem Gegenstand an	7
Einzeldarstellungen zu Orten und Regionen in Sachsen-Anhalt	13
Bernburg: Gedenkstätte für Opfer der NS-„Euthanasie“	13
Dessau	15
Gardelegen: Mahn- und Gedenkstätte Gardelegen	18
Halle/Saale	21
Halle/Saale: Gedenkstätte „Roter Ochse“	25
Langenstein: Gedenkstätte Langenstein-Zwieberge	27
Magdeburg	29
Prettin: Gedenkstätte zum KZ Lichtenburg	34
Rehmsdorf	36
Wernigerode: Mahn- und Gedenkstätte Wernigerode	37
Einzeldarstellungen zu Orten und Regionen in Niedersachsen	41
Stadt und Region Alfeld	41
Braunschweig	43
Göttingen	45
Hamel	48
Landkreis Hannover: Mahn- und Gedenkstätte Ahlem	51
Hannover	53
Hildesheim	60
Lohheide/Landkreis Celle: Gedenkstätte Bergen-Belsen	63
Lüneburg/Uelzen	64
Moringen: KZ-Gedenkstätte Moringen	67
Region Nienburg/Weser: Dokumentationsstelle Pulverfabrik Liebenau e.V.	69
Osnabrück	71
Region Osnabrück: Arbeitserziehungslager Ohrbeck	74
Osterode/Harz	76
Papenburg: Dokumentations- und Informationszentrum Emslandlager (DIZ)	78
Peine	80
Salzgitter	82
Salzgitter: Gedenk- und Dokumentationsstätte KZ Drütte	85
Stadthagen und Gemeinde Auetal	87
Wolfenbüttel: Gedenkstätte in der JVA Wolfenbüttel	89
Wolfsburg	91
Wolfsburg: Erinnerungsstätte an die Zwangsarbeit auf dem Gelände des Volkswagenwerks in Wolfsburg	94
Anhang	97
Adressen von Initiativen und Gedenkstätten	97

Literatur

103

Einleitung

Das Projekt umfasste die Untersuchung von Stätten des Widerstandes, der Verfolgung, Vernichtung und von Zwangsarbeit in Sachsen-Anhalt und Niedersachsen mit Schwerpunkt auf die Situation in Sachsen-Anhalt. Für den Bereich Niedersachsen wurde zunächst unterstellt, dass bereits früher erfolgte Forschungen und Publikationen weitere Recherchen weitgehend überflüssig machen würden. Als ungleich schwieriger wurde die Ausgangslage für Sachsen-Anhalt angesehen, wo im Bereich Gedenkstätten und Gedenkort seit 1990 noch keine zusammenfassenden Studien vorgelegt wurden. Tatsächlich scheint sich in Sachsen-Anhalt die Phase der Neubewertung der dort zu DDR-Zeiten gängigen Gedenkstättingestaltung und Gedenkstättenkultur derzeit in der Abschlussphase zu befinden. Die Neugestaltung und Angleichung der Gedenkstätten an „westliche Standards“ und die Einbeziehung der Unterdrückungsgeschichte in der ehemaligen DDR machen dies deutlich.

Bis 1989/90 gab es in der DDR und auch in der BRD sowohl Forschungen und Publikationen als auch öffentliches, politisches Engagement in und für die Gedenkstättenarbeit sowie für die Aufarbeitung und Vermittlung der NS-Geschichte. Dabei waren die damit verbundenen Interessenlagen der Akteure durchaus unterschiedlich, wie weiter unten dargestellt wird. Für die letzten zehn Jahre lässt sich für den Bereich Niedersachsen feststellen, dass es sehr wohl eine kontinuierliche Weiterarbeit und Entwicklung im Bereich der Gedenkstätten gegeben hat. In Sachsen-Anhalt ist die Ausgangslage anders. Kontinuitäten in der Gedenkstättenarbeit sind hier nicht mehr erkennbar. Anders als in Niedersachsen war der Staat bis 1990 Träger und Gestalter der Gedenkstättenarbeit. Eine Aufarbeitung und Aneignung des Gegenstandes „von unten“ wie in Niedersachsen fand hier nie statt und steht erst an ihren Anfängen.

Die Ergebnisse des Projekts können einen Beitrag zu den Auseinandersetzungen über die Frage der Entschädigung ehemaliger Zwangsarbeiter und auch zum Umgang mit neonazistischen Gruppen und Personen liefern. Leider ist das Medieninteresse an der Frage der Zwangsarbeiterentschädigung zugunsten der inzwischen auch hierzulande nachgewiesenen Fälle von BSE abgeflaut, auch Meldungen über Aktivitäten von Neonazis finden sich wie selbstverständlich nur noch im Innenteil der Zeitungen.

Gleichwohl sind Jugendliche dem Rechtsextremismus tagtäglich in der Schule, auf der Straße, in der Familie und am Arbeitsplatz (sofern sie einen haben) ausgesetzt. Neben dem politischen Problem, dass neonazistische Gruppen ununterbrochen seit 1945 darstellen, besteht ein weiteres Problem darin, dass neonazistische Anschauungen sich über Musik, Verhaltensweisen, Anschauungen, Kleidung usw. Eingang in die Jugendkultur verschafft haben. Der Kampf um die kulturelle Meinungsführerschaft unter Jugendlichen ist bereits voll entbrannt und teilweise von den Neonazis gewonnen.

Solange Jugendliche nicht in die Lage versetzt werden, dem qualifiziert zu widersprechen und sich eigene Sichtweisen auf die deutsche Geschichte seit 1918 zu erarbeiten, wird das Problem massiv bestehen bleiben. Gefragt ist, das haben auch Gespräche mit Betroffenen ergeben, nicht die aufgesetzte Belehrung, sondern Erklärung und Anleitung zur eigenen Erarbeitung zeitgeschichtlicher und politischer Grundlagen der eigenen Existenz in einem demokratisch verfassten und marktwirtschaftlich orientierten Land. Die eigene, unmittelbare Aneignung der NS-Geschichte ist eine

wichtige Grundlage, um rechtsextremen Positionen, Geschichtsfälschern und Neo-Nazis im Alltag entgegenzutreten zu können.

Überzeugte jugendliche Neonazis erreicht ein derartiges Angebot nicht. Keiner von ihnen wird sich durch den Besuch einer Gedenkstätte umstimmen lassen. Der Schwerpunkt aufklärerischer Arbeit sollte bei denen liegen, die Hilfe in der alltäglichen Auseinandersetzung mit neonazistischen Positionen suchen, die mehr von ihrer eigenen und der deutschen Geschichte erfahren möchten. Als Vermittler sind neben den schulischen und außerschulischen Bildungsträgern in erster Linie auch die Gewerkschaften gefragt.

Insgesamt gibt es in Sachsen-Anhalt noch ein großes Defizit im Bereich der lokalen und regionalen historischen Forschung. Inzwischen liegen zwar erste Ergebnisse von universitären Forschungsprojekten und einige Examensarbeiten zu zeitgeschichtlichen Fragestellungen vor, die nicht mehr dem Primat der Politik, konkret der führenden Rolle der KPD bzw. der SED, verpflichtet sind, insgesamt ist das aber noch viel zu wenig Material, um darauf kleine regionale Projekte oder lokal bezogene Bildungsarbeit aufzubauen. Während es im Bereich Niedersachsen z.B. für fast jeden größeren Ort seit langem Literatur und Material zur örtlichen Gewerkschaftsgeschichte gibt, liegt derartiges für Sachsen-Anhalt nicht vor. Hier müsste nicht nur die vergangene DDR-Periode aufgearbeitet werden, es fehlen bislang auch Ergebnisse über die Geschichte der Gewerkschaften seit ihrer Entstehung. Konkret wurden diese Defizite u.a. auch bei der Frage der Entschädigung und Rückgabe ehemaliger Liegenschaften der Gewerkschaften und anderer Organisationen, die sich bis 1990 im Staatsbesitz befanden. Hier anzusetzen und der Erforschung der eigenen Geschichte finanziell und ideell den Weg zu bereiten, ist auch Aufgabe von Gewerkschaften. Dabei muss es nicht in erster Linie um das eigene knappe Geld gehen, oftmals fehlen einfach nur die Ideen, um vielleicht ein ABM-Projekt zur örtlichen Geschichte anzustoßen oder realisierbare Projekt-Themen für Schulen zu entwickeln.

Gedenkstätten und Gedenkort: Der Untersuchungsgegenstand

Bei der Auswahl der nachstehend vorgestellten Gedenkort wurde auch berücksichtigt, ob es schon Aktivitäten, und besonders gewerkschaftliche, vor Ort gab oder gibt, die beispielhaft und motivationsfördernd für weitere Initiativen sein könnten.

Die ersten Mahnmale zur Erinnerung an die nationalsozialistischen Verbrechen setzten in Niedersachsen und Sachsen-Anhalt die 1945 hier einrückenden amerikanischen Truppen. Ein markantes Beispiel dafür ist noch heute in der Gedenkstätte Gardelegen zu sehen. Die hier vorgefundenen Spuren eines nationalsozialistischen Gewaltverbrechens an 1.016 auf dem Evakuierungsmarsch befindlichen KZ-Häftlingen und Zwangsarbeitern veranlassten den Kommandanten der amerikanischen Besatzungssoldaten zu drakonischen Maßnahmen. Die notdürftig verscharrten und größtenteils noch offen herumliegenden teilweise verbrannten Leichen mussten von der Bevölkerung auf einem eigens angelegten Friedhof begraben werden. Die Gräber sollten, so ein Befehl, auf alle Zeiten von den Gardelegern Bürgern gepflegt und die Erinnerung an die hier Umgekommenen bewahrt werden. Die damals aufgestellte Erinnerungstafel ist nach 1990 rekonstruiert worden. Neben den in den Konzentrationslagern vorgefundenen Leichenbergen und sterbenden Häftlingen wird für die vorrückenden Besatzungstruppen die Situation in Gardelegen eine

der bedrückendsten Erfahrungen gewesen sein.

Bis ca. 1947 wurden praktisch alle heute noch vorhandenen Ehrenfriedhöfe angelegt, vielfach auf Anordnung der sowjetischen Militäradministration. Der größten Teil der Opfer unter Zwangsarbeitern und Kriegsgefangenen kam aus der UdSSR. Ebenfalls aus dieser Zeit datieren die Mahnmale, die von Überlebenden und Angehörigen der Opfer aufgestellt wurden. Eine besondere Rolle spielt hier die unmittelbar nach Kriegsende von Überlebenden des NS-Terrors gegründete Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes, die sowohl in Sachsen-Anhalt wie auch in Niedersachsen die Aufstellung von Gedenksteinen durchsetzen konnte. In der DDR wurde die VVN 1953 durch staatliche Verfügung aufgelöst.

In den späteren Jahren nach der Gründung der beiden deutschen Staaten nehmen die Gemeinsamkeiten bezüglich der Gedenkorte an das NS-Regime kontinuierlich ab. In Niedersachsen bestand schon bald nach Gründung der Bundesrepublik kein großes Interesse mehr an den in der unmittelbaren Nachkriegszeit angelegten Friedhöfen und Mahnmalen. Zwar wurden noch bis in die 60er Jahre aufgefundene Leichen ehemaliger Zwangsarbeiter und Kriegsgefangener auf den Ehrenfriedhöfen beigesetzt, deren Pflege wurde allerdings zunehmend vernachlässigt. Vandalismus durch ehemalige Nazis bzw. neonazistische Gruppen auf „Ausländerfriedhöfen“ ist seit der unmittelbaren Nachkriegszeit aktenkundig.

Wurden die Friedhöfe und Mahnmale in Niedersachsen zunächst vergessen, so waren sie in Sachsen-Anhalt schon früh Bestandteil der offiziellen antifaschistischen Staatsdoktrin. Die Unterschiede im Umgang mit der NS-Vergangenheit wird besonders an den Gedenkstätten in Sachsen-Anhalt und Niedersachsen deutlich. Während in Sachsen-Anhalt der größte Teil der Gedenkstätten in den 60er und 70er Jahren auf staatliche Veranlassung entstand und einen dementsprechenden Platz in der politischen Kultur der DDR hatte, waren es in Niedersachsen zum großen Teil Initiativen politisch interessierter junger Menschen aus Gewerkschaften, Parteien und anderen Organisationen, die hier in den 70er und 80er Jahren aktiv an der Einrichtung von Gedenkstätten und Gedenkorten beteiligt waren und sich oft erst gegen örtliche und politische Widerstände durchsetzen mussten.

Der wichtigste Unterschied in der Frage der Gedenkstättenarbeit zwischen beiden Bundesländern liegt darin, dass in Niedersachsen nach Jahrzehnten des Verschweigens in den 70er Jahren Gewerkschaftsjugendliche, Geschichtswerkstätten und Geschichtsinitiativen, engagierte Lehrer, Volkshochschuldozenten und Geistliche daran gingen, die Geschichte bisher bewusst vergessener Opfer des NS-Regimes öffentlich aufzugreifen und schließlich um den Erhalt und die Schaffung von Erinnerungsstätten zu kämpfen.

In Niedersachsen wie in der restlichen Bundesrepublik war dies eine spät nachgeholte Auseinandersetzung mit einer größtenteils absichtlich verschwiegenen Geschichte und Lebensgeschichte, die auch und vor allem die Verstrickung der Eltern- und Großelterngeneration in die Machtmechanismen des NS-Regimes und eine als gescheitert angesehene Entnazifizierung zum Gegenstand hatte.

In Sachsen-Anhalt stellte sich die Entwicklung völlig anders dar. Antifaschismus war eine der

Grundlagen der Deutschen Demokratischen Republik und damit Staatsdoktrin. Schon in den 50er Jahren ging die Tendenz auch in Sachsen-Anhalt immer mehr dahin, Gedenkorte nicht dem individuellen Schicksal der Opfer sondern allgemein den „antifaschistischen Widerstandskämpfern“ zu widmen. Zeitgenössische Leitlinie bis zum Ende der DDR war immer die „führende Rolle der KPD im antifaschistischen Widerstandskampf“, ein Stereotyp, das in Reden und Schriften zum Thema NS-Geschichte immer präsent war. Alle übrigen Opfer und Verfolgte des NS-Regimes wurden, ob es nun der historischen Wahrheit entsprach oder nicht, als antifaschistische Widerstandskämpfer bezeichnet und geehrt. Erst sehr spät, seit Mitte der 80er Jahre, wurde dem Schicksal der Juden als eigene Opfergruppe Aufmerksamkeit gewidmet.

Ein weiterer gewichtiger Unterschied liegt auch in der gesellschaftlichen Nutzung der KZ-Gedenkstätten in der ehemaligen DDR begründet. Relevante Ereignisse wie die Vereidigung von Rekruten der Volksarmee, Jugendweihen, Aufnahme feiern der Jungen Pioniere usw. fanden in der Kulisse der Gedenkstätten statt, Aufmärsche zum 1. Mai, zum Tag der Befreiung, zum Tag der Opfer des Faschismus, zum Gründungstag der DDR oder zum Tag der Roten Armee wurden regelmäßig hier veranstaltet. Sogar Hochzeitspaare legten hier nach ihrer Trauung Blumensträuße ab. Die Gedenkstätten waren damit, von ihrem eigentlichen Ursprung abgehoben, zu einem Bestandteil des öffentlichen Alltags der DDR geworden. Ob dadurch der antifaschistische Gedanke besonders in der Bevölkerung verankert wurde, mag bezweifelt werden.

Ebenso obligatorisch wie die vielen Feiern und Veranstaltungen in den Gedenkstätten war ihr regelmäßiger Besuch durch Schulklassen. Mit der Vereinigung der beiden deutschen Staaten hörten diese Besuche zunächst auf. Ursache dafür war auch eine Verunsicherung von Lehrkräften, die sich keine besondere Nähe zum ehemaligen DDR-Staat nachsagen lassen wollten. Inzwischen nehmen diese Besuche wieder zu, hier machen sich die Veränderungen in den Gedenkstätten selber und in den Lehrplänen bemerkbar.

Abseits der ideologischen Besetzung der Gedenkstätten und der Widerstandsgeschichte gab es auch in der DDR in der unmittelbaren Nachkriegszeit dieselbe pragmatisch veranlasste Nutzung von ehemaligen Zwangsarbeiterlagern als Flüchtlingsunterkünfte und später als Schlichtwohnungen für mittellose Personen. Bis in die 60er Jahre lassen sich solche Nutzungen für beide Länder nachweisen, bis dann der Abriss und damit die vorläufige „Entsorgung“ der Vergangenheit erfolgte. Ein besonders peinliches und makaberes Beispiel hierfür stellt die heutige Mahn- und Gedenkstätte Wernigerode dar, die erst sehr spät Mitte der 70er Jahre eingerichtet wurde. Bis dahin wurde das Barackenlager, das heute noch im Originalzustand besteht, als Alten- und Pflegeheim genutzt. Die nach hier abgeschobenen Alten lebten, zeitgenössische Fotos und Berichte ehemaliger Nachbarn belegen, unter erbärmlichen sozialen und hygienischen Bedingungen.

Gedenkstätten und Gedenkorte in Sachsen-Anhalt

Sachsen-Anhalt bestand als eigenständiges Land seit 1947, gebildet aus den ehemaligen preußischen Regierungsbezirken Magdeburg und Merseburg und dem ehemaligen Freistaat Anhalt. Mit der Länderauflösung im Juli 1952 wurden aus dem Land Sachsen-Anhalt die Bezirke Halle und Magdeburg gebildet. Seit der Vereinigung der beiden deutschen Staaten besteht Sachsen-Anhalt wieder als Bundesland.

In der Trägerschaft des Landes Sachsen-Anhalt befinden sich die Gedenkstätten Bernburg, Langenstein-Zwieberge, „Roter Ochse“ in Halle und Moritzplatz in Magdeburg. Die Gedenkstätte in der Untersuchungshaftanstalt Moritzplatz in Magdeburg dokumentiert ausschließlich, die Gedenkstätte „Roter Ochse“ in Halle teilweise die Verfolgung von DDR-Bürgern durch den NKWD und später das Ministerium für Staatssicherheit.

Die weiteren Gedenkstätten in Sachsen-Anhalt werden von den Gemeinden und Landkreisen unterhalten, sie erhalten auch Fördermittel des Landes. Eine Sonderstellung nimmt in diesem Zusammenhang die Gedenkstätte in Rehmsdorf ein, die letztlich nur durch die Initiative einer einzelnen Person in der bestehenden Form aufrecht erhalten wird. Für die Pflege und Erhaltung von 55 sowjetischen Ehrenmalen, Friedhöfen und Gedenkstätten bestehen vertragliche Verpflichtungen des Bundes gegenüber der russischen Föderation.

Der große Rest an Gedenksteinen und anderen Erinnerungsstätten unterliegt der Verantwortung der Städte und Gemeinden sowie den Nachfolgern der größtenteils abgewickelten DDR-Betriebe. Einen Überblick über die Vielzahl an Gedenkortern in Sachsen-Anhalt gibt eine 1999 von der IV VdN herausgegebene Broschüre,¹ die ohne weitergehende Darstellung oder Bewertung alle noch vorhandenen Gedenkstätten, Gedenksteine, Friedhöfe, Gedenkort aufzählt und auch alle seit 1990 verschwundenen Mahnmale und Gedenksteine aufzählt.

Inzwischen präsentieren sich die sachsen-anhaltinischen Gedenkstätten nach umfassender inhaltlicher Überarbeitung der Gedenkstättenkonzepte und Ausstellungsinhalte. Von der bis 1990 bestehenden umfangreichen Ausstattung mit Mitarbeitern ist allerdings nichts mehr übrig geblieben. Von der ehemaligen Leitung mit Mitarbeiterstab, pädagogischen Mitarbeitern bis hin zu Gärtnern und Heizern ist in der Regel nur noch eine leitende Person übrig geblieben. Das gilt z.B. für die Gedenkstätten Langenstein-Zwieberge und Wernigerode, die heute unter der alleinigen Leitung von schon vor 1990 dort beschäftigten Personen stehen. An diesen beiden Gedenkstätten lässt sich auch die unterschiedliche politische und kulturelle Verankerung in der Bevölkerung bzw. den politisch zuständigen Gremien aufzeigen.

Die Gedenkstätte Langenstein-Zwieberge wird, nicht zuletzt auf Grund des Engagements der Leiterin, sehr positiv von der Bevölkerung des benachbarten Ortes Langenstein aufgenommen. Das äußert sich u.a. darin, dass die Teilnehmer der alljährlichen Woche der Begegnung, es handelt sich um Überlebende und Nachfahren ehemals in Langenstein-Zwieberge inhaftierter Zwangsarbeiter, privat bei Langensteiner Bürgern untergebracht sind. Nach 1990 haben sich daraus eine Reihe länderübergreifender Freundschaften entwickelt.

Völlig anders stellt sich die Situation in Wernigerode dar. Im Stadtbild fehlen alle Hinweise auf die Gedenkstätte. Die Gedenkstätte befindet sich in der Trägerschaft des Landkreises. In der

¹ Interessenverband ehemaliger Teilnehmer am antifaschistischen Widerstand, Verfolgter des Naziregimes und Hinterbliebener (IV VdN) e.V. Sachsen-Anhalt, Bund der Antifaschisten e.V. Landesverband Sachsen-Anhalt, Verein zur Förderung von Kultur, Wissenschaft und politischer Bildung in Sachsen-Anhalt – Elbe-Saale ... e.V. (Hg.), Gedenkort für die Opfer des Nationalsozialismus in Sachsen-Anhalt. Eine Übersicht, Oppin 1999.

Vergangenheit wurden Hinweisschilder immer wieder von Neonazis beschädigt oder entfernt, weshalb auf eine Erneuerung verzichtet wurde. Die Stadt Wernigerode ist eines der Zentren der neonazistischen Bewegung im Vorharz-Gebiet. Der Ort selbst präsentiert sich heute als touristisches Ziel für Harzurlauber, Unterschiede zu vergleichbaren Orten im ehemaligen „Westen“ sind nicht mehr erkennbar. Seitens der Stadtverwaltung sind alle auch nur entfernt touristisch interessanten Orte und alle kommunalen Einrichtungen umfassend mit den üblichen roten Hinweisschildern gekennzeichnet. Es wäre ohne weiteres möglich, auch die Gedenkstätte in diese Beschilderung aufzunehmen. Da diese sich in der Trägerschaft des Landkreises befindet, ist das aber anscheinend nicht ohne weiteres möglich. Ob die Gedenkstätte als dem Image als Touristenort abträglich angesehen wird oder nur fehlende Sensibilität Ursache dafür ist, sei dahingestellt.

Wie oben ausgeführt, war der Besuch von Gedenkstätten in der ehemaligen DDR zu zahlreichen Anlässen obligatorisch und wurde von den gesellschaftlichen Organisationen wie SED und FDGB organisiert. Eine Gedenkkultur, wie sie in der Bundesrepublik seit langem bestand, gab es in der DDR nicht. Jahrestage wie der 8. Mai, der 1. September oder lokale Gedenktage, an denen in den alten Bundesländern traditionell Gewerkschaften entweder als alleinige Veranstalter oder in Kooperation mit Anderen Veranstaltungen durchführen, wurden in der ehemaligen DDR völlig anders begangen. In der Regel waren es die FDGB- und SED-Leitungen in den Betrieben, die jeweils betriebseigene Veranstaltungen zum Tag der Befreiung oder zum Antikriegstag organisierten und in den Betrieben durchführten. Solche Feiern außerhalb der Betriebe zu veranstalten, war zu DDR-Zeiten völlig undenkbar. Dazu kommt, dass die Einzelgewerkschaften im FDGB keine besondere Rolle spielten. Inzwischen bestehen die alten Betriebsstrukturen nicht mehr und es ist festzustellen, dass Gewerkschaften in Sachsen-Anhalt kaum bzw. gar nicht als Veranstalter von Gedenkfeiern am 8. Mai oder zum Antikriegstag auftreten. Es gibt hier keine gewerkschaftliche Tradition in der Durchführung solcher Veranstaltungen durch Einzelgewerkschaften, auf die aufgebaut werden könnte. In der Regel beteiligen sich Gewerkschafter an den Gedenkfeiern, die von den Städten durchgeführt werden, vereinzelt gibt es gemeinsame Aufrufe.

Gedenkstätten und Gedenkort in Niedersachsen

Niedersachsen unterhält mit Bergen-Belsen und der Gedenkstätte in der JVA Wolfenbüttel zwei staatliche Gedenkstätten. Als erstes Bundesland begann Niedersachsen 1990 mit der gezielten Förderung regionaler und lokaler Gedenkstättenarbeit. Ausgangspunkt war ein Landtagsbeschluss von Januar 1990, auf dessen Grundlage Geldmittel für Projekte der Gedenkstättenarbeit bereitgestellt wurden, die entweder der Aufklärung über NS-Verbrechen oder Erinnerung an die Opfer der Verfolgung und des Widerstandes in Niedersachsen erinnern. Ebenfalls auf diesen Landtagsbeschluss geht die Einrichtung des Zentralnachweises zur Geschichte von Widerstand und Verfolgung 1933-1945 auf dem Gebiet des Landes Niedersachsen (ZNW) zurück, der bei der Niedersächsischen Landeszentrale für politische Bildung angesiedelt ist. Zu den geförderten Gedenkstätten gehören neben den genannten u.a. auch die Mahn- und Gedenkstätte Hannover-Ahlem, die Gedenkstätte im Torhaus in Moringen, das Dokumentations- und Informationszentrum Emslandlager (DIZ) in Papenburg, die Gedenk- und Dokumentationsstätte Salzgitter-Drütte, die Gedenkstätte Sandbostel und die im Aufbau befindliche Dokumentationsstelle Pulverfabrik Liebenau. Über die Gedenkstättenarbeit in Niedersachsen wird regelmäßig in Broschüren des Landes und auf jährlichen Tagungen berichtet.

Der Landtagsbeschluss von 1990 wäre ohne die teilweise jahrzehntelange Arbeit von Einzelpersonen, Initiativen und der Gewerkschaftsjugend so nicht denkbar gewesen. Besonders in den 70er Jahren, teilweise auch schon seit den 60er Jahren (Salzgitter-Drütte) begannen Gewerkschaften und Organisationen, darunter vor allem die VVN, die teilweise verwahrlosten und vergessenen Gedenkorte in Niedersachsen in das Zentrum ihrer politischen Arbeit zu rücken. Jugendgruppen der IG Metall, damals noch von der breiten Öffentlichkeit angefeindet wie alle antifaschistischen Organisationen und ihre Aktivitäten, kümmerten sich z.B. als Erste wieder um Gedenkorte wie den Ehrenfriedhof in Holzen oder den sowjetischen Friedhof in Hannover, forderten die Einrichtung einer Gedenkstätte auf dem Gelände der ehemaligen „Reichswerke Hermann Göring“ in Salzgitter.

Die ersten und leider auch letzten Bestandsaufnahmen von Gedenkstätten und Gedenkorten in Niedersachsen sind zwischen 1985 und 1986 erschienen: zwei Bände des Heimatgeschichtlichen Wegweisers² aus dem Umfeld der VVN und das Gedenkstättenverzeichnis der Bundeszentrale für politische Bildung.³ Trotz der 1995 abgeschlossenen Überarbeitung bleibt das Gedenkstättenverzeichnis der Bundeszentrale für politische Bildung hinter der Entwicklung im Gedenkstättenbereich zurück und enthält viele auch schon bei Erscheinen schon veraltete Informationen. Seit Ende der 80er Jahre sind zwar eine Vielzahl lokaler Studien, Stadtführer usw. zu Gedenkorten an die Zeit des NS-Regimes erschienen, eine neue Gesamtdarstellung gibt es nicht.

Völlig unterbewertet in diesem Zusammenhang ist die Entwicklung auf dem Sektor der Kriegsgräberfürsorge, die nicht nur die Pflege und Erhaltung von Soldatengräbern verpflichtet ist, sondern Grabstätten aller Kriegsoffer im In- und Ausland betreut. Allein für Niedersachsen sind 1.369 Kriegsgräberstätten nachgewiesen,⁴ insgesamt wurden 255.460 Menschen gezählt, die hier als Opfer von Krieg und Gewalt ihre letzte Ruhestätte fanden. Der größte Teil der Toten waren Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter, darunter auch Kinder, Opfer der Euthanasie, der NS-Justiz, Kriegsgefangene und Opfer des Bombenkrieges. Nicht zuletzt der Arbeit der Kriegsgräberfürsorge ist es zu verdanken, dass heute auch die noch vor 10-15 Jahren als verwahrlost und unzugänglich bezeichneten Friedhöfe mit Grabstätten ausländischer Kriegsoffer in Niedersachsen inzwischen gepflegt werden und öffentlich ausgedeutet sind.

Gedenkstätten: Jugendliche nähern sich dem Gegenstand an

Wie schon ausgeführt, gab es in der Geschichte der Bundesrepublik und der ehemaligen DDR sehr unterschiedliche Zugangsweisen für die nachwachsenden Generationen zu Gedenkstätten und Gedenkorten, die an die NS-Vergangenheit erinnern. Heute, über 10 Jahre nach der Vereinigung der beiden deutschen Staaten, bestehen solche Unterschiede fort.

² Heimatgeschichtlicher Wegweiser zu Stätten des Widerstandes und der Verfolgung. Niedersachsen I. Regierungsbezirke Braunschweig und Lüneburg, Köln 1985.

Heimatgeschichtlicher Wegweiser zu Stätten des Widerstandes und der Verfolgung. Niedersachsen II. Regierungsbezirke Hannover und Weser-Ems, Köln 1986.

³ Puvogel, Ulrike u.a., Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus. Eine Dokumentation, Bonn 1987.

⁴ Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V. (Hg.), Wenn Steine reden könnten... Kriegsgräberstätten in Niedersachsen, Hannover o.J.

Bezogen auf Niedersachsen und Sachsen-Anhalt kann festgestellt werden, dass Besuche in den Gedenkstätten durchaus zum Programm des schulischen Geschichtsunterrichts gehören. Solche Besuche sind nicht obligatorisch, sondern abhängig vom persönlichen Engagement der Lehrkräfte. Jede der Gedenkstätten in Niedersachsen und Sachsen-Anhalt wird regelmäßig von Schulklassen aller Schulformen besucht, insgesamt wird aber beklagt, dass noch zu wenige Lehrkräfte mit ihren Schülerinnen und Schülern dort erscheinen. Für Sachsen-Anhalt, das haben zumindest Gespräche mit Beschäftigten der Gedenkstätten ergeben, ist zu beobachten, dass die Besuche von Schulklassen in den letzten Jahren wieder angestiegen sind.

Jugendliche, die sich nicht mehr in der Schulausbildung befinden, beschäftigen sich mit Gedenkstätten und Gedenkorten aus persönlichen Motiven heraus. Ein Interesse, das auch bei älteren Erwachsenen eine große Rolle spielt, ist das am im schulischen Bereich nicht oder nur unzureichend vermittelten Wissen um die Geschichte und Vorgeschichte des Dritten Reiches und das Interesse, etwas über die eigene unmittelbare Umgebung oder den Betrieb, in dem man arbeitet, in dieser Zeit zu erfahren. Weitere Interessen können politisch motiviert sein durch die direkte Konfrontation mit Rassismus und Neonazismus von Angehörigen der eigenen Generation. Die folgenden Beispiele zeigen diese Bandbreite der möglichen individuellen Interessen auf.

Nach wie vor wichtig in diesem Zusammenhang ist die gewerkschaftliche Jugendarbeit, die heute allerdings direkt der veränderten Ausbildungssituation ausgesetzt ist. In vielen der IG Metall-Verwaltungsstellen in Niedersachsen und Sachsen-Anhalt gibt es keine oder nur sehr eingeschränkte Jugendarbeit. Ursachen dafür sind die insgesamt gegenüber früher sehr viel geringere Ausbildungsquoten der Betriebe und auch eine oft beklagte Gewerkschaftsferne der Jugendlichen. In erster Linie befasst sich Jugendarbeit heute mit Problemen der Ausbildungssituation, Jugendvertretung, Gesetzgebung etc., erst danach mit Geschichte. Möglicherweise wird hier aber auch von einem falschen Verständnis von Geschichte und einer grundsätzlichen Aversion Jugendlicher gegen die Beschäftigung damit ausgegangen. Tatsächlich ist die Kenntnis der Vorgeschichte und der Geschichte des Dritten Reiches auch im vereinigten Deutschland wichtig für das Verständnis eines demokratisch verfassten Staates und die eigene Verortung als Person und als Mitglied einer Gewerkschaft darin. Nicht zuletzt ermöglicht sie die qualifizierte Auseinandersetzung mit Neonazis wenigstens auf diesem Gebiet.

Leider können nicht mehr alle Verwaltungsstellen der IG Metall wie Hannover, Wolfsburg, Salzgitter oder Magdeburg umfassende Programme und Veranstaltungen gegen den Rechtsradikalismus anbieten. In den Verwaltungsstellen Wolfsburg und Magdeburg befassen sich unabhängig von einander Jugendgruppen mit der Geschichte des NS-Regimes und in diesem Zusammenhang auch mit der Gedenkstätte Auschwitz. Wie unterschiedlich dabei die Möglichkeiten und Herangehensweisen sind, zeigen die Unterschiede zwischen beiden Projekten deutlich.

Wolfsburg ist über das VW-Werk, das 1938 als geplante Produktionsstätte des „KdF-Wagens“ begann, eng mit der Geschichte des NS-Regimes verbunden. Ohne die Pläne der Nazis zur umfassenden Massenmotorisierung wäre die Stadt in der heutigen Form nie entstanden. Diese

Tatsache und die in und um Wolfsburg liegenden Gedenkorte waren schon in den 70er Jahren Anlass für die Verwaltungsstelle der IG Metall und den VW-Betriebsrat, sich über den Antifaschistischen Arbeitskreis, der heute noch besteht, für die Aufarbeitung und öffentliche Darstellung der NS-Geschichte von Stadt und Werk einzusetzen. Nach anfänglichen Widerständen seitens der Konzernleitung und massivem Drängen des Betriebsrates ist die Geschichte des Konzerns im Dritten Reich inzwischen zu einem Teil der Firmenkultur geworden, die sich nach Ansicht des Konzerns positiv auf das eigene Image in der Öffentlichkeit auswirkt und deshalb auch den Einsatz umfangreicher finanzieller Mittel rechtfertigt.

In diesem Zusammenhang entstand nicht nur die Studie über das VW-Werk und seine Arbeiter im Dritten Reich,⁵ es entwickelte sich auch eine enge Zusammenarbeit mit der Gedenkstätte Auschwitz. Das Werk leistete große finanzielle Hilfen für den Bau des Jugendgästehauses in Auschwitz und ermöglicht einem Teil seiner Auszubildenden, dort mehrmals im Jahr an Erhaltungsarbeiten und Seminaren zur Geschichte des Dritten Reiches, der Konzentrationslager und der Zwangsarbeit teilzunehmen. Diese Veranstaltungen werden gemeinsam vom Unternehmen und dem Betriebsrat betreut. Ein Ergebnis dieser Arbeit ist die Ende 1999 eröffnete „Erinnerungsstätte zur Geschichte der Zwangsarbeit im Volkswagenwerk“, die ursprünglich auf Arbeiten von Teilnehmern dieser Fahrten nach Auschwitz zurückging.

Die Förderung durch den VW-Konzern und die umfangreiche politische Bildungsarbeit der Verwaltungsstelle für Jugendliche ist eine optimale Voraussetzung dafür, Interessierte für die Auseinandersetzung mit der Geschichte des NS-Regimes und dem heutigen Rechtsextremismus zu fördern. Dazu kommt als wichtiger Faktor, dass die Jugendlichen in der Regel alle bei VW in der Ausbildung sind oder dort arbeiten und der Konzern diese Arbeit nicht nur nicht behindert sondern offensiv unterstützt.

Völlig anders stellt sich die Situation in Magdeburg dar. Hier interessiert sich eine Jugendgruppe der IG Metall ausgehend von der starken rechtsextremen Szene in der Stadt für die Geschichte des Dritten Reiches, um so etwas über die Grundlagen des Rechtsextremismus, aber auch über die Rolle Magdeburger Betriebe im NS-Regime zu erfahren. Der Entschluss der Gruppe, nach Auschwitz zu fahren und über die dortigen Eindrücke einen Film zu drehen, war nur sehr schwer umzusetzen. Im Gegensatz zu Wolfsburg arbeiten die Jugendlichen nicht in einem Betrieb, sondern in vielen verschiedenen, meist kleineren Betrieben in Magdeburg und der näheren Umgebung. So war es schon sehr schwierig, überhaupt gemeinsame Gruppentermine zu verabreden und schließlich die Fahrt nach Auschwitz privat ohne die Möglichkeit der betrieblichen Freistellung zu organisieren. Trotzdem ist nach ungefähr zweijähriger Arbeit hier ein Film entstanden, der über die Gruppe hinaus Bestand hat und in der Bildungsarbeit mit Jugendlichen eingesetzt werden kann. Die IG Metall-Jugend Magdeburg stellt die Motivation und die Umsetzung ihres Video-Projektes folgendermaßen dar:

⁵ Mommsen, Hans; Grieger, Manfred, Das Volkswagenwerk und seine Arbeiter im Dritten Reich, Düsseldorf 1996, 1997(3).

„Endlosrille“ – Ein Filmprojekt der IG Metall-Jugend

„Endlosrille - Das Gestern im Heute begreifen“ so lautet der Titel des Videofilms, den die Ortsjugendgruppe Magdeburg der IG Metall im März 2000 produziert hat.

Der Film soll eine Anregung zur Diskussion sein, er soll, wie der Titel schon sagt, das Gestern des Nationalsozialismus im Heute verdeutlichen und zum Nachdenken anregen.

Er soll den Zuschauer anregen, sich mit den Merkmalen des Faschismus wie dem Führerprinzip, der Sündenbock-Philosophie, dem Militarismus und Imperialismus sowie dem Antisemitismus auseinander zu setzen. Genau diese Begriffe sind es, die in unserer Gesellschaft nur plakativ benutzt werden, um den Nationalsozialismus als das „Böse“ zu verteufeln, aber nur Wenige wissen wirklich, was sich dahinter verbirgt und welchen Zwecken sie dienen. Ein weiteres Anliegen des Films ist auch, die Grenzen von Toleranz gegenüber den Rechten aufzuzeigen – „Toleranz hat Grenzen“.

Der Film zeigt verschiedene Situationen von Rassismus im privaten Leben und am Arbeitsplatz, denen widersprochen werden muss. Schluss mit dem stillschweigenden Hinnehmen rassistischer Äußerungen!

Schließlich kann der Film beim Zuschauer auch das Interesse für die Geschichte vor Ort wecken und ihn veranlassen, sich einmal anzuschauen, was zwischen 1933 und 1945 wirklich passierte und wie wir oder gar unsere Stadtväter heute damit umgehen.

Wie kam es zu diesem Filmprojekt

Die Stadt Magdeburg ist spätestens seit den Himmelfahrts-Aktionen 1994 für Anhänger der rechten Szene zu einem regelrechten Anziehungs- und Sammelpunkt geworden. Damals wurden, unter den Augen der Polizei und anwesender Passanten, Ausländische Mitbürger und Asylbewerber auf offener Straße von „Rechten“ angegriffen und verprügelt. Wir fragten uns: „Warum gibt es Menschen die da zuschauen oder gar mitmachen?“

Eine andere Beobachtung: Der Arbeitsmarkt ist heute durch harte Konkurrenz geprägt. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind oft großen Existenzängsten ausgesetzt und reagieren darauf mit der Diskriminierung vermeintlichen „Ausländerkonkurrenz“ oder dem Verbreiten einer allgemeinen ausländerfeindlichen Stimmung. „Ausländer raus“ kann keine Lösung sein. Auch die berechtigte Verurteilung der rassistischen Angstreaktionen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern führt zu keiner Lösung. Gewerkschaften und ihre Mitglieder sollten nach dem Leitsatz „Gleiche Chancen für Alle“ handeln, allen Menschen gelebte Solidarität vorführen und sie zum MITMACHEN und MITHANDELN einladen.

Ein Beispiel aus dem Baugewerbe in Dänemark beschreibt, was wir meinen. Dort waren es vor Jahren deutsche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die als so genannte „Billiglöhner“ zu Dumpingpreisen arbeiteten. Als sie von ihren dänischen Kolleginnen und Kollegen aufgefordert wurden, entweder die Baustelle zu verlassen oder sich solidarisch am Kampf für

gleiche Löhne zu beteiligen, entschieden sie sich für letzteres. Seitdem stimmt dort die „Chemie“ zwischen den dänischen und den deutschen Kolleginnen und Kollegen. Hier zu Lande scheint niemand ernsthaft auf so eine Idee zu kommen.

Als IG Metall Jugend hielten wir es für dringend notwendig, etwas gegen die Rechtstendenzen zu tun. In unserer Ortsjugendgruppe wurde zwar gelegentlich über die Aufmärsche der rechten Szene gesprochen und kurz darüber diskutiert, aber so richtig passierte nichts. Bis sich dann, auch auf ständiges Drängen der IG Metall, das „Bündnis gegen Rechts“ gründete. Ein Bündnis sollte viele Bündnispartner haben, aber mit dem Beitritt zum „Bündnis gegen Rechts“ taten sich Gewerkschaften, Arbeitskreise, Parteien und Vereine zunächst mal wieder richtig schwer. Über die Jahre hinweg müssen wir aber schon sagen, dass sich die ausdauernde Arbeit für das Bündnis gelohnt hat. Mittlerweile sind der DGB, die IG Metall, der Verein Miteinander e.V., der Arbeitskreis Antifaschismus Magdeburg, die Auslandsgesellschaft Sachsen-Anhalt, die PDS, die Evangelische Kirche, die Falken, die Magdeburger SPD, das AZ Magdeburg, Bündnis 90 Die Grünen, u.v.a. im Bündnis vertreten und beteiligen sich aktiv an der Arbeit.

Vom „Bündnis gegen rechts“ werden Veranstaltungen und Gegendemos gegen die Rechten geplant, durchgeführt und begleitet, die z.B. unter dem Motto „Buntes Leben statt brauner Aufmärsche!“ oder „Bunt statt braun“ stehen.

1998 beschlossen wir in unserer Ortsjugendgruppe den Besuch einer KZ-Gedenkstätte. Von anderen Verwaltungsstellen im Bezirk wussten wir, dass sich in Auschwitz eine Ausstellung zum Gedenken an die Kriegsoffer befindet und dass noch viele Gebäude auf dem Gelände vorhanden sind, die an die schrecklichen Morde und den Terror der Kriegszeit erinnern. Auch von Führungen durch Zeitzeugen hatten wir erfahren, sie sollen den Besuch in Auschwitz zu einem besonders einprägsamen Erlebnis gemacht haben.

In unseren Vorbesprechungen zu der Fahrt nach Oswiecim (Auschwitz) überlegten wir dann, was wir wie und wann machen wollten und wie wir diese Gedenkfahrt in unserer weiteren Arbeit mit einbeziehen könnten.

Auf Grund unserer bisherigen Auseinandersetzungen mit Jugendlichen im Betrieb, auf Seminaren, im Alltag und natürlich auch mit Erwachsenen entwickelten wir die Idee, einen Film für die Bildungsarbeit zu machen. Wir sammelten fortan Materialien, die wir im Film verarbeiten konnten. So machten wir in Oswiecim Filmaufnahmen, etliche Fotos und lasen in der vor Ort eingerichteten Jugendbegegnungsstätte viele Materialien zur Geschichte des Nationalsozialismus und des KZ Auschwitz.

Trotz all der Filme und Bücher, die wir über die NS - Zeit gesehen und gelesen haben, ist uns die Größe und Tragweite erst durch das Vernichtungslager Auschwitz - Birkenau richtig bewusst geworden. Auschwitz bestand aus 3 Hauptlagern und etlichen Nebenlagern, die alle am Stadtrand oder direkt im Ort Oswicim lagen. Aber Niemand wollte etwas gesehen oder gehört haben. Über Oswiecim kann ich nur sagen: es hat uns alle sehr betroffen, was wir in

der kurzen Zeit zu sehen und zu hören bekamen. Ich denke, es ging auch nicht nur uns so. Jeder, der wohl schon einmal dort war, fuhr erschüttert wieder weg und wird das hier Gesehene und Erlebte sicher auch nie vergessen. Vor diesem Hintergrund erscheint die Tatsache, dass es wirklich Menschen gibt, die meinen, Auschwitz und viele andere Konzentrationslager seien eine Lüge, noch schlimmer und unverständlicher, als sie ohnehin schon ist.

Für den Film sammelten wir auch Material über Magdeburg: zum einen über die NS-Zeit selbst und den Umgang damit, zum anderen versuchten wir, uns ein Bild über die Menschen und ihre Reaktionen auf die NPD-Aufmärsche zu machen.

Durch die Auseinandersetzung mit den Merkmalen des Faschismus und des Rassismus ist unsere Arbeit in der Ortsjugendgruppe viel klarer geworden. Obwohl wir uns schon einige Zeit mit der Geschichte beschäftigen, fehlt uns natürlich immer noch viel Wissen. Es ist für uns selbstverständlich geworden, dass wir uns weiter mit den einzelnen Themen und Merkmalen beschäftigen, wir nehmen an Geschichtsseminaren der IG Metall und an Vorlesungen teil, führen Wochenendschulungen in eigener Regie durch und fahren zu Ausstellungen. Es ist uns auch ein Bedürfnis geworden, mehr gegen die NPD-Aufmärsche zu machen als uns nur an Gegendemonstrationen zu beteiligen. Hier ist allerdings das Problem, dass unsere Ortsjugendgruppe nur aus wenigen Personen besteht und schon deswegen viele gute Ideen gar nicht oder nur über lange Zeiträume umgesetzt werden können. Unser Ziel wird und soll es allerdings weiterhin bleiben, junge und ältere Menschen zum Nachdenken und Handeln anzuregen.

Ortsjugendgruppe IG Metall Verwaltungsstelle Magdeburg⁶

Diesem Bericht, der klar die Ziele und vor allem auch die Schwierigkeiten bei der Umsetzung des Filmprojektes anführt, ist kaum etwas hinzuzufügen. Derzeit beschäftigt sich die Gruppe mit den noch vorhandenen Mahnmalen und Gedenkorten in Magdeburg, sie möchte besonders das Gedenken am noch erhaltenen Mahnmal vor dem ehemaligen Polte-Werk beleben. Ein weiteres Projekt; die Aufarbeitung der Geschichte von Krupp-Gruson als Vorläufer des Schwermaschinenbau-Kombinats Ernst Thälmann (SKET) stellt nicht nur die Gruppe vor ernsthafte Probleme. Die Geschichte dieses Rüstungsbetriebes ist, obwohl er Teil des Krupp-Konzerns war, bisher nicht erforscht. Ebenso unklar ist bisher, wo Quellen zu Krupp-Gruson zu finden sind. Auch die einschlägigen Verzeichnisse von Zwangsarbeiterlagern bieten keinen Hinweis auf diesen Betrieb. Dies ist nur eines von mehreren Beispielen, wo ein formuliertes und begründetes Informationsbedürfnis letztlich wegen nicht vorhandener Grundlagenforschung und der sich daraus ergebenden Unterstützungskompetenz ins Leere läuft.

Im benachbarten Schönebeck tritt die IG Metall-Jugend im Gegensatz zu Magdeburg nicht öffentlich

⁶ Der Film „Endlosrille“ liegt in allen Verwaltungsstellen und Bildungsstätten im Bereich des Bezirks Hannover der IG Metall vor. Er kann auch von Interessierten außerhalb der IG Metall ausgeliehen werden. Kontakt: IG Metall Verwaltungsstelle Magdeburg, Marita Weber, Lüneburger Str. 6, 39106 Magdeburg. Tel.: 0391/53293-0, Fax: 0391/53293-40.

auf, sondern versucht, sich in internen Veranstaltungen mit dem dort herrschenden rechtsradikalen Strömungen auseinander zu setzen. Dabei ist sie auch auf externe Hilfe wie die Vermittlung qualifizierter Referenten angewiesen, um sich dem Problem des Rechtsextremismus qualifiziert und später auch öffentlich stellen zu können.

An anderen Orten gibt es keine eigenständige Jugendarbeit der IG Metall, weil kaum Jugendliche im Metallbereich ausgebildet werden. Ein Beispiel dafür ist Dessau, wo unabhängig, aber mit Unterstützung der Gewerkschaften, eine starke antifaschistische Jugendszene besteht. Seit einigen Jahren besteht hier das ursprünglich von IG Metall und DGB mit initiierte Dessauer Bündnis, dem ein breites Spektrum von autonomen Gruppen über bürgerliche Initiativen bis zu gewerkschaftlich orientierten Jugendlichen angehört. Das Bündnis baut nicht auf den Konsens aller beteiligten Gruppen, sondern versteht sich als übergreifende Klammer für die Unterstützung der zahlreichen Einzelinitiativen. Dessau ist als Stadt nicht nur mit Junkers und den Junkers-Werken verbunden, sondern ebenso mit der Produktion von Zyklon B, mit dem in den Vernichtungslagern Menschen massenhaft vergast worden. Die Geschichte der Zyklon B-Produktion wie auch die der Zwangsarbeit ist in Dessau bisher nicht ausreichend erarbeitet worden. Leider scheiterten zwei Schulprojekte, die diese beiden Themen zum Gegenstand hatten, nicht nur an den fehlenden Vorarbeiten und der Komplexität der Themen, sondern auch schlicht an dem großen nicht tragbaren finanziellen Aufwand für die erforderlichen Recherchen.

Ein letztes und vielleicht für andere Städte richtungweisendes Beispiel für die Einbeziehung Jugendlicher in die Gedenkarbeit findet sich in Braunschweig. Hier wird traditionell seit dem Kriegsende am 4. Juni den Opfern der nationalsozialistischen Herrschaft gedacht. Anlass ist der Rieseberger Massenmord, dem am 4. Juli 1933 in der nahegelegenen damaligen ADGB-Jugendbildungsstätte Rieseberg elf Gewerkschafter zum Opfer fielen. Von Beginn an wurden die Veranstaltungen am 4. Juli vom DGB ausgerichtet. An der Fahrt nach Rieseberg und den Kranzniederlegungen dort und in Braunschweig nahm zuletzt nur noch ein zwar recht großer, aber immer gleicher Kreis von DGB-Senioren, VVN und Antifaschistische Aktion Braunschweig teil. Um wieder verstärkt Jugendliche und auch andere interessierte Bürger anzusprechen und neue Formen der Gedenk-Arbeit auszuprobieren, wird seit 1995 an ein bis zwei Tagen um den 4. Juli herum das sog. „Rieseberg-Forum“ vom DGB ausgerichtet. Zusätzlich zum üblichen Programm wurden in den vergangenen Jahren zunächst eine Podiumsveranstaltung, dann Theateraufführungen und szenische Lesungen zum Thema „Rieseberg“ und zur Braunschweiger Lokalgeschichte während der NS-Zeit unter großer Anteilnahme der Öffentlichkeit durchgeführt.

Seit 1998 tragen Braunschweiger Schulen das Forum-Programm, sie stellen jeweils für einen Tag die Ergebnisse einer vorangegangenen Projektwoche öffentlich vor. Zuletzt befassten sich Schülerinnen und Schüler des Abendgymnasium Braunschweig mit dem Thema „Rechtsradikalismus im Internet“. Auch für die nächsten Jahre liegen noch ausreichend Anfragen von Schulen aus Stadt und Land Braunschweig vor, um das Forum in dieser Form durchführen zu können. Besonders für die beteiligten Schülerinnen und Schüler ist das Forum in mehrfacher Hinsicht ein herausragendes Erlebnis. Sie befassen sich mit der Geschichte des Nationalsozialismus oder einem aktuellen Thema am konkreten Beispiel und haben die Gelegenheit, mit dem erarbeiteten Wissen an eine breitere Öffentlichkeit zu treten. Selbstverständlich berichten Presse und Lokal-Rundfunk ausführlich über

diese Veranstaltungen. Ähnliche Formen der Gedenkarbeit könnten ohne weiteres, entsprechende Ideen und Engagement bei Gewerkschaften vorausgesetzt, auch an anderen Orten umgesetzt werden, an denen keine eigenständigen Jugendgruppen der Gewerkschaften mehr bestehen.

Einzeldarstellungen zu Orten und Regionen in Sachsen-Anhalt

Bernburg: Gedenkstätte für Opfer der NS-„Euthanasie“

Zeittafel

21. November 1940: Beginn der Ermordung von kranken und behinderten Menschen („Euthanasie“) in einer Gaskammer in der Heil- und Pflegeanstalt Bernburg.

24. August 1941: Einstellung der Ermordung von kranken und behinderten Menschen und Überleitung zum Mord an KZ-Häftlingen („Sonderbehandlung 14 f 13“).

August 1943: Einstellung der Morde in Bernburg, Rückgabe der Anstalt an den Träger.

ab 50er Jahre: Nutzung des Bereiches durch das psychiatrische Krankenhaus.

1952: Aufstellung einer Urne für die Opfer der „Sonderbehandlung“ in der ehemaligen Gaskammer durch die VVN.

1982: Eröffnung einer Ausstellung über die Psychiatrie seit 1800 aus Anlass des 40. Todestages von Olga Benario-Prestes.

1986: Präsentation einer kleinen historischen Ausstellung, die durch Mitarbeiter/innen des Krankenhauses erarbeitet wurde.

September 1989: Eröffnung einer frei zugänglichen Gedenkstätte für die Opfer der „Euthanasie“ und der „Sonderbehandlung 14 f 13“.

1991: Gründung des Förderkreises für die Gedenkstättenarbeit.

1993: Übernahme der Trägerschaft durch das Land Sachsen-Anhalt. Beisetzung von Knochenresten und Aschenresten der Ermordeten vor dem Gebäude der Gedenkstätte durch den Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge.

Geschichte

Mit der 1875 gegründeten „Anhaltischen Landes- Heil- und Pflegeanstalt für Geisteskranke“ in Bernburg verbindet sich ein grausamer und menschenverachtender Teil der Geschichte des Dritten Reiches: die Vernichtung „lebensunwerten Lebens“. Innerhalb der nationalsozialistischen Rassen- und Gesundheitspolitik war vorgesehen, unheilbar Kranke, körperlich und geistig Behinderte, gebrechliche Alte und letzten Endes unproduktive Menschen umzubringen.

Zwischen 1940 und 1943 wurden in insgesamt sechs psychiatrischen Anstalten im Deutschen Reich mehr als 70.000 kranke und behinderte Menschen aus Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen sowie mehrere Tausend KZ-Häftlinge in Gaskammern ermordet. Ihre Leichen wurden verbrannt. Eine dieser Anstalten war die Heil- und Pflegeanstalt in Bernburg. Hier wurde im Oktober 1940 im Keller eine Vernichtungsanlage eingerichtet, die aus einer Gaskammer, einem Sezierraum, einem

Leichenraum, einem Krematorium mit zwei Verbrennungsöfen und einigen Nebenräumen bestand. Damit war nur ein kleiner Teil der Heil- und Pflegeanstalt belegt. Während der Mordaktionen blieb die Anstalt ein „normales“ therapierendes Krankenhaus. In der Zeit vom 21. November 1940 bis zum 24. August 1941 wurden in Bernburg 9.385 kranke und behinderte Menschen ermordet.

Die erste Mordaktion endete im August 1941. Jetzt wurden in den „Euthanasie“-Anstalten KZ-Häftlinge im Rahmen der so genannten „Sonderbehandlung 14 f 13“ ermordet. Mit dieser Aktion wurden kranke, arbeitsunfähige Häftlinge aus den Konzentrationslagern entfernt. In der nationalsozialistischen Amtssprache umschrieb „Sonderbehandlung“ die physische Vernichtung von Menschen, „14 f“ stand für den Tod im Konzentrationslager, „13“ für den Transport in eine „Euthanasie“-Anstalt. I

In Bernburg wurden ca. 5.000 fast ausschließlich jüdische Häftlinge aus den Konzentrationslagern Buchenwald, Flossenbürg, Groß-Rosen, Neuengamme, Ravensbrück und Sachsenhausen ermordet. Ein Teil des Personals aus der „Euthanasie“-Anstalt Bernburg war zu dieser Zeit bereits in die Vernichtungslager Belzec, Sobibor und Treblinka versetzt. Hier wurde, aufbauend auf die Erfahrungen in den „Euthanasie“-Anstalten, die Massenvernichtung der europäischen Juden durchgeführt. 1943 wurden die Morde in Bernburg eingestellt. Die wesentlichen Teile der Vernichtungsanlage sind baulich erhalten geblieben.

Die Vernichtungsaktionen zwischen 1940 und 1943 liefen immer nach dem selben Grundschemata ab: Nachdem ein Menschentransport angekommen war, wurden die Menschen zunächst im Erdgeschoss registriert, dann entkleidet, fotografiert und an einem Arzt vorbei geführt. Dieser legte nach Augenschein die Todesursache für den später auszustellenden Totenschein fest. Bis zur Gaskammer im Keller wurden die ahnungslosen Opfer von Pflegepersonal begleitet. Jeweils 60 bis 75 Menschen wurden in der Gaskammer durch Kohlenmonoxid-Gas erstickt. Ein Teil der Toten wurde seziiert, ihnen wurden die Gehirne für weitere medizinische Forschungen entnommen.

Kurz nach Kriegsende wurde in Bernburg auch der Opfer der „Euthanasie“ gedacht. Später gerieten sie hier, wie auch andern Orts, in Vergessenheit. Erst zu Beginn der Achtzigerjahre griffen Beschäftigte des psychiatrischen Krankenhauses die Geschichte wieder auf und erreichten die Einrichtung einer kleinen Ausstellung. Darauf aufbauend wurde 1988 mit der Arbeit für eine Gedenkstätte mit Dauerausstellung am Ort der „Euthanasie“-Morde und pädagogischer Betreuung begonnen. Im September 1989 wurde die erste Stufe des Ausbaus zu einer Gedenkstätte eröffnet. 1993 wurde vor dem Gebäude vom Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge eine Grabstätte angelegt, in der noch aufgefundene sterbliche Überreste der Opfer der Vernichtungsaktionen in Bernburg beigesetzt sind. Die Grabstätte vor dem Gebäude, in dem sich auch die Gedenkstätte befindet, erhielt noch 1993 eine Gedenktafel.

Neben den Führungen zur „Euthanasie“ in Bernburg werden bestehen auch Lernangebote der Gedenkstätte, die z.B. die Geschichte der Menschenversuche oder die aktuelle Diskussion um den Wert des Lebens in den Mittelpunkt stellen. Die Dauer der Veranstaltungen reicht von zwei Stunden bis zu mehrtägigen Seminaren.

Weitere Gedenkorte in Bernburg

Weitere Gedenkorte in Bernburg sind die Friedhöfe II und III, der sowjetische Ehrenfriedhof, die heutige Goethe-Schule und eine Grabstätte im Park, dem ehemaligen Waldauer Friedhof.

Auf dem Waldauer Friedhof waren 29 polnische Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen und ein italienischer Zwangsarbeiter beigesetzt worden.

Auf den Friedhöfen II und III bestehen Ehrenmale für polnische und italienische Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter, die größtenteils bei den Solvay-Werken arbeiteten. 1994 legte der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge eine neue Gesamtanlage an, zu der auch weitere Einzelgräber von russischen und polnischen Opfern verlegt wurden.

An der Südmauer des Friedhofes III befindet sich eine Gedenkstätte für die in der Heil- und Pflgeanstalt Ermordeten, an dieser Stelle ist die Asche von 80 unbekanntem Opfern beigesetzt.

Am heutigen Martinsplatz, vor 1990 Platz der Deutsch-sowjetischen Freundschaft, befindet sich eine Gedenkstätte für über 600 ermordete KZ-Häftlinge, Kriegsgefangenen und Zwangsarbeiter aus der Sowjetunion, Polen und den Niederlanden. Von den meisten der hier Bestatteten sind Nationalität und Identität unbekannt. 1990 wurden der Sowjetstern und die Platten mit den (bekanntem) Namen der hier beigesetzten Toten entfernt, um sie vor Zerstörung zu bewahren.

Vor der Goethe-Schule, der ehemaligen Polytechnischen Oberschule „Olga Benario-Prestes“ befindet sich eine zur Erinnerung an die Namensgeberin. Olga Benario-Prestes, eine bekannte KJVD- und KPD-Funktionärin der Weimarer Republik, war aus dem brasilianischen Exil an Deutschland ausgeliefert worden und, aus dem KZ Ravensbrück kommend, 1942 in der Heil- und Pflgeanstalt ermordet worden.

Adressen und Verkehrsverbindungen:

Gedenkstätte für Opfer der NS-„Euthanasie“ Bernburg
 c/o Landeskrankenhaus Bernburg, Fachkrankenhaus für Psychiatrie und Neurologie
 Olga-Benario-Straße 16/18
 06406 Bernburg
 Telefon 03471/319816
 Fax 03471/319816
 Leitung: Dr. Ute Hoffmann

Öffnungszeiten:

Dienstag - Donnerstag 9-16 Uhr
 Freitag 9-12 Uhr,
 jeden 1.Sonntag 11-16 Uhr,
 sonst nach Vereinbarung.
 Führungen nach vorheriger Anmeldung.

Verkehrsverbindungen:

Bahn: über Köthen (aus Richtung Halle) oder Güsten (aus Richtung Magdeburg); vom Bahnhof ca. 25 min Fußweg).

PKW: A 9, Abfahrt Zörbig oder Dessau (über Köthen) nach Bernburg; von Halle B 6, ab Könnern B 71 (ca. 40 km) nach Bernburg; von Magdeburg B 71 (ca. 40 km) oder Halle auf der B 71 (E49) nach Bernburg, innerhalb der Stadt der Beschilderung zum psychiatrischen Landeskrankenhaus (Nähe Stadtausgang Halle) folgen.

Dessau

Zeittafel:

April 1932: Übernahme der anhaltinischen Landesregierung durch die Nationalsozialisten.

31. Januar 1933: Fackelzug der SA durch Dessau, Übergriffe auf Sozialdemokraten und Kommunisten.

Februar 1933: Demonstrationsverbote für KPD, Eiserner Front, SPD und Reichsbanner.

3. März 1933: Letzte öffentliche Kundgebung der KPD in Dessau. Polizei und SA besetzen das Parteilokal.

12. März 1933: Verhaftung des SPD-Reichstagsabgeordneten Gerhard Seger.

13. März 1933: SA und SS stürmen und besetzen das „Volksblatt“.

14. März 1933: SA und SS stürmen und besetzen das „Tivoli“ und das Gewerkschaftshaus.

17. März 1933: Verbot des Reichsbanner.

18. März 1933: Haussuchung und Verhaftung von Mitgliedern der Eisernen Front.

2. Mai 1933: Besetzung des Dessauer Gewerkschaftshauses, Verhaftung der Gewerkschaftsfunktionäre.

April 1936: Die Gestapo zerschlägt die Dessauer Widerstandsbewegung.

9. November 1938: In der Nacht zum 10. November werden die Dessauer Synagoge und das jüdische Gemeindehaus in Brand gesteckt, jüdische Geschäfte geplündert und Dessauer Juden in Konzentrationslager verschleppt.

26.10.1944 bis 11. April 1945: Außenlager des KZ Buchenwald bei der Wagonfabrik AG mit ca. 350 männlichen Häftlingen.

25. Juli 1944 bis 3. Februar 1945: Außenlager des KZ Buchenwald bei den Junkers Flugzeug- und Motorenwerken Dessau mit ca. 200 männlichen Häftlingen.

7. März 1945: Zerstörung Dessaus durch einen amerikanischen Bombenangriff.

1945: Von den Dessauer Juden sind noch 11 Frauen und ein Mann am Leben.

Geschichte:

Bis 1933 war Dessau Hauptstadt des Landes Anhalt im damaligen mitteldeutschen Industriegebiet. Mit der Stadt verbinden sich vor allem das seit 1926 hier ansässige Bauhaus und die Junkers Flugzeug- und Motorenwerke. Die Junkers-Werke hatten sich von der ursprünglichen Produktion von Gasöl-Motoren, Gasheizgeräten usw. bis Ende der 20er Jahre zum größten Luftfahrtunternehmen des Deutschen Reiches und wichtigstem Arbeitgeber in Dessau entwickelt. Als während der Weltwirtschaftskrise 1932 auch die Junkers-Werke in Dessau vorübergehend geschlossen wurden, hatte dies einen großen Anstieg der Arbeitslosenzahlen in Dessau und Umgebung zur Folge.

Ein Ausdruck der Massenarbeitslosigkeit in Anhalt war das Ergebnis der Landtagswahl im Mai 1932, hier erreichte die NSDAP zum ersten Mal vor 1933 eine Mehrheit. Sie bildete eine Koalitionsregierung mit der Deutschnationalen Volkspartei und stellte den Ministerpräsidenten. Zu den ersten Maßnahmen der neuen Landesregierung gehörte die Schließung des Bauhauses in Dessau. In Anhalt wurde bereits 1932 der nationalsozialistische Arbeitsdienst, zunächst auf freiwilliger Basis, eingeführt.

Aus den Junkers Werken wurde nach 1933 das Rüstungszentrum der deutschen Luftwaffe. Seit Ende 1933 befanden sich die Werke praktisch im Staatsbesitz, nachdem der Gründer und Besitzer Hugo Junkers wegen seiner pazifistischen Grundhaltung aus dem Betrieb gedrängt worden war.

Wegen der Junkers Werke war Dessau gegen Ende des Zweiten Weltkrieges ein bevorzugtes Ziel der alliierten Luftangriffe. 1945 waren schließlich über 80 % der Dessauer Innenstadt durch Bombenangriffe zerstört. Der schwerste dieser Angriffe erfolgte am 7. März 1945, kurz vor Kriegsende. An diesen Angriff und die Bombenopfer erinnert ein neues Mahnmal auf dem Friedhof III, östlich der Heidestraße, in der Gedenkanlage für die Toten der beiden Weltkriege. Zur Erinnerung an den Bombenangriff am 7. März 1945 findet hier alljährlich eine Gedenkveranstaltung statt.

Auf dem gegenüber liegenden Teil des Friedhofes III, westlich der Heidestraße, befindet sich ein sowjetischer Ehrenfriedhof, auf dem 276 Angehörige der Roten Armee ruhen. Sie kamen während der schweren Kämpfe um Dessau im Frühjahr 1945 ums Leben. Hier sind auch 50 sowjetische Kinder begraben, die entweder mit ihren Müttern zwischen 1941 und 1945 nach Dessau zur Zwangsarbeit verschleppt wurden, oder hier geboren wurden und starben. In der Nähe befinden sich der Ehrenhain und ein Mahnmal für die antifaschistischen Widerstandskämpfer und Verfolgten des Nazi-Regimes.

Heute wird in Dessau den Opfern des Nationalsozialismus am Mahnmal für die Opfer des Faschismus am Stadtpark gedacht. Das Mahnmal wurde 1958 an dieser Stelle errichtet. Hier führt die Stadt Dessau alljährlich am 27. Januar, dem Tag des Gedenkens an die Opfer des

Nationalsozialismus, eine Gedenkveranstaltung durch.

Ein weiterer Gedenkort in Dessau ist die Stele an der Askanischen Straße/Ecke Kantorstraße am Standort der ehemaligen Synagoge. Sie wurde am 9.11.1988 zum 50. Jahrestag des Novemberpogroms eingeweiht. Im Herbst 1989 legte die Dessauer „Freitags-Demo“ hier Blumen nieder. Seitdem wird hier jedes Jahr am 9. November eine Gedenkfeier zum Gedenken an die jüdischen Opfer des Nationalsozialismus veranstaltet.

Die früher an dieser Stelle befindliche Synagoge wurde in der Nacht vom 9. auf den 10. November 1938 zusammen mit dem jüdischen Gemeindehaus und jüdischen Geschäften durch nationalsozialistische Brandstiftung zerstört. Verwüstet und zerstört wurden in dieser Nacht auch der jüdische Friedhof und die Friedhofskapelle. Juden wurden in Dessau schon seit 1933 massiv verfolgt und bedrängt. Das erste jüdische Opfer nationalsozialistischer Verfolgung war Hugo Jacoby, Kommunist und Vorsitzender der Internationalen Arbeiterhilfe in Dessau. Er wurde bereits Anfang 1933 in das KZ Oranienburg verschleppt und starb schließlich im August 1935 im KZ Roßlau bei Dessau an den Folgen der erlittenen Misshandlungen. In der Pogromnacht 1938 wurde sein Grab auf dem Dessauer Friedhof vollständig zerstört. Seitdem erinnert nichts mehr an das erste jüdische Opfer in Dessau. 1938 standen noch 204 Juden auf der Pogromliste in Dessau, davon hatten 1945 nur elf Frauen und ein Mann die Verfolgung überlebt.

Weitere Gedenkort

Weitere Gedenkort in Dessau sind der Zentralfriedhof (Friedhof I), der Jüdische Friedhof sowie Gedenksteine in der Willi-Lohmann-Str. und in der Altener Str. Eine Büste Ernst Thälmanns in der Gropiusallee wurde nach 1990 entfernt.

Auf dem Zentralfriedhof befindet sich die Grabstätte des Sozialdemokraten und Dessauer Reichsbannerführers Wilhelm Feuerherdt, der 1932 an den folgen eines faschistischen Überfalls starb. Seine Beisetzung am 13. Juli 1932 wurde zu einer großen antifaschistischen Kundgebung in Dessau.

Der Jüdische Friedhof Am Leipziger Tor wurde in der Nacht vom 9. auf den 10. November von Nationalsozialisten zerstört. Seit Mitte der 80er Jahre wurde der Friedhof soweit wie möglich wieder hergestellt und über die hier bestatteten Dessauer Juden geforscht. Weil die 1938 zerstörten Gräber nicht mehr zu lokalisieren sind, wurden die erhaltenen Grabsteine an der Friedhofsmauer angebracht. Aus den Resten der Grabeinfassungen und Bruchstücken zerstörter Grabsteine entstand ein auf dem Friedhof eingelassener Davidstern.

Am Haus Willi-Lohmann-Str. 27/30 erinnert ein Gedenkstein an Karl Hans und Hans Bieser, die hier im Gebäude im Januar 1934 ermordet wurden. Der Gedenkstein in der Altener Str. 43 erinnert an Hans Heinen, der wegen Kriegsdienstverweigerung in das KZ Sachsenhausen verschleppt und dort im September 1939 ermordet worden war.

Adressen und Verkehrsverbindungen:

IG Metall Verwaltungsstelle Dessau

Grenzstraße 5
 06849 Dessau
 Tel.: 0340/8714-0
 Fax: 0340/8714-200

DGB Kreis Dessau-Wittenberg
 Grenzstraße 5
 06849 Dessau
 0340/80021-0

Verkehrsverbindungen:

Mit der Bahn:

Dessau ist mit EC oder Interregio aus allen Richtungen zu erreichen.

Mit dem PKW:

Dessau liegt an der A 9 (Berlin-Nürnberg), Abfahrten Dessau Ost und Dessau Süd. Von Norden und Süden führt die B 184 nach Dessau, von Osten und Westen die B 185.

Mahnmal für den 7. März 1945, Friedhof III:

Mit öffentlichen Verkehrsmitteln:

Bus Linie RB 402 bis Friedhof III, die Gedenkanlage für die Opfer beider Weltkriege befindet sich in Fahrtrichtung links, das Mahnmal für die Opfer des Luftangriffes am 7. März 1945 im hinteren Teil hinter dem großen Mahnmal für die Kriegsgefallenen des Ersten Weltkrieges. Der sowjetische Ehrenfriedhof befindet sich auf der gegenüberliegenden Seite der Heidestraße auf dem Friedhof III.

Mit dem PKW:

B 184 durch Dessau folgen. Von Norden: Der Friedhof III befindet sich direkt an der B 184 hinter dem Stadtzentrum ungefähr im letzten Drittel der Stadtbebauung. Die Gedenkanlage für die Opfer beider Weltkriege befindet sich in Fahrtrichtung links, das Mahnmal für die Opfer des Luftangriffes am 7. März 1945 im hinteren Teil hinter dem großen Mahnmal für die Kriegsgefallenen des Ersten Weltkrieges. Der sowjetische Ehrenfriedhof befindet sich auf der gegenüberliegenden Seite der Heidestraße auf dem Friedhof III.

Von Süden: B 184 durch Dessau folgen. Der Friedhof III befindet sich direkt an der B 84 vor dem Stadtzentrum. Die Gedenkanlage für die Opfer beider Weltkriege befindet sich in Fahrtrichtung rechts, das Mahnmal für die Opfer des Luftangriffes am 7. März 1945 im hinteren Teil hinter dem großen Mahnmal für die Kriegsgefallenen des Ersten Weltkrieges. Der sowjetische Ehrenfriedhof befindet sich auf der gegenüberliegenden Seite der Heidestraße auf dem Friedhof III.

Mahnmal für die Opfer des Faschismus am Stadtpark:

Mit öffentlichen Verkehrsmitteln:

Vom Bahnhof zu Fuß über die Antoniettenstraße Richtung Stadtzentrum, am Ende der Straße links in die Friedrichstraße und anschließend rechts in die Kavalierrstraße. Das Mahnmal befindet sich rechter Hand direkt an der Kavalierrstraße.

Mit dem PKW:

Von Norden: B 184 durch Dessau folgen, das Mahnmal befindet sich rechter Hand an der B 184, gegenüber vom Rathauscenter.

Von Süden: B 184 durch Dessau folgen, das Mahnmal befindet sich linker Hand an der B 184, direkt gegenüber vom Rathauscenter.

Stele für die ehemalige Synagoge, Askanische Straße/Ecke Kantorstraße:

Mit öffentlichen Verkehrsmitteln:

Vom Bahnhof zu Fuß zum Mahnmal für die Opfer des Faschismus, von dort der Antoniettenstraße weiter Richtung Stadtauswärts folgen bis zur Kreuzung Askanische Straße, links in die Askanische Straße bis zur Ecke Kantorstraße.

Mit dem PKW:

Von Norden: B 184 folgen bis zur Kreuzung Askanische Straße, hier links in die Askanische Straße und nächste Straße rechts in die Kantorstraße.

Von Süden:

B 184 folgen bis Kantorstraße, dort rechts in die Kantorstraße bis Ende. Alternativ: hinter der Kantorstraße rechts in die Askanische Straße, nächste Straße rechts in die Kantorstraße.

Gardelegen: Mahn- und Gedenkstätte Gardelegen

Zeittafel

7. April 1945: Ankunft von KZ-Häftlingen aus Nebenlagern des KZ Mittelbau-Dora in Mieste, Kreis Gardelegen.

9. April 1945: Ankunft von KZ-Häftlingen aus dem Außenlager Hannover-Stöcken des KZ Neuengamme in Mieste, Kreis Gardelegen.

11. April 1945: Transport der Häftlinge nach Gardelegen.

13. April 1945: Ermordung von 1.016 KZ-Häftlingen in der Isenschnibber Feldscheune bei Gardelegen.

14.-25. April 1945: Einnahme Gardelegens durch US-amerikanische Truppen, Errichtung eines Friedhofes für die 1.016 Opfer.

14. April 1946: Einweihung eines Gedenksteins in Anwesenheit überlebender Häftlinge.

1950: Aufbau eines Ehrenmals und des Ehrenhains.

1953: Einweihung der Gedenkmauer.

1963: Eröffnung einer historischen Ausstellung zur Geschichte der KZ-Häftlinge in der Stadt Gardelegen.

1965: Errichtung von Gedenksteinen entlang der Wege des Todesmarsches.

1969 bis 1970: Neugestaltung der Gedenkstätte mit Unterstützung der Bürger und Betriebe des Kreises Gardelegen, die Reste der Feldscheune bilden das Mahnmal.

1971: Aufstellung einer Bronzestatue des Bildhauers Jochen Sendler.

1990: Aufstellung einer Kopie der 1945 von den US-amerikanischen Truppen aufgestellten Gedenktafel.

1991: Schließung der Ausstellung zur Gedenkstätte Gardelegen.

1995: Neueröffnung einer Tafelausstellung anlässlich des 50. Jahrestages des Massakers in der Isenschnibber Feldscheune.

Geschichte

Zwischen dem 7. und 9. April 1945 trafen mehrere Transporte von KZ-Häftlingen aus dem Außenlager Hannover-Stöcken und aus Nebenlagern des KZ Mittelbau-Dora in Nordhausen in Mieste, Kreis Gardelegen, ein. Von hier war der Eisenbahnverkehr wegen der ständigen Luftangriffe eingestellt worden.

Schon während der Bahntransporte waren viele Häftlinge an Entkräftung gestorben. In Mieste standen die Transporte zwei bzw. vier Tage ohne geregelte Versorgung. Häftlinge, die sich mit etwas Nahrung oder Wasser versorgen wollten, wurden von der SS erschossen.

Am Abend des 11. April 1945 waren die amerikanischen Truppen nur noch ca. 100 km entfernt. Die SS trieb die Häftlinge in drei Gruppen weiter auf den Todesmarsch nach Gardelegen. Zum Transport kranker und schwacher Häftlinge wurden Bauern mit Pferdefuhrwerken verpflichtet. Auf dem Todesmarsch nach Gardelegen konnten einige Häftlinge fliehen. Andere, die unterwegs auf dem Marsch geschwächt liegen blieben, wurden von der SS erschlagen oder erschossen. Schließlich erreichten am 12. April 1945 noch ca. 1.200 Häftlinge Gardelegen. Sie wurden zunächst in die Pferdeställe der Remonteschule in Gardelegen gebracht. Inzwischen hatten amerikanische Truppen Gardelegen eingeschlossen und die Befreiung Gardelegens stand unmittelbar bevor.

In dieser Situation ordnete der NSDAP-Kreisleiter Gardelegens die Vernichtung der Häftlinge an. Die überlebenden Häftlinge, es waren noch ca. 1.100, wurden am Abend in die Feldscheune des Gutes Isenschnibbe getrieben. Hier hatte man zuvor das dort liegende Stroh mit mehreren Fässern Benzin getränkt. Nachdem alle Häftlinge in der Scheune waren, setzten die SS-Wachmannschaften das Stroh in Brand. Häftlinge, die sich aus der brennenden Scheune zu retten versuchten, wurden erschossen. Insgesamt starben hier 1.016 Häftlinge einen qualvollen Tod. Gerade 28 schafften es, dem Massaker in der Feldscheune zu entkommen.

Bis zur Kapitulation vor den amerikanischen Truppen am folgenden Tag schafften es der Volkssturm, die Feuerwehr und die Technische Nothilfe nicht, alle Leichen und die Spuren des Verbrechens zu beseitigen.

Am 15. April 1945 entdeckten amerikanische Soldaten bei einer Routinekontrolle die schrecklichen Reste des Massakers in der Feldscheune. In der Scheune lagen noch über 300 halb verbrannte Menschen, um die Scheune herum waren Spuren der Massengräber und des hastigen Versuchs, alle Spuren zu verwischen, deutlich zu sehen.

Etliche der am Massenmord Beteiligten waren geflohen oder hatten Selbstmord begangen. Auf Befehl des Kommandeurs der amerikanischen Truppen mussten alle männlichen Einwohner Gardelegens und die Bürgermeister der umliegenden Gemeinden zur Feldscheune kommen und sich die Reste des Massakers ansehen. Anschließend wurden alle arbeitsfähigen Einwohner Gardelegens für die Anlage des Ehrenfriedhofs und die Bestattung der Toten zwangsverpflichtet. Für alle Zukunft, so lautete der Befehl weiter, sollte jede Familie Gardelegens zur Pflege eines Grabes verpflichtet sein.

Am 25. April 1945 wurde der Friedhof mit einer Begräbnisfeier eingeweiht. Am Rand des Friedhofs stand eine große Tafel, deren in englischer und deutscher Sprache gehaltene Aufschrift die Bürger Gardelegens verpflichtete „diese Gräber ebenso frisch zu bewahren, wie das Gedächtnis an die Unglücklichen in den Herzen aller freiheitsliebenden Menschen bewahrt bleiben wird“. Seit 1990 steht wieder eine Kopie der Tafel am Ehrenfriedhof. Sehr viele der Grabkreuze auf dem Friedhof tragen auch heute noch keine Namen.

Seit 1945 wurde die Mahn- und Gedenkstätte Gardelegen beständig ausgebaut und erweitert. Heute können sich Besucher auf dem frei zugänglichen Gelände der Gedenkstätte anhand der dort aufgestellten Texttafeln über die Todesmärsche und das Massaker in der Feldscheune informieren. Als weiterführende Information bieten das Stadtmuseum und die Stadtinformation Führungen über das Gelände und ergänzende Literatur an.

Weitere Gedenkorte in Gardelegen

Weitere Gedenkorte sind der städtische Friedhof, ein Ehrenmal an der Schiller-/Ecke Stendaler Str. und eine Gedenktafel in der Ernst-Thälmann-Str.

Auf dem städtischen Friedhof befinden sich ein sowjetischer Ehrenfriedhof mit Grabstätten von 245 sowjetischen Kriegsgefangenen sowie eine Gedenkstätte zur Erinnerung an die zwischen 1933 und 1945 ermordeten Juden der Stadt Gardelegen. Diese Gedenkstätte, 1988 auf kirchliche Initiative hin angelegt, erinnert auch an den 1938 verwüsteten jüdischen Friedhof.

Das Ehrenmal an der Schiller-/Ecke Stendaler Str. ist den Opfern des Faschismus gewidmet. Das vom Magdeburger Bildhauer Rudolf Wewerka geschaffene und 1950 eingeweihte Denkmal zeigt eine überlebensgroße Häftlingsgruppe.

Am Haus Ernst-Thälmann-Str. 8 befindet sich eine Gedenktafel, die auf den hier bis 1938 bestandenen Betsaal der jüdischen Gemeinde hinweist.

Adressen und Verkehrsverbindungen:

Stadtmuseum Gardelegen
Rathausplatz 10
39638 Gardelegen
Telefon 03907/6519
Fax 03907/6586

Öffnungszeiten: Die Gedenkmauer und das Gräberfeld sind jederzeit zu besichtigen. Führungen können telefonisch im Stadtmuseum angemeldet werden.

Verwaltung: Montag - Freitag 8-16 Uhr und nach Vereinbarung.

Verkehrsverbindung:

Mit der Bahn: Von Magdeburg und Berlin über Stendal, von Braunschweig aus über Wolfsburg. Der Weg zur Gedenkstätte ist ausgeschildert.

Anfahrt mit dem PKW: Von Richtung Magdeburg auf der B 71 bzw. von Richtung Wolfsburg auf der B 188 bis Gardelegen, im östlichen Teil der Stadt Richtung Helmstedt, dann rechts zur Gedenkstätte. Die Zufahrt zur Mahn- und Gedenkstätte ist innerhalb Gardelegens ausgeschildert.

Halle/Saale

Zeittafel

September 1939: Die Trauerhalle des jüdischen Friedhofes wird nach Umbau erst Altersheim, dann Wohnlager und anschließend Sammellager für die Deportation der Halleschen Juden in die Vernichtungslager.

9. November 1938: In der Nacht zum 10. November wird die Synagoge niedergebrannt.

1940: Einrichtung eines Zwangsarbeiterlagers, Abteilung des „Erziehungslagers Spergau“, mit ca. 200 Häftlingen in Ammendorf.

Januar 1943: Einrichtung des Außenlagers der KZ Sachsenhausen und Mittelbau-Dora bei der SS-Baubrigade 5 mit ca. 2.000 Häftlingen.

3. März 1943: Die Mehrzahl der in Halle und benachbarten Städten lebenden Sinti-Familien werden in das KZ Auschwitz deportiert.

1944: Vollstreckung von Todesurteilen des Reichskriegsgerichts Torgau und des Divisionsgerichts 464 auf dem Gelände des Schießhauses in der Dölauer Heide.

Juni 1944: Einsatz der SS-Baubrigade V in Halle, zunächst mit 1.500 Buchenwald-Häftlingen.

Juli 1944: Beginn der Hinrichtungen von zum Tode Verurteilten des Sondergerichts Halle in der Saline der Halligen Pfännerschaft, Mansfelder Straße.

1. August 1944: Einrichtung eines Außenlagers des KZ Buchenwald bei den Siebel-Flugzeugwerken mit anfangs ca. 1.000 männlichen Häftlingen.

28. Oktober 1944: Die SS-Baubrigade V geht an das KZ Mittelbau-Dora über, Einsatz von durchschnittlich 500 Häftlingen.

30.10.1944: Einrichtung eines Zwangsarbeiterlagers mit u.a. jüdischen weiblichen Häftlingen in der Artilleriestraße.

13. Januar 1945: Die SS-Baubrigade V geht an das KZ Sachsenhausen über, Einsatz von anfangs 483 Häftlingen.

17. April 1945: Befreiung der Stadt Halle durch amerikanische Truppen.

1945: Von den über 2.000 bis 1933 in Halle lebenden Juden kehren nur 22 in die Stadt zurück.

18. Mai 1948: Beschluss des Stadtrates, die Opfer des NS-Regimes gemeinsam an einem Ort auf dem Gertraudenfriedhof beizusetzen.

10. September 1949: Einweihung der Gedenkstätte für 679 Opfer des Faschismus.

Geschichte

Nach Kriegsende fanden sich auf dem Gertraudenfriedhof in Halle insgesamt 846 Gräber von Opfern des Nationalsozialismus, darunter auch ein großer Teil der im Zuchthaus „Roter Ochsen“ Hingerichteten. Ein Teil der sterblichen Überreste wurde durch alliierte Umbettungskommissionen in die Heimatländer überführt. 1948 beschloss der Stadtrat von Halle, die bisher an mehreren Stellen auf dem Gertraudenfriedhof bestatteten Opfer des Nationalsozialismus an einer Stelle beizusetzen und hier ein Denkmal zu errichten. Die Gedenkstätte sollte auch Bürger der Stadt Halle einschließen, die andern Orts in den Konzentrationslagern, Zwangsarbeiterlagern und Vernichtungslagern ums Leben gekommen waren.

Aus der Aufstellung der Bestattungen von Opfern des Nationalsozialismus auf dem Gertraudenfriedhof gehen das Zuchthaus Halle, das Polizeigefängnis, das Salinengelände Mansfelder Straße hervor, auswärtige Todesorte sind die „Euthanasie“-Anstalten in Brandenburg, Sonnenstein, Bernburg, Grafeneck, und Hadamar, das Zwangsarbeiterlager Spergau und die Konzentrationslager Dachau und Buchenwald. 167 Tote waren in ihre Heimatländer überführt worden. Insgesamt lagen noch 679 Opfer des Nationalsozialismus auf dem Gertraudenfriedhof. Diese Zahl wurde für die Inschrift der Gedenkstele zu Grunde gelegt.

Im Frühjahr 1949 wurden 223 Opfer, deren Herkunftsländer eindeutig bestimmt werden konnten, auf Anweisung eines sowjetischen Offiziers erneut umgebettet und in der damaligen „Abteilung Vereinte Nationen“ beigesetzt.

An der „Gedenkstätte für 679 Opfer der NS-Justiz“ verblieben noch 456 Gräber, die jeweils mit einem kleinen Grabstein mit den Namen und Lebensdaten versehen wurden. Über 80 % der hier Bestatteten waren Opfer der NS-Justiz, die im „Roten Ochsen“ hingerichtet worden waren. Am 10. September 1949 wurde die Gedenkstätte eingeweiht. Hier wird heute am 27. Januar den Opfern des Nationalsozialismus im Rahmen einer Gedenkfeier der Stadt Halle gedacht.

In der Nähe dieser Gedenkstätte befindet sich das Gräberfeld der 223 in die „Abteilung Vereinte Nationen“ umgebetteten Toten. An den Längsseiten befinden sich 18 Steinplatten mit den Namen der Länder, aus denen die Ermordeten kamen. Es waren: Belgien, Bulgarien, Tschechoslowakei, Dänemark, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Italien, Jugoslawien, Luxemburg, die Niederlande, Norwegen, Österreich, Polen, Rumänien, UdSSR, USA und Ungarn. 1965 wurde das Gräberfeld um eine Gedenkstätte mit der Inschrift „Den in Halle gemordeten ausländischen Opfern“ erweitert.

des faschistischen Terrors zum ehrenden Gedenken“ erweitert.

Genau gegenüber dieser Gedenkstätte wurde am 8. Mai 1968 die Gedenkstätte der Kämpfer für Frieden und Sozialismus eingeweiht. Eine Stele und insgesamt 24 Gedenksteine erinnern heute an die Lebensdaten ermordeter oder verstorbener Antifaschisten seit den 20er Jahren. Nach 1968 wurden die Namenstafeln fortlaufend erweitert. Die Gedenkstätte erinnert nicht an hier beigesetzte Opfer des NS-Regimes, sondern ist eine Ehrenanlage der ehemaligen DDR für herausragende KPD- und SED-Mitglieder, die vor und während des Dritten Reiches gegen den Nationalsozialismus kämpften. Durch die Anlage gegenüber der Gedenkstätte der Nationen entsteht zunächst der Eindruck, beide Gedenkstätten würden eine Einheit bilden. Tatsächlich ist das aber nicht der Fall.

Für die Stadt Halle bestehen heute mit der Gedenkstätte im „Roten Ochsen“ und der Gedenkstätte für 679 Opfer der NS-Justiz zwei zentrale und zusammenhängende Gedenkort. Darüber hinaus gibt es seit 1998 hier einen Arbeitskreis Antifaschismus, der als Reaktion auf die hohen DVU-Ergebnisse bei der Landtagswahl im April des Jahres gegründet wurde. Seine Arbeit richtet sich besonders an Jugendliche. Die Aktivitäten des Arbeitskreises begannen mit einer Ausstellung über die Widerstandsgruppe „Weiße Rose“, mit der auch Zusammenarbeit mit den Schulen viele Jugendliche angesprochen und interessiert werden konnten. Inzwischen führt der Arbeitskreis regelmäßige Jugendfahrten nach Frankreich durch, dort werden u.a. Stätten der nationalsozialistischen Verfolgung besucht.

Weitere Gedenkort

Weitere Gedenkort in Halle sind der Neue Jüdische Friedhof neben dem Gertraudenfriedhof in der Dessauer Str., die Gedenkstätte für die Synagoge Großer Berlin, die Gedenkstätte der Antifaschisten auf dem Südfriedhof, Gedenksteine auf dem Südfriedhof, am Kurt-Wabbel-Stadion, der Grundschule Kröllwitz und in der Turmstr. sowie Gedenktafeln im Foyer des Stadthauses, am Thomas-Müntzer-Gymnasium, in der Burgstr. und im Stadtgutweg. Die Gedenkstätte „Otto-Schlag-Haus“ in der Lerchenfeldstr. 14 wurde nach 1990 geschlossen, hier befindet sich jetzt das Stadtmuseum. Das Haus war vor 1933 der Sitz der Bezirksleitung Halle-Merseburg der KPD gewesen. Der hier wohnhafte KPD-Funktionär Otto Schlag starb 1944 an den Folgen seiner KZ-Haft.

Auf dem Neuen jüdischen Friedhof wurde am 9. November 1969 ein Gedenkstein zum Andenken an „die Opfer des Faschismus“ errichtet. Hier sind hauptsächlich Hallenser Juden bestattet, die zwischen 1933 und 1945 ums Leben kamen. An die ehemalige Trauerhalle erinnert eine Gedenktafel. Die 1929 erbaute Trauerhalle der jüdischen Gemeinde war ab 1939 nach ihrem Umbau erst Altersheim, dann Wohnlager und schließlich Ausgangspunkt der Deportationen in die Vernichtungslager.

Am Großen Berlin befand sich seit 1870 die Hallenser Synagoge. Sie wurde in der Nacht vom 9. auf den 10. November 1938 bis auf wenige Reste zerstört. 1965 wurde der ehemalige Eingang, der bis dahin stehen geblieben war, ausgebessert und mit einer Gedenktafel versehen. 1984 wurde diese Gedenkstätte im Zuge der städtebaulichen Veränderungen in Halle abgerissen und an anderer Stelle am Großen Berlin wieder aufgebaut.

Auf dem Südfriedhof an der Huttenstr. befindet sich ein 1966 nach Überwindung großer Schwierigkeiten von der katholischen Kirche errichteter Gedenkstein, der an drei in Halle hingerichtete Priester erinnert. Hier sind auch zahlreiche Opfer der Luftangriffe auf Halle bestattet. Unter ihnen befinden sich mehr als 40 Zwangsarbeiter aus der Sowjetunion, Polen, Frankreich und Italien, die bei den letzten Angriffen im April 1945 ums Leben kamen.

Am Kurt-Wabbel-Stadion und an der Grundschule Kröllwitz am Johannesplatz erinnert jeweils eine Gedenktafel an den kommunistischen Stadtverordneten und Arbeitersportler Kurt Wabbel, der 1933 verhaftet wurde. Über mehrere Gefängnisse und Konzentrationslager kam er wahrscheinlich Ende 1943 über Buchenwald in das Außenkommando Wernigerode, wo er am 26. April 1944 ums Leben kam.

In der Turmstraße am Pumpenwerk findet sich eine Gedenktafel für Ernst König. Der ehemalige Arbeiter im Pumpenwerk verstarb im März 1945 an den Folgen seiner Haft im Zuchthaus Brandenburg-Görden.

Im Foyer des Stadthauses wurde im Oktober 1965 eine Gedenktafel zur Erinnerung an die während des NS-Regimes ermordeten Hallenser Stadtverordneten errichtet. Es waren Hans Eckstein, im Februar 1945 im KZ Bergen-Belsen umgekommen, Otto Kilian, im Februar 1945 im KZ Sachsenhausen umgekommen, Emil Lange, Kurt Taatz und Kurt Wabbel.

Das heutige Thomas-Müntzer-Gymnasium war bis 1933 die Pädagogische Akademie Halle. Bis April 1933 lehrte hier Adolf Reichwein als Professor für Geschichte und Staatsbürgerkunde. Reichwein, Mitglied des Kreisauer Kreises, wurde 1944 nach dem missglückten Attentat auf Hitler in Berlin-Plötensee hingerichtet. Erst Anfang der 70er Jahre erinnerte eine Holztafel an Adolf Reichweins Wirken an der ehemaligen Pädagogischen Akademie. Das Thomas-Müntzer-Gymnasium auf Grund eines Befehls der sowjetischen Militäradministration nie seinen Namen. Stattdessen wurde schon 1949 ein anderes Gymnasium nach ihm benannt, das sich heute in der Diesterwegstr. befindet.

In der Burgstr. 43 steht das Geburtshaus von Hans Litten, der während der Zeit der Weimarer Republik in Berlin als junger Anwalt in Prozessen gegen den anwachsenden nationalsozialistischen Terror auftrat. Litten wurde als einer der meistgehassten Gegner des NS-Regimes bereits in der Nacht des Reichstagsbrandes am 28. Februar 1933 verhaftet und nacheinander in die Konzentrationslager Sonnenburg, Esterwegen, Lichtenburg, Buchenwald und Dachau verschleppt. In Dachau nahm er sich am 4. Februar 1938 das Leben. An seinem Geburtshaus erinnert eine Gedenktafel an sein Schicksal.

An Max Lademann, seit 1924 Reichstagsabgeordneter der KPD und seit 1925 Abgeordneter im Preußischen Landtag, erinnert eine Gedenktafel an seinem ehemaligen Wohnhaus im Stadtgutweg 27. Lademann kam im März 1941 bei der Räumung von Blindgängern in einem Arbeitskommando des KZ Sachsenhausen ums Leben.

Adressen und Verkehrsverbindungen:

IG Metall Verwaltungsstelle Halle
 Böllberger Weg 26
 06110 Halle
 Tel.: 0345/13589-0
 Fax: 0345/13589-50

DGB Deutscher Gewerkschaftsbund Kreis Halle
 Kleiner Berlin 2
 06108 Halle
 Tel.: 0345/23116-0

Antifaschistischer Arbeitskreis
 c/o IG Metall oder DGB

Verkehrsverbindungen:

Mit der Bahn:

Halle ist aus allen Richtungen mit dem IC oder Interregio erreichbar.

Mit dem PKW:

Halle ist über die Autobahnen A 9 und A 14 erreichbar, alternativ über die Bundesstraßen B

Gertraudenfriedhof:

Mit öffentlichen Verkehrsmitteln:

Vom Hauptbahnhof mit den Straßenbahn-Linien 2, 5, 7 oder 9 bis Steintor (2 Stationen), von dort mit der Linie 1 (Richtung Frohe Zukunft) bis Gertraudenfriedhof. Die Mahnmale befinden sich nördlich hinter der großen Trauerhalle (Richtung Eingang Bergschenkenweg).

Mit dem PKW:

Von Norden und Westen:

B 6 Richtung Stadteinwärts folgen, am S-Bahnhof Zoo links in den Landrain und folgen bis Gertraudenfriedhof. Die Mahnmale befinden sich nördlich hinter der großen Trauerhalle (Richtung Eingang Bergschenkenweg).

Von Osten:

B 100 folgen bis Dessauer Brücke, dort rechts in die Dessauer Straße und folgen bis Gertraudenfriedhof. Die Mahnmale befinden sich nördlich hinter der großen Trauerhalle (Richtung Eingang Bergschenkenweg).

Von Süden:

B 91/ B 6 durch Halle folgen, direkt hinter der Albert-Richter-Kampfbahn halbrechts in die Dessauer Straße und folgen bis Gertraudenfriedhof. Die Mahnmale befinden sich nördlich hinter der großen Trauerhalle (Richtung Eingang Bergschenkenweg).

Halle/Saale: Gedenkstätte „Roter Ochse“**Zeittafel**

1842: Eröffnung der Königlich-Preußischen Straf-, Lern- und Besserungsanstalt in Halle.

Ende 19. Jahrhundert: Im Volksmund wird das Gefängnis „Roter Ochse“ genannt.

1933: Gegner des NS-Regimes werden im „Roten Ochsen“ inhaftiert.

1935: Umwandlung des „Roten Ochsen“ in ein Zuchthaus.

23. November 1942: Beginn der Hinrichtungen von NS-Gegnern im „Roten Ochsen“.

März 1943: Beginn der Vollstreckung von Todesurteilen der Kriegsgerichte im „Roten Ochsen“.

11. April 1945: „Evakuierung“ von Gefangenen.

Juli 1945: Der „Rote Ochse“ wird Sitz des sowjetischen Militärtribunals und Haftanstalt des NKWD.

Ab 1950: Das Ministerium für Staatssicherheit der DDR nutzt mehrere Gebäude des „Roten Ochsen“ als Untersuchungshaftanstalt.

November 1989: Ohne öffentliches Aufsehen löst das MfS die Untersuchungshaftanstalt auf, wichtige Akten verschwinden.

1993: Die Landesregierung von Sachsen-Anhalt beschließt die Einrichtung einer Gedenkstätte im „Roten Ochsen“.

Februar 1996: Eröffnung der Gedenkstätte.

Geschichte

Bis 1933 saßen in der Strafanstalt Halle Männer und jugendliche Männer ein, die zu Gefängnis- und Haftstrafen verteilt worden waren und Frauen, deren Strafmaß ein Jahr überstieg. Die Frauenabteilung wurde bald geschlossen und der „Rote Ochse“ damit ein reines Männergefängnis.

Schon bald nach dem 30. Januar 1933 war auch das Strafgefängnis Halle durch die zusätzliche Belegung mit „Schutzhaft“-Gefangenen überfüllt. Diese Häftlinge wurden ab Ende Juni 1933 in das KZ Lichtenburg in Prettin gebracht. In der Folgezeit blieb der „Rote Ochse“ praktisch ständig überbelegt. Zunächst verfolgte die NS-Justiz konsequent alle politischen Gegner des Regimes und verurteilte sie zu hohen Haftstrafen. Nachdem der politische Widerstand gegen das NS-Regime weitgehend zerschlagen war, führten die Verschärfung des Strafrechts, die Einführung rassistischer Gesetze und die harte Bestrafung von Bagatelldelikten während des Krieges zu einer Unmenge an Verurteilungen zu hohen Haftstrafen und zunehmend Todesstrafen.

Während des Krieges verhängten die Sondergerichte immer mehr Todesstrafen, für die neue Hinrichtungsstätten eingerichtet werden mussten. Eine dieser Hinrichtungsstätten war das Zuchthaus Halle. Hier wurden Verurteilte des Volksgerichtshofes Berlin und der Sondergerichte Magdeburg, Halle, Leipzig, Nordhausen, Halberstadt und Dessau hingerichtet. Die Sondergerichte verurteilten

zum Beispiel Kriegsgefangene wegen ihres Widerstandes gegen Haft- und Arbeitsbedingungen, aber auch Deutsche, die der Zugehörigkeit zu Widerstandsgruppen für schuldig befunden wurden oder Menschen, die einfach nur Verfolgte unterstützt oder in der Öffentlichkeit ihren Unmut über das NS-Regime geäußert hatten.

Seit März 1943 wurden im „Roten Ochsen“ auch Verurteilte der Reichskriegsgerichts Torgau und Berlin sowie von Divisionsgerichten in Leipzig, Magdeburg, Erfurt und Zweibrücken hingerichtet. Diese Gerichte verhängten Todesurteile z.B. wegen „Wehrkraftzersetzung“, „Wehrdienstverweigerung“, „Fahnenflucht“, „Spionage“, „Vorbereitung zum Hochverrat“, „Landesverrat“, „Wehrmittelbeschädigung“ oder „Feindbegünstigung“.

Zwischen 1942 und 1945 wurden im „Roten Ochsen“ nach heutigem Kenntnisstand 572 Todesurteile mit dem Fallbeil, durch Erschießen oder Erhängen vollstreckt. Vereinzelt Hinrichtungen hatte es in der Strafanstalt Halle seit ihrem Bestehen gegeben, nie aber in dem Ausmaß wie in den Jahren zwischen 1942 und 1945.

Am 11. April 1945, einige Tage vor der Befreiung Halles durch amerikanische Truppen, wurde der „Rote Ochse“ geräumt. Ungefähr 450 Gefangene wurden in offenen Güterwagons per Eisenbahn in Richtung des KZ Flossenbürg in der Oberpfalz abtransportiert. Flossenbürg erreichten sie nie. Bis endlich Anfang Mai 1945 der Zug auf dem Gebiet der heutigen tschechischen Republik befreit wurde, waren etliche der Gefangenen schon gestorben.

Ab Juli 1945 nutzte der sowjetische Sicherheitsdienst NKWD den „Roten Ochsen“ als Untersuchungshaftanstalt und Gerichtsgebäude. Die hier abgehaltenen Sowjetischen Militärtribunale richteten sich hauptsächlich gegen NS-Täter, zunehmend aber auch gegen Gegner des politischen Systems in der sowjetischen Besatzungszone.

Nach 1950 nutzte das Ministerium für Staatssicherheit der DDR mehrere Gebäude des „Roten Ochsen“ als Untersuchungshaftanstalt. Als Vertreter des Bürgerkomitees Halle am 5. Dezember 1989 erstmals die Untersuchungshaftanstalt des Ministeriums für Staatssicherheit in Augenschein nahmen, war diese bereits aufgelöst und nur noch wenige der ehemaligen Mitarbeiter anwesend. Die genauen Umstände der Auflösung sind unbekannt, wichtige Akten wurden im November/Dezember 1989 und noch im Januar 1990 ohne Wissen des Bürgerkomitees vernichtet. Seither wird die Geschichte des „Roten Ochsen“ als politische Haftanstalt zwischen 1933 und 1989 nach und nach rekonstruiert. Nachdem 1993 die sachsen-anhaltinische Landesregierung beschlossen hatte, an dieser Stelle eine Gedenkstätte einzurichten, konnte diese im Februar 1996 eröffnet werden.

In der Gedenkstätte können zwei Gefängniszellen im Zustand um 1945 und ca. 1960 besichtigt werden. Die Ausstellung der Gedenkstätte stellt in drei Abteilungen Schicksale ehemaliger politischer Gefangener unter den Leitthemen „Die Zeit des Nationalsozialismus“, „Die Zeit des Sowjetischen Militärtribunals“ und „Die Zeit des Ministeriums für Staatssicherheit“ vor. Zusätzlich werden wechselnde Sonderausstellungen gezeigt. Die Gedenkstätte bietet neben einer eigenen Bibliothek auch Materialsammlungen zur Geschichte der politischen Strafjustiz im „Roten Ochsen“ an, die für das Eigenstudium oder Projekttag verwendet werden können. Im Mehrzweckraum der

Gedenkstätte sind entsprechende Arbeitsmöglichkeiten vorhanden, hier finden auch Tagungen und Seminare statt.

Führungen durch die Gedenkstätte sind nach vorheriger Anmeldung möglich, sie dauern ca. 60 Minuten. Besondere Bildungsangebote der Gedenkstätte richten sich an Schulen.

Weiterer Gedenkort

Im Gütchenpark vor der Heilig-Kreuz-Kirche, direkt gegenüber dem „Roten Ochsen“, befindet sich seit November 1994 ein Mahnmal für drei im „Roten Ochsen“ hingerichteten katholische Geistliche. Ihre Namen stehen auf der dem „Roten Ochsen“ zugewandten Seite. Es waren der Provikar Dr. Karl Lampert, Pater Friedrich Lorenz und Kaplan Herbert Simoleit. Abgesetzt von den drei Namen befindet sich der Name des zuständigen Senatspräsidenten und Generalstabsrichters Werner Lueben. Lueben erschoss sich im Juli 1944, um die Todesurteile gegen die drei katholischen Geistlichen nicht unterzeichnen zu müssen.

Adressen und Verkehrsverbindungen:

Gedenkstätte „Roter Ochse“ Halle (Saale)
Am Kirchtor 20 a
06108 Halle/Saale
Tel.: 0345/2201213
Fax: 0345/2201213

Öffnungszeiten:

Montag, Mittwoch und Donnerstag 10 - 15 Uhr
Dienstag 10 - 18 Uhr
Freitag 09 - 12 Uhr
Jeden 1. Sonnabend im Monat 10 - 16 Uhr
Führungen nach vorheriger Anmeldung.

Verkehrsverbindungen:

Straßenbahnlinie 7 ab Bahnhof in Richtung Kröllwitz: Haltestelle Puschkinstraße; Straßenbahnlinie 3 ab Markt in Richtung Trotha, Haltestelle Puschkinstraße; Straßenbahnlinie 8 ab Markt in Richtung Kröllwitz, Haltestelle Diakoniewerk.

Langenstein: Gedenkstätte Langenstein-Zwieberge

Zeittafel

21. April 1944: Ein Vorkommando mit 18 Häftlingen trifft in Langenstein ein, weitere Häftlinge folgen.

1. Juli 1944: Der Aufbau des Lagers wird abgeschlossen. Die Häftlingsbaracken für 2.000 Häftlinge stehen nur im Rohbau. Bald sind hier 5.000 Häftlinge untergebracht.

Ab Juli 1944: Die meisten Häftlinge arbeiten am Hallen- und Stollensystem des Projekts „Malachit“.

9. April 1945: Evakuierung des Lagers. 3.000 Häftlinge werden auf den über 300 km langen Todesmarsch in Richtung Coswig getrieben.

11. April 1945: Amerikanische Truppen befreien das Lager. Überlebende Häftlinge werden in das Feldlazarett nach Halberstadt gebracht.

September 1949: Einweihung einer ersten Gedenkstätte für die Toten des KZ Langenstein-Zwieberge.

September 1968: Eröffnung der neu gestalteten Gedenkstätte.

September 1976: Eröffnung des Museums der Gedenkstätte.

1. Januar 1994: Das Land Sachsen-Anhalt übernimmt die Trägerschaft der Gedenkstätte.

Geschichte

In den ersten Apriltagen des Jahres 1944 begann der SS-Baustab B2 mit der Umsetzung des Projektes „Malachit“. Das Ziel des Projekts war die unterirdische Verlagerung von Rüstungsproduktion der Junkerswerke (Jagdflugzeuge und V2-Raketen) in die Thekenberge bei Halberstadt.

Im April 1944 errichteten die Nationalsozialisten hier in der unmittelbaren Nähe von Langenstein ein Außenkommando des KZ Buchenwald ein. Das Lager war für 2.000 KZ-Häftlinge geplant, tatsächlich wurden hier bis zu 5.000 Menschen eingepfercht. Sie mussten unter unmenschlichen Bedingungen Schwerarbeit beim Bau der Stollen für die Untertageverlagerung leisten. Bis zur Befreiung durch US-Truppen am 11. April 1945 starben beim Bau des 17 Kilometer langen Stollensystems über 5.000 Menschen aus fast allen Ländern Europas. Sie starben an den Folgen der Arbeit, an Misshandlungen, Hunger und Krankheit.

Kurz vor der Befreiung, am 9. April, schickten die SS-Wachmannschaften einen „Evakuierungstransport“, der aus 6 Kolonnen zu je 500 Häftlingen bestand, auf den Todesmarsch. Während des über 300 km weiten Fußmarsches über Quedlinburg, Aschersleben, Köthen, Bitterfeld, Prettin, Wittenberg bis in den Raum Coswig sind die meisten der völlig entkräfteten Häftlinge umgekommen.

In den folgenden Monaten wurden fast alle baulichen Reste des KZ-Lagers vernichtet. Es blieben nur Fundamente der zwei Steinbauten und der sanitären Anlagen übrig. 1948 begann der Aufbau einer Gedenkstätte. Am 11. September 1949 fand die Einweihung der Mahn- und Gedenkstätte Langenstein-Zwieberge statt.

Das Tunnelsystem ist nicht Bestandteil der Gedenkstätte. Die Nationale Volksarmee der DDR baute große Teile des Stollensystems aus und nutzte es als Munitionsdepot. Zwischen 1990 und 1994 nutzte die Bundeswehr dieses Depot. Inzwischen wurde die Stollenanlage verkauft. Ein

Nutzungskonzept, das auch der Vergangenheit der unterirdischen Anlagen gerecht wird, steht noch aus.

Neben dem großen Lagergelände kann eine ständige Ausstellung besichtigt werden. Sie informiert über die Geschichte des Lagers und über Lebenswege ehemaliger Häftlinge nach der Befreiung. Im Rahmen der historischen Bildungsarbeit bietet die Gedenkstätte Seminare an und führt Workshops durch. Zielgruppen der Gedenkstättenarbeit sind insbesondere die Schülerinnen und Schüler der allgemein bildenden und berufsbildenden Schulen, die Veranstaltungen wenden sich aber auch an die gesamte Öffentlichkeit.

Am 27. Januar, dem Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus, bieten die Gedenkstätte und Mitglieder des Fördervereins für die Gedenkstätte wechselnde Veranstaltungen an. Im April finden die jährlichen „Tage der Begegnung“ in Langenstein-Zwieberge statt. An der Vorbereitung und Durchführung dieser Tage sind Langensteiner Bürger aktiv beteiligt. Sie beherbergen die teilnehmenden Überlebenden des KZ Langenstein-Zwieberge und ihre Familien privat bei sich zu Hause. Die daraus entstandenen Kontakte und Freundschaften haben viel dazu beigetragen, dass die Gedenkstätte heute stark in der Langensteiner Bevölkerung verankert ist.

Weitere Gedenkort

In Langenstein erinnert eine Gedenktafel am Wirtschaftsgebäude der ehemaligen Gaststätte „Landhaus“ an die Unterbringung von 18 Häftlingen aus Buchenwald am 21. April 1944, die als Vorkommando mit dem Aufbau des Außenlagers Langenstein-Zwieberge beginnen sollten.

Auf dem Hauptfriedhof im benachbarten Halberstadt befindet sich ein Ehrenhain für die Verfolgten des Naziregimes. Hier sind auch 164 Häftlinge des KZ-Hausenlagers Langenstein-Zwieberge beigesetzt, die nach der Befreiung im Lager tot aufgefunden wurden oder danach an den Folgen der KZ-Haft verstarben. Weitere 58 Häftlinge, die vor 1945 in Langenstein-Zwieberge starben, sind hier mit Nennung ihrer Namen und ihrer Nationalität beigesetzt.

Im damaligen Reichsbahnausbesserungswerk in Halberstadt war 1944/45 ein Arbeitskommando des Außenlagers Langenstein-Zwieberge eingesetzt. Die 150-200 Gefangenen waren in einer Turnhalle bei der Wehrstedter Brücke untergebracht. Hier erinnert eine Gedenktafel an ihren Leidensweg. 124 von ihnen starben an den Folgen der Zwangsarbeit oder Luftangriffen. Sie sind auf dem städtischen Friedhof beigesetzt.

Adressen und Verkehrsverbindungen:

Gedenkstätte Langenstein-Zwieberge
c/o Landratsamt
Friedrich-Ebert-Straße 42
38820 Halberstadt
Telefon 03941/30248
Fax 03941/30248

Öffnungszeiten:

Montag bis Freitag: 08:00 - 16:00 Uhr

Sonn und Feiertage: 14:00 - 17:00 Uhr (1. April bis 30. Sept.); 14:00 - 16:00 Uhr (1. Okt. bis 31. März)

Führungen durch die Gedenkstätte sind kostenlos und dauern ca.60 Minuten. Sie sollten telefonisch oder schriftlich angemeldet werden.

Verkehrsverbindungen:

PKW: auf der B 81 über Langenstein; auf der B 79 über Halberstadt und Langenstein.

Bahn: Bahnhof Langenstein, 5 km Fußweg.

Bus: Haltestelle Wilhelmshöhe/Langenstein, 6 km Fußweg.

Der Weg zur Gedenkstätte ist in Langenstein ausgeschildert.

Magdeburg

Das Mahnmal für die zerstörte Synagoge

In der Julius-Bremer-Straße stand von 1851 bis zum 9. November 1938 die Magdeburger Synagoge. Mit ca. 2.500 Mitgliedern hatte Magdeburg eine recht große jüdische Gemeinde. 1938 umfasste die Gemeinde noch etwa 1.800 Mitglieder. In der Pogrom-Nacht vom 9. auf den 10. November 1938 wurde auch die Magdeburger Synagoge von Nationalsozialisten angezündet und brannte nieder. An die Synagoge und die 1.521 jüdischen Opfer des NS-Regimes in Magdeburg erinnert das 1988 hier aufgestellte Mahnmal. Es wurde von dem Magdeburger Metallarbeiter Josef Brzok geschaffen und trägt einen Hebräischen Text aus dem Buch Hiob. Alljährlich am 9. November wird hier der Ereignisse in der Pogromnacht und der Vernichtung der deutschen Juden gedacht.

Für die nach dem November 1938 verschärfte Verfolgung und Vernichtung der Juden in Deutschland war ein Magdeburger Vorfall von besonderer Bedeutung. Kurz vor der Verabschiedung der Nürnberger Rassengesetze wurde hier in einem von der NS-Presse breit ausgeschlachteten Schauprozess Albert Hirschland, Leiter einer privaten Handelsschule und jüdischer Abstammung, vor Gericht gestellt und beschuldigt, Schülerinnen missbraucht zu haben. Die Anklage gegen Hirschland und seine Verurteilung waren ein wesentliches Element, um der Öffentlichkeit die angebliche Notwendigkeit der Nürnberger Rassengesetze zu vermitteln.

Geschichte

Im Magdeburger Stadtgebiet finden sich noch heute zahlreiche Hinweise auf Verfolgung, Widerstand und Zwangsarbeit in Jahren zwischen 1933 und 1945. Am Beispiel der Polte-Werke, die einen Bezug zu mehreren Gedenkorten in Magdeburg haben, wird der umfassende Terror- und Verfolgungsapparat des NS-Regimes deutlich.

Die Firma Polte wurde 1885 in Magdeburg für die Herstellung von Gewehrmunition gegründet. Von Anfangs 25 Arbeitern stieg die Belegschaft bis 1914 schon auf ca. 4.000 Arbeitskräfte. Der Erste Weltkrieg brachte einen enormen Aufschwung für Polte. Die Belegschaft stieg bis Kriegsende auf ca. 14.000 Arbeiterinnen und Arbeiter an, Während des 1. Weltkrieges stieg die Belegschaft auf ca. 14.000 an, von denen nach Kriegsende gerade einmal 300 im Betrieb blieben. In der Weimarer Republik, damals war das Heer durch den Versailler Friedensvertrag auf 100.000 Mann beschränkt,

war Polte der einzige zugelassene Betrieb für die Herstellung von Infanterie-Munition. Diese Monopolstellung sicherte einen stetigen Aufschwung des Betriebes, der nur durch die Weltwirtschaftskrise unterbrochen wurde. Nach 1933 profitierte Polte von der anfangs verdeckten und später offenen Aufrüstung des NS-Regimes. 1937, nachdem Wehrmächtaufträge unerwartet hohe Gewinne eingebracht hatten, wurden die Polte-Werke umfassend modernisiert. Während des Zweiten Weltkrieges arbeiteten über 30.000 Menschen im Polte-Konzern, der durch die Errichtung von Zweigwerken und Pachtung reichseigener Munitionsfabriken entstanden war.

Eingesetzt wurden auch Zwangsarbeiter und KZ-Häftlinge. Allein im Buchenwald-Nebenlager an der Poltestraße (heute Liebknecht-Straße) in Magdeburg wurden seit September 1944 durchschnittlich ca. 2.800 Frauen und 550 Männer für den Arbeitseinsatz bei Polte gefangen gehalten.

Bis 1945 hatte sich Polte zu einem Großkonzern entwickelt. Neben drei Magdeburger Werken gehörten folgende Tochtergesellschaften dazu: Seit 1913 die C. Louis Strube AG in Magdeburg, seit 1931 die Grüneberger Metallwarenfabrik in Güneberg, seit 1932 die POLLUX GmbH in Ludwigshafen, seit 1933 die Metallwerke Wolfenbüttel GmbH in Wolfenbüttel und die Metallwerke Odertal GmbH in Bad Lauterberg, seit 1938 die Castor GmbH in Magdeburg und seit 1939 der POLLUX-Zweigbetrieb in Neustadt. Im Auftrag des Reiches errichtete und pachtete Polte 1934 die Silva-Metallwerk GmbH in Genthin, Magdeburg und Grüneberg, 1938 die OHG Polte in Arnstadt und 1941 die OHG Polte in Duderstadt.

An das KZ-Außenlager an der früheren Polte-Straße (heute Liebknecht-Straße) erinnert bis heute eine Gedenktafel für die weiblichen und männlichen Häftlinge aus den KZ Ravensbrück und Buchenwald, unter denen sich ca. 2.000 Jüdinnen aus Estland, Lettland und Rumänien befanden. Die Frauen und Männer mussten bis April 1945 unter unmenschlichen Bedingungen Zwangsarbeit für Polte leisten.

Kurz vor der Befreiung Magdeburgs durch amerikanische Truppen wurden die Männer des Polte-Lagers am 11. April „evakuiert“, die Frauen gingen am 13. April auf den Todesmarsch in Richtung KZ Ravensbrück. Die erste Station des Frauen-Marsches war das Stadion „Neue Welt“ in Magdeburg, wo 29 von ihnen ermordet wurden.

Am Stadion „Neue Welt“ hatte sich bis 1933 eine Schule des „Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold“ befunden. Das Reichsbanner, 1924 in Magdeburg gegründet, war eine unbewaffnete Schutztruppe der Parteien der Weimarer Koalition von 1919, vor allem aber der SPD. Nach dem 30. Januar 1933 wurde die Reichsbanner-Schule von den Nationalsozialisten besetzt und als Folterstätte und als provisorisches Konzentrationslager für Regime-Gegner benutzt. Seit dem Frühsommer 1933 wurden von hier Antifaschisten in das KZ Lichtenburg in Prettin bei Torgau überstellt. Unter den Gefangenen, die nach Lichtenburg verschleppt wurden, befand sich auch der ehemalige Oberbürgermeister der Stadt Magdeburg, Ernst Reuter.

Heute erinnert ein Gedenkstein am Stadion „Neue Welt“ an die ruhmlose Geschichte dieses Ortes während der NS-Diktatur und an die 29 hier ermordeten polnischen KZ-Häftlinge des Außenlagers bei Polte.

Die Leichen der ermordeten Frauen wurden nach Kriegsende vom Stadion „Neue Welt“ auf den Westfriedhof an der Großen Diesdorfer Straße überführt. Hier erinnert eine Gedenkstätte für die Opfer des Faschismus an die ermordeten Magdeburger NS-Gegner und an die 29 im Stadion „Neue Welt“ ermordeten Frauen.

Seit den 70er Jahren wird das Stadion „Neue Welt“ nicht mehr betrieben. Die Anlage umfasst mehrere Gebäude, darunter die ehemalige Reichsbannerschule, und Sportanlagen sowie ein Freibad auf dem hinteren Teil des Geländes. Die Anlagen liegen im heutigen Industriegebiet an der B1 von Magdeburg nach Heyrothsberge und sind von der Straße her nicht einsehbar. Nachdem Mitte der 90er Jahre hier noch Kulturveranstaltungen durchgeführt wurden, nutzt heute nur noch der Polzeisportverein Magdeburg das Gelände. Der überwucherte Gedenkstein an der Straßenseite des Geländes ist noch auffindbar und in gutem Zustand, die Gedenktafel an der Einfahrt ist offensichtlich inzwischen verschwunden. Der gesamte Komplex steht zum Verkauf, was aus dem Gedenkstein und der Erinnerung an die Geschichte dieses einstmals für Magdeburg wichtigen Ortes wird, ist unklar. Inzwischen versucht die IG-Metall-Jugend Magdeburg sich dieser Problematik anzunehmen. Sie will auch den Gedenkstein am ehemaligen Standort des Polte-Werkes pflegen.

Weitere Gedenkort

In Magdeburg finden sich noch viele weitere Gedenkort an die Zeit des NS-Regimes. Inzwischen verschwunden ist die Gedenktafel am ehemaligen „Haus des Handwerks“ in der Gareisstr. 10, früher Franz-Seldte-Str. 1933 befanden sich in der damaligen „Rudolphschen Villa“ Folterkeller der SA und SS und die Zentrale der „SA-Gruppe ‚Elbe‘“. Im Juni 1998 wurde die Gedenktafel entfernt. Ebenfalls verschwunden ist die Gedenktafel zur Erinnerung an das KZ-Lager „Magda“ am Gebäudekomplex August-Bebel-Damm/Havelstr./Heinrichsberger Str. Die Tafel war ursprünglich an der Nordseite der steinernen Baracke des VEB Kraftverkehr Magdeburg angebracht. Heute ist sie verschwunden, ihr Verbleib ist unbekannt. Eine weitere Gedenktafel auf dem Betriebsgelände des ehemaligen VEB Förderanlagen „7. Oktober“ im Klosterkamp 7 ist ebenfalls verschwunden. Die Tafel erinnerte an Fritz Rödel, der im Februar 1945 im Zuchthaus Brandenburg-Görden ermordet wurde. Rödel arbeitete in der Maschinenfabrik A.W. Mackensen, dem späteren VEB Förderanlagen.

Zwischen der Sternstr. und der Steubenallee befindet sich seit dem 8. Mai 1965 in der Grünanlage ein Mahnmal zu Ehren der Magdeburger Widerstandskämpfer. Das hier errichtete Bronzerelief des Magdeburger Bildhauers Ernst Roßdeutscher wurde damals in der Gießerei des Lauchhammerwerkes angefertigt und im Dimitroff-Werk zusammengeschweißt. Das Dimitroff-Werk war bis 1945 die Maschinenfabrik R. Wolf. In diesem großen Rüstungsbetrieb hatte sich eine Widerstandsgruppe formiert, die 1943 nach Denunziation durch Belegschaftsmitglieder verhaftet wurde. Etwa 50 Personen wurden damals verhaftet, neun von ihnen starben in der Haft. An sie und weitere 45 Magdeburger Widerstandskämpfer erinnert das Mahnmal an der Steubenallee.

Eine Gedenkplatte erinnert an das „Braune Haus“ in der Regierungsstr. 1. Hier in den Kellern der Gestapo-Leitstelle Magdeburg wurden Gegner des NS-Regimes gefoltert und verhört. Bis Anfang 1933 war hier noch der Sitz der Bezirksvorstände der SPD, SAJ, Arbeiterwohlfahrt und des

Bundesvorstandes des Reichsbanners gewesen. Seit Frühjahr 1933 befand sich dann die Gestapo-Leitstelle Magdeburg in dem Gebäude. Die Gedenkplatte befindet sich neben der Kirche Unser lieben Frauen im Boden eingelassen, das ursprüngliche Gebäude wurde bei Kriegsende durch Luftangriffe total zerstört.

In Magdeburg-Rotensee am August-Bebel-Damm befanden sich ein KZ-Außenlager auf den Gelände der Braunkohle-Benzin AG und ein Auffanglager der Gestapoleitstelle Magdeburg. An beide erinnert eine Gedenktafel am Haupteingang des heutigen Technischen Polizeiamtes. Das KZ-Kommando bei der Braunkohle-Benzin AG bestand seit Juni 1944 unter dem Decknamen „Magda“. Bis Kriegsende kamen hier 529 Häftlinge ums Leben, die zum Teil im Krematorium des Westfriedhofes eingeäschert wurden und zum Teil wahrscheinlich auf dem Gelände selbst begraben wurden. Erst seit 1990 konnte das KZ-Gelände von Überlebenden aufgesucht werden. Mehrere im Originalzustand noch erhaltene Baracken brannten 1994 ab, die Brandursache wurde nie geklärt. Nachdem Befürchtungen bestanden, das Gelände mit seinen Massen- und zahlreichen Einzelgräbern würde für ein Güterverkehrszentrum überbaut werden, wird derzeit über die Möglichkeit der Errichtung einer Gedenkstätte verhandelt.

Das benachbarte Auffanglager der Gestapo bestand seit Anfang 1939, zunächst für die nach dem 10. November 1938 verhafteten Juden. Nach 1939 waren hier Zwangsarbeiter interniert, die gegen Auflagen und Verbote verstoßen hatten, nach dem missglückten Attentat auf Hitler am 20. Juli 1944 auch ehemalige Parlamentarier und Funktionäre der Arbeiterparteien und Gewerkschaften. Die Gestapo vermietete die Gefangenen zum Arbeitseinsatz an Magdeburger Betriebe.

Im Klosterberggarten, ehemals Pionierpark, steht seit 1978 eine Anne-Frank-Stele mit Szenen aus dem Leben der Anne Frank und Texten aus ihrem Tagebuch.

Seit 1816 besteht der israelitische Friedhof am Fermersleber Weg. An seinem Eingang befindet sich ein Gedenkstein für die jüdischen Opfer des NS-Regimes. Ein Zusatz, der auf die DDR als Urheber dieses Gedenksteines verweist, wurde entfernt. Ein weiterer Gedenkstein auf dem Friedhof erinnert die eine Million jüdischer Kinder, die in den Vernichtungslagern umkamen.

In der Max-Josef-Metzger-Str. erinnert eine Gedenktafel an der römisch-katholischen Cathedral- und Propsteikirche St. Sebastian an Max-Josef Metzger, den Gründer des Katholischen Weltfriedensbundes vom Weißen Kreuz. Der katholische Priester wurde nach Folterungen durch die Gestapo im April 1944 im Zuchthaus Brandenburg ermordet. Seit 1936 war er immer wieder verhaftet worden und wurde schließlich wegen seiner ökumenischen und pazifistischen Aktivitäten vom Volksgerichtshof zum Tode verurteilt.

Seit Anfang der 50er Jahre besteht auf dem Friedhof in Magdeburg-Westerhüsen an der Holsteiner Str. das „Feld der Vereinten Nationen“ mit 754 Einzelgräbern von Zwangsarbeitern, darunter 139 Kinder. Die Toten stammten überwiegend aus den Zwangsarbeiterlagern bei der Fahlberg-List AG und der Firma R. Wolf.

An Ernst Thälmann erinnert eine Gedenktafel an der Magdeburger Stadthalle. Hier sprach Thälmann

im April 1932 während des Wahlkampfes für die Wahlen zum Preußischen Landtag. Eine Thälmann-Plastik befand sich seit 1986 vor dem Haupteingang des damaligen VEB-SKET Magdeburg. Sie wurde nach 1989 von dort entfernt, musste aber 1994 nach massiven Belegschaftsprotesten wieder aufgestellt werden. Heute steht sie im Wohngebiet „Schiffbreite“ das unmittelbar an das ehemalige Betriebsgelände von SKET angrenzt. Eine weitere Thälmann-Gedenkstätte findet sich auf dem Hof des Hegel-Gymnasiums in der Hegelstr. Sie ist eines der als erhaltenswert erachteten Denkmäler für die Opfer des NS-Regimes in Magdeburg und wird, im Gegensatz zu unzähligen Thälmann-Gedenkplatten und –Denkmälern in der ehemaligen DDR, nicht abgerissen.

Weitere Erinnerungsstätten befinden sich in folgenden Magdeburger Schulen: Seit Februar 1989 erinnern Gedenktafeln in der Sekundarschule „Hans Schellheimer“ in Magdeburg-Brückfeld an Hans Schellheimer, der im Februar 1945 im Zuchthaus Brandenburg hingerichtet wurde. Schellheimer, seit Anfang der 30er Jahre Mitglied der KPD, wurde 1944 als Mitglied einer Widerstandsgruppe verhaftet und zum Tode verurteilt. An der Innenmauer des Schulhofes der heutigen Wilhelm-Raabe-Schule befindet sich ein Relief, das Martin Schwante zeigt. Schwante, nach dem die Schule zu DDR-Zeiten benannt war, war seit Mitte der 20er Jahre hier als Lehrer tätig und gehörte nach 1933 zur illegalen Bezirksleitung der KPD. Seit Januar 1934 in Haft, wurde er zunächst zu einer Zuchthausstrafe verurteilt und anschließend bis 1941 im KZ Sachsenhausen gefangen gehalten. Nach seiner Entlassung war er wieder in Kontakt zu Untergrundgruppen, wurde im Juli 1944 verhaftet, zum Tode verurteilt und 1945 unmittelbar vor Kriegsende hingerichtet.

In Madgeburg-Neue Neustadt befindet sich in der Comenius-Schule an der Nachtweide eine 1977 hier aufgestellte Büste des kommunistischen Arbeitersportlers Werner Seelenbinder.

An der Schulhofmauer der „Geschwister-Scholl-Schule“ in Madgeburg-Reform an der Walter-Kaßner-Str. befindet sich ein Relief von Hans und Sophie Scholl.

In Magdeburg-Ottersleben erinnert eine Gedenktafel an der Ernst-Wille-Schule in der gleichnamigen Straße an den Generalsekretär des Bundesvorstandes des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold und Ortsvorsitzenden der SPD Ottersleben. Ernst Wille wurde mehrfach verhaftet und starb schließlich im Mai 1945 im KZ Neuengamme.

An Ernst Grube, den Leiter der kommunistischen „Kampfgemeinschaft für rote Sporteinheit“ erinnert eine Gedenktafel am Ernst-Grube-Stadion an der Friedrich-Ebert-Str. in Magdeburg-Brückfeld. Grube, u.a. Reichstagsmitglied, Landtagsabgeordneter, Mitglied des ZK der KPD und Leiter der Roten Sporteinheit, kam nach mehrjähriger Haft in den KZ Sonneburg, Lichtenburg und Buchenwald im April 1945 in Bergen-Belsen ums Leben.

In der Münchenhofstraße am Baudezernat des Landes Sachsen-Anhalt steht ein Denkmal zum Gedenken an den tschechischen Schriftsteller Julius Fucik, der 1943 von der Gestapo ermordet wurde.

Am Karl-Liebknecht-Platz in Magdeburg-Friedenshöhe erinnert ein schlichter Gedenkstein an die Opfer des Faschismus.

An die Arbeitersportler, die während des NS-Regimes umkamen, erinnert der Werner-Seelenbinder Ehrenhain im Sportzentrum Magdeburg-Schöppensteg.

Schließlich findet sich auf dem Nordfriedhof das Sowjetische Ehrenmal auf dem Gräberfeld von 1.347 sowjetischen Bürgerinnen und Bürgern. Unter den hier bestatteten Personen befinden sich die sowjetischen Gefallenen der Kämpfe um Magdeburg im Frühjahr 1945 sowie sowjetische Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter.

Adressen und Verkehrsverbindungen:

IG Metall Verwaltungsstelle Magdeburg
Lüneburger Str. 6
39106 Magdeburg
Tel.: 0391/53293-0

Verkehrsverbindungen:

Mit der Bahn:

Magdeburg ist von Hamburg/Hannover oder Halle/Leipzig mit dem IC zu erreichen, von Frankfurt, Köln und München mit dem ICE und von Berlin mit dem IR zu erreichen. Vom Bahnhof aus können die Gedenkorte mit der Straßenbahn oder dem Bus angefahren werden.

Mit dem PKW: Von Westen und Osten: Magdeburg liegt direkt an der A 2 Dortmund-Berlin, Abfahrt Madgeburg-Zentrum. Von Norden (Stendal) über die B 189 nach Magdeburg-Zentrum. Von Süden über B 71, B 189 oder A 14/ A 2 Richtung Magdeburg-Zentrum. Die Gedenkorte können am Besten vom Zentrum aus mit der Straßenbahn oder dem Bus angefahren werden. Mit dem PKW sind die Gedenkorte vom Magdeburger Ring aus zu erreichen.

Mahnmal Synagoge: Das Mahnmal für die Synagoge liegt in unmittelbarer Nähe des Hauptbahnhofes: Vom Bahnhof über die Ernst-Reuter-Str. Richtung Altstadt, rechts in die Otto-von-Guericke-Str., dann 2. rechts in die Julius-Bremer-Straße. PKW: Vom Magdeburger Ring am Damaschke-Platz in die Ernst-Reuter-Straße Richtung Altstadt, rechts in die Otto-von-Guericke-Str., dann 2. rechts in die Julius-Bremer-Straße.

Gedenktafel Polte, Liebknecht-Straße: Mit der Straßenbahn Linie # Richtung Westfriedhof, Haltestelle Beimsplatz, in Fahrtrichtung zu Fuß bis Beimsplatz, dort links in die Beims-Straße bis Liebknecht-Straße, links in die Liebknecht-Straße. PKW: Magdeburger Ring bis Liebknecht-Straße.

Gedenktafel Stadion „Neue Welt“: Buslinien 4, 14, 51, 318. PKW: Vom Magdeburger Ring auf die B 1 Richtung Heyrothsberge/Burg/Genthin/Berlin. Das Stadion „Neue Welt“ befindet sich linker Hand der B 1 kurz vor Heyrothsberge.

Westfriedhof: Mit der Straßenbahn Linie 9 Richtung Westfriedhof, Haltestelle Westfriedhof. PKW: vom Magdeburger Ring in die Große Diesdorfer Straße bis Westfriedhof.

Prettin: Gedenkstätte zum KZ Lichtenburg

Zeittafel

1574-1582: Erbaut als Witwensitz sächsischer Kurfürstinnen.

1812-1928: Nutzung als Zuchthaus.

1933-1937: Männer-Konzentrationslager.

1937-1939: Frauen-Konzentrationslager.

1939-1945: Zeugamt der SS.

1945-1990: Nutzung durch die Landwirtschaft.

1965: Einrichtung der Mahn- und Gedenkstätte.

1974: Erweiterung der Mahn- und Gedenkstätte, Einrichtung des Kreismuseums Wittenberg.

Geschichte

Schloss Lichtenburg hatte schon vor 1933 eine lange Tradition als Gefängnis aufzuweisen. 1812 wurde hier unter der französischen Besatzung ein Zuchthaus für ca. 800 Häftlinge eingerichtet. Immer wieder saßen hier auch politische Häftlingen ein: Anhänger der Revolution von 1848, nach 1878 durch das Sozialistengesetz verfolgte Sozialdemokraten, 1921 Teilnehmer der bewaffneten Kämpfe im mitteldeutschen Industriegebiet. Während des Ersten Weltkrieges dienten die Werkstätten des Gefängnisses der Kriegsproduktion. 1928 wurde das Zuchthaus wegen der schlechten baulichen und sanitären Verhältnisse geschlossen und stand dann leer.

Das abgelegene, leer stehende Gebäude mit seiner ungenutzten Gefängniseinrichtung bot den Nationalsozialisten ideale Möglichkeiten, um hier im Mai 1933 eines der frühen Konzentrationslager einzurichten. In der Zeit zwischen dem Reichstagsbrand am 27./28. Februar 1933 und April 1933 verhafteten die Nationalsozialisten, ihre SA war zur Hilfspolizei ernannt worden, mehr als 50.000 ihrer politischen Gegner. Diese „Schutzhaft“ führte über eilig eingerichtete Folterstätten in SA-Sturmlokalen und anderen Gebäuden in die ersten Konzentrationslager des Dritten Reiches. Eines dieser Lager war Schloss Lichtenburg in Prettin.

Nachdem die ersten Häftlinge Ausbesserungsarbeiten vorgenommen hatten, sollte das KZ Lichtenburg ca. 1.000 Gefangene unter allgemein schlechten Bedingungen aufnehmen können. Binnen kurzer Zeit war das KZ Lichtenburg überfüllt. Im Juli 1933 waren hier schon 1.600 Häftlinge eingesperrt, im September 2.000. Die schlechten Lebensbedingungen und die Misshandlungen der Häftlinge durch die SS, vor allem im Bunker mit seinen 12 Zellen, forderten bereits 1933/34 die ersten Todesopfer.

Der Personenkreis, der in den frühen Konzentrationslagern inhaftiert war, wurde mehrfach

ausgeweitet. Ab November 1933 z.B. konnten Vorbestrafte, so genannte „Berufsverbrecher“ ohne Verfahren in Konzentrationslager eingewiesen werden. Später wurden verurteilte politische Gegner des Nationalsozialismus nach Verbüßung ihrer Haftstrafe auf unbestimmte Zeit in Konzentrationslager eingewiesen.

Seit 1933 war Schloss Lichtenburg ein Männer-Konzentrationslager. 1937 wurde es als Männer-Lager aufgelöst. Die Gefangenen wurden in die neu errichteten und größeren Konzentrationslager Sachsenhausen und Buchenwald verlegt. Anschließend waren hier Frauen inhaftiert. Die ersten 200 weiblichen Gefangenen kamen im Dezember 1937 aus dem Frauen-Konzentrationslager Moringen hierher. 1939 wurden das Frauen-Konzentrationslager Lichtenburg aufgelöst und die Häftlinge in das Konzentrationslager Ravensbrück überführt. Das KZ Lichtenburg wurde aufgegeben.

In Schloss Lichtenburg waren überwiegend politische Häftlinge inhaftiert, daneben auch Juden, Homosexuelle, Bibelforscher und weitere rassistisch Verfolgte. Zu den prominenteren Häftlingen gehörten u.a. Friedrich Ebert (Junior), Wilhelm Leuschner, Carlo Mierendorff, Max Abraham, Alfred Kantorowicz, Wolfgang Langhoff, Hans Lorbeer, Hans Litten, Lotti Huber und Olga Benario-Prestes.

Nach der Auflösung des KZ Lichtenburg war hier das II. Einsatzbataillon der SS-Totenkopfverbände stationiert, seit 1942 das SS-Hauptzeugamt. Nun waren hier KZ-Häftlinge aus Sachsenhausen als Zwangsarbeiter für das Zeugamt untergebracht.

Zwischen 1945 und 1990 wurden das Schloss Lichtenburg und die angrenzenden Ländereien landwirtschaftlich genutzt. 1965 wurde im Bunker des ehemaligen Konzentrationslagers eine Mahn- und Gedenkstätte eingerichtet, in der die Zellen im Originalzustand erhalten sind. 1974 wurde die Gedenkstätte durch drei Ausstellungsräume erweitert.

Im Jahre 1965 wurde im Bunker des ehemaligen KZ eine Mahn- und Gedenkstätte eingerichtet, in der die Zellen im Originalzustand erhalten sind. 1974 erfolgte eine Erweiterung durch drei Ausstellungsräume. Heute befindet sich hier neben der Gedenkstätte das Kreismuseum Wittenberg mit mehreren Abteilungen zur Regionalgeschichte.

Weitere Gedenkkorte

Auf dem Friedhof in Prettin befindet sich ein Gedenkstein für die Opfer des Todesmarsches der Häftlinge des KZ Mittelbau-Dora bei Nordhausen, die im April 1945 im Prettiner Stadtgebiet ermordet wurden. Sie wurden später auf den Friedhof umgebettet, die Leichen von acht Franzosen und Belgiern wurden in ihre Heimatländer überführt.

Gleich gegenüber des Eingangs zur Lichtenburg befindet sich ein Gedenkstein für Ernst Richter aus Prettin-Hintersee und alle weiteren Opfer des KZ Lichtenburg. Richter wurde hier Ende August 1933 ermordet und gilt als das erste Opfer des KZ Lichtenburg. Er ist auf dem Neuen Friedhof in Prettin beigesetzt.

Adressen und Verkehrsverbindungen:

Gedenkstätte zum KZ Lichtenburg c/o Museum Schloss Lichtenburg
 Schloss Lichtenburg
 Schlosstraße 1
 06922 Prettin
 Telefon 035386/22382
 Fax 035386/22134

Öffnungszeiten:

April-Oktober:

Dienstag-Freitag 12-17 Uhr

Samstag und Sonntag 13-17 Uhr

November-März:

Dienstag-Freitag 12-16 Uhr

Samstag und Sonntag: geschlossen

Führungen nach Voranmeldung auch vormittags

Für Schulklassen und andere Gruppen werden Führungen durch die Ausstellung, den Bunker und den benachbarten Zellenbau angeboten.

Verkehrsverbindungen:

PKW: B 187 über Lutherstadt Wittenberg und Jessen.

B 182 über Torgau und Dommitzsch.

Bei Anreise per Bahn ab Torgau oder Jessen Weiterfahrt mit Bus.

Rehmsdorf**Zeittafel**

1939: Das Werk Tröglitz bei Zeitz der Braunkohle-Benzin AG (Brabag) nimmt die Produktion auf.

Mai 1944: Nach Bombenangriffen fordert die Brabag in Buchenwald KZ-Häftlinge für Aufräumarbeiten an.

4. Juni 1944: Erster Transport von KZ-Häftlingen aus Buchenwald in das Außenlager „Wille“ bei den Brabag-Werken Tröglitz.

31. Dezember 1945: In der Nacht zum 1. Januar 1945 wird das Lager „Wille“ nach Rehmsdorf verlegt.

6. April 1945: Auflösung des Lagers Rehmsdorf und Abtransport der Häftlinge nach Theresienstadt.

12. April 1945: Amerikanische Truppen besetzen Rehmsdorf.

17. April 1945: Massaker an den Rehmsdorfer Häftlingen in Reitzenhain.

8. Mai 1945: Befreiung des KZ Theresienstadt.

1946: Errichtung eines Gedenksteins für die Opfer des Außenlagers „Wille“ auf dem Rehmsdorfer Friedhof.

20. Juni 1997: Eröffnung der Rehmsdorfer Heimatstube.

Geschichte

In Rehmsdorf bestand 1945 für gut vier Monate ein Außenlager des KZ Buchenwald mit dem Decknamen „Wille“. Die Häftlinge wurden für Räum- und Reparaturarbeiten der Braunkohle-Benzin AG Brabag) in Zeitz eingesetzt. Zunächst waren die damals über 2.000 KZ-Häftlinge in einem Zeltlager in Tröglitz an der Straße nach Rehmsdorf untergebracht. Wegen der anhaltenden Luftangriffe auf die Brabag-Werke und das KZ-Außenlager sollte das Zeltlager aufgelöst und ein festes Barackenlager in Rehmsdorf an der Bahnhofstraße gebaut werden.

Für den Bau des Lagers Rehmsdorf auf dem Gelände der ehemaligen Chemischen Fabrik wurden Häftlinge des Außenlagers „Wille“ eingesetzt. In kurzer Zeit wurde das Fabrikgelände zu einem Konzentrationslager mit 18 Baracken umgestaltet. Zehn Baracken waren für die Unterbringung von 4.000 Zwangsarbeitern vorgesehen. Das Lager war mit einem Stacheldrahtzaun, Starkstromleitungen und Wachtürmen mit Maschinengewehren und Scheinwerfern gesichert.

In der Nacht von 31. Dezember 1944 zum 1. Januar 1945 zogen die Häftlinge in das Lager ein. Sie fanden hier sehr schlechte Bedingungen vor. Pro Baracke sollten 450 von ihnen untergebracht werden. Die Baracken waren feucht, weil die frischen Betondecken und -wände Wasser ausschwitzten. Ihre dünne Häftlingskleidung bot den Gefangenen keinen Schutz vor der kalten Feuchtigkeit. Außer ihrer Kleidung, einer abgenutzten Decke, zerlumpten Schuhen, einem Blechnapf und einem Löffel besaßen die Häftlinge nichts. Mit ihrem Einzug in das Lager Rehmsdorf verschlechterte sich ihre Lage nochmals, weil sie jetzt auch noch täglich ca. 3 km zur Arbeit bei den Brabag-Werken laufen mussten. Verpflegt wurden sie mit täglich 125 Gramm Brot, 1,25 l Wassersuppe und etwas Marmelade.

Unter diesen Bedingungen mussten die Häftlinge schwerste körperliche Arbeit leisten. Bei den Brabag-Werken wurden sie eingesetzt für: Verlegung von Erdkabeln, Bunkerbau, Gütertransporte aller Art, Gleisräumung und -reparatur sowie bei der Isolierung zerstörter Rohrleitungen. Ein Teil von ihnen wurde beim Bau von bombensicheren Stollen in Rehmsdorf und Tröglitz eingesetzt. Im Januar 1945 halfen Häftlinge nach einem Bombenangriff in Rehmsdorf bei der Beseitigung von Bombenschäden. Nach den zahlreichen Bombenangriffen auf die Brabag-Werke wurden die Häftlinge für die Entschärfung der Blindgänger eingesetzt.

Am 6. April 1945 wurde das Lager „Wille“ aufgelöst. Auf keinen Fall sollten die heranrückenden Amerikaner hier noch Zwangsarbeiter vorfinden. Die Häftlinge wurden aus dem Lager zum Bahnhof getrieben. Sie sollten auf Befehl der SS per Bahn nach Theresienstadt gebracht und dort ermordet werden. Wegen der einige Tage vorher erfolgten Bombenangriffe auf den Bahnhof Rehmsdorf und die Gleisanlagen war nur ein Abtransport in Richtung Altenburg möglich. Die ca. 4000 Häftlinge

wurden in Kohlenwagen abtransportiert. Sie wurden von der SS in die Wagons gepfercht, die für den Transport der Menschen in keiner Weise genügend Platz boten. Wegen fortgesetzter Bombenangriffe musste der Zug mehrfach halten. Die Häftlinge bekamen kaum Nahrung und kein Trinkwasser. Endstation des Transports war der Bahnhof in Reitzenhain. Hier versuchten Häftlinge zu fliehen. Einige Hundert von ihnen wurden von der SS aufgegriffen und erschossen. Der Eisenbahntransport, das Massaker in Reitzenhain und der anschließende Todesmarsch nach Theresienstadt forderten weit über 1.000 Todesopfer. Den Tag ihrer Befreiung am 8. Mai 1945 erlebten nur etwa 1.000 der Häftlinge des KZ-Außenlagers „Wille“.

Die Geschichte des KZ-Außenlagers „Wille“ wird heute in der Rehmsdorfer Heimatstube dokumentiert. Nach Absprache sind Führungen zum Gedenkstein am Bahnhof, zum Barackenlager und durch die Heimatstube möglich. Für Gruppen und Schulklassen werden mehrere Vorträge zu verschiedenen Themenkomplexen des KZ-Lagers angeboten.

Adressen und Verkehrsverbindungen:

Gedenkstätte Rehmsdorf
 Heimatstube Rehmsdorf
 Bürgerhaus
 Brunnenplatz 5
 06729 Rehmsdorf

Öffnungszeiten: Montag - Donnerstag: 8 Uhr bis 15.30 Uhr
 Freitag: 8 Uhr bis 11 Uhr

Andere Termine und Führungen können telefonisch vereinbart werden mit:

Lothar Czoßek

Beethovenstraße 1
 06729 Rehmsdorf

Tel./Fax: 03441/535843

Oder:

Ordnungsamt der Verwaltungsgemeinschaft „Dreiländereck“ Burgenlandkreis

Bürgerhaus

Brunnenplatz 5
 06729 Rehmsdorf
 Tel: 03441/53450

Verkehrsverbindung:

Bahn: über Zeitz oder Altenburg nach Rehmsdorf.

PKW: auf der A 9 bis zur Abfahrt Naumburg, dann über Zeitz auf B 180 in Richtung Altenburg, Abzweig Rehmsdorf.

Wernigerode: Mahn- und Gedenkstätte Wernigerode

Zeittafel

1941: Errichtung eines Lagers der Rautal-Werke GmbH für 300 Zwangsarbeiter am Veckenstedter Weg.

März 1943: Erweiterung des Lagers und Errichtung eines Außenlagers des KZ Buchenwald.

November 1944: Errichtung des Außenkommandos „Steinerne Renne“ in Hasserode durch Häftlinge.

25. Dezember 1944: Überstellung der Mehrheit der Häftlinge in das Lager „Steinerne Renne“.

10. April 1945: „Evakuierungsmarsch“ nach Leitmeritz.

11. April 1945: Befreiung der Stadt Wernigerode durch amerikanische Truppen.

nach 1945: Nutzung des ehemaligen Lagers zuerst als Sammel- und Quarantäne-Lager, dann als Alten- und Pflegeheim.

1975: Einrichtung der Mahn- und Gedenkstätte.

1990: Beginn der Umgestaltung der Gedenkstätte.

Ende 1994: Eröffnung der neuen Ausstellung.

Geschichte

Im April 1941 entstand auf dem heutigen Gelände der Gedenkstätte das erste Lager für 300 Zwangsarbeiter aus Flandern und Nordfrankreich der Rautal-Werke GmbH (heute Elektromotorenwerk) am Veckenstedter Weg. Die Rautal-Werke stellten „kriegswichtige“ Elektromotoren und Motorenteile her. Weitere Baracken für Zwangsarbeiter entstanden 1942 an der Ilsenburger Straße und am Ziegenberg. Insgesamt wurden bis zu 5.000 Männer und Frauen zur Arbeit in der Rüstungsproduktion der Rautal-Werke gezwungen. Im März 1943 wurde das Lager am Veckenstedter Weg von Häftlingen des KZ Buchenwald zu einem Außenlager des Konzentrationslagers mit dem Tarnnamen „Richard“ ausgebaut. Durchschnittlich 800 KZ-Häftlinge aus acht Nationen wurden von hier zur Zwangsarbeit eingesetzt.

Die Häftlinge arbeiteten hauptsächlich im Rautal-Werk und beim Ausbau eines unterirdischen Stollensystems im Galgenberg. Die Stollen wurden bis Kriegsende zwar ausgebaut, aber danach nicht weiter genutzt. Wahrscheinlich waren sie zur Untertage-Verlagerung der Rautal-Werke vorgesehen.

Am 25. Dezember 1944 wurde das Außenkommando am Veckenstedter Weg aufgelöst. Der größte Teil der Häftlinge wurde in das Lager „Steinerne Renne“ am Bahnhof in Hasserode überstellt. Hier bestand seit November 1944 ein Außenkommando des KZ Mittelbau-Dora, das hauptsächlich die neu gegründete Wernigwerke AG mit Zwangsarbeitern versorgte. Hinter der Wernigwerke AG standen die Junkers Flugzeug- und Motorenwerke Dessau, die hier in einer ehemaligen Schokoladenfabrik Flugzeugturbinen und Teile für die „Wunderwaffe“ V 2 herstellten. Das Lager am Veckenstedter Weg diente jetzt als Arbeitslager für Zwangsarbeiter mit besonderen

Wachbedingungen.

Im April 1945 wurde das Außenlager „Steinerne Renne“ als Durchgangsort für Todesmärsche aus anderen Außenlagern von Konzentrationslagern, besonders aus dem Hauptlager Mittelbau-Dora genutzt. Am 10. April 1945, die amerikanischen Truppen standen schon vor Wernigerode, wurden die ca. 500 im Lager „Steinerne Renne“ verbliebenen Häftlinge auf den Todesmarsch in Richtung Leitmeritz (heute Tschechische Republik) getrieben. Als das KZ Leitmeritz am 26. April 1945 befreit wurde, lebten von den über 500 Häftlingen der „Steinernen Renne“ nur noch 57.

Das KZ-Außenlager am Veckenstedter Weg wurde 1945 kurzzeitig als Sammel- und Quarantäne-Lager verwendet, danach war hier bis zur Einrichtung der Gedenkstätte ein Alten- und Pflegeheim untergebracht. Die ca. 30-jährige Nutzung eines ehemaligen Konzentrationslagers als Altenheim mit primitiven Lebensverhältnissen für die dort Unterbrachten stellt kein Ruhmesblatt im Umgang der ehemaligen DDR mit der NS-Geschichte dar. Erst zum 30 Jahrestag des Sieges der Alliierten über Hitler-Deutschland und der Befreiung der Häftlinge der Zwangsarbeiterlager im Kreis Wernigerode war Anlass, am Veckenstedter Weg eine Mahn- und Gedenkstätte einzurichten. Die Anregung dazu kam von ehemaligen Häftlingen und Zwangsarbeitern.

Mittelpunkt der Gedenkstätte ist das Mahnmal zur Erinnerung an die Leiden der hier zur Zwangsarbeit gedungenen Männer und Frauen. Von der ursprünglichen Bausubstanz sind mehrere Häftlingsbaracken, Ein-Mann-Bunker und ein Wachturm erhalten. In einer der Häftlingsbaracken sind ein Unterkunftsraum, eine Sanitätsstube und ein Krankenzimmer im Originalzustand hergerichtet. Die ständige Ausstellung „Arbeits- und Konzentrationslager im Landkreis Wernigerode“ der Gedenkstätte informiert in fünf Räumen über die Geschichte der KZ-Außenlager am Veckenstedter Weg und „Steinerne Renne“ sowie über die Todesmärsche im April 1945. Daneben werden wechselnde Sonderausstellungen gezeigt.

In der Gedenkstätte besteht ein umfangreiches Archiv mit Dokumenten, Literatur und Zeitungsbeständen zur Geschichte der Zwangsarbeit in Wernigerode, das von Besuchern eingesehen und genutzt werden kann. Führungen durch die Gedenkstätte dauern ca. 60 Minuten. Die Gedenkstättenarbeit thematisiert insbesondere die enge Verzahnung von Konzentrationslagern und Zwangsarbeit für die Rüstungsindustrie sowie die Haftbedingungen der Häftlinge in Wernigerode.

Weitere Gedenkort

In Wernigerode-Hasserode erinnert eine kleine Gedenkstätte mit Gedenkstein und Tafel an das KZ-Außenkommando „Steinerne Renne“. Die Anlage wurde 1992 gründlich erneuert und wird seit 1989 neben der Mahn- und Gedenkstätte Veckenstedter Weg auch von ehemaligen Zwangsarbeitern aus dem westlichen Ausland besucht.

Auf dem Städtischen Friedhof erinnert eine Gedenkstätte an die Opfer des Faschismus der Stadt und des Kreises Wernigerode. Hier sind auch nach 1945 verstorbene Antifaschisten bestattet.

Auf dem Waldfriedhof befinden sich die Gräber von neun unbekanntem KZ-Häftlingen aus dem Außenlager Harzungen des KZ Mittelbau-Dora, die während des Todesmarsches im April 1945 von

Wachmannschaften in Minsleben ermordet und verscharrt worden waren. Ihre Leichen wurden 1952 nach Wernigerode überführt, im gleichen Jahr wurde auch der Gedenkstein für sie gesetzt. Ebenfalls auf dem Waldfriedhof befindet sich die Ehrenanlage für die Verfolgten des Naziregimes, die auch die Gräber von Kriegsgefangenen und Zwangsarbeitern aus sechs Nationen und von russischen und polnischen Kindern von Zwangsarbeiterinnen einschließt. Daneben sind hier auch 16 Besatzungsmitglieder englischer und amerikanischer Bombenflugzeuge beigesetzt.

An die verfolgten und ermordeten Wernigeroder Juden erinnern inzwischen zwei Gedenktafeln. Eine befindet sich seit 1993 am Rathaus und gedenkt allgemein den „verfolgten jüdischen Bürgern unserer Stadt“. Eine weitere Tafel befindet sich an der ehemaligen Villa des jüdischen Fabrikanten Benno Russo in der Feldstr. 7. Die Tafel erinnert an das Schicksal von Clara und Benno Russo, die im April 1943 in Theresienstadt ermordet wurden. Um die Villa kam es Anfang der 90er Jahre zum Streit, nachdem die Treuhand das Gebäude unter dubiosen Umständen verkauft hatte. Die rechtmäßigen Erben wollten es dem Landkreis schenken und wünschten eine Nutzung ähnlich der bis 1989, wo hier eine Berufsschule untergebracht war. Zusätzlich sollte nach ihrem Wunsch eine Mahntafel angebracht werden. Dieser Fall löste ein starkes Presse-Echo aus⁷ in dessen Folge die beiden genannten Gedenktafeln für die Wernigeroder Juden angebracht wurden.

Adressen und Verkehrsverbindungen:

Mahn- und Gedenkstätte Wernigerode
 Veckenstedter Weg 43
 38855 Wernigerode
 Telefon/Fax: 03943/632109

Öffnungszeiten:

Montag bis Freitag 8-15 Uhr
 (nach telefonischer Anmeldung auch an den Wochenenden)

Verkehrsverbindungen:

Mit der Bahn: Von Magdeburg und Halle über Halberstadt; Von Hannover über Goslar, Bad Harzburg und Ilsenburg; Von Braunschweig über Vienenburg und Ilsenburg. Vom Bahnhof mit der Stadtlinie D bis Zaunwiese (Gedenkstätte).

Mit dem PKW:

Von Westen: Auf der B 6 von Ilsenburg nach Wernigerode, in Wernigerode an der Kreuzung vor dem Harz-Klinikum links in den Veckenstedter Weg. Die Gedenkstätte befindet sich linker Hand am Veckenstedter Weg direkt vor dem 2. Kreisverkehr.

Von Osten: Auf der B 6 / B 244 durch Wernigerode Richtung Ilsenburg, an der Kreuzung hinter dem Harzklinikum rechts in den Veckenstedter Weg. Die Gedenkstätte befindet sich linker Hand am Veckenstedter Weg direkt vor dem 2. Kreisverkehr.

Von Norden: Auf der B 244 nach Wernigerode, in Wernigerode B 244 / B 6 Richtung Ilsenburg, an der Kreuzung hinter dem Harzklinikum rechts in den Veckenstedter Weg. Die Gedenkstätte befindet

⁷ Dazu u.a.: Grill, Bartholomäus, Die Villa, in: Die Zeit Nr. 46/1992 und ders., Die Villa – ein Zeit-Dossier und seine Folgen. Natürlich schrecklich, in: Die Zeit Nr. 7/1993.

sich linker Hand am Veckenstedter Weg direkt vor dem 2. Kreisverkehr.
Der Weg zur Gedenkstätte ist in Wernigerode nicht ausgeschildert.

Einzeldarstellungen zu Orten und Regionen in Niedersachsen

Stadt und Region Alfeld

Zeittafel

Im Mai 1940 treffen ca. 200 Kriegsgefangene im Lager der Großtierhandlung Ruhe in der Kalandstr. ein.

Im Oktober 1940 beziehen Alfelder Firmen Kriegsgefangene als Arbeitskräfte aus dem Lager von Ruhe. Im Januar 1941 arbeiten 164 französische Kriegsgefangene in Alfeld: 54 bei den Hannoverschen Papierfabriken, 46 beim Fagus-Werk, 23 bei der Leistenfabrik C. Behrens, 10 in der Tütenfabrik Ernst C. Behrens, die restlichen bei kleineren Metall- und Handwerksbetrieben.

Alfelder Betriebe setzen eine hohe Zahl von Zwangsarbeitern ein. Die drei größten Zivilarbeiterlager mit zusammen ca. 2.400 Insassen waren: Heeresmunitionsanstalt Godenau, „Lager Ziegelmasch“ (Sportplatz) und das Lager der „Lagergemeinschaft GmbH. 140 bis 250 Zwangsarbeiter leben in drei weiteren Lagern: „Lager Alfa Baracke“ (Deiters), „Baracke Alfawerk“ (Ama-Werk) und „Lager Holborn“. Weitere Lager: Hotel zur Post, Leinstraße und Alfeld-Föhrste.

Auf dem Alfelder Stadtfriedhof sind vier Kriegsgefangene aus der UdSSR, fünf polnische und zwei sowjetische Zwangsarbeiter sowie zwei sowjetische Zwangsarbeiterinnen begraben. Weitere Zwangsarbeitergräber befinden sich in Sack, Limmer und Langenholzen.

Geschichte

In der Nähe von Alfeld, in Holzen im benachbarten Kreis Holzminden, befindet sich der südlichste KZ-Friedhof Niedersachsen. Die hier bestatteten Toten waren Zwangsarbeiter und KZ-Häftlinge der Lager in Holzen, Eschershausen, Vorwohle, Lenne und Wickensen. 1961 wurden weitere Zwangsarbeiter, die 1945 auf den Todesmärschen im Harz umgekommen waren, nach hier in zwei neu angelegten Massengräbern umgebettet.

Im Kreis Holzminden gab es während des Zweiten Weltkrieges mehr als 100 Zwangsarbeiterlager mit über 14.000 Häftlingen. 1944 begannen um Holzen Bauarbeiten für die so genannte Untertageverlagerung von Rüstungsproduktion in stillgelegten Schächten der Deutschen Asphalt AG im Hils. Im Rahmen des „Jägerprogrammes“ wollten Firmen wie Volkswagen, Siemens und Lorenz hier die ersten Düsenjäger bauen. Geplant war auch, hier die „Wunderwaffe“ V1 herzustellen. Bis Kriegsende lief aber nur die unterirdische Produktion von Flugzeugteilen an.

Von 1944 bis zum Ende des Krieges arbeiteten ungefähr 11.000 Zwangsarbeiter nur an diesen Projekten. Neben dem Ehrenfriedhof in Holzen zeugen noch ca. 300 Fundamentreste im Hils von den letzten wahnwitzigen Anstrengungen des NS-Regimes zur Erreichung des „Endsiegts“.

In Holzen errichtete im September 1944 ein Häftlings-Kommando aus dem KZ Buchenwald ein Außenlager. Hier lebten über 2.000 KZ-Häftlinge, die hauptsächlich in den Asphaltstollen arbeiteten, aber auch in kleineren Arbeitskommandos für andere Arbeiten eingesetzt wurden. Ihre Arbeits- und Lebensbedingungen waren miserabel. Bei schlechtester Verpflegung und unzureichender Bekleidung,

in den Stollen lag die Temperatur nur bei 6 – 9° C, mussten sie wöchentlich 72 Stunden arbeiten, wurden schikaniert und misshandelt. Auch im Lager drohten ständig Misshandlungen, etliche Häftlinge wurden hier vom Wachpersonal ermordet. Mindestens 40, wahrscheinlich aber weitaus mehr, Häftlinge überlebten die Arbeit im Außenlager Holzen nicht.

Im März 1945 wurde das Außenlager Holzen aufgelöst. Der erste Transport ging drei Wochen vor dem Einmarsch der Amerikaner nach Buchenwald, zwei Wochen später wurden die restlichen Häftlinge in zwei Transporten per Eisenbahn nach Bergen-Belsen evakuiert. Diese letzten Transporte endeten am 8. April 1945 zunächst in Celle, wo der Zug bei der Bombardierung des Güterbahnhofes zerstört wurde. Die Häftlinge aus Holzen und eines weiteren Zuges aus dem KZ Drütte/Salzgitter konnten sich zunächst durch Flucht vor den Bombenangriffen in Sicherheit bringen. Sie wurden allerdings in der Nacht von der Celler Zivilbevölkerung, der Polizei und der SS gejagt und wieder eingefangen. Bei dieser „Hasenjagd“ wurden ca. 200 – 300 Häftlinge erschossen, 30 wegen angeblicher Plünderung hingerichtet. Die Überlebenden wurden auf den Todesmarsch nach Bergen-Belsen getrieben, unterwegs erschoss die SS alle entkräfteten zurückbleibenden Häftlinge.

In Holzen mussten nach dem Einmarsch der Amerikaner ehemalige NSDAP-Mitglieder der Region die Toten der Zwangsarbeiterlager und des KZ Holzen ausgraben, damit sie identifiziert und würdig bestattet werden konnten. Häftlingsgräber befanden sich auf dem Gemeindefriedhof in Holzen, am Waldrand des Ehrekenberges und in der Umgebung der Lager und Arbeitsstätten. 26 Tote konnten nicht mehr identifiziert werden. Wahrscheinlich sind damals nicht alle Gräber gefunden worden, weil etliche Häftlinge, die während der Arbeit starben, einfach in der Nähe verscharrt wurden. Im Frühjahr 1946 wurden die Toten schließlich auf dem damals noch so genannten „Militärfriedhof“ beigesetzt.

In der Öffentlichkeit gerieten der Ehrenfriedhof und das KZ-Außenlager nach und nach in Vergessenheit. Erstmals 1979 führte die IG-Metall-Jugend der Verwaltungsstelle Alfeld hier am Gedenkstein eine Veranstaltung zum Antikriegstag durch. Damals von Teilen der Öffentlichkeit noch argwöhnisch beäugt, war die IG Metall die erste Organisation, die in Holzen wieder einen Kranz zum Gedenken an die Opfer des Konzentrationslagers niederlegte.

Nachdem sich der Heimat- und Geschichtsverein Holzminden seit 1987 mit der Thematik der Zwangsarbeit im Raum Eschershausen beschäftigt, ist der Ehrenfriedhof in Holzen die zentrale Gedenkstätte für Opfer des Nationalsozialismus im Landkreis Holzminden geworden. Die Gemeinde Holzen unterstützt das Gedenken, sie hat ein Modell des KZ Holzen im Dorfgemeinschaftshaus als Ergänzung und Erweiterung der Gedenkstätte aufgestellt. Der Heimat- und Geschichtsverein Holzminden bietet neben Angeboten für Schulklassen auch gemeinsam mit der Bildungsvereinigung Arbeit und Leben und den Volkshochschulen Seminare und Exkursionen zur NS-Geschichte im Raum Holzminden an. Im Raum Eschershausen entsteht über Patenschaften von Schulen in Delligen und Eschershausen ein Gedenkpfad zu Stätten der Zwangsarbeit. Eine Wanderausstellung „Zwangsarbeit für die Wunderwaffen im Hils“ kann ganz oder in Teilen über den Heimatverein ausgeliehen werden.

Adressen und Verkehrsverbindungen:

IG Metall Verwaltungsstelle Alfeld
 Kalandstr. 4
 31061 Alfeld
 Tel.: 05181/8461-0

Veranstaltungen, Führungen, Ausstellungen über:
 Heimat- und Geschichtsverein Holzminden e.V.
 Detlef Creydt
 Köhlenweg 2
 37603 Holzminden
 Tel./Fax: 05531/61856

Verkehrsverbindungen:

Anfahrt Ehrenfriedhof Holzen:

Mit dem PKW: Von Hameln über B 1 und B 240 nach Eschershausen, von dort nach Holzen;
 Von Einbeck und Holzminden über die B 64 nach Eschershausen, von dort nach Holzen. Der
 Ehrenfriedhof kann in Holzen über die Siebenbachstraße erreicht werden, oder: Von Holzen weiter
 Richtung Grünenplan, hinter Holzen die Abzweigung „Stollen Gustav“ beachten und von dort über
 den Weg ca. 300 m zu Fuß nach Westen.

Von Alfeld und Hannover über die B3 Richtung Einbeck/Northeim, hinter Alfeld links über Gerzen
 und Grünenplan Richtung Eschershausen. Zum Ehrenfriedhof führt ca. 1 km vor Holzen rechts ein
 Weg („Stollen Gustav“), ca. 300 m Fußweg Richtung Westen.

Braunschweig**Zeittafel**

14. September 1930: Landtagswahl im Freistaat Braunschweig, Koalitionsregierung aus Bürgerlicher
 Einheitsliste und NSDAP.

17.10.1931: SA-Aufmarsch mit 100.000 Teilnehmern, 2 Tote bei nächtlichen Überfällen auf
 Arbeiterquartiere in Braunschweig.

9.3.1933: SS stürmt das „Volksfreund“-Haus, erste große Terrorwelle.

13.3.1933: Übergriffe auf jüdische Geschäfte, Verhaftung und Absetzung des SPD-
 Oberbürgermeisters Ernst Böhme.

18.3.1933: Der „Stahlhelm“ besetzt das AOK-Gebäude.

26.3.1933: Besetzung der ADGB-Jugendbildungsstätte in Rieseberg.

27.3.1933: Überfall auf das AOK-Gebäude, Umwandlung in eine SA-Folterstätte.

29.6.1933: Während einer Razzia wird der SS-Mann Landmann versehentlich von den eigenen

Männern erschossen.

4.7.1933: Ermordung von 11 Antifaschisten in Rieseberg als Vergeltung für den Tod des SS-Mannes Landmann.

9.11.1938: Verwüstung der Synagoge, 149 Juden werden in Konzentrationslager verschleppt.

1940: Einrichtung von Gemeinschaftslagern für ausländische Zwangsarbeiter.

April 1943: Errichtung des „Entbindungsheim für Ostarbeiterinnen“, hier starben mindestens 360 Säuglinge und Kleinkinder sowjetischer und polnischer Zwangsarbeiterinnen.

Mitte 1944: 36.000 ausländische Zwangsarbeiter im Arbeitsamtsbezirk Braunschweig.

September 1944: Errichtung eines Außenlagers des KZ Neuengamme für die Firma Büssing am Schilldenkmal.

Geschichte

Bis zur Landtagswahl am 14. September 1930 wurde das Land Braunschweig von einer sozialdemokratischen Regierung unter Führung von Dr. Heinrich Jasper regiert. Nach der Wahl änderte sich alles: Das Land Braunschweig, nunmehr regiert von einer Koalition der Bürgerlichen Einheitsliste und der NSDAP, wurde zu einem Experimentierfeld und „Musterland“ der Nationalsozialisten. Eine besondere Rolle spielte dabei der nationalsozialistische Innenminister Dietrich Klagges, der gegen die politischen Gegner der NSDAP besonders brutal vorging. Schon 1931 und 1932 wurden bei Aufmärschen und Überfällen der SA und SS in Braunschweig Arbeiter umgebracht.

Innenminister Klagges war es auch, der im Februar für die Einbürgerung des Österreichers Adolf Hitler sorgte, damit dieser als Kandidat der NSDAP zu den Reichspräsidentenwahlen antreten konnte. Hitler wurde von der Landesregierung zum Regierungsrat an der braunschweigischen Gesandtschaft in Berlin ernannt und erhielt auf diesem Wege die deutsche Staatsbürgerschaft.

Die Stadt Braunschweig wurde bis 1933 von einer demokratischen Mehrheitsregierung unter dem sozialdemokratischen Oberbürgermeister Erich Böhme regiert. Böhme wurde im März 1933 verhaftet, von der SS im „Volksfreunde-Haus“ misshandelt und ins Gefängnis geworfen. Nach 1945 wurde er wieder Oberbürgermeister und Landtagsabgeordneter.

Das „Volksfreunde-Haus“ war Sitz der Braunschweiger SPD und der Parteizeitung. Am 9. März 1933 stürmte die SS das Gebäude, dabei wurde der Werbeleiter Hans Saile erschossen. Nach der Besetzung richtete die SS-Hilfspolizei hier ihre Geschäftsstelle ein und nutzte das Gebäude als Schutzhaftgefängnis und Folterstelle.

Mit der Besetzung des „Volksfreunde-Hauses“ begann in Braunschweig die erste große Terror- und Verhaftungswelle. In ihrem Verlauf wurde auch das AOK-Gebäude in der Fallersleber Straße von

der SA besetzt und zum „Schutzhaft“-Gefängnis umfunktionierte.

Zu den Gefangenen im „Volksfreunde-Haus“ gehörte der ehemalige Ministerpräsident Heinrich Jasper. Bis 1939 blieb er in Gefängnissen und Konzentrationslagern, im August 1944 wurde er erneut verhaftet und über das KZ Sachsenhausen nach Bergen-Belsen verschleppt. Hier starb er an den Folgen der erlittenen Misshandlungen. Seit 1951 erinnert ein Denkmal am Gebäude der Bezirksregierung Braunschweig an Heinrich Jasper.

Im Juni 1933 kam es während einer Razzia im Braunschweiger Arbeiterviertel Eichtal zu einem folgenschweren Vorfall. Auf der Suche nach Flugblattverteilern der KPD trafen hier zwei SS-Trupps in Zivilkleidung aufeinander, die sich gegenseitig für Kommunisten hielten. Im Verlauf der Schießerei zwischen den SS-Trupps wurde ein SS-Mann von seinen eigenen Leuten erschossen. Als Vergeltung für diesen Mord, der umgehend den Kommunisten in die Schuhe geschoben wurde, sollten zehn Funktionäre der Arbeiterbewegung erschossen werden. Wiederum wurden Hunderte Braunschweiger Arbeiter verhaftet und im „Volksfreunde-Haus“ und in der AOK gefoltert. Schließlich wurden zehn von ihnen für die „Vergeltungsaktion“ ausgesucht, sie sollten am 4. Juli 1933 im ehemaligen Gewerkschaftsheim „Pappelhof“ in Rieseberg erschossen werden. Tatsächlich wurden dort elf Männer erschossen. Ihre Leichen wurden auf dem Gelände des Friedhofes in Rieseberg verscharrt. Die Mordaktion war als Überfall unbekannter SS-Leute auf die Mörder ihres Kumpanen getarnt worden, polizeiliche Ermittlungen verhinderte das Innenministerium.

1953 wurden die Leichen der Rieseberg-Opfer nach Braunschweig und Schöningen überführt. Auf dem Hauptfriedhof in Braunschweig an der Helmstedter Straße erinnert seitdem eine Gedenkstätte an die Toten von Rieseberg. Seit 1959 befindet sich ein von Steinmetzlehrlingen gestalteter Gedenkstein am Pappelhof. 1983 wurde an der damaligen DGB-Bildungsstätte in Rieseberg ein von Auszubildenden und Studenten der bildenden Künste gestaltetes Mahnmal aufgestellt.

Seit den Fünfzigerjahren richtet der DGB in Braunschweig Gedenkveranstaltungen für die Opfer der Rieseberg-Morde aus. Seit 1995 wird die Veranstaltung, zu der Kranzniederlegungen am Denkmal für Heinrich Jasper, am Mahnmal in Rieseberg und auf dem Friedhof Helmstedter Straße gehören, durch das „Rieseberg-Forum“ des DGB begleitet. Anlass für die Schaffung des Forums war die Debatte um veränderte Formen des Gedenkens in den Neunzigerjahren. Inzwischen wird das Forum abwechselnd von Braunschweiger Schulen gestaltet, die Ergebnisse des Forums werden in den „Regionalen Gewerkschaftsblättern“ des DGB Kreis Region Braunschweig veröffentlicht.

Ebenfalls in den Neunzigerjahren richtete sich das öffentliche Interesse in Braunschweig verstärkt auf das Schicksal der in Braunschweig eingesetzten Zwangsarbeiter. In diesem Zusammenhang wurden über den Arbeitskreis Andere Geschichte in Braunschweig mehrere Forschungsarbeiten angeregt und durchgeführt. Inzwischen erinnert die umgestaltete Kapelle des Friedhofes Hochstraße an das Schicksal der im „Entbindungsheim für Ostarbeiterinnen“ gestorbenen Säuglinge und Kleinkinder sowjetischer und polnischer Zwangsarbeiterinnen.

Erst nach langen und kontroversen Diskussionen entschloss sich die Stadt Braunschweig 1996, ein Mahnmal für das KZ-Außenlager Schillstraße des KZ Neuengamme zu errichten. Nach einem

Konzept von Sigrid Sigurdsson wurde hier mit Beteiligung Braunschweiger Bürger und Institutionen eine Anlage zur Erinnerung an die Zwangsarbeiter der Firma Büssing geschaffen, die durch ein „Offenes Archiv“ auf dem Gelände des Mahnmals begleitet wird. Das „Offene Archiv“ enthält Material, das seinerzeit für die Gestaltung des Mahnmals zur Verfügung gestellt wurde und ist öffentlich zugänglich.

Adressen und Verkehrsverbindungen:

IG Metall Verwaltungsstelle Braunschweig
 Wilhelmstr. 5
 38100 Braunschweig
 Tel.: 0531/48088-0

Deutscher Gewerkschaftsbund Kreis Region Braunschweig
 Wilhelmstr. 5
 38100 Braunschweig
 Tel.: 0531/48096-0

Arbeitskreis Andere Geschichte e.V.
 Petritorwall 3
 38114 Braunschweig
 Telefon: 0531/18957

Bürozeiten werktags 9.00-16.00 Uhr (bitte telefonische Terminabsprache)

Verkehrsverbindungen:

Die Braunschweiger Gedenkstätten sind gut mit der Straßenbahn zu erreichen.

Friedhof Helmstedter Straße: Vom Bahnhof mit der Linie 5 Richtung Innenstadt bis Georg-Eckert-Straße, weiter mit der Linie 4 bis Endstation (Krematorium). Zur Gedenkstätte gelangt man über den Friedhofseingang an der Straßenbahn-Endstation, gleich am Eingang rechts halten.

Mahnmal KZ-Außenlager Schillstraße: Vom Bahnhof mit der Linie 5 bis Haltestelle Stadthalle oder zu Fuß (10 Minuten).

Friedhof Hochstraße: Wie Friedhof Helmstedter Straße, mit der Linie 5 vom Bahnhof bis Haltestelle Am Magnitor oder von Haltestelle Georg-Eckert-Straße mit der Linie 4 bis Haltestelle Am Magnitor und zu Fuß über Steintorwall, Museumstraße und Parkstraße zur Hochstraße (10 Minuten).

Gedenkstein für Heinrich Jasper: Vom Bahnhof mit der Linie 1 bis Haltestelle Rathaus, die Bezirksregierung befindet sich in Fahrtrichtung der Straßenbahn links am Bohlweg, das Denkmal an der Rückfront des Gebäudes.

Mahnmal in Rieseberg: Mit dem PKW auf der B1 Richtung Königslutter, hinter Bornum am Elm links über Lauingen nach Rieseberg (Richtung A2, Auffahrt Königslutter). Hinter dem Ortsausgang Rieseberg rechts in den Pappelhofweg.

Göttingen

Zeittafel

11. September 1921: Feierliche Eröffnung des Volksheims am Maschmühlenweg.

August 1930: Erster Nazi-Überfall auf das Volksheim.

Juli 1932: Bei der Reichstagswahl erhält die NSDAP in Göttingen 51% der Stimmen.

26. April 1933: SA besetzt das Volksheim.

2. Mai 1933: Das Volksheim wird erneut besetzt und endgültig geschlossen.

5./6. Mai 1933: Die SA verschleppt sechs Göttinger Gewerkschaftsfunktionäre in das Volksheim und misshandelt sie hier.

9. November 1938: In der Nacht zum 10. November brennen Nationalsozialisten die Synagoge nieder, Göttinger Juden werden verschleppt und misshandelt, ihre Wohnungen verwüstet.

20.11.1939: Die ersten polnischen Zwangsarbeiter treffen in Göttingen ein.

September 1944: In mindestens 30 Lagern sind über 2.700 Zwangsarbeiter untergebracht.

November 1944: Zerstörung des Volksheims durch Bombenangriff.

12.10.1955: Einweihung des neuen Göttinger Gewerkschaftshauses auf dem Gelände der ehemaligen Synagoge.

22. März 1960: Anbringung der Gedenktafel für die ehemalige Synagoge am Gewerkschaftshaus.

9. November 1973: Einweihung des Mahnmals für die ehemalige Synagoge.

1985: Der IG-Metall Rentnerarbeitskreis fordert eine Gedenktafel am Standort des Volksheims.

1. Mai 1990: Einweihung des Gedenksteins für das ehemalige Volksheim am Maschmühlenweg.

1. September 1990: Enthüllung des Deserteursdenkmals am Göttinger Amtshaus.

Geschichte

In Göttingen bestand seit Februar 1922 eine Ortsgruppe der NSDAP. Die Partei hatte hier schon in den 20er Jahren überdurchschnittlich viele Anhänger. Ein Ausdruck ihres rasanten Aufstiegs seit 1930 waren in Göttingen die massiv zunehmenden Angriffe der SA auf Veranstaltungen und Büros der organisierten Arbeiterbewegung. Im Zentrum dieser Auseinandersetzungen stand das damalige Gewerkschaftshaus am Maschmühlenweg, allgemein auch „Volksheim“ genannt.

1921 hatten die Göttinger Gewerkschaften unter großer finanzieller Anstrengung das sanierungsbedürftige Lokal „Bürgerpark“ samt Garten und Kegelbahn angekauft und bis 1928 zweimal baulich erweitert. Neben dem Arbeitersekretariat hatten hier die größten und wichtigsten Gewerkschaften ihre Büros. Die Säle, das Restaurant und nicht zuletzt der Garten und die Kegelbahn boten ausreichend Platz für politische und gesellige Veranstaltungen aller Art. Das Volksheim war bis 1933 der gewerkschaftliche, politische und soziale Mittelpunkt der Göttinger Arbeiterbewegung.

Nicht zuletzt wegen dieser Funktion wurde das Volksheim schon seit 1930 bevorzugtes Ziel von Angriffen der SA auf das Haus und die ein- und ausgehenden Besucher. Nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten, die in Göttingen kampflos registriert wurde, bestand das Volksheim nur noch kurze Zeit. Es wurde am 26. April 1933 kurzfristig von der SA besetzt, schließlich am 2. Mai 1933 endgültig besetzt und geschlossen. Seine ursprüngliche Bedeutung erreichte es nie wieder. Stattdessen wurde es schon Anfang Mai Folterkeller der SA, dann Sitz der „Deutschen Arbeitsfront“ und schließlich während des Zweiten Weltkrieges Lager für französische, polnische und tschechische Kriegsgefangene, die in Göttinger Betrieben Zwangsarbeit leisten mussten. Im November 1944 zerstörte ein Bombenangriff den das Gebäude.

Nach dem Krieg wurde es nicht wieder aufgebaut. Seit 1990 erinnert ein in den Jahren zuvor massiv hauptsächlich vom Rentnerarbeitskreis der IG Metall eingeforderter städtischer Gedenkstein an den Standort und die Geschichte des einstmals so bedeutungsvollen Volksheims.

Das heutige, 1955 an der Oberen-Masch-Straße erbaute Gewerkschaftshaus steht auf dem Gelände der ehemaligen, 1869/70 erbauten Göttinger Synagoge. Der Bau erfolgte damals im Einvernehmen mit der jüdischen Gemeinde in Göttingen. Erst seit 1960 weist eine Gedenktafel am Eingang des Hauses auf die Geschichte dieses Ortes hin. Sie wurde auf Drängen der jüdischen Gemeinde von der Stadt Göttingen angebracht. Insgesamt war die recht kleine und unscheinbare Tafel aber kein wirklich angemessener Erinnerungsort an die Synagoge der einstmals recht großen jüdischen Gemeinde in Göttingen. Seit dem 9. November 1973 steht neben dem Gewerkschaftshaus auf der Ecke Obere/Untere-Masch-Straße ein würdiges Mahnmal für die in der Nacht vom 9. auf den 10. November 1938 abgebrannte Synagoge. Die Initiative hierfür ging 1970 von der Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit aus. Seit dem Bestehen des Mahnmals findet hier am 9. November eine gemeinsame Kundgebung des DGB, der jüdischen Gemeinde und der Stadt Göttingen zur Erinnerung an die Ereignisse des 9. November 1938 statt.

Die Synagogengemeinde Göttingen, die schon vor 1933 antisemitischer Hetze ausgesetzt war, hatte 1933 noch 431 Mitglieder. Bis 1939 reduzierte sich die Zahl durch Auswanderung, Verschleppung und Verfolgung auf 173. 1942 wurden 138 Göttinger Juden in das Warschauer Getto und nach Theresienstadt deportiert, von ihnen kehrten nur zwei zurück. Nach dem Krieg bestand nur eine kleine jüdische Gemeinde in Göttingen, 1951 hatte sie gerade 21 Mitglieder.

Auch nach dem Zweiten Weltkrieg gab es in Göttingen antisemitische und nazistische Ausschreitungen. Bis heute ist die Stadt eines der Zentren der Auseinandersetzung mit

neonazistischen Organisationen geblieben. Seit langem besteht in Göttingen ein aktiver Antifa-Arbeitskreis von Gewerkschaften und autonomen Antifaschisten, der bisher immer geschlossen gegen neonazistische Gruppen und Aktivitäten aufgetreten ist. Ende der 80er/Anfang der 90er Jahre waren Nazi-Aktivitäten in Göttingen weitgehend niedergeschlagen, inzwischen nehmen die Nazi-Provokationen bis hin zur Bedrohung aktiver Gewerkschafter wieder beängstigend zu. Zwischen dem Göttinger DGB und der jüdischen Gemeinde besteht eine kontinuierliche Zusammenarbeit. Neben den Veranstaltungen zum Antikriegstag und zum 9. November unterstützt die Gemeinde auch gewerkschaftliche Aktionen gegen Neonazis und nimmt zu anderen gewerkschafts- und sozialpolitischen Fragen Stellung.

Adressen und Verkehrsverbindungen:

IG Metall Verwaltungsstelle Göttingen

Obere Masch 10

37073 Göttingen

Tel.: 0551/45019

Fax: 0551/45189

Antifa-Arbeitskreis

Joachim Bons

c/o IG Metall

Deutscher Gewerkschaftsbund

Obere-Masch-Str. 10

37073 Göttingen

0551/44097

Jüdische Gemeinde Göttingen e. V.

Tel.: 0551/68737

Fax: 0551/68747

Verkehrsverbindungen

Mit der Bahn:

Göttingen liegt an der ICE-Strecke Hannover-Frankfurt. Vom Bahnhof aus sind die Gedenkorte zu Fuß zu erreichen.

Mit dem PKW: A 7 Abfahrt Göttingen. Richtung Zentrum, von der Innenstadt zu Fuß.

Gedenkstein für das Volksheim, Maschmühlenweg:

Vom Bahnhofsvorplatz auf der Bahnhofsseite rechts die Berliner Straße hinunter bis zur Ecke Maschmühlenweg. Der Gedenkstein befindet sich im Maschmühlenweg rechter Hand vor dem Gasometer.

Gedenktafel und Mahnmal für die Synagoge, Obere/Untere Maschstraße:

Vom Bahnhofsvorplatz geradeaus die Berliner Straße überquerend in die Goethe-Allee. Die nächste Querstraße links ist die Untere-Masch-Straße, die Übernächste die Obere-Masch-Straße. Die Gedenktafel und das Mahnmal befinden sich am Ende der Oberen/Unteren-Masch-Straße.

Hameln

Zeittafel

- 5. Februar 1933: antifaschistische Demonstration der SPD.
- 2. März 1933: Verbot der „Niedersächsischen Volksstimme“.
- 6. März 1933: Brandanschlag auf die Synagoge.
- 13. März: Umfangreiche Haussuchungen und Verhaftungen.
- 1. April 1933: Boykott jüdischer Geschäfte.
- 2. Mai 1933: Besetzung des Gewerkschaftshauses und Zerschlagung der Gewerkschaften.
- 10. Mai 1933: Gebäude und Druckerei der SPD-Zeitung „Niedersächsische Volksstimme“ werden besetzt und geschlossen.
- 30. Mai 1933: Acht Kommunisten aus Hameln kommen in das KZ Moringen.
- 26. Juni 1933: Verhaftung von 22 Hamelner Sozialdemokraten.
- September 1936: 400 politische Gefangene im Zuchthaus Hameln, davon 110 in Einzelhaft.
- 9./10. November 1938: SA- und SS-Leute brennen die Synagoge nieder.
- 5. April 1945: Sprengung der Hamelner Weser-Brücken, Todesmarsch von 450 Zuchthaus-Häftlingen zum Lager „Hecht“ im KZ Holzen bei Eschershausen.
- 6. April: Der Arzt Dr. Richard Klages und der ehemalige KPD-Stadtrat Georg Schröter fahren den amerikanischen Truppen entgegen und erklären die Kapitulation.
- 1980: Das ehemalige Zuchthaus Hameln wird abgerissen, auf dem Gelände entsteht eine Mehrzweckhalle, der ehemalige Eingangsbereich wird zum Hotel umgebaut.
- 9. November 1980: Einweihung des Gedenksteins für die zerstörte Synagoge.
- 1996: Erweiterung des Gedenksteins um ein Mahnmal.

Geschichte

Im Stadtbild der „Rattenfängerstadt“ Hameln finden sich bis heute nur spärliche Zeugnisse der Zeit zwischen 1933 und 1945. Am augenfälligsten ist zunächst das Mahnmal für die ehemalige Synagoge in der Bürenstraße (Synagogen-Platz) hinter dem südlichen Rand der Altstadt. 1996 wurde hier ein 16 Jahre zuvor errichteter kleiner Gedenkstein um eine Mahnmalanlage mit Hinweisen zur Geschichte

der Synagoge und den Namen der während des NS-Regimes ermordeten Hamelner Juden erweitert. Seither wird hier am 9. November der ermordeten Hamelner Juden gedacht.

Noch 1933 lebten in Hameln über 130 Juden, im Sommer 1941 waren es noch 28. Die letzten sieben jüdischen Bürger Hamelns wurden im Februar 1945 deportiert. Die Hamelner Juden wurden zunächst nach Hannover-Ahlem in die ehemalige jüdische Gartenbauschule gebracht und von dort in die Gettos Riga, Warschau und Theresienstadt. Diese Gettos waren Durchgangsstationen auf dem Weg in Vernichtungslager wie Auschwitz und Majdanek. Von den deportierten Hamelner Juden überlebte niemand.

Bereits am 6. März 1933 war die Synagoge Ziel eines nationalsozialistischen Brandanschlags. Die Brandsätze wurden von der Feuerwehr gelöscht, bevor sie größeren Schaden anrichten konnten. Beim der nächsten Brandstiftung in der Pogromnacht vom 9. auf den 10. November 1938 griff die Feuerwehr nicht mehr ein. Sie schützte nur die anliegenden Häuser vor einem Übergreifen des Feuers. In dieser Nacht wurde auch der jüdische Friedhof an der Scharnhorststraße zerstört. Die beiden in Hameln noch bestehenden jüdischen Geschäfte sowie eine Arztpraxis wurden verwüstet. Zehn Hamelner Juden kamen in „Schutzhaft“ und wurden über Hannover in das KZ Buchenwald gebracht. Das Grundstück der zerstörten Synagoge kaufte die Stadt zu einem günstigen Preis, von dem die Kosten für den Abriss der Ruine noch abgezogen wurden.

Weitere Zeugnisse der NS-Geschichte finden sich in den Ausländergräbern im nördlichen Bereich des Waldfriedhofes am Wehl. Hier sind 320 Kriegsgefangene und Zivilarbeiter, darunter 138 Sowjetbürger sowie viele Kinder und junge Frauen, beigesetzt, die in Hameln Zwangsarbeit leisten mussten. Die Geschichte der Zwangsarbeit in Hameln ist noch nicht abschließend bearbeitet. Bekannt ist, dass es 1940 vier Kriegsgefangenenlager bei den Firmen Körting und Kuhlmann, am Wehl und an der Linsingen-Kaserne gab. 1943 kamen Lager bei Kaminski, der Schiffswerft Meyer-Hermann, der Domag und dem Sägewerk Bruns hinzu. Damit waren insgesamt etwa 700 Kriegsgefangene bei Hamelner Firmen beschäftigt. Zivilarbeiterlager bestanden u.a. bei der Domag (800 Ostarbeiter), Kaminski (570) und in der Walkemühle (440). Auf dem Höhepunkt der Kriegswirtschaft 1944/45 waren über 3.000 ausländische Arbeitskräfte eingesetzt. Ihrem Schicksal wird am 8. Mai durch eine Veranstaltung der Antifa Hameln-Pyrmont auf dem Waldfriedhof gedacht.

Ein anderer Ort der Erinnerung an Hamelns Geschichte zwischen 1933 und 1945 wäre das ehemalige Zuchthaus. Es wurde 1980 abgerissen, hier steht heute eine Mehrzweckhalle und der Eingangsbereich wurde zu einem Hotel umgestaltet. An die Geschichte des Zuchthauses und die hier eingesperrten Gegner des NS-Regimes erinnert bis heute nichts. Alle Initiativen, hier durch eine Gedenktafel an die Zeit zwischen 1933 und 1945 zu erinnern, sind bisher gescheitert. Unter den Hunderten von politischen Gefangenen des Zuchthauses befanden u.a. etliche Mitglieder der „Sozialistischen Front“, der größten sozialdemokratischen Widerstandsorganisation, die hauptsächlich im Raum Hannover aktiv war. Berichte aus dem Zuchthaus lieferten die ehemaligen Gefangenen Emil Carlebach und Rudi Goguel in ihren Lebenserinnerungen.

Nach Kriegsende wurde das Zuchthaus Hameln zur Haft- Hinrichtungsstätte der britischen

Militärgerichtsbarkeit. Unter den Hingerichteten befanden sich die Lagerkommandanten des KZ Bergen-Belsen und des KZ-Außenlagers Hannover-Mühlenberg. Die Toten wurden auf dem Waldfriedhof am Wehl beigesetzt. Das Zuchthaus und die Gräber der Hingerichteten zogen in den 70er und 80er Jahren immer wieder Neonazis an, die hier ihren „Märtyrem„ gedenken wollten. Das Gräberfeld auf dem Waldfriedhof wurde schließlich 1986 eingeebnet, um solchen Aktivitäten keinen Raum mehr zu geben. Nachdem sich an diesem Ort neonazistische Aktivitäten häuften, wurde das Gräberfeld 1986 eingeebnet.

Informationen über jüngste Forschungen zur Geschichte des Zuchthauses und die Initiative zur Anbringung einer Gedenktafel sind bei Bernhard Gelderblom, Geschäftsführer der christlich-jüdischen Gesellschaft Hameln, zu erhalten.

Umfangreiche Informationen zur Geschichte Hamelns im Dritten Reich, einem antifaschistischen Stadtrundgang und zu den aktuellen Auseinandersetzungen mit Hamelner Neonazis bietet die „Antifaschistische Aktion Hameln-Pyrmont“. Anlaufpunkt ist die „Sumpflume“ in Hameln, wo am 3. Dienstag jedes Monats das „Antifa-Café“ veranstaltet wird.

Adressen und Verkehrsverbindungen:

IG Metall Verwaltungsstelle Hameln

Kastanienwall 52

31785 Hameln

Tel.: 05151/93668-0

Antifa Hameln-Pyrmont

c/o Sumpflume

Stockhof 2a

31785 Hameln

Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit Hameln

Geschäftsführer: Bernhard Gelderblom

Entengang 39

31787 Hameln

Tel.:05151/61839

Verkehrsverbindungen:

Mit der Bahn: Hameln liegt an den Bahnlinien Hannover - Hameln - Paderborn und Braunschweig - Hildesheim - Hameln - Löhne - Bielefeld.

Mit dem PKW:

Hameln liegt im Schnittpunkt der Bundesstraßen B 1 (von Südwesten), B 83 (von Norden und Süden) und B 217 (von Osten). Die nächsten Autobahnauffahrten sind ca. 25 km (A 2 Ruhrgebiet - Hannover – Berlin, Abfahrt Rehren) und ca. 50 km (A 7 Hamburg - Hannover - Kassel, von Norden über Hannover, von Süden über Hildesheim) entfernt. Die Bundesstraßen führen im Ringverkehr um den Altstadtkern herum, hier finden sich ausreichende Parkmöglichkeiten.

Mahnmal für die ehemalige Synagoge in der Bürenstraße:

Vom Bahnhof: Zu Fuß über die Kaiserstraße, hinter dem Viktoria-Luise-Gymnasium links in die

Bürenstraße. Das Mahnmal befindet sich linker Hand direkt an der Bürenstraße. Von der Innenstadt:
Zum Ostertorwall und von dort Richtung Stadtauswärts in die Bürenstraße.

Mit dem PKW: Die Bürenstraße geht Richtung Stadtauswärts vom Ostertorwall (B 1) ab. Das Mahnmal befindet sich rechter Hand direkt an der Bürenstraße.

Waldfriedhof am Wehl:

Vom Bahnhof: Mehrere Buslinien fahren in Richtung Waldfriedhof am Wehl.

Mit dem PKW: Von der Innenstadt auf die B 83 Richtung Bückeburg, Beschilderung
„Waldfriedhof“ folgen: rechts in den Reherweg, dann links „Zum Waldfriedhof Wehl“.

Landkreis Hannover: Mahn- und Gedenkstätte Ahlem

Zeittafel

1893: Gründung der „Israelitischen Erziehungsanstalt Ahlem“ durch Alexander Moritz Simon.

1919: Umbenennung in „Israelitische Gartenbauschule Ahlem“.

1941-1944: Nutzung des Gebäudes als zentrale Sammelstelle für Transporte von Juden aus den Regierungsbezirken Hannover und Hildesheim.

1942: Schließung der Israelitischen Gartenbauschule.

1943: Einrichtung eines Polizei-Ersatzgefängnisses mit einer Außenstelle der Gestapo Hannover.

Herbst 1943 - 10. April 1945: Nutzung durch die Gestapo für die Überwachung von Zwangsarbeitern und die Inhaftierung von Regimegegnern.

1944/45: Ermordung Hunderter Kriegsgefangener und Zwangsarbeiter auf dem Gelände der Gartenbauschule.

10.4.1945: Befreiung durch die alliierten Truppen.

3. August 1987: Einrichtung der Mahn- und Gedenkstätte Ahlem.

27. August 1993: Die Arbeitsgemeinschaft Hannover der Deutsch-Israelische Gesellschaft übergibt ein Mahnmal mit 12 Stelen.

Geschichte

Die 1893 von Alexander Moritz Simon begründete „Israelitische Erziehungsanstalt Ahlem“ hatte das Ziel, ihren jüdischen Schülern Zugang zu einem breiten Fächer von Berufen zu verschaffen, von denen sie über Jahrhunderte durch die Gesetzgebung ausgeschlossen gewesen waren. Das Angebot der Schule umfasste die Ausbildung in den Bereichen Handwerk, Gartenbau und Landwirtschaft. Damit trug die „Israelitische Gartenbauschule Ahlem“, wie sie seit 1919 hieß, zur Integration der jüdischen Bürger in Deutschland, aber auch zur Vorbereitung der Auswanderung in die USA und nach Palästina bei. Schnell fand die Schule weltweite Anerkennung.

Während der nationalsozialistischen Diktatur und besonders gegen Ende der 30er Jahre wurde die Schule immer mehr zu einer Fort- und Ausbildungsstätte für auswandernde Juden. Die Gartenbauschule Ahlem blieb von Übergriffen der Nazis, besonders vom Novemberpogrom 1938, verschont, aber seit 1939 wurde sie von einem Treuhänder der Landeskulturabteilung des Oberpräsidenten der Provinz Hannover geleitet. Wie alle anderen jüdischen Bildungseinrichtungen auch wurde sie am 7. Juli 1942 endgültig geschlossen. Leo Rosenblatt war ihr letzter Direktor. Er blieb bis März 1943 in der Schule und wurde dann mit seiner Familie nach Theresienstadt deportiert. Leo Rosenblatt und sein Sohn Gerhard wurden später nach Auschwitz gebracht und dort ermordet.

Heute erinnert in Ahlem der Leo-Rosenblatt-Weg an den letzten Direktor der jüdischen Gartenbauschule. Hier hatten die Nationalsozialisten im Dezember 1944 ein Außenlager des KZ Neuengamme eingerichtet. Von den ca. 1.000 jüdischen Häftlingen überlebten etwa 250.

Schon vor ihrer Schließung änderte sich der Charakter der Schule entscheidend. 1941 wurde hier eines von 16 „Judenhäusern“ Hannovers eingerichtet. In den „Judenhäusern“ wurden die verbliebenen Juden zwangsweise untergebracht. Von 1941 bis 1944 war die Gartenbauschule auch eine zentrale Sammelstelle der Gestapo für die Deportation in die Konzentrations- und Vernichtungslager.

Im Herbst 1943 übernahm die Gestapo Hannover das Direktorenhaus der Gartenbauschule. Sie richtete hier eine Außenstelle und ein Polizei-Ersatzgefängnis für ausländische Zwangsarbeiter und Regime-Gegner ein. Zwangsarbeiter wurden wegen geringster Vergehen nach Ahlem gebracht, hier verhört, gefoltert und ermordet. Zum Jahreswechsel 1944/1945 waren etwa 1.200 Gefangene unter erbärmlichsten Bedingungen in Ahlem untergebracht.

Bis zur Befreiung im April 1945 wurde die Laubhütte der Gartenbauschule, ein rituelles Gebäude für das jüdische Erntedankfest, von der Gestapo als Hinrichtungsstätte genutzt. Hier wurden etwa 400 Häftlinge erhängt oder erschossen.

Ende August 1944, einen Monat nach dem missglückten Attentat auf Hitler, wurden im gesamten Deutschen Reich politische Mandatsträger der Zeit vor 1933 und ehemalige Gewerkschaftsfunktionäre verhaftet und in „Schutzhaft“ genommen. Im Bereich Hannover/Hildesheim waren ca. 90 Männer und Frauen betroffen, die zunächst in das Gestapo-Gefängnis Ahlem und dann in das KZ Neuengamme verschleppt wurden. Unter ihnen waren u.a. Dr. Bernhard Pfad, später Mitbegründer der CDU, Wilhelm Weber und Karl Wiechert, später Oberbürgermeister und Oberstadtdirektor von Hannover, Kurt Schumacher, später Mitbegründer der SPD und Willi Altenhoff, später Bevollmächtigter der IG Metall in Peine.

Seit 1987 unterhält der Landkreis Hannover in der heutigen Justus-von-Liebig-Schule im Gebäude des ehemaligen Gestapo-Gefängnisses eine Mahn- und Gedenkstätte. Eine umfangreiche Dauerausstellung dokumentiert die Geschichte der Gartenbauschule, die Leiden der hier ermordeten Zwangsarbeiter und der von hier in die Vernichtungslager verschleppten Juden. 1993 stiftete die Arbeitsgemeinschaft Hannover der Deutsch-Israelitischen Gesellschaft ein Mahnmal an der Stelle, wo sich die Laubhütte befand. In einem Gedenkraum sind über 4.000 Namen von ermordeten Juden, Sinti und Roma und von politisch Verfolgten dokumentiert.

Die Gedenkstätte ist während der Unterrichtszeiten der Justus-von-Liebig-Schule zugänglich. Darüber hinaus bietet der Landkreis themenbezogene Führungen in der Gedenkstätte und auf dem Gelände der Schule an. Neben der Ausstellung können andere Medien zur Vertiefung und Ergänzung benutzt werden. Es besteht die Möglichkeit, Projektstage durchzuführen. In der Gedenkstätte liegen umfangreiche Faltblätter zur Geschichte der Gartenbauschule bereit.

Adressen und Verkehrsverbindungen:

Mahn- und Gedenkstätte Ahlem des Landkreises Hannover

Heisterbergallee 8
 30453 Hannover Telefon
 0511/9892256
 Fax 0511/9892499

Führungen und Informationen:
 Gabriele Lehmborg, Kulturamt Landkreis Hannover
 Hildesheimer Straße 20
 30169 Hannover
 Telefon: 0511/989-2256 oder -2160
 Telefax: 0511/989-2499

Öffnungszeiten:
 Montag bis Freitag 7.30-15.00 Uhr, nicht in den Schulferien. Der Schlüssel befindet sich im Sekretariat der Justus-von-Liebig-Schule, Telefon: 0511/400498-30. Zusätzlich an jeden 2. Sonntag im Monat von 15 bis 18 Uhr.

Verkehrsverbindungen:

PKW: Von Norden: Über die Autobahn A2 Abfahrt Hannover-Herrenhausen, Richtung Zentrum, auf die B6. Von der B6/Westschnellweg Abfahrt Limmer (nächste hinter der Ampel Schwanenburg-Kreuzung), geradeaus Richtung Ahlem über Zimmermannstraße und Eichendrink, am Ende des Eichendrink rechts auf die Carlo-Schmidt-Allee und an der nächsten Ampel links auf die Heisterbergallee. Die Mahn- und Gedenkstätte befindet sich rechter Hand hinter der Stadtbahnhaltestelle.

Von Süden: Zur B65, Abfahrt Badenstedt/Ahlem, Richtung Ahlem auf der Hermann-Ehlers-Allee/Carlo-Schmidt-Allee bis zur Kreuzung Heisterbergallee.

Eisenbahn: Bis Hannover-Hauptbahnhof, dann mit der Stadtbahnlinie 10 (Richtung Ahlem) bis Haltestelle Ehrhartstraße. Die Mahn- und Gedenkstätte Ahlem befindet sich direkt an der Stadtbahnhaltestelle.

Hannover

Zeittafel

- 16. Juni 1932: Erster SA-Überfall auf das Gewerkschaftshaus.
- 2. Februar 1933: Besetzung der Druckerei des KPD-Organs Neue Arbeiter-Zeitung.
- 11. Februar 1933: Verbot der Neuen Arbeiter-Zeitung.
- 4. Februar 1933: Kundgebung der Hannoverschen SPD auf dem Klagesmarkt gegen die drohende Nazi-Diktatur.
- 25. Februar 1933: Trauerzug mit ca. 40.000 Teilnehmern für zwei am Lister Turm von der SA erschossene Reichsbanner-Mitglieder.

28. Februar 1933: Nach mehreren Beschlagnahme-Aktionen erscheint die letzte Nummer des SPD-Organs Volkswille, nach dem Reichstagsbrand werden bis zum 1. März 1933 ca. 140 Kommunisten planmäßig verhaftet.

1. April 1933: Besetzung des Gewerkschaftshauses und der Hauptverwaltung des Fabrikarbeiterverbandes durch SA.

1936: Zerschlagung der Widerstandsgruppe Sozialistische Front.

13. August 1937: Der KPD-Vorsitzende Ernst Thälmann wird ins Gerichtsgefängnis Hannover überstellt, bis zum 11. August 1943 sitzt er hier in Einzelhaft.

9. November 1938: In der Nacht zum 10. November brennt die SS die Synagoge in der Bergstr. 15/16 nieder.

19. Juli 1943: Belegung des Neuengamme-Außenlagers „Accu Stöcken“.

25. Juni 1944: Belegung des Neuengamme-Außenlagers Limmer.

7. September 1944: Beginn der Einrichtung des Neuengamme-Außenlagers „Conti Stöcken“.

30. November 1944: Belegung des Neuengamme-Außenlagers Ahlem.

5. Februar 1945: Belegung des Neuengamme-Außenlagers Mühlenberg.

5. April 1945: Todesmarsch von Häftlingen des Lagers „Accu-Stöcken“ nach Bergen-Belsen.

6. April 1945: Todesmarsch von Häftlingen der Lager Ahlem und Mühlenberg nach Bergen-Belsen.

7. April 1945: Beginn der Todesmärsche aus dem Lager Limmer in Richtung Bergen-Belsen.

8. April 1945: Todesmarsch von Häftlingen des Lagers „Accu-Stöcken“ nach Gardelegen.

10. April 1945: Befreiung der Stadt Hannover durch amerikanische Truppen.

2. Mai 1945: Öffnung des Massengrabes erschossener Sowjetbürger auf dem Seelhorster Friedhof.

16. Oktober 1945: Errichtung des ersten Ehrenmals für die Opfer des Nationalsozialismus auf dem Ehrenfriedhof am Arthur-Menge-Ufer.

14. September 1947: Anbringung der Gedenktafeln an der Ehrenanlage für KZ-Opfer auf dem Stadtfriedhof Seelhorst.

22. Juli 1954: Einweihung der niederländischen Ehrenanlage auf dem Stadtfriedhof Seelhorst.
1964: Konzipierung und Bau der Ehrenanlage für 1.581 Zwangsarbeiter und Verschleppte auf dem Stadtfriedhof Seelhorst durch den Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge.

9. November 1978: Einweihung der Gedenktafel für die ehemalige Synagoge in der Roten Reihe 6.

1982: Verlegung der Gedenktafel für das Lager Mühlenberg zur Dietrich-Bonhoeffer-Kirche am Mühlenbürger Markt.

1.4.1983: Einweihung des Gedenksteins mit Gedenktafel vor dem ehemaligen Gewerkschaftshaus Goserie 4.

1987: Gründung des Arbeitskreises „Bürger gestalten ein Mahnmal“ in Ahlem.

8. Mai 1989: Einweihung des Mahnmals für das Lager „Accu-Stöcken“.

Februar 1994: Einweihung des Mahnmals für das Neuengamme-Außenlager Ahlem.

Oktober 1994: Einweihung des Mahnmals an der Oper für alle während der Nazi-Zeit ermordeten Hannoverschen Juden.

Geschichte

Hannover war bis 1933 als damalige Hauptstadt der preußischen Provinz Hannover ein wichtiges Zentrum der Arbeiterbewegung im niedersächsischen Raum. Industriell war die Stadt durch Metallverarbeitung, Petrochemie und Gummi-Industrie geprägt. Seit 1890 ist hier die Hauptverwaltung des Fabrikarbeiterverbandes, die heutige IG BCE, ansässig. Neben den örtlichen Zahlstellen der Einzelgewerkschaften hatten auch etliche Bezirksverwaltungen hier ihren Sitz.

Das 1910 fertig gestellte Partei- und Gewerkschaftshaus im Bereich Nikolaistraße (heute Goserie), Odeonstraße und Artilleriestraße entwickelte sich in den 20er Jahren, inzwischen um das „Volksheim“ erweitert, zum gewerkschaftlichen, politischen und kulturellen Zentrum der sozialdemokratisch orientierten Arbeiterbewegung in Hannover. Neben den örtlichen und bezirklichen Verwaltungen der Einzelgewerkschaften befanden sich hier u.a. Versammlungsräume, die Büros der Arbeiterwohlfahrt, der Arbeiterjugend und der Arbeitersportbewegung, der Verlag des SPD-Organs „Volkswille“ und die Volksbuchhandlung.

Übergriffe der SA auf das Gewerkschaftshaus und seine Besucher häuften sich schon seit 1932. Am Tag nach dem Reichstagsbrand, am 29. Februar 1933, erfolgte die erste polizeiliche Durchsuchung des Gebäudes, beschlagnahmt wurden Wahlkampfunterlagen der SPD und einige Waffen. Gegen sieben Gewerkschaftsfunktionäre wurden Verfahren wegen unerlaubten Waffenbesitzes eingeleitet.

Am 1. April 1933 wurde der Gebäudekomplex, der nur durch unbewaffnete Mitglieder des Reichsbanners gesichert war, von mehreren SS-Einheiten planmäßig gestürmt. Alle im Gewerkschaftshaus anwesenden Personen wurden im Innenhof zusammengetrieben und teilweise

misshandelt. 25 von ihnen nahm die SS in Haft. Am Nachmittag wurde auch das Verbandshaus des Fabrikarbeiterverbandes am Rathenauplatz besetzt und geschlossen.

An das Gewerkschaftshaus erinnert ein Gedenkstein vor dem historischen Gebäude, heute Goseriende 4. Der Stein und die Gedenktafel wurden am 1. April 1983 zum 50. Jahrestag der Besetzung des Gewerkschaftshauses aufgestellt. Seitdem hält der DGB Kreis Hannover hier am 1. April eine Gedenkfeier mit Kranzniederlegung ab.

Der Ort, an dem in Hannover Gegner des NS-Regimes in Untersuchungshaft gehalten wurden oder ihre Haftstrafen verbüßten, war das von 1865 bis 1869 erbaute Gerichtsgefängnis. Es wurde 1964 abgerissen, seitdem erinnerte in dem städtebaulich völlig veränderten Bereich hinter dem Bahnhof nichts mehr an die Hannoversche Haftstätte für Gegner des NS-Regimes. Seit Mitte der 80er Jahre forderte der „Arbeitskreis Gerichtsgefängnis“ die Aufstellung eines Mahnmals am Standort des Gerichtsgefängnisses.

Am 8. Mai 1989 wurde schließlich an der Lister Meile, unmittelbar vor dem Südeingang des Raschplatz-Pavillons, ein Mahnmal zur Erinnerung an die Häftlinge des ehemaligen Hannoverschen Gerichtsgefängnisses eingeweiht. Eine umfangreiche Gedenktafel würdigt die verschiedenen Häftlingsgruppen. Der Text war Gegenstand mehrjähriger, zum Teil kontroverser Diskussionen zwischen der Stadt Hannover, Historikern der Universität und dem Arbeitskreis. Finanziert wurde das Mahnmal durch eine Spendensammlung, an der sich auch ehemalige Häftlinge beteiligten. Die Gedenktafel erwähnt neben den hier inhaftierten Sozialdemokraten, Kommunisten und Gewerkschaftern auch die Häftlinge, die zu den verfolgten Minderheiten wie Sinti, Zeugen Jehovas und Homosexuellen gehörten und die hier während des Zweiten Weltkrieges inhaftierten Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter. Stellvertretend für die Häftlinge aus den Widerstandsgruppen werden auf der Gedenktafel namentlich erwähnt: Für die Sozialistische Front Gustchen Breitzke, Fritz Lohmeier, Therese Wittrock und Fritz Wulfert; für die Sozialistische Arbeiterpartei (SAP) Otto Brenner; für den kommunistischen Widerstand Paul Arndt, Marianne Becker, Grete Hoell und Walter Krämer. Besonders erwähnt wird der Vorsitzende der KPD, Ernst Thälmann, der hier zwischen 1937 und 1943 in Einzelhaft gehalten wurde.

Ein weiterer Ort, der heute in seiner ursprünglichen Form nicht mehr existiert, ist der Standort der Hannoverschen Synagoge in der Calenberger Neustadt. In der Pogromnacht vom 9. auf den 10. November brannte ein SS-Kommando die Synagoge in der Bergstraße 14/15 nieder. Die Reste der 1870 eingeweihten Synagoge wurden beseitigt. Nachdem bei einem Bombenangriff im Oktober 1943 fast die gesamte Calenberger Neustadt zerstört wurde und nach dem Krieg das Viertel neu aufgebaut wurde, erinnerte nichts mehr an das einstige Zentrum jüdischen Lebens in Hannover. Seit dem 9. November 1978 steht in der Roten Reihe Nr. 6 am Landeskirchenamt ein Mahnmal zur Erinnerung an die Synagoge, die sich bis 1938 an dieser Stelle befand.

In Hannover gab es eine recht große jüdische Gemeinde mit 1933 ca. 5.500 Mitgliedern. Von den Hannoverschen Juden, die nicht in die Emigration gingen, überlebten nur wenige die Deportationen in die Vernichtungslager. Seit Oktober 1994 erinnert ein Mahnmal in der Nähe des Hannoverschen Opernhauses an alle während der NS-Zeit ermordeten Hannoverschen Juden. Die Errichtung des als Stufenpyramide gestalteten Mahnmals geht auf die Initiative des eigens hierfür gegründeten Vereins

„Memoriam“ zurück.

An dem Mahnmal sind Tafeln mit den Namen von derzeit 1915 jüdischen Frauen, Männern und Kindern mit Geburtsdatum, Deportationsziel und, soweit dies bekannt ist, Todesdatum und Todesort angebracht. Die Liste der ermordeten Hannoverschen Juden wird wegen der äußerst schwierigen Forschungen nach dem tatsächlichen Verbleib der verschleppten Personen immer wieder erweitert werden müssen. Ihre Ergänzung erfolgt in der Regie des Stadtarchives Hannover.

Während des Zweiten Weltkrieges waren in Hannover über 60.000 Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter eingesetzt. Im Stadtgebiet gab es ca. 500 Zwangsarbeiterlager, die sich überwiegend in der Nähe der Zwangsarbeiter einsetzenden Betriebe befanden. Zwischen Juli 1943 und April 1945 bestanden zusätzlich sieben Außenlager des KZ Neuengamme in Hannover. Sie befanden sich in den heutigen Stadtteilen Stöcken, Ahlem, Limmer, Misburg, Mühlenberg und in Langenhagen. An fünf dieser Lager und die Leiden der hier zur Zwangsarbeit eingesetzten KZ-Häftlinge erinnern heute Mahnmale und Gedenktafeln. Im weiteren Kernbereich der Stadt Hannover finden sich Gedenkort für die Außenlager in den Stadtteilen Marienwerder, Ahlem, Limmer und Mühlenberg.

Im Hannover-Marienwerder, an der Ecke Garbsener Landstraße/Auf der Horst, erinnert seit dem 8. Mai 1989 ein Mahnmal an die Neuengamme-Außenlager „Accu Stöcken“ (Varta) und „Conti Stöcken“. Im Lager „Accu-Stöcken“ waren vom 19. Juli 1943 bis zum 5./8. April 1945 ständig zwischen 1.500 und 2.000 männliche Häftlinge als Arbeitskräfte für die Accumulatorenfabrik untergebracht. Mindestens 449 Häftlinge kamen hier ums Leben. Ein Teil der Häftlinge wurde am 5. April in das völlig überfüllte KZ Bergen-Belsen evakuiert, ein anderer Teil am 8. April 1945 nach Gardelegen. Sie waren unter den 1.016 Häftlingen, die hier in der Isenschibber Feldscheune lebendigen Leibes verbrannt wurden.

Das am zwischen dem 7. September und dem 30. November 1944 eingerichtete Lager „Conti-Stöcken“ war ständig mit etwa 1.000 männlichen Häftlingen belegt, die in den Continental-Gummiwerken Gasmasken herstellen mussten. Im Lager „Conti Stöcken“ starben mindestens 26 Häftlinge. Ende November 1944 wurde das Lager zum Außenlager Hannover-Ahlem überstellt.

Das Mahnmal für diese beiden Lager geht auf die Anregung der Leiterin des Freizeitheimes Stöcken und Schülerinnen und Schülern der Anne-Frank-Schule zurück. Ursprünglich wollte der Bezirksrat das Mahnmal auf dem Firmengelände von Varta aufstellen, der Vorstand lehnte dies aber ab. Stattdessen kaufte die Stadt Hannover einen Teil des ehemaligen Lagergeländes mit noch vorhandenen Fundamentresten für die Aufstellung des Mahnmals an.

Seit Februar 1994 erinnert ein Mahnmal an die Opfer des Neuengamme-Außenlagers in Ahlem. Das Lager Ahlem war durchgängig mit etwa 1.000 männlichen Häftlingen belegt. Sie arbeiteten in der unterirdischen Munitionsanstalt der ehemaligen Asphaltwerke westlich der Richard-Ladtorf-Straße und beiderseits der Harenberger Straße (heute Heisterbergallee), für die Continental-Gummiwerke und die Maschinenfabrik Niedersachsen-Hannover (MNH). Mindestens 350 Häftlinge starben im Lager Ahlem. Am 6. April 1945 wurden die Häftlinge nach Bergen-Belsen evakuiert. Viele starben auf dem Fußmarsch oder wurden Opfer der Seuchen in Bergen-Belsen. Nur die kranken Häftlinge

blieben im Lager zurück und wurden am 10./11. April 1945 befreit.

Das Mahnmal für das Außenlager in Ahlem geht auf den 1987 gegründeten Arbeitskreis „Bürger gestalten ein Mahnmal“ zurück, der eine breite Diskussion um eine Gedenkstätte für die Opfer des Lagers führte. Das vom Arbeitskreis entworfene und in Teilen selbst geschaffene Mahnmal bildet einen Asphaltstollen nach, auf den eine sich verjüngende Allee von Stahlstangen hinführt. Die Wände des nachgebildeten Stollens sind mit Asphaltplatten und Reliefs verkleidet, die die Leiden der Häftlinge symbolisieren.

Im Stadtteil Limmer erinnert seit dem 17. Mai 1987 eine erweiterte Gedenktafel an das ehemalige Frauenlager Limmer. Die Gedenktafel befindet sich an der Ecke Sackmannstr./Stockhardsweg unmittelbar hinter dem Betriebsgelände des Conti-Werkes Limmer. Hier gab es seit dem 25. Juni 1944 ein Außenlager, das mit ca. 500 weiblichen Häftlingen belegt war. Die Frauen mussten in den Continental-Gummiwerken Gasmasken herstellen. Sie wurden zwischen dem 7. und 10. April 1945 in Richtung Bergen-Belsen evakuiert.

An das Außenlager Mühlenberg erinnert eine kleine Gedenktafel in der Mauer des Eingangsbereiches der Dietrich-Bonhoeffer-Kirche am Mühlenberger Markt 5. Der Stadtteil Mühlenberg wurde nach 1945 neu gebaut, authentische Reste des Lagers bestehen nicht mehr.

Das Außenlager Mühlenberg wurde am 5. Februar 1945, nach der Auflösung des KZ Auschwitz im Januar 1945, errichtet. Die Häftlinge des Lagers Mühlenberg kamen aus einem Außenlager von Auschwitz in Laurahütte (Oberschlesien), wo sie bei der Firma Rheinmetall-Borsig AG Flugabwehrgeschütze herstellen mussten.

Etwa 930 Häftlinge von Laurahütte wurden am 23. Januar 1945 in Viehwagen in das KZ Mauthausen (Österreich) und das Nebenlager Gusen evakuiert, 500 von ihnen am 1. Februar 1945 nach Hannover in das KZ-Außenlager Mühlenberg weiter transportiert. Es waren fast ausschließlich jüdische Häftlinge aus 15 verschiedenen Nationen. Ihr Durchschnittsalter lag bei unter 30 Jahren. Das Lager wurde auf einem Teil des Geländes des seit 1942 an der Hamelner Chaussee befindlichen Zwangsarbeiterlagers mit etwa 3.000 Häftlingen errichtet. Die KZ-Häftlinge wurden ebenfalls bei der Rheinmetall-Borsig AG auf dem Gelände der Hanomag zur Montage von Flakgeschützen eingesetzt. Auf Grund der schlechten Lebensumstände starben hier täglich Häftlinge. Sie wurden zunächst noch durch ein Bestattungsunternehmen zum Seelhorster Friedhof gebracht und im Krematorium verbrannt, dann in Bombentrichtern verscharrt oder unbestattet im Lagerbereich liegen gelassen.

Am 6. April 1945 begann die Evakuierung des Lagers in Richtung Bergen-Belsen. 48 Häftlinge im Krankenbau wurden von der SS erschossen. Einige Häftlinge konnten sich bis zur Befreiung verstecken. Auf dem Todesmarsch nach Bergen-Belsen starben 24 Häftlinge. Von den insgesamt 800 Häftlingen des Lagers Mühlenberg starben in der Zeit vom 5. Februar 1945 bis zur Befreiung 252, davon wurden 72 von der SS erschossen.

Nach dem Krieg wurde das Lager Mühlenberg als Notunterkunft für ausgebombte Hannoveraner und Flüchtlinge benutzt. Ein Massengrab und ein Gedenkkreuz erinnerten an die Opfer des Lagers.

Im Jahre 1947 wurden die Toten exhumiert und auf dem Seelhorster Friedhof bestattet. Auf dem früheren Lagergelände Mühlenberg steht heute das Verwaltungsgebäude eines Energiekonzerns.

An die sowjetischen Opfer des Nationalsozialismus und die ausländischen KZ-Opfer in Hannover erinnert seit dem 16. Oktober 1945 das sowjetische Ehrenmal auf der Grabstätte am Arthur-Menge-Ufer. Hier liegen 386 Tote, die Anfang Mai 1945 in Massengräbern auf dem Stadtfriedhof Seelhorst aufgefunden wurden. 154 von ihnen waren Zwangsarbeiter, die am 6. April 1945 von der Hannoverschen Gestapo auf dem Seelhorster Friedhof erschossen worden waren. Der größte Teil der Erschossenen stammte aus den Arbeitserziehungslager Lahde bei Minden, das nach Hannover in das Polizeiersatzgefängnis Ahlem in der ehemaligen jüdischen Gartenbauschule evakuiert wurde. Der Hannoversche Gestapo-Chef wählte von den 800 aus Lahde gekommenen Häftlingen 155 für die Erschießung aus, die auf dem Seelhorster Friedhof durchgeführt wurde. Nur ein Häftling konnte noch von dort fliehen.

Das Massengrab der am 6. April Erschossenen auf dem Seelhorster Friedhof wurde am 2. Mai 1945 geöffnet. Die amerikanische Militärregierung forderte auf einem Plakat vom 30. April 1945 die Hannoveraner auf, bei der Exhumierung und Überführung der Leichen zum Maschsee-Nordufer anwesend zu sein. Für die Exhumierung und erneute Bestattung wurden stadtbekannt Mitglieder der NSDAP zwangsbeordert. Die Leichen wurden in weiße Tücher gehüllt, mit Blumen bedeckt und auf LKW's zum Maschsee-Nordufer überführt. Den Lastwagen folgte ein langer Trauerzug Hannoversche Bürger.

Seit der Errichtung des Mahnmals und der Friedhofsanlage kam es hier immer wieder zu Zerstörungen. So wurde im Februar 1947 das Halbreliief auf der Vorderseite des Mahnmals zerschlagen. Dies wiederholte sich 1952, worauf Diskussionen um die Veränderung oder Verlegung der Anlage aufkamen. Ein Stein des Anstoßes war offensichtlich der Sowjetstern, der über dem Halbreliief des trauernden Soldaten angebracht war. Er wurde entfernt und nie wieder erneuert. In den folgenden Jahren kam es zu weiteren Sachbeschädigungen und die Anlage drohte zeitweise zu verwahrlosen. Seit den 70er Jahren wird die Anlage von der IG Metall-Jugend betreut, hier finden Veranstaltungen zum Kriegsende am 8. Mai 1945 statt.

Ein weitere Ehrenanlage für die Opfer der Hannoverschen Konzentrationslager befindet sich auf dem Stadtfriedhof Seelhorst an der Garkenburgstraße. Sie befindet sich an der Hauptachse des Friedhofs am heutigen Nebeneingang Hoher Weg. Anlässlich einer Gedenkfeier für die Opfer des Nationalsozialismus am 14. September 1946 wurden hier zwei Gedenktafeln angebracht. In dem Gräberfeld ruhen 390 Opfer der KZ-Außenkommandos Mühlenberg, Ahlem und Stöcken aus Belgien, Dänemark, Deutschland, Frankreich, Griechenland, Italien, Jugoslawien, Lettland, Litauen, Polen, der Sowjetunion, Spanien, der Tschechoslowakei und Ungarn sowie Staatenlose, die im Krematorium auf dem Seelhorster Friedhof verbrannt worden waren.

Am 22. Juli 1954 wurde im Nordost-Teil des Seelhorster Friedhofs eine niederländische Ehrenanlage für mehr als 400 holländische Fremdarbeiter eingeweiht, die während des Krieges in Hannover und Umgebung gestorben sind. Auf einer angrenzenden Ehrenanlage (Abteilungen 18 und 19) steht zum Gedenken an 1.581 Zwangsarbeiter und Verschleppte aus Belgien, Jugoslawien,

Lettland, Litauen, Polen, der Sowjetunion, der Ukraine, der Tschechoslowakei und für Staatenlose ein sieben Meter hoher Obelisk aus Naturstein. Er ist in unregelmäßigen Abständen von unterschiedlich großen Gedenksteinen mit den Namen der Toten umgeben. Die Anlage wurde vom Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge konzipiert und 1964 fertig gestellt.

Adressen und Verkehrsverbindungen:

IG Metall Verwaltungsstelle Hannover

Postkamp 10

30159 Hannover

Tel.: 0511/12402-0

Fax: 0511/12402-41

DGB Kreis Hannover

Otto-Brenner-Str. 1

30159 Hannover

Tel.: 16387-0

Landeshauptstadt Hannover

Freizeitheim Weiße Rose

Mühlenberger Markt 1

30457 Hannover

Tel.: 0511/168-41490

Arbeitsgemeinschaft KZ Stöcken

Landeshauptstadt Hannover

Freizeitheim Stöcken

Eichsfelder Str. 101

30419 Hannover

Tel.: 0511/168-42942

Verein Bürger gestalten ein Mahnmal

Ruth Gröne

Am Asphaltberge 7

30453 Hannover

Geschichtswerkstatt Hannover

Zur Bettfedernfabrik 3

30451 Hannover

Tel.: 0511/456252

VVN-BdA

Rolandstr. 16

30161 Hannover

Tel.: 0511/3481116

Stadtarchiv Hannover

Am Bokemahle 14-16

30171 Hannover

Tel.: 0511/168-43073

Verkehrsverbindungen:

Mit der Bahn: Hannover ist Verkehrs-Knotenpunkt der Deutschen Bahn und aus allen Richtungen per ICE, IC oder Interregio zu erreichen. Vom Bahnhof Hannover können die Gedenkorte mit öffentlichen Verkehrsmitteln aufgesucht werden.

Mit dem PKW: Hannover ist über die Autobahnen A 2 und A 7 aus allen Richtungen erreichbar. Die Gedenkorte sollten nicht mit dem PKW, sondern vom Stadtzentrum aus mit öffentlichen Verkehrsmitteln angefahren werden.

Gedenkstein Gewerkschaftshaus, Goseriede 4:

Von Kröpcke Stadtbahn Linien 4, 5, 6 und 16 bis Steintor oder vom Bahnhof Straßenbahn Linien 10 (Ahlem) und 17 (Wallensteinstraße) bis Steintor, der Gedenkstein befindet sich in Richtung Stadtauswärts in der Nähe der Stadtbahn-Station bzw. der Straßenbahn-Haltestelle.

Mahnmal Gerichtsgefängnis, Lister Meile

Vom Bahnhof Stadtbahn-Linien 3, 7 und 9 bis Sedanstraße/Lister Meile oder zu Fuß vom Bahnhof durch die Passerelle zum Raschplatz. Das Mahnmal befindet sich hinter dem Passerellen-Ausgang bzw. dem U-Bahn-Ausgang rechter Hand Richtung Stadtauswärts an der Lister Meile unmittelbar vor dem Raschplatz-Pavillon.

Gedenktafel für die Synagoge, Rote Reihe 6

Vom Bahnhof Stadtbahn-Linien 3, 7 und 9 bis Waterloo, von dort zu Fuß aus der U-Bahnstation kommend links Richtung Altstadt. Geradeaus über Archivstraße und Neustädter Markt in die Rote Reihe. Die Gedenktafel befindet sich rechter Hand an der Mauer des Landeskirchenamtes.

Mahnmal für alle während der NS-Zeit ermordeten Hannoverschen Juden, Windmühlenstraße:

Vom Bahnhof Stadtbahn-Linien 1, 2, 3, 7, und 9 bis Kröpcke, oder zu Fuß durch die Passerelle bis Kröpcke. Von dort Georgstraße Richtung Stadtauswärts bis zur Oper, das Mahnmal befindet sich linker Hand unmittelbar hinter dem Opernvorplatz an der Ecke Georgstraße/Windmühlenstraße.

Mahnmal KZ-Außenlager Stöcken:

Vom Bahnhof Stadtbahn-Linie 4 (Richtung Garbsen) bis Station Jädekamp, von dort zu Fuß über die Garbsener Landstraße bis zur Ecke Garbsener Landstraße/Auf der Horst. Das Mahnmal befindet sich linker Hand direkt an der Kreuzung.

Gedenktafel KZ-Außenlager Mühlenberg:

Vom Bahnhof Stadtbahn-Linien 3 und 7 (Richtung Wettbergen) bis Station Mühlenberg. Die Gedenktafel befindet sich an dem in Fahrtrichtung der Stadtbahn links gelegenen Gebäude, dort an der Mauer links neben dem Eingang.

Gedenktafel KZ-Außenlager Limmer:

Vom Bahnhof Stadtbahn-Linie 10 (Richtung Ahlem) bis Station Limmer Schleuse. Von dort in Fahrtrichtung der Stadtbahn gesehen rechts über Brunnenstraße in den Stockhardsweg. Die Gedenktafel befindet sich rechter Hand an der Kreuzung Stockhardsweg/Sackmannstraße.

Mahnmal für die sowjetischen Opfer des Faschismus, Arthur-Menge-Ufer:

Vom Bahnhof Stadtbahn-Linie 10 und 17 bis Aegidientorplatz, von dort zu Fuß über den Friedrichswall Richtung Rathaus, vor dem Rathaus links in die Willy-Brandt-Allee. Das Mahnmal befindet sich rechter Hand an der Kreuzung Willy-Brandt-Allee/Arthur-Menge-Ufer und Culemannstraße/Rudolf-von-Bennigsen-Ufer.

Ehrenanlage für KZ-Opfer, Stadtfriedhof Seelhorst, Garkenburgstraße:

Vom Bahnhof Stadtbahn Linie 18 (Richtung Expo Ost) bis Seelhorster Friedhof. Die Ehrenanlage befindet sich von der Stadtbahnstation aus gesehen linker Hand, vom Eingang geradeaus zum Hauptweg, dort links bis zum Nebeneingang Hohe Straße.

Hildesheim

Zeittafel

31. Januar 1933: Fackelzug von SA, SS und Stahlhelm, drei Verletzte.

13. März 1933: Erste Besetzung und Durchsuchung des Gewerkschaftshauses.

4./5. April 1933: Nächtlicher Überfall auf eine Veranstaltung des Reichsbanners im Gewerkschaftshaus.

2. Mai 1933: Besetzung des Gewerkschaftshauses und Verhaftung von Gewerkschaftssekretären.

10. Mai 1933: Bücherverbrennung vor der Synagoge am Lappenberg.

Dezember 1933: Prozess gegen 16 Kommunisten und Sozialdemokraten wegen illegaler Widerstandstätigkeit.

1936/37: Über 50 Hildesheimer Mitglieder der „Sozialistischen Front“ werden verhaftet.

9./10. November 1933: Die Synagoge wird in Brand gesteckt.

1938: Baubeginn des „Trillke-Werks“.

26. September 1939: Die ersten polnischen Kriegsgefangenen kommen nach Hildesheim.

Sommer 1944: Arbeitserziehungslager bei den „Vereinigten Deutschen Metallwerken“.

Ende 1944: Über 20.000 Zwangsarbeiter in ca. 100 Lagern in Stadt und Landkreis Hildesheim.

Ende Februar 1945: Ca. 500 Häftlinge aus Bergen-Belsen werden zur Reparatur des zerstörten Güterbahnhofes nach Hildesheim gebracht.

22. März 1945: Zerstörung großer Teile Hildesheims durch Bombenangriffe.

Ende März 1945: Massenhinrichtungen, teilweise öffentlich auf dem Marktplatz.

7. April 1945: Befreiung Hildesheims durch amerikanische Truppen.

9. November 1988: Einweihung des Mahnmals für die ehemalige Synagoge am Lappenberg.

1995: Gründung der Hildesheimer Geschichtswerkstatt.

1998: Ausstellung über italienische Zwangsarbeiter in Hildesheim.

Geschichte

Neben einer Reihe von Straßenbenennungen und einem Gedenkstein für neun unbekannte jüdische Opfer auf dem jüdischen Friedhof erinnern in Hildesheim noch das 1988 errichtete Mahnmal am Standort der ehemaligen Synagoge und die Ausländergrabstätten auf dem Nordfriedhof Peiner Straße an das nationalsozialistische Terror-Regime in Hildesheim.

Im Zuge der schon vor dem Krieg greifenden Aufrüstungspolitik entwickelte sich Hildesheim zu einem Zentrum der Rüstungsindustrie mit massenhaftem Zwangsarbeitereinsatz.

Im Hildesheimer Wald entstand ab 1938 ein Werk der Stuttgarter Robert Bosch GmbH. Nach einem nahe gelegenen Bach wurde es auch „Trillke-Werk“ genannt. Für die Bauarbeiten wurden ab Herbst 1939 polnische und später auch französische Kriegsgefangene eingesetzt. Produziert wurden elektrische Ausrüstungen für Kraftfahrzeuge, Panzer und Schiffe. Anfang 1945 arbeiteten hier ca. 4.400 Menschen, darunter mehr als die Hälfte Zwangsarbeiter. Mindestens 2.000 Zwangsarbeiter waren in zwei Barackenlagern im Hildesheimer Wald untergebracht.

Das größte „Zivilarbeiterlager“ in Hildesheim war das Lager Lademühle an der Münchwiese/Lademühlenfeld mit Baracken für ca. 3.000 Zwangsarbeiter, die hauptsächlich bei den Vereinigten Deutschen Metallwerken (VDM) und bei Senking arbeiteten. Die VDM hielt sich zusätzlich ein eigenes Lager für 500 bis 900 Zwangsarbeiter auf dem Werksgelände und seit Sommer 1944 ein eigenes „Arbeitserziehungslager“, daneben bestand ein weiteres „Arbeitserziehungslager“ der Hildesheimer Gestapo.

Die Firma Senking stellte Feldküchen und Feldbacköfen her, hier arbeiteten bis zu 800 Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter aus dem Lager Lademühle und dem firmeneigenen „Zivilarbeiterlager“. 1938/39 errichtete die Eduard Ahlborn AG ein neues Werk, in dem ausschließlich Rüstungsprodukte hergestellt wurden. Im werkseigenen Lager waren ca. 130 Zwangsarbeiter untergebracht. Das Walter-Werk hatte ein Lager mit ca. 200 Zwangsarbeitern, die Reichsbahn unterhielt ein eigenes „Zivilarbeiterlager“ mit ca. 550 Zwangsarbeitern. Weitere ca. 2.700 Zwangsarbeiter waren in zehn weiteren „Zivilarbeiterlagern“ untergebracht. Mit ca. 2.000 Zwangsarbeitern war das „DAF-Gemeinschaftslager das zweitgrößte Lager in Hildesheim, dazu gehörte eine „Entbindungsanstalt mit Kinderhort“. Die hier geborenen Kinder von polnischen und sowjetischen Zwangsarbeiterinnen wurden nach der Geburt von ihren Müttern getrennt. Ihr weiteres Schicksal ist noch nicht bekannt, wahrscheinlich starben sie in Folge von

Vernachlässigung.

Wegen der hier ansässigen Rüstungsindustrie wurde Hildesheim immer mehr Ziel alliierter Bombenangriffe. Nach dem Angriff vom 22. Februar, wurden ca. 500 Häftlinge des KZ Bergen-Belsen für die Reparatur des Güterbahnhofs geholt und in der Stadthalle untergebracht. Einen Monat später, am 22. März 1945, wurde Hildesheim erneut bombardiert und zu großen Teilen zerstört. Der Angriff forderte über 1.700 Tote, ca. 85% der Fachwerkgebäude und ca. 50% der Rüstungsindustrie wurden zerstört. Unter den Toten befanden sich auch kranke KZ-Häftlinge, die in der Stadthalle zurückgeblieben waren. Über 200 der KZ-Häftlinge überlebten, sie wurden einige Tage später in das Neuengamme-Außenkommando Hannover-Ahlem geschickt. Von hier mussten sie Anfang April 1945 den Todesmarsch zurück nach Bergen-Belsen antreten.

In den folgenden Tagen eskalierte der Nazi-Terror. Um Plünderer abzuschrecken, wurden mindestens 30 Ausländer am 25. März 1945 auf dem Marktplatz öffentlich erhängt. In der Nähe des Galgens blieben Leichen Erschossener tagelang unbeerdigt liegen. Eine weitere Stätte des Massenmords wurde das ehemalige Seuchenhaus am Friedhof Peiner Straße, hier wurden mindestens 80 Menschen, darunter die Mehrheit italienische Militärinternierte, erhängt. Für die auf 127 bezifferten Opfer stellte der DGB Hildesheim am 1.9.1989 eine Gedenktafel auf dem Nordfriedhof Peiner Straße auf, an der regelmäßig zum Volkstrauertag Gedenkveranstaltungen stattfinden.

Als im August 1948 auf dem Nordfriedhof ein Massengrab geöffnet wurde, fand man die Leichen von 17 Frauen und 191 Männern, die zum Teil noch als KZ-Häftlinge erkennbar waren. Einige hatten noch einen Strick um den Hals. Die Toten konnten nicht mehr identifiziert werden und wurden hier erneut bestattet. Für sie wurde ein kleiner Grabstein mit der Inschrift „208 Tote“ aufgestellt. Neben dem Massengrab befinden sich weitere Grabstellen ausländischer Toter. Die Gräber befinden sich in den Abteilungen VI a links und VI b links.

Seit einigen Jahren arbeitet die Hildesheimer Geschichtswerkstatt daran, die Stätten der Zwangsarbeit in Hildesheim intensiver zu erforschen und an den Stätten ehemaliger Zwangsarbeiterlager Gedenktafeln anzubringen. Seit 1998 besteht eine Ausstellung über die italienischen Zwangsarbeiter in Hildesheim, ein Buch dazu ist 2000 erschienen. Die Geschichtswerkstatt bietet Veranstaltungen und Exkursionen zur Geschichte Hildesheims im Nationalsozialismus an.

Adressen und Verkehrsverbindungen:

Deutscher Gewerkschaftsbund Kreis Hildesheim-Alfeld
 Bischofskamp 24
 31137 Hildesheim
 05121/74995-30

Industriegewerkschaft Metall Verwaltungsstelle Hildesheim
 Bischofskamp 24
 31137 Hildesheim
 05121/7695-0

Hildesheimer Geschichtswerkstatt e.V.

Am Ratsbauhof 1C

31134 Hildesheim

Telefon: 05121/34202

Verkehrsverbindung:

Mit der Bahn: Über Hannover, Göttingen oder Braunschweig nach Hildesheim, vom Bahnhof zu Fuß über auf der Peiner Straße zum Nordfriedhof

Mit dem PKW: Von Norden über die B 6 oder A 7 (Abfahrt Hildesheim-Drispstedt) nach Hildesheim, von der B 6 über den Sachsenring bis Martin-Luther-Kirche, von der A 7 über Kennedy-Damm, rechts zur B 6 (Richtung Hannover) und wieder links auf den Sachsenring bis Martin-Luther-Kirche. An der Martin-Luther-Kirche rechts auf die Peiner Straße (Ausschilderung Friedhof).

Von Osten über die B 1 bis zum Kreisverkehr, im Kreisverkehr auf die B 6 Richtung Hannover, nächste Abfahrt links auf die Bavenstedter Straße, dann links auf den Kennedy-Damm, Richtung Zentrum, rechts auf die B 6 (Richtung Hannover) und wieder links auf den Sachsenring bis Martin-Luther-Kirche. An der Martin-Luther-Kirche rechts auf die Peiner Straße (Ausschilderung Friedhof).

Von Süden: Über B 243 nach Hildesheim, am Ende der B 243 links auf die Schützenalle (B 1), bis Ende Schützenallee (Kreuzung Schützenallee/Karl-Bertram-Str. und Bischof-Janssen-Str.), links auf die Bischof-Janssen-Str., dann rechts auf die Martin-Luther-Str. bis Martin-Luther-Kirche, links auf die Peiner Straße (Ausschilderung Friedhof).

Von Westen über die B 1 nach Hildesheim, in Hildesheim weiter auf der B 1 bis Ende Schützenallee (Kreuzung Schützenallee/Karl-Bertram-Str. und Bischof-Janssen-Str.), links auf die Bischof-Janssen-Str., dann rechts auf die Martin-Luther-Str. bis Martin-Luther-Kirche, links auf die Peiner Straße (Ausschilderung Friedhof).

Lohheide/Landkreis Celle: Gedenkstätte Bergen-Belsen

Zeittafel

1940: Einrichtung eines Kriegsgefangenenlager für 600 französische und belgische Soldaten.

Mai 1941: Das Lager erhält die Bezeichnung „Stalag 311 (XI C)“.

ab Juli 1941: Ca. 20.000 sowjetischen Kriegsgefangene treffen ein, sie werden unter freiem Himmel zusammengepfercht. Allein im Winter 1941/42 sterben 18.000 Gefangene an Hunger, Kälte und Krankheiten.

April 1943: Einrichtung des „Aufenthaltslagers Bergen-Belsen“ durch die SS für Juden, die gegen im Ausland internierte Deutsche ausgetauscht werden sollen.

ab März 1944: Unterbringung kranker Häftlinge anderer Konzentrationslager in einem abgetrennten Lagerteil.

ab August 1944: Einlieferung von weiblichen Häftlingen vor allem aus dem KZ Auschwitz-Birkenau,

die zum Teil in KZ-Außenkommandos weiterverteilt werden.

Januar 1945: Auflösung des Kriegsgefangenenlagers, zunehmende Evakuierungen von Häftlingen aus frontnahen KZ nach Bergen-Belsen. Völlige Überfüllung des Lagers. Beginn des Massensterbens.

15. April 1945: Befreiung des Lagers durch britische Truppen.

April/Mai 1945: Evakuierung der Überlebenden in die benachbarten Kasernen der Wehrmacht. Die Baracken des Lagers werden wegen Seuchengefahr abgebrannt.

1945-1950: DP-Camp Bergen-Belsen.

1966: Erstes Dokumentenhaus.

1990: Eröffnung des erweiterten Dokumentationszentrums.

Geschichte

Nach Kriegsbeginn errichtete die Wehrmacht 1940 am Rand des Truppenübungsplatzes Bergen-Belsen ein Kriegsgefangenenlager. Zunächst waren hier französische und belgische Kriegsgefangene interniert, bis ab dem Sommer 1941 Zehntausende von Kriegsgefangenen aus der Sowjetunion eingeliefert wurden. Von ihnen starben im Lager Bergen-Belsen zwischen 30.000 und 50.000.

Im April 1943 trat die Wehrmacht einen Teil des Kriegsgefangenenlagers an die SS ab. Die SS errichtete hier das so genannte „Aufenthaltslager Bergen-Belsen“, ein Konzentrationslager für Juden, die gegen im Ausland internierte Deutsche ausgetauscht werden sollten. Im Laufe des Jahres 1944 wandelte sich die Belegung des KZ Bergen-Belsen nachhaltig. Es kamen zunehmend auch andere Häftlingsgruppen nach Bergen-Belsen. Seit März 1944 wurden hier kranke Häftlinge aus anderen Konzentrationslagern in einem eigenen abgetrennten Lagerteil untergebracht. Für sie wurde Bergen-Belsen zum „Sterbelager“. Im August 1944 begann die Einlieferung von weiblichen Häftlingen, die hauptsächlich aus dem KZ Auschwitz-Birkenau kamen. Sie wurden zum Teil zur Zwangsarbeit in Außenkommandos weiter verteilt.

Im Januar 1945 wurde das Kriegsgefangenenlager aufgelöst und sein Gelände in das KZ Bergen-Belsen einbezogen. Aus den frontnahen Konzentrationslagern, die wegen der heranrückenden Alliierten geräumt wurden, kamen Zehntausende Häftlinge nach Bergen-Belsen. Etliche der Häftlinge, die die Todesmärsche überlebt hatten, starben in Bergen-Belsen. Die Überbelegung des KZ hatte infolge der schlechten Versorgung, mangelhaften Hygiene und des schlechten Zustandes der Häftlinge ein grausames Massensterben zur Folge. In Bergen-Belsen starben etwa 50.000 KZ-Häftlinge.

Am 15. April 1945 wurde das KZ Bergen-Belsen durch britische Truppen befreit. Die Überlebenden Gefangenen wurden in die Kasernen des anliegenden Truppenübungsplatzes evakuiert. Die Baracken des KZ waren nicht mehr nutzbar. Wegen der Seuchengefahr wurden sie abgebrannt.

Bis 1950 bestand hier das Displaced Persons-Camp Bergen-Belsen für die überlebenden

ehemaligen KZ-Häftlinge. Nachdem die meisten der nicht-jüdischen ehemaligen Häftlinge in ihre Heimatländer zurückkehren konnten, bestand hier das größte jüdische Displaced Persons-Camp in Deutschland mit mindestens 12.000 Bewohnern.

Seit 1952 trägt das Land Niedersachsen die Verantwortung für die Gedenkstätte Bergen-Belsen. Das erste Dokumentenhaus mit einer Ausstellung zur Geschichte des KZ Bergen-Belsen wurde 1966 eröffnet. Seit 1990 besteht das erweiterte neue Dokumentenhaus mit einer ebenfalls neu gestalteten Dauerausstellung. Nach dem Abbrennen des Lagers bestanden kaum noch bauliche Überreste auf dem Gelände. Was heute noch vorhanden oder ersichtlich ist, wird seit 1991 von Jugendlichen, die an Work-Camps teilnehmen, freigelegt.

Jährlich besuchen über eine halbe Million Menschen die Gedenkstätte Bergen-Belsen. Sie besichtigen das weitläufige ehemalige Lagergelände, auf dem sich etliche Massengräber und Mahnmale befinden, daneben kann die Dauerausstellung besucht und ein Dokumentarfilm zur Geschichte Bergen-Belsen angesehen werden. Der Film wird auch in englischer, spanischer und französischer Sprache gezeigt. Zur Ausstellung wird ein Begleitheft in mehreren Sprachen angeboten. Darüber hinaus werden im Dokumentenhaus regelmäßig Sonderausstellungen gezeigt.

Adressen und Verkehrsverbindungen:

Gedenkstätte Bergen-Belsen
29303 Lohheide
Telefon: (05051) 6011
Fax: (05051) 7396

Öffnungszeiten:

täglich 9-18 Uhr

Führungen für Besuchergruppen sind nach Voranmeldung in Deutsch, Englisch Französisch und Spanisch möglich. Außerdem werden für Gruppen nach Absprache auch Projektstage angeboten. Ein aktuelles Halbjahresprogramm der Veranstaltungen kann bei der Gedenkstätte Bergen-Belsen angefordert werden.

Verkehrsverbindungen:

Der Weg zur Gedenkstätte Bergen-Belsen (etwa 65 km nördlich von Hannover gelegen) ist von allen Richtungen (ab Autobahn) ausgeschildert.

Lüneburg/Uelzen

Zeittafel

10. März 1933: Erste Stürmung des Volkshauses durch die SA.

24. April 1933: Erneute Stürmung des Volkshauses.

2. Mai 1933: Besetzung des Volkshauses, NSDAP-Gliederungen ziehen ein.

1940: Einsatz von Zwangsarbeitern in Lüneburg.

Oktober 1941: Einrichtung der „Kinderfachabteilung“ in der Provinzial-Heil- und Pflegeanstalt, Beginn der „Euthanasie“-Morde.

6. September 1944: Einrichtung der „Sammelstelle für unheilbar geisteskrank Ostarbeiter und Polen“.

7. April 1945: Während der Bombardierung Lüneburgs kommen KZ-Häftlinge eines Evakuierungstransports ums Leben und werden in einem Massengrab im Tiergarten verscharrt.

September 1945: Beginn der ersten Kriegsverbrecherprozesse in Deutschland in der MTV-Turnhalle.

18. April 1945: Befreiung Lüneburgs durch britische Truppen.

3. Oktober 1945: Umbettung der toten KZ-Häftlinge im Tiergarten.

1954: Errichtung des Gedenksteins auf dem KZ-Friedhof im Tiergarten.

20. November 1983: Errichtung des Gedenksteins auf dem Friedhof Wienebüttel.

Mai 1987: Gründung der Geschichtswerkstatt Lüneburg e.V.

22. April 1988: Errichtung eines Mahnmals für die Opfer der NS-Gewaltherrschaft in Uelzen.

12. Januar 1994: Veröffentlichung einer Unterschriftenaktion der Geschichtswerkstatt gegen rechtsextremistischen Terror.

Geschichte

Vor 1933 war Lüneburg hauptsächlich von kleineren Betrieben, Beamten und Militär geprägt. Politisch hatten bis zu den Gemeindewahlen am 12. März 1933 die Arbeiterparteien die Mehrheit im Lüneburger Rathaus. Zwischen 1919 und 1929 stellte die SPD die stärkste Ratsfraktion, bis 1933 hatte auch die KPD vier Sitze im Rat inne. Die NSDAP gab es erst seit 1927 in Lüneburg. Ihre Ortsgruppe musste 1930 neu gegründet werden, weil sie als kommunistisch unterwandert galt. Jetzt bestimmten Beamte, Angestellte, Selbstständige und Interessenverbände wie die Kreishandwerkerschaft und der Verein Lüneburger Kaufleute das Profil der Ortsgruppe. Mit diesen Voraussetzungen und massivem Terror gegen die Organisationen und Parteien der Arbeiterschaft errang die NSDAP auch in Lüneburg eine Mehrheit.

Die äußere Beschaulichkeit der Stadt kann nicht darüber hinweg täuschen, dass es hier während des NS-Regimes Zwangsarbeit und Morde an Kindern und Erwachsenen gab. Augenfällige Zeugnisse dieser Vorgänge sind der alte Friedhof der ehemaligen Heil- und Pflegeanstalt und das KZ-Mahnmal im Tiergarten.

Etwas abseits der Straße von Lüneburg nach Vögelsen liegt der Friedhof der ehemaligen Heil- und Pflegeanstalt Wienebüttel. In der Lüneburger Provinzial-Heil- und Pflegeanstalt wurden zwischen 1941 und 1945 über 200 Kinder im Rahmen des „Euthanasie-Programms“ ermordet, weil sie geistig und körperlich schwer behindert waren. Man ließ die Kinder verhungern, schläferete sie ein oder überließ sie schweren Krankheiten. Die meisten toten Kinder wurden auf dem damaligen Friedhof der Anstalt begraben. Ihre Gräber sind heute nicht mehr vorhanden. An die Kinder erinnert nur noch ein Gedenkstein, der am 20. November 1983 hier aufgestellt wurde.

Erhalten blieb ein weiteres Gräberfeld mit Grabsteinen für 84 Frauen, Männer und Kinder verschiedener Nationalität. Die hier begrabenen Toten sind vermutlich Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene, die auch Opfer der „Euthanasie“-Morde wurden. Nach einem Erlass vom September 1944 war die Lüneburger Provinzial-Heil- und Pflegeanstalt auch „Sammelstelle für unheilbar geisteskrank Ostarbeiter und Polen“, die zur Arbeit wegen ihrer angeblichen oder tatsächlichen „Geisteskrankheiten“ nicht mehr taugten und umgebracht wurden.

Als kurz vor Kriegsende die frontnahen Konzentrationslager geräumt wurden, traf am 7. April 1945 ein Eisenbahn-Transport mit ca. 500 KZ-Häftlingen aus dem Neuengamme-Außenkommando Wilhelmshaven in Lüneburg ein. Die Häftlinge sollten nach Neustadt/Ostsee gebracht werden. Sie waren bereits am 30. März in Wilhelmshaven losgefahren, zusammengepfercht in vier Viehwagen und einem Kanten Brot Verpflegung pro Mann. Bis zum 7. April waren schon ca. 150 Häftlinge auf dem Transport gestorben. Als während der Bombardierung Lüneburgs am selben Tag ein Tankzug getroffen wurde und ausbrannte, griff das Feuer auf den verschlossenen Häftlingszug über. Viele Häftlinge verbrannten, einige konnten sich schwer verletzt befreien, andere konnten zunächst fliehen. Sie wurden größtenteils von den Wachmannschaften wieder eingefangen oder erschossen. Nur 70 Häftlinge wurden noch nach Bergen-Belsen gebracht, die Übrigen starben fast alle oder wurden erschossen. Ihre Leichen verscharrte man im nahe gelegenen Tiergarten in einem Massengrab. Im August 1945 wurde das Massengrab von der örtlichen britischen Militär-Regierung entdeckt. Anschließend mussten ehemalige NSDAP-Mitglieder die aufgefundenen 256 Toten in die heutige Grabstätte im Tiergarten umbetten.

Im Stadtbild des benachbarten Uelzen erinnerte viele Jahre nichts an die Nazi-Diktatur zwischen 1933 und 1945. Auch hier hatte es Zwangsarbeit gegeben und seit Ende 1944 unterhielt die Reichsbahndirektion ein Außenlager des KZ Neuengamme für Ausbesserungsarbeiten. Erst nach langen kommunalpolitischen Auseinandersetzungen, an denen die damalige Verwaltungsstelle Uelzen der IG Metall und der DGB maßgeblich beteiligt waren, wurde am 22. April 1988 hier neben dem alten Amtsgericht an der Veerßener Straße ein Mahnmal für die Opfer des Nationalsozialismus aufgestellt. Wegen des Baues eines neuen Rathauses und der Umgestaltung der Uelzener Innenstadt wurde es 1994 wieder entfernt, inzwischen steht es an wenig exponierter Stelle auf dem Parkplatz hinter dem neuen Rathaus.

Die Geschichtswerkstatt Lüneburg setzt sich hauptsächlich mit den Ereignissen und Auswirkungen des NS-Regimes sowie heutigen neofaschistischen Aktivitäten in Lüneburg auseinander. Neben verschiedenen Schriften zur örtlichen NS-Geschichte in Lüneburg bietet die Geschichtswerkstatt

auch einen antifaschistischen Stadtrundgang an.

Adressen und Verkehrsverbindungen:

IG Metall Verwaltungsstelle Lüneburg
Heiligengeiststr. 28
21335 Lüneburg
Tel.: 04131/7642-0

Geschichtswerkstatt Lüneburg e.V.
Heiligengeiststr. 28
21335 Lüneburg
04131/401936

Verkehrsverbindungen:

Mit der Bahn: Lüneburg und Uelzen liegen an der Strecke Hamburg-Hannover.

Friedhof Wienebüttel:

Mit öffentlichen Verkehrsmitteln: Haltestelle Wienebüttel, Gegenüber vom Gut Feldweg hoch, Schild „Kriegsgräberstätte“ beachten.

Mit dem PKW: Von Lüneburg in Richtung Vögelsen, bis Wienebüttel, Schild „Kriegsgräberstätte“ beachten, rechts Feldweg zum Friedhof.

KZ-Ehrenmal im Tiergarten:

Zu Fuß: Mit dem Bus zum Waldfriedhof an der Konrad-Adenauer-Allee und über den Friedhof in den Tiergarten zum Mahnmal. Von der anderen Seite ist das Mahnmal über die Elsterallee zu erreichen.

Mit dem PKW: Ausschilderung „Kriegsgräberstätte“ von Berliner Straße und Friedrich-Ebert-Straße. Von der Elsterallee über die Eisenbahn-Fußgängerbrücke in den Wald, am Hinweisschild zum KZ-Ehrenmal rechts, etwa 100 m rechts vom Waldweg. Das KZ Ehrenmal liegt etwas versteckt.

Mahnmal für die Opfer des Nationalsozialismus in Uelzen:

Vom Bahnhof: Zu Fuß über die Bahnhofstr. in die Fußgängerzone, dort rechts in die ehem. Veerbener Straße bis zum neuen Rathaus. Das Mahnmal befindet sich hinter dem Rathaus auf der gegenüberliegenden Straßenseite im vorderen Bereich des Rathaus-Parkplatzes.

Mit dem PKW: Von der B 4 Richtung Innenstadt/Rathaus. Das Mahnmal befindet sich rechter Hand vom neuen Rathaus hinter dem Amtsgericht im vorderen Bereich des Rathaus-Parkplatzes.

Moringen: KZ-Gedenkstätte Moringen

Zeittafel

April 1933: Errichtung des ersten Konzentrationslager der Provinz Hannover in Moringen.

Oktober/November 1933: Verlegung der männlichen Gefangenen in die Konzentrationslager Oranienburg und Esterwegen verlegt. Weibliche Gefangene bleiben in Moringen, hier entsteht das

erste zentrale Frauen-Konzentrationslager.

April 1938: Verlegung der letzten Gruppe Frauen in das neue Frauen-Konzentrationslager Lichtenburg in Prettin.

August 1940: Einrichtung des einzigen Konzentrationslagers für männliche Jugendliche im damaligen Reichsgebiet in Moringen.

April 1945: Auflösung des Lagers, nach dem Einmarsch der US-Truppen entsteht auf dem Gelände ein Lager für polnische Displaced-Persons.

1980: Errichtung eines Mahnmals für die Toten des Jugend-KZ auf dem Friedhof Moringen.

80er Jahre: Heftige Auseinandersetzungen in Moringen um den Umgang mit der NS-Geschichte.

seit 1983: Regelmäßige Treffen der ehemaligen Häftlinge in Moringen.

1988: Aufstellung von Einzelgrabsteinen für die Opfer des Jugend-KZ auf dem Friedhof Moringen.

1989: Gründung des Vereins „Lagergemeinschaft und Gedenkstätte KZ Moringen e. V.“

1992: Wanderausstellung zu den Jugend-KZ Moringen und Uckermark „Wir hatten noch gar nicht angefangen zu leben“.

1993: Eröffnung der Gedenkstätte im Torhaus.

Geschichte

Moringen, eine Kleinstadt zwischen Harz und Solling, war bis 1933 allenfalls als Standort des „Provinzialwerkhauses“ bekannt. Ab 1933 waren hier im „Provinzialwerkhaus“ nacheinander drei Konzentrationslager eingerichtet: Zuerst ein Lager für Männer, dann zwischen 1933 und 1938 ein Frauen-Konzentrationslager und von 1940 bis 1945 ein Jugend-Konzentrationslager für männliche Jugendliche.

Im April 1933 wurde hier eines der ersten Konzentrationslager für Gegner des NS-Regimes eingerichtet. Hier waren ca. 950 Gefangene, überwiegend Männer, aus der Provinz Hannover inhaftiert. Schon im Oktober/November 1933 wurde das Lager aufgelöst. Die männlichen Häftlinge wurden zum Teil entlassen, überwiegend aber auf andere Konzentrationslager verteilt. Weibliche Gefangene blieben in Moringen.

Mit der Auflösung des ursprünglichen Lagers wandelte sich das KZ Moringen zum ersten zentralen Frauen-Konzentrationslager Preußens. Inhaftiert waren hier neben Funktionärinnen der Arbeiterbewegung auch rassistisch und religiös verfolgte Frauen, Prostituierte, so genannte „Asoziale“ und aus der Emigration zurückgekehrte Frauen. Insgesamt wurden ca. 1.350 Frauen hier gefangen

gehalten. Ende März 1938 wurde das Frauen-KZ Moringen aufgelöst. Die inhaftierten Frauen wurden in das Frauen-Konzentrationslager Lichtenburg/Prettin bei Torgau verbracht.

Seit August 1940 wurde das „Provinzialwerkhaus“ erneut von der SS als Konzentrationslager benutzt, jetzt als „Jugendschutzlager“ für männliche Jugendliche im Alter zwischen ca. 12 und 22 Jahren. Die Gefangenen stammten aus dem deutschen Reichsgebiet und den von deutschen Truppen besetzten Ländern Europas. Als sozial, rassistisch, religiös oder politisch verfolgte junge Menschen waren hier SS-Terror, Zwangsarbeit, Hunger, drakonischen „Erziehungsmethoden“ und extrem lebensfeindlichen Bedingungen ausgesetzt. Viele Jugendliche starben an den Folgen des Terrors, andere wurden auf der Grundlage von „kriminalbiologischen Gutachten“ zwangssterilisiert oder in andere Konzentrationslager deportiert. Seit 1941 waren die Jugendlichen Versuchsobjekte von „Kriminalbiologen“, die auf der Grundlage der NS-Rassenpolitik mit Untersuchungen und Experimenten beweisen wollten, dass kriminelles und „asoziales“ Verhalten erblich bedingt wären. Die in Moringen erarbeiteten „wissenschaftlichen“ Ergebnisse sollten im Rahmen der nationalsozialistischen Rassenideologie als Rechtfertigung für die Ausrottung oder Sterilisation ganzer Bevölkerungsgruppen herhalten.

Im März 1945 wurden 250 Jugendliche von der SS kurzer Hand als „wehrwürdig“ und „wehrtauglich“ erklärt und von der Wehrmacht in Braunschweig und Wolfenbüttel als „letztes Aufgebot“ eingesetzt. Kurz darauf, Anfang April 1945, wurde das Jugend-KZ Moringen aufgelöst. Nur schwer kranke Häftlinge bleiben hier zurück. Die anderen ca. 500 Jugendliche wurden auf Nachtmärsche in Richtung Harz getrieben. Der Marsch endete schließlich in Lochtum und Abbenrode. Hier flüchtete die SS-Wachmannschaft vor den amerikanischen Truppen und ließ die entkräfteten und halb verhungerten Jungen zurück.

Nach 1945 wurde das KZ-Gelände anfangs als DP-Lager für Polen genutzt, danach befanden sich hier eine Klinik für Alkohol Kranke und eine dermatologische Landeslinik. Heute befindet sich das niedersächsische Landeskrankenhaus für forensische Psychiatrie auf dem Gelände des ehemaligen „Provinzialwerkhauses“.

Für das Jugend-KZ sind 89 Todesfälle aktenkundig, die tatsächliche Zahl lag höher. Todesursachen waren Unterernährung und Tuberkulose, aber auch Selbstmord, Erschießungen und Todesurteile. Auf dem Friedhof in Moringen befindet sich seit 1980 ein Mahnmal für die 55 hier verscharrten toten Häftlinge des Jugend-Konzentrationslagers. Seit 1988 erinnern Einzelgrabsteine an die Opfer.

Die Geschichte der drei Konzentrationslager war in Moringen lange Zeit vergessen und verdrängt. Seit Anfang der Achtzigerjahre bemühen sich Bürger aus Moringen und Umgebung gemeinsam mit ehemaligen Häftlingen um die Aufarbeitung dieser Geschichte. Aus dieser Initiative entstand die „Lagergemeinschaft und Gedenkstätte KZ Moringen e.V.“, der heutige Träger der Gedenkstätte.

1992 entstand die Wanderausstellung „Wir hatten noch gar nicht angefangen zu leben“ zur Geschichte der Jugend-KZ Moringen und Uckermark in Trägerschaft des Vereins „Lagergemeinschaft und Gedenkstätte KZ Moringen e.V.“ und der Hans-Böckler-Stiftung. Sie richtet sich vor allem Jugendliche und zeigt neben dem politischen und zeitgeschichtlichen Rahmen in

Fotos, Dokumenten und Texten den Leidensweg von Mädchen und Jungen in den beiden Jugend-Konzentrationslagern. Ein Teil der Ausstellung beschäftigt sich mit Lebenswegen von Opfern und Tätern nach 1945 und dem vor allem in Moringen seinerzeit höchst umstrittenen Prozess der „Wiederentdeckung“ lokaler NS-Geschichte.

Seit 1993 besteht die Gedenkstätte für die drei Moringer Konzentrationslager. Sie bietet neben einer Dauerausstellung im Torhaus auch Führungen, Begegnungen mit Zeitzeugen, Angebote für den Schulunterricht und Sonderveranstaltungen an.

Adressen und Verkehrsverbindungen:

KZ-Gedenkstätte im Torhaus Moringen
Postfach 1131
37182 Moringen
Lange Straße 58
37186 Moringen
Telefon 05554/2520
Fax 05554/8807

Öffnungszeiten:

Für Einzelbesucher Mittwochs 14-17 Uhr, jeden 1. und 3. Samstag 11-15 Uhr und nach telefonischer Voranmeldung.

Führungen für Gruppen sind nur nach Voranmeldung möglich.

Verkehrsverbindungen:

Bahn: bis Northeim (Bahnlinie Hannover-Göttingen), von Northeim fahren unregelmäßig Busse nach Moringen, die Bus-Haltestelle ist direkt an der Gedenkstätte.

Pkw: auf der A7 bis Abfahrt Northeim West, von dort 7 km bis Moringen. Die Gedenkstätte liegt am Beginn der dörflichen Hauptstraße in Moringen

Wanderausstellung „Wir hatten noch gar nicht angefangen zu leben“

Information, Verleih und Buchung

Martin Guse

Ausstellungskonzepte und -vertrieb, Bildungs- und Sozialarbeit

Postfach 1227

31615 Liebenau

Telefon: 05023/1575

Telefax: 05023/945978

Region Nienburg/Weser: Dokumentationsstelle Pulverfabrik Liebenau e.V.

Zeittafel

Oktober 1938: Gründung der „Eibia“ GmbH durch die Firma Wolff & Co., Walsrode.

Sommer 1939: Beginn der Bauarbeiten in Liebenau.

1940: Einrichtung des Arbeitserziehungslagers an der Schlossstraße in Liebenau.

Juli 1941: Produktionsbeginn: Röhren-, Blättchen- und Ringpulver.

Herbst 1943: Baubeginn für die Gießlingsanlage zur Herstellung von Raketentreibsätzen.

Mai 1944: Inbetriebnahme der Gießlingsanlage.

1944/45: Wolff & Co. und „Eibia“ sind mit über 30% Anteil an der Produktion im Deutschen Reich größter Pulverproduzent.

10. April 1945: Besetzung des Werkes durch britische Truppen.

Dezember 1946: Aufnahme des „Eibia“-Werkes Liebenau in die Demontageliste.

1951: Die bundeseigene Industrierwaltungsgesellschaft übernimmt die Verwaltung des Grundbesitzes und Anlagenvermögens.

1956: Ein Teil des Geländes treten die Engländer an die Bundeswehr ab.

1957: Die Dynamit AG pachtet Teile des Geländes und siedelt Tochtergesellschaften an.

1958: Munitionsdepot der Bundeswehr in Liebenau.

1959: Dynamit Nobel produziert Sprengstoffe und Munition in Liebenau.

Anfang 1994: Endgültige Schließung der Produktionsanlagen in Liebenau.

Herbst 1995: Kurzzeitige Einlagerung von Kampfmitteln aus dem Zweiten Weltkrieg, nach Protesten wieder ausgelagert.

Mai 1999: Gründung des Vereins „Dokumentationsstelle Pulverfabrik Liebenau e.V.“

November 1999: Projekt zur Erforschung und Dokumentation der Geschichte der Pulverfabrik in Liebenau.

Geschichte

Südwestlich von Nienburg/Weser zwischen den Ortschaften Liebenau und Steyerberg begann die Walsroder Firma Wolff & Co. 1939 mit dem Bau einer Pulverfabrik. Bis 1941, als die Wolff-Tochterfirma Eibia hier die Produktion aufnahm, wurden auf einer Fläche von 12 qkm insgesamt 336 Bauten errichtet, ein Teil davon unterirdisch. Die Gebäude lagen aus Sicherheitsgründen weit auseinander, zur Tarnung gegen Fliegerangriffe waren ihre flachen Betondächer mit Erde bedeckt und mit Nadelbäumen bepflanzt. Neben der Pulverfabrik gab es eine eigene Energie- und Wasserversorgung, 84 km Betonstraßen und 42 km Eisenbahnschienen. Auf dem Gelände befand

sich auch ein großer Schießplatz mit Test- und Prüfanlagen der „Heeresabnahmestelle“.

Ab Sommer 1939 waren auf der Baustelle der „Eibia“ ständig zwischen 3.000 und 4.000 Bauarbeiter im Einsatz. Erste Planierungsarbeiten führte der Reichsarbeitsdienst durch, am eigentlichen Bau waren über 70 Vertragsfirmen beteiligt. Im Laufe des Krieges wurden immer mehr „Fremd“- und Zwangsarbeiterinnen aus der Ukraine, Polen, Italien, den Niederlanden und kriegsgefangene Russen beim Aufbau und ab 1941 in der Produktion eingesetzt.

In der Produktion waren bis zu 4.500 Menschen, vor allem Kriegsgefangene, Zwangsarbeiter und Häftlinge des „Arbeitserziehungslagers Liebenau“ beschäftigt. Die „Eibia“ war von acht Lagern und Siedlungen umgeben, in denen die Arbeitskräfte zu höchst unterschiedlichen Bedingungen untergebracht waren.

Das „Bereitschaftslager Liebenau II Holz“ war zuletzt für 3.000 Menschen ausgelegt. Es war in mehrere Teile aufgeteilt, in denen neben Männern des Reichsarbeitsdienstes Frauen und Männer aus der Ukraine und sowjetische Kriegsgefangene untergebracht waren. Später wurden am Rand des Lagers, neben den Klär- und Sickergruben, zwei Isolierbaracken gebaut, in denen die Tuberkulosekranken ihrem Schicksal überlassen wurden.

Im Lager „Stein Steyerberg“ lebten ca. 700 Frauen aus Holland, Belgien und Frankreich. Zwangsarbeiter aus westeuropäischen Ländern lebten im RAD-Lager Steyerberg. Das Barackenlager „Reese/Steyerberg“ war anfangs vom Reichsarbeitsdienst belegt, dann kurzzeitig Lager für deutsche Militärstrafgefangene und anschließend Lager für polnische Zwangsarbeiter und sowjetische Kriegsgefangene. Hier starben etwa 1.000 sowjetische Kriegsgefangene, die aus dem Kriegsgefangenen-Stammlager Nienburg abgeschoben worden waren, an Typhus, Unterernährung und Erschöpfung. Sie wurden auf dem Werkfriedhof der Eibia, der heutigen Kriegsgräberstätte Deblinghausen, begraben. Seit 1940 bestand in Liebenau an der Schlossstraße ein „Polizei-Gewahrsamlager“, das bald von der Gestapo Hannover als „Arbeitserziehungslager“ und auch als Hinrichtungsstätte benutzt wurde. Die Häftlinge wurden bei völlig unzureichender Verpflegung als Arbeitskräfte bei der „Eibia“ eingesetzt. 1943 wurde das Lager nach Lahde verlegt. Bis dahin waren 247 Todesfälle registriert worden.

Neben den schon schlechten Lebensbedingungen der eingesetzten Zwangsarbeiter barg die Arbeit in der Sprengstoffproduktion besondere gesundheitliche Risiken. Vor allem die Arbeit mit gesundheitsgefährdenden Stoffen stellte neben der Explosions- und Unfallgefahr eine ständige Gefahr dar. Nur mangelhaft ärztlich versorgt, unzureichend ernährt, bekleidet und untergebracht, litten die eingesetzten Arbeiterinnen und Arbeiter an Haar- und Hautverfärbungen, schweren Schädigungen der Atmungsorgane, der Leber und des Blutes. Die Folge waren chronische Krankheiten und Tod.

Am Rand der ehemaligen „Eibia“ sind auf einem Friedhof in Hesterberg ca. 2.000 sowjetische Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter sowie eine unbekannte Anzahl Polen begraben. In einer Ecke des Friedhofs befinden sich Gräber von polnischen, jugoslawischen und rumänischen Kindern. Die Toten aus den westlichen Ländern wurden auf dem Dorffriedhof in Liebenau begraben.

Seit 1951 befindet sich das Gelände in der Verwaltung der bundeseigenen Industrieverwaltungsgesellschaft (IVG). Bis 1994 bestimmte die militärische Nutzung des „Eibia“-Geländes die Region Liebenau/Steierberg. Wegen der militärischen Nutzung und der damit verbundenen Abriegelung des Geländes blieben der Öffentlichkeit das Ausmaß und die Bedeutung der „Eibia“ nahezu unbekannt. Seit Mai 1999 besteht der Verein „Dokumentationsstelle Pulverfabrik Liebenau e.V.“, der sich um die Aufarbeitung der Geschichte und die Einrichtung einer Dokumentationsstelle kümmert. Ein entsprechendes Forschungsprojekt wird seit November 1999 vom Land Niedersachsen gefördert.

Das Gelände der ehemaligen „Eibia“ ist derzeit größtenteils nicht öffentlich zugänglich. Besucht werden können die Friedhöfe in Deblinghausen, Hesterberg und Liebenau. Der Verein „Dokumentationsstelle Pulverfabrik Liebenau“ informiert auf Anfrage gern über den Fortgang der Arbeiten und bittet Personen und Institutionen, die Materialien, Berichte, Fotos usw. zur „Eibia“ haben, um ihre Unterstützung.

Adresse:

Dokumentationsstelle Pulverfabrik Liebenau e.V.
 c/o Martin Guse
 Postfach 1227
 31651 Liebenau
 Tel.: 05023/1575
 Fax: 05023/945978

Osnabrück

Zeittafel

- 29. Januar 1933: Demonstration der „Eisernen Front“ gegen die drohende Hitler-Regierung.
- 31.1.1933: Protestmarsch der KPD gegen die Reichskanzlerschaft Hitlers.
- 23. Februar 1933: Verbot des Osnabrücker SPD-Organs „Freie Presse“.
- 11. März 1933: Erste Besetzung des Gewerkschaftshauses durch die SS.
- 13. März 1933: Erneute Besetzung des Gewerkschaftshauses durch SA und SS.
- 18. März 1933: Erste Massenverhaftung: Neun Kommunisten werden verhaftet.
- 1. Mai 1933: Illegale Maikundgebung im Hüggel.
- 2. Mai 1933: Verhaftungsaktion, u.a. gegen 17 Gewerkschaftsfunktionäre.
- 1. Juni 1933: Sieben der neun am 18. März Verhafteten werden wegen „gemeinschaftlichem

Hochverrat“ angeklagt und verurteilt.

Juni 1933: Ludwig Landwehr wird verhaftet.

November 1933: Ludwig Landwehr wird vom Sondergericht Hamm zu 15 Monaten Gefängnis verurteilt.

September 1934: Prozess gegen 18 jugendliche Mitglieder der SAJ und des KJVD wegen illegaler Herstellung und Verteilung von Flugblättern.

September 1943: Verlegung der Gestapo-Außenstelle in das Schloss.

22. August 1944: „Aktion Gewitter“: Verhaftung ehemaliger Mandats- und Funktionsträger aus der Arbeiterbewegung und der Zentrumspartei.

12. Oktober 1944: Bombenangriff auf Osnabrück.

Oktober 1944: Verlegung der Gestapo-Außenstelle in das Marienhospital.

5. April 1945: Befreiung Osnabrücks durch britische Truppen.

1. Mai 1983: Der DGB bringt eine Gedenktafel am Standort des ehemaligen Gewerkschaftshauses an.

2000: Der Osnabrücker Historiker Volker Issmer beginnt Forschungen über das Entbindungsheim „Fernblick“.

Geschichte

Anfang der 30er Jahre war Osnabrück eine typische Industriestadt mit mehreren Großbetrieben im Bereich der Metallverarbeitung und zahlreichen Handwerksbetrieben. Die örtliche Arbeiterschaft war gut organisiert. Unter den freien, sozialdemokratisch orientierten Gewerkschaften waren die Verbände der Holzarbeiter, Eisenbahner, Textilarbeiter, Metallarbeiter, Fabrikarbeiter und der Baugewerksbund die mitgliederstärksten. Sie hatten, wie auch die Osnabrücker SPD, ihre Büros im Gewerkschaftshaus am Kollegienwall 14. Das Gewerkschaftshaus, ein ehemaliges Hotel, war 1923 von den Osnabrücker Gewerkschaften gekauft und 1928 umgebaut worden.

Um den 30. Januar 1933 herum gab es in Osnabrück große Protestdemonstrationen der Gewerkschaften, der „Eisernen Front“ und der Arbeiterparteien SPD und KPD gegen die drohende Diktatur der Nationalsozialisten. Die Nationalsozialisten antworteten auf diese Proteste mit zunehmenden Terror gegen ihre politischen Gegner. Nachdem sie am Abend der Reichstagswahlen am 5. März 1933 auf dem Marktplatz schwarz-rot-goldene Republikfahnen und rote Fahnen verbrannt hatten, konzentrierten sie ihre Aktionen zunächst auf das Gewerkschaftshaus. Es wurde am 11. März 1933 von der SS besetzt und geplündert, das Dach zierte eine Hakenkreuzfahne und am Haus wurde provokativ eine Tafel mit der Aufschrift „SS-Heim“ angebracht. Anschließend stand

das Gewerkschaftshaus unter Polizeiaufsicht. Einigen Arbeitern gelang es, die Fahne vom Dach zu holen, sie zu zerreißen und in die Hase zu werfen. Daraufhin wurde das Haus erneut von SA und SS besetzt. Der 11. März ist somit der Tag, an dem die Osnabrücker Gewerkschaften lange vor dem formalen Gewerkschaftsverbot am 2. Mai 1933 ihr Haus und ihre Organisationsgrundlage verloren. In den folgenden Wochen und Monaten folgten umfangreiche Verhaftungsaktionen gegen Gewerkschafter, Kommunisten und Sozialdemokraten. Die letzten Massenverhaftungen wurden seit dem 22. August 1944 während der „Aktion Gewitter“ als Vergeltung für den missglückten Anschlag auf Hitler am 20. Juli 1944 vorgenommen. Unter den im Kreis Osnabrück etwa 80 Verhafteten waren u.a. Wilhelm Mentrup (SPD, AOK-Vorsitzender), Fritz Szalinski (Sekretär des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes), Heinrich Groos (Leiter des Arbeitsamtes), Heinrich Niedergesäß (SPD) und August Wille (KPD). Die Verhafteten wurden zunächst im Schlosskeller gesammelt und über das Arbeitserziehungslager Ohrbeck in das KZ Neuengamme gebracht. Hier kamen Groos und Szalinski um, Niedergesäß, Mentrup und Wille gehören wahrscheinlich zu den Opfern der „Kap Arcona“, einem Häftlingstransporter, der 1945 in der Lübecker Bucht versenkt wurde.

Das Gewerkschaftshaus wurde im Krieg zerstört. Heute erinnert eine am 1. Mai 1983 angebrachte Gedenktafel an den einstigen Standort und die Geschichte des Gewerkschaftshauses. Bis heute wird hier die jährliche Demonstration am 1. Mai für eine Gedenkrede unterbrochen.

Berichte verhafteter Gegner des NS-Regimes und deportierter Osnabrücker Juden erwähnen immer wieder den Keller des Schlosses als Haft- und Folterstätte der Geheimen Staatspolizei (Gestapo). Schon 1933 waren hier Sozialdemokraten und Gewerkschafter eingesperrt.

1943/44 hatte die Gestapo zeitweilig ihren Sitz ganz ins Schloss verlegt. Die hier am heutigen Hauptgebäude der Universität angebrachte Gedenktafel beschreibt das Schloss als Durchgangsstation für die ab November 1938 deportierten Osnabrücker Juden, tatsächlich war es u.a. auch Durchgangsgefängnis für Zwangsarbeiter, die zur Bestrafung in das Arbeitserziehungslager Ohrbeck gebracht wurden und für die am 22. August 1944 während der „Aktion Gewitter“ Verhafteten, die größtenteils nach Neuengamme verschleppt wurden. Insgesamt müssen einige Tausend Häftlinge den Schlosskeller als Durchgangsstation passiert haben. Weitere Forschungen über die Zwangsarbeiterlager in Osnabrück werden auch die Vorgänge im Schloss zum Gegenstand haben.

In Osnabrück waren seit Kriegsbeginn bis zu 12.000 Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter eingesetzt. Zwangsarbeiterlager unterhielten u.a. die Klöckner-Werke AG, Karmann, die Reichsbahn und die Osnabrücker Kupfer- und Drahtwerke, daneben gab es weitere Lager für Arbeitskräfte im Handwerk, der Munitionsherstellung, Landwirtschaft usw. Zur Klöckner Werke AG gehörte auch das Lager in der Gastwirtschaft „Fernblick“ in Osnabrück-Nahne. Hier befand sich von 1943 bis 1945 ein Entbindungsheim für Ostarbeiterinnen. Bekannt sind bisher 312 Frauen, die hier ihre Kinder bekamen. Über 40 dieser Kinder starben schon im Lager „Fernblick“, die übrigen Kinder gingen mit ihren Müttern zurück in die Herkunftslager und sind wahrscheinlich größtenteils dort umgekommen. An den Kindern war die SS nicht interessiert, man ließ sie an Vernachlässigung und Unterernährung sterben. Bis heute erinnert nichts an ihr Schicksal.

Adressen und Verkehrsverbindungen:

Industriegewerkschaft Metall Verwaltungsstelle Osnabrück
 Neuer Graben 39
 49074 Osnabrück
 Tel.: 0541/33838-0

Verkehrsverbindungen:

Mit der Bahn: Osnabrück liegt an den IC-Verbindungen Köln-Hamburg und Amsterdam-Berlin.

Mit dem PKW:

Osnabrück ist über die Autobahn A1 (Hamburg/Ruhrgebiet), die Autobahn A 30 (Niederlande und über Autobahn A 2 Hannover) und die Autobahn A 33 (Bielefeld/Kassel) zu erreichen.

Ehemaliges Gewerkschaftshaus am Kollegienwall:

Mit öffentlichen Verkehrsmitteln: Vom Bahnhof mit Bus Linie 13 (Richtung Hellern) bis Pottgraben.

Mit dem PKW: Von der Autobahn A 30 Abfahrt Osnabrück-Hellern geradeaus Richtung Zentrum, über den Heger-Tor-Wall geradeaus in die Straße Neuer Graben, am Neumarkt hinter dem Land- und Amtsgericht rechts in den Kollegienwall. Die Gedenktafel für das ehemalige Gewerkschaftshaus befindet sich linker Hand am Ende des Kollegienwalls.

Schloss/Universität:

Mit öffentlichen Verkehrsmitteln: Vom Bahnhof oder Pottgraben mit Bus Linie 13 (Richtung Hellern) bis Stadthalle/Universität.

Mit dem PKW: Von der Autobahn A 30 Abfahrt Osnabrück-Hellern geradeaus Richtung Zentrum, über den Heger-Tor-Wall geradeaus in die Straße Neuer Graben. Das Schloss befindet sich rechter Hand am Neuen Graben.

Region Osnabrück: Arbeitserziehungslager Ohrbeck**Zeittafel**

1940: Erstes Kriegsgefangenenlager am Augustaschacht.

Januar 1944: Einrichtung des „Arbeitserziehungslager Ohrbeck“.

April 1945: Befreiung des Lagers, Nutzung als Flüchtlingsunterkunft.

1983: Erstes Schulprojekt zu Zwangsarbeit in der Region Osnabrück.

1994: Beginn der systematischen Erforschung der Geschichte des Arbeitserziehungslagers Ohrbeck als Eigeninitiative des Osnabrücker Historikers Volker Issmer.

1995: Kontakte zu ehemaligen Häftlingen, besonders in den Niederlanden.

27.1.1996: Gedenkveranstaltung der Hagener Jusos und mehrerer SPD-Ortsvereine aus den Hüggel-Gemeinden mit Kranzniederlegung am Augustaschacht.

27.1.1997: Zentrale Veranstaltung von Stadt und Landkreis Osnabrück zum Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus, seitdem alljährlich.

27. Januar 1998: Einweihung des Mahnmals für die Opfer des Nationalsozialismus am Augustaschacht.

1998/1999: Diskussion über den Erhalt des Gebäudes Augustaschacht und dessen Ausbau zur Gedenkstätte.

20.1.2000: Gründungsversammlung des Vereins „Initiative Augustaschacht“.

27.1.2000: Die Georgsmarienhütte GmbH kündigt an, als erstes Unternehmen der Region Osnabrück 1 Mio. DM in den Entschädigungsfonds der deutschen Wirtschaft einzuzahlen.

Geschichte

Das ehemalige Arbeitserziehungslager Ohrbeck liegt im Gebirgszug des Hüggel südwestlich von Osnabrück in der Nähe von Hasbergen. Seit dem 19. Jahrhundert beutete die Georgsmarienhütte die Erzlager des Hüggel aus. In diesem Zusammenhang entstanden industrielle und bergbauliche Anlagen sowie Eisenbahnverbindungen. Eine dieser Anlagen ist der Augustaschacht, eine ehemalige Pumpstation für die bergtechnische Wasserregulierung, am nördlichen Eingang zur Hügghelschlucht neben den Gleisen der Hüttenbahn.

Seit 1940 bestand hier eines von insgesamt drei Lagern in der Umgebung für Kriegsgefangene und ausländische Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter, die vor allem für die Georgsmarienhütte Zwangsarbeit leisten mussten. Im Raum Osnabrück gab es während des Zweiten Weltkrieges über 100 Kriegsgefangenen- und Zwangsarbeiterlager. Im Gebiet zwischen Holzhausen/Ohrbeck und Hasbergen befanden sich die beiden größeren Lager: Hüggel I und Hüggel II und außerdem das Lager im Augustaschacht.

Das Lager Augustaschacht ging im Januar 1944 an die Gestapo Osnabrück über, die hier ein Arbeitserziehungslager einrichtete. Hier wurden Zwangsarbeiter gefangen gehalten, die versucht hatten, sich der Zwangsarbeit in anderen Lagern zu entziehen. Gründe für die Einweisung in dieses Straflager waren „Arbeitsvertragsbruch“, „Bummelei“, „Sabotage“ oder „Arbeitsverweigerung“. Etwa 2.000 Häftlinge aus 18 Nationen gingen durch das Lager, im Durchschnitt blieben sie acht Wochen, manchmal aber auch erheblich länger. Die größte Häftlingsgruppe bildeten die Niederländer mit ca. 700 Gefangenen. Sie stammten hauptsächlich aus den Städten Rotterdam, Amsterdam, Emmen, Den Haag und Hilversum, sowie aus der Region Twente mit den Städten Enschede, Almelo, Hengelo und Oldenzaal.

Die Niederländer kamen meistens wegen Fluchtversuchen in das Arbeitserziehungslager. Die Gestapo kontrollierte systematisch die Züge, die über Osnabrück in Richtung der niederländischen Grenze fuhren, nach flüchtigen Niederländern. Sie wurden verhaftet und wegen ihres angeblichen „Arbeitsvertragsbruches“ erst in den Gestapo-Keller im Osnabrücker Schloss und dann zur

Bestrafung in das Arbeitserziehungslager Ohrbeck gebracht.

Die Häftlinge des Arbeitserziehungslagers arbeiteten hauptsächlich für das Klöckner-Werk Georgsmarienhütte, das in unmittelbarer Nähe des Augustaschachtes zwei weitere große Barackenlager für Ostarbeiter und für Westarbeiter unterhielt. Allerdings wurden die Häftlinge des Arbeitserziehungslagers nicht nur im Werk eingesetzt. Größere Gruppen von ihnen wurden an die Stadt Osnabrück „ausgeliehen“, um dort nach den Bombenangriffen Trümmer zu beseitigen und andere Aufräumarbeiten zu leisten.

Im Arbeitserziehungslager Ohrbeck waren zeitweise auch deutsche Gestapo-Gefangene aus der Region Osnabrück untergebracht. Unter ihnen befanden sich „jüdisch Versippte“, Mitglieder der „Zeugen Jehovas“ und nach dem missglückten Attentat auf Hitler am 20. Juli 1944 auch als Sozialdemokraten, Gewerkschafter oder Kommunisten bekannte Männer. Sie wurden Ende August 1944 während der reichsweiten „Aktion Gewitter“ verhaftet, zunächst regional gesammelt und dann auf die Konzentrationslager verteilt. In Bereich der Gestapo-Außenstelle Osnabrück waren hiervon 39 Sozialdemokraten, drei Kommunisten und zehn Gewerkschafter betroffen. Einige von ihnen wurden im September 1944 über das Gerichtsgefängnis Osnabrück in das KZ Neuengamme gebracht. Sie überlegten die KZ-Haft nicht.

Für alle Häftlinge des Arbeitserziehungslagers Ohrbeck galten unmenschliche Arbeits- und Lebensbedingungen. Hunger, Ungeziefer, Krankheiten, Prügel und Folter waren hier alltäglich. Viele Häftlinge überlebten das Lager nicht. Bisher sind ca. 100 Todesfälle nachgewiesen, darunter ist ca. die Hälfte unter den niederländischen Gefangenen zu verzeichnen. Die genaue Zahl der Toten ist nicht mehr feststellbar. Nach Gerüchten und Häftlingsberichten sind Tote in der Umgebung des Lagers beiseite geschafft worden, ohne dass hierüber Aufzeichnungen gemacht wurden.

Nach dem Zweiten Weltkrieg geriet das Arbeitserziehungslager Ohrbeck schnell in Vergessenheit. Bald zogen Flüchtlinge in das Gebäude, sie lebten hier bis Anfang der 60er Jahre. Seitdem ist es verlassen, mit zugemauerten Fenstern und verschlossenen Türen. Zukünftig wird sich das ändern. Seit 1994 erforscht der Osnabrücker Historiker Volker Issmer systematisch die Geschichte des Augustaschachtes. Seit 1996 gibt es hier regelmäßige Gedenkveranstaltungen und es bestehen Kontakte zu ehemaligen Gefangenen. Unter der Federführung des im Januar 2000 gegründeten Vereins „Initiative Augustaschacht“ wird hier in den nächsten Jahren die zentrale Gedenk- und Dokumentationsstätte zur Geschichte der Zwangsarbeit in der Region Osnabrück entstehen.

Adressen und Verkehrsverbindungen:

Verein „Initiative Augustaschacht“

c/o Heiko Schulze

SPD-Ratsfraktion Osnabrück

Bierstr. 46

49074 Osnabrück

Tel.: 0541/323-4448

Fax: 0541/27009

Volker Issmer

Niedersachsenhof 52
 49078 Osnabrück
 Tel.: 0541/443506
 Fax: 0541/4430497

Verkehrsverbindungen:

Mit öffentlichen Verkehrsmitteln: Von Osnabrück mit dem Bus Linie 406 nach Holzhausen, von dort zu Fuß weiter Richtung Ohrbeck.

Mit dem PKW: Von Osnabrück-Zentrum bzw. A 30 Abfahrt Osnabrück-Sutthausen über Sutthausener Str./Hermann-Ehlers-Str. Richtung Holzhausen/Hagen. Hinter Holzhausen rechts in die Straße Zur Hügelschlucht. Der Augustaschacht liegt gleich hinter der Bahnunterführung links.

Osterode/Harz

Zeittafel

5. Juli 1932: Die SA versucht, das Arbeiter-Jugendheim „Rote Freiheit“ zu besetzen. Massenschlägerei zwischen SA und Antifaschisten.

31.1.1933: Demonstration der KPD gegen die Hitler-Regierung.

4.2.1933: Erste Hausdurchsuchungen bei Osteroder Kommunisten, später auch bei Sozialdemokraten und Gewerkschaftern.

3. März 1933: Verhaftung führender Kommunisten im Landkreis Osterode (u.a. Hannah Voigt aus Göttingen).

31.3.1933: Bis 5.4. Aktionen gegen jüdische Geschäfte und deren Kunden.

11./12. April 1933: Verhaftete aus Osterode werden in das KZ Moringen gebracht.

1. Mai 1933: Nationalsozialistische Maifeier in Osterode.

2. Mai 1933: Die Gewerkschaften werden zerschlagen.

9. Juni 1933: Verbot von Arbeitervereinen und Genossenschaften.

25. Juni 1933: Die Gewerkschaftssekretäre Herbert Sühlig und Franz Hagenbuch werden verhaftet und ins KZ Moringen gebracht.

Seit 1940: Einsatz von Fremd- und Zwangsarbeitern.

28.9.1944: Einrichtung eines Außenlager des KZ Buchenwald mit 300 Häftlingen für die Fa. Heber.

Oktober 1944: Projekt „Dachs IV“ für den Stollenbau in den Gipsbergen bei Petershütte mit Außenlager des KZ Mittelbau-Dora.

Kriegsende: Ca. 3.000 Zwangsarbeiter sind in Osterode eingesetzt.

Geschichte

Die Weltwirtschaftskrise trieb in Osterode bis 1932 etwa 30 Betriebe in den Konkurs, weit über 1.000 Arbeitsplätze gingen verloren. Mit der Machtübernahme der Nationalsozialisten änderte sich an dieser Situation zunächst nichts. Erst ab 1935 begann durch Industrieansiedlungen ein wirtschaftlicher Aufschwung. Nach und nach entwickelten sich Stadt und Landkreis Osterode nicht zuletzt wegen ihrer günstigen, vor Luftangriffen recht sicheren, Lage zu einem Standort der kriegswichtigen Industrie. Im Zuge der Aufrüstung profitierten die seit 1919 hier bestehende Firma Anton Piller, Elektromotoren- und Ventilatorenbetrieb, und die 1935 gegründete Firma Kellermann, Schraubenfabrik, von den Rüstungsaufträgen. Weitere Betriebe wurden nach Osterode verlagert: 1936 die „Optische Anstalt Oigee“ aus Berlin, 1942 die „Curt Heber – Maschinen-Apparate-Fabrik HEMAF“ aus Neubrandenburg.

Alle Firmen setzten während des Krieges Zwangsarbeiter ein. An die Barackenlager, in denen die Zwangsarbeiter untergebracht wurden, erinnert nichts mehr im heutigen Stadtbild. Oigee unterhielt ein Lager hinter dem Freiheiter Schützenplatz („Altes Russenlager I“). Für Heber wurde 1944 ein eigenes Außenlager des KZ Buchenwald eingerichtet (Lager West „Russenlager II“). Ebenfalls zu Heber gehörte das „Barackenlager Ost“ zwischen der Baumhofstraße und Am Branntweinstein. Auf dem Gelände des Ostarbeiter-Lagers der Firma Piller befindet sich heute die „Piller-Siedlung“. Das Lager der Firma Kellermann befand sich in der Nähe von Petershütte. Insgesamt gab es in und um Osterode etwa 30 Lager, in denen Fremdarbeiter lebten. Mitte 1944 waren die Hälfte davon Frauen.

Zusätzlich bestand seit Oktober 1944 das Projekt „Dachs IV“ in Osterode. Das Projekt hatte zum Ziel, eine Raffinerie der Shell-Rhenania-Ossag aus Hamburg unterirdisch im Gipssteinbruch der Firma „Harzer Gipswerke Robert Schimpf Soehne“ aufzubauen. Hier arbeiteten Dienstverpflichtete Deutsche, Zwangsarbeiter und KZ-Häftlinge aus dem KZ Mittelbau-Dora. Das Projekt wurde nicht fertig gestellt.

Ab Mitte März 1945 wurden die Konzentrationslager im Harz evakuiert. Das KZ im Lager „Dachs IV“ wurde am 21. März geräumt, das KZ bei Heber Anfang April. Die SS evakuierte die Konzentrationslager planmäßig und trieb die Häftlinge auf Todesmärschen vor den heranrückenden alliierten Truppen her. Sie sollten den Alliierten nicht in die Hände fallen, man wollte ihre Arbeitskraft bis zuletzt zur Verfügung halten und ausbeuten. Wer den Marsch nicht durchhielt, wurde liquidiert.

Am 7. April traf auf dem Osteroder Bahnhof ein Zug mit ca. 4.000 KZ-Häftlingen aus dem KZ Mittelbau-Dora (Nordhausen) ein, der wegen der Schäden durch die Bombardierung des Bahnhofes nicht weiterfahren konnte. Die SS entschied, dass die kräftigeren Häftlinge am nächsten Tag zu Fuß nach Clausthal weiter marschieren sollten. Als einige Häftlinge versuchten, mit Wasser aus einem Graben ihren Durst zu löschen, brachte die SS 31 von ihnen um. Am folgenden Tag begaben sich 3.500 Häftlinge des Transport auf den Todesmarsch Richtung Clausthal, über 400 kranke Gefangene blieben in Osterode zurück.

Wie viele der in Osterode eingesetzten Zwangsarbeiter starben, ist nicht bekannt. Im Stadtgebiet sind Spuren der Lager kaum noch und die Leiden ihrer Häftlinge nicht mehr sichtbar. Baracken, heute zu Wohn- bzw. Betriebsgebäuden umgebaut, finden sich noch am Sportplatz (Alte Northeimer Straße), in der Baumhofstraße und Am Branntweinstein. Sie sind ebenso wenig mit Gedenktafeln gekennzeichnet wie das ehemalige Osteroder Gerichtsgefängnis. An die Ereignisse des Jahres 1933, an „Schutzhaft“, Widerstand und Verfolgung erinnert hier nichts mehr. Auf dem jüdischen Friedhof an der Schwiegerhäuser Str. steht ein Mahnmal für 27 hier beigesetzte sowjetische Kriegsgefangene. 65 polnische, sowjetische und ungarische Zwangsarbeiter, die in Osterode starben, sind auf dem städtischen Friedhof an der Scheerenberger Str. in einer Ehrenanlage beigesetzt.

An die Ereignisse des 7./8. April erinnert inzwischen ein Gedenkstein am Kaiserteich, der auf Initiative der „Arbeitsgemeinschaft Spurensuche in der Südharzregion (ArGe Spuren)“ aufgestellt wurde. Die ArGe besteht seit 1997 und führt seitdem jährlich am 27. Januar, dem „Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus“, Veranstaltungen im Raum Osterode durch. Hierbei entstandene Wandtafeln mit Texten, Luftbildern, Zeitzeugenberichten und historischen Fotos sollen im Osteroder Heimatmuseum als Dauerausstellung präsentiert werden.

Im Juni 2000 wird damit begonnen werden, auf den Stationen des Todesmarsches von Osterode nach Clausthal Gedenkstellen dort aufzustellen, wo Häftlinge erschossen wurden. Das Projekt wird von der ArGe mit den Berufsbildenden Schulen des Kreises durchgeführt.

Adressen und Verkehrsverbindungen:

IG Metall Verwaltungsstelle Goslar/Osterode
Rotemühlenweg 2a
37520 Osterode
(05522) 9167-0

Arbeitsgemeinschaft Spurensuche in der Südharzregion
Fax: (05522) 71036 oder über die KZ-Gedenkstätte Mittelbau-Dora, Nordhausen, Tel. (03631) 4958-10.

Verkehrsverbindungen:

Osterode ist mit der Eisenbahn oder dem PKW zu erreichen.

PKW-Anfahrt von Norden: über die A7 bis Bad Ganderheim, dann über die B 243 nach Osterode. Von Süden: über die A7 bis Northeim-West, dann über die B 241 nach Osterode. Von Westen: über die B 241 nach Osterode. Von Osten: über Nordhausen und Herzberg auf der B 243 nach Osterode. Parkmöglichkeiten bieten die Parkhäuser in der Innenstadt.

Papenburg: Dokumentations- und Informationszentrum Emslandlager (DIZ)

Zeittafel

Sommer 1933: Einrichtung der Lager Börgermoor, Esterwegen und Neusustrum als „Staatliches Konzentrationslager Papenburg“.

April 1934: Auflösung der KZ-Lager Neusustrum und Börgermoor, Nutzung als Strafgefangenenlager.

August/September 1936: Auflösung des KZ Esterwegen, Verlegung der Gefangenen nach Sachsenhausen.

Januar 1937: Übernahme von Esterwegen durch das Reichsjustizministerium, Nutzung als Strafgefangenenlager.

1938: Einrichtung von acht weiteren Strafgefangenenlagern im Emsland.

September 1939: Übernahme von acht Lagern durch das Oberkommando der Wehrmacht als Kriegsgefangenenlager.

1944/45: Verwendung von zwei Lagern als Außenlager des KZ Neuengamme.

April 1945: Befreiung der Lager durch britische, kanadische und polnische Truppen.

1985: Erste privat, besonders von ehemaligen Häftlingen, zusammengestellte Ausstellung zur Geschichte der Emslandlager.

1993: Einrichtung eines Dokumentationszentrums in Papenburg.

11. April 1994: Gründung des Dokumentations- und Informationszentrums Emslandlager (DIZ).

Geschichte

Zwischen 1933 und 1945 bestanden im Emsland insgesamt 15 Lager, die als Konzentrationslager, Strafgefangenenlager, Kriegsgefangenenlager und Außenlager für das KZ Neuengamme genutzt wurden. Insgesamt waren ca. 80.000 KZ-Häftlinge und Strafgefangene und zwischen 100.000 und 180.000 Kriegsgefangene in den 15 Emslandlagern inhaftiert. Ungefähr 30.000 Menschen die meisten von ihnen sowjetische Kriegsgefangene, überlebten die Lager nicht. Die Lagerhäftlinge sollten 50.000 ha emsländisches Ödland mit Hacke und Spaten kultivieren.

Im Sommer 1933 wurden zunächst die Lager Börgermoor, Esterwegen und Neusustrum als KZ für „Schutzhaft“-Gefangene eingerichtet. Die drei Lager, von denen heute Esterwegen und Börgermoor die bekanntesten sein dürften, bildeten zusammen das „Staatliche Konzentrationslager Papenburg“. Hier wurden ca. 4.000 Häftlinge eingesperrt. Sie leisteten Zwangsarbeit bei der Kultivierung der emsländischen Moore. Die Gefangenen nannten sich selbst „Moorsoldaten“. Im KZ Börgermoor entstand im August 1933 das Lied „Wir sind die Moorsoldaten“, das bis heute bekannt geblieben ist.

Ab April 1934 wurde Börgermoor als KZ aufgegeben und von der Justiz als Strafgefangenenlager verwendet. Während des Krieges waren hier auch kriegsgerichtlich verurteilte Soldaten und

zunehmend Widerstandskämpfer aus den besetzten Ländern inhaftiert. Die KZ-Häftlinge und später die Strafgefangenen waren schwerster körperlicher Arbeit, Hunger, Misshandlungen und Krankheiten schutzlos ausgeliefert. Während des Krieges betrug die Arbeitszeit täglich mindestens 12 Stunden. Auch nach dem Krieg, bis in die 60er Jahre, wurde das Lager Börgermoor als „Abteilung Börgermoor“ der Strafanstalten Emsland“ weiter genutzt. Heute erinnern nur noch ganz wenige bauliche Reste und eine Gedenktafel an das Konzentrationslager Börgermoor.

Das KZ Esterwegen bestand bis August/September 1936 weiter. Auch in Esterwegen waren zunächst kommunistische und anfangs wenige sozialdemokratische Regime-Gegner inhaftiert. Schnell fanden sich aber auch Mitglieder anderer Parteien, Gewerkschafter, Intellektuelle, Zeugen Jehovas und Juden unter den Gefangenen im KZ Esterwegen. Einige der bekanntesten „Schutzhäftlinge“ in Esterwegen waren Carl von Ossietzky, Friedrich Ebert jun., Ernst Heilmann, Julius Leber, Bernhard Bästlein, Theodor Neugebauer und Werner Finck. Carl von Ossietzky, ein bedeutender pazifistischer Schriftsteller der Weimarer Republik und Herausgeber der Zeitschrift „Die Weltbühne“, war zwischen 1933 und 1936 in den Konzentrationslagern Sonnenburg und Esterwegen inhaftiert. 1935, während der KZ-Haft, erhielt er den Friedensnobelpreis. Ossietzky starb 1938, inzwischen in einem Sanatorium unter Gestapo-Bewachung untergebracht, an Tuberkulose und Hirnhautentzündung, die er sich während der KZ-Haft zugezogen hatte.

Ende 1937 bestanden sieben Strafgefangenenlager im Emsland: Börgermoor, Aschendorfer Moor, Brual-Rhede, Walchum, Neusustrum, Oberlangen und Esterwegen. 1938 wurden acht weitere Lager eingerichtet: Wesuve, Versen, Fullen, Gross-Hesepe, Dalum, Wietmarschen, Bathorn und Alexisdorf.

Nach dem Krieg wurden die Emslandlager zunächst als Internierungslager für NS-Verbrecher, Strafanstalt oder Flüchtlingslager weiter genutzt, später abgerissen und vergessen. Erst 1985, nachdem jahrelange Bemühungen um die Errichtung einer Gedenktafel für das KZ Esterwegen gescheitert waren, konnte vom „Aktionskomitee Emslandlager e.V.“ in Papenburg eine erste Dauerausstellung zur Geschichte der Lager gezeigt werden. Das Aktionskomitee ist Träger des heutigen Dokumentations- und Informationszentrum Emslandlager (DIZ), das seit 1993 ein vom Land Niedersachsen, Landkreis Emsland und Stadt Papenburg finanziertes Gebäude in Papenburg unterhält.

Das DIZ bietet nach Absprache umfangreiche Vorträge, Seminare und Lehrerfortbildungen an, zwei Wanderausstellungen können ausgeliehen werden. Daneben können gruppenspezifische Führungen für die unterschiedlichen Schulformen und die Erwachsenenbildung nachgefragt werden, die auch eine Exkursion zum ehemaligen Lager Esterwegen und zur Gedenkstätte auf dem Friedhof Esterwegen umfassen. Das Angebot wird jährlich von mehreren Hundert Gruppen genutzt. Daneben sind im DIZ auch ein- oder mehrtägige Projektveranstaltungen möglich.

Im DIZ kann eine umfangreiche Bibliothek und ein Foto- und Dokumentenarchiv genutzt werden. Das Archiv umfasst persönliche Unterlagen mehrerer Hundert Häftlinge, einige Tausend Kopien von Dokumenten zur Lagergeschichte aus in- und ausländischen Archiven, Fotos, Tondokumente, Videoaufzeichnungen und Diaserien.

Adressen und Verkehrsverbindungen:

Dokumentations- und Informationszentrum Emslandlager (DIZ)

Postfach 1132

26851 Papenburg

Wiek rechts 22

26871 Papenburg

Papenburg

Telefon 04961/916306

Fax 04961/916308

Öffnungszeiten: Dienstag bis Freitag und Sonntag 10-17 Uhr; für Gruppenbesuche zusätzlich nach Vereinbarung (vom 23.12. bis 1.1., Ostern und Pfingsten geschlossen).

Verkehrsverbindungen:

Mit dem PKW: Aus allen Richtungen auf der A 31 bis Abfahrt Rhede, von dort Richtung Papenburg und über die B 70 in Richtung Zentrum Papenburg. Das DIZ befindet sich in der Nähe des Stadtzentrums, der Weg dorthin ist ausgeschildert.

Peine

Kurzbiografie von Willi Altenhoff

geb. 18.4.1891 in Peine. Gelernter Tapezierer, seit 1906 Gewerkschaftsmitglied. Nach Wanderschaft und französischer Kriegsgefangenschaft seit 1918 wieder in Peine. 1918-1923 Peiner Walzwerk, Betriebsrat, entlassen wegen seiner politischen Haltung. Bis 1933 Vorsitzender der SPD-Ratsfraktion (seit 1931 SAP), verhaftet, Polizeiaufsicht. Altenhoff hatte Kontakt zu Widerstandskreisen um die „Sozialistische Front“, während des Krieges unterstützte er gemeinsam mit Kollegen Zwangsarbeiter in Peine. 1944 nach dem missglückten Attentat auf Hitler wieder verhaftet und kurzfristig im KZ Neuengamme. 1945 kurz vor Kriegsende erneut verhaftet und nach Hildesheim gebracht. Altenhoff konnte vor der drohenden Erschießung fliehen. Anschließend Polizeipräsident in Peine, dann Gewerkschaftsfunktionär. Bis 1950 Mitglied der KPD. Im Mai 1953 starb Willi Altenhoff.

Geschichte

Gedenkstein für die Opfer des Faschismus am Herzberg

Der Waldpark auf dem Herzberg ist seit 1912 ein beliebtes Ausflugs- und Naherholungsgebiet im Norden der Stadt Peine. 1951 wurde hier an der Kastanienallee auf Initiative von Peiner Antifaschisten ein schlichter Gedenkstein für die Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft aufgestellt. Er trägt die Aufschrift: „Zum Tode geführt und siehe sie leben“. Dieser Gedenkort soll an die Frauen und Männer aus dem Landkreis Peine erinnern, die für ihre Widerstandsarbeit gegen das nationalsozialistische Regime mit ihrem Leben zahlen mussten oder wegen ihres Glaubens verfolgt und ermordet wurden.

Nur wegen ihrer abweichenden politischen Überzeugung wurden ausweislich der vorliegenden Gerichtsurteile und der Entschädigungsakten im Kreis Peine 200 Männer und 34 Frauen verhaftet und zu insgesamt 305 Jahren Gefängnis, Zuchthaus und Konzentrationslager verurteilt.

14 Antifaschisten gaben ihr Leben für ihre Überzeugung:

Karl Arnecke und *Fritz Brunke* wurden zu einem Strafbataillon eingezogen und kam dort um.

Otto Fasterding wurde gegen Ende des Kriegs zu einem Strafbataillon eingezogen und starb 1947 in einem Kriegsgefangenenlager.

Albert Friedmann starb 1941 im KZ Buchenwald.

Renate Friedmann starb 1942 im KZ Ravensbrück.

Lothar Friedmann verstarb nach der Flucht nach Holland an den Folgen seiner KZ-Haft.

Frieda Gorski starb 1934 an den Folgen ihrer Untersuchungshaft.

Hermann Heberle wurde gegen Ende des Krieges zu einem Strafbataillon eingezogen und ist seitdem verschollen.

Werner Kratz kam in den letzten Kriegstagen auf dem Todesmarsch vom KZ Neuengamme um. Er ertrank beim Untergang der „Cap Arcona“ vor Neustadt.

Hans Pakulla starb 1934 nach Misshandlungen im Gerichtsgefängnis Hannover.

Gustav Selle fiel kurz nach Kriegsende im Strafbataillon 999.

Willi Stengel wurde zum Strafbataillon 999 eingezogen und dort 1943 wegen Wehrkraftzersetzung zum Tode verurteilt.

Otto Schwarzenau starb 1942 im KZ Sachsenhausen.

Reinhold Zobel starb in den letzten Kriegswochen im KZ Bergen Belsen.

Alljährlich am 1. September legen Antifaschisten und Gewerkschafter am Gedenkstein Kränze nieder.

Gedenkstein für die ehemalige Synagoge, Hans-Marburger-Straße/Ecke Goethestraße

An dieser Stelle wurde 1907 der Synagogen-Neubau der jüdischen Gemeinde Peine eingeweiht. Damals gehörten ca. 30 Familien mit über 100 Personen zur Gemeinde. Der Synagogenbau war eine der architektonischen Sehenswürdigkeiten in Peine. Die Synagoge mitten in der Stadt und in einer

guten Lage sprach auch für die Selbstverständlichkeit jüdischen Lebens in Peine zur damaligen Zeit.

Seit 1933 waren auch die Peiner Juden dem zunehmenden staatlichen Terror ausgeliefert. Am Anfang stand der Aufruf zum Boykott jüdischer Geschäfte am 1. April 1933. An diesem Tag standen vor den jüdischen Geschäften und Arztpraxen in Peine nationalsozialistische Wachposten, Schaufenster wurden mit antisemitischen Parolen beschmiert, Peiner Bürger am Betreten der Geschäfte gehindert.

In der Pogromnacht vom 9. auf den 10. November 1938, von den Nazis hämisch „Reichskristallnacht“ genannt, brannte auch die Peiner Synagoge bis auf die Grundmauern aus. In dieser Nacht wurden systematisch die Wohnungen jüdischer Bürger demoliert, zuletzt ging am frühen Morgen des 10. November die Synagoge in Flammen auf. Hier starb der damals 17-jährige Hans Marburger. Er hatte zuvor versucht, seine Mutter gegen die Angriffe der Nazis zu verteidigen und wurde in die Synagoge verschleppt. Nach verschiedenen zeitgenössischen Schilderungen wurde Hans Marburger in der Synagoge erschossen oder aber zuerst gezwungen, Feuer zu legen und dann bewusstlos geschlagen.

Die Feuerwehr löschte den Synagogenbrand nicht, sie schützte nur die umstehenden Häuser gegen ein Übergreifen des Feuers. Von der Synagoge blieb nur eine Ruine. Am Ende musste die jüdische Gemeinde auch noch für ihren Abriss aufkommen. Wie der Bauakte für die Synagoge im Stadtarchiv zu entnehmen ist, wurde die Ruine damals als „Störung der öffentlichen Ordnung“ angesehen und die Gemeinde aufgefordert, das Gebäude endgültig abzubrechen. Durch einen Wiederaufbau wäre die öffentliche Ordnung nach damaliger Auffassung der Verwaltung noch viel erheblicher gestört gewesen. So wurde der Vorsteher der Peiner jüdischen Gemeinde Ende 1938 amtlicherseits gezwungen, den Abriss umgehend und auf Kosten der Gemeinde in Auftrag zu geben. Seit 1939 sind die Reste der Synagoge verschwunden. Was blieb, war lange Zeit eine Baulücke mitten in der Stadt.

Erst 1979 wurde ein Teil der Bodenstedtstraße in Hans-Marburger-Straße umbenannt und am Standort der ehemaligen Synagoge ein Gedenkstein errichtet. Der Stein erinnert an den Synagogenbrand und weiteren Leidensweg der Peiner Juden. Eine Gedenktafel ist dem Schicksal Hans Marburgers gewidmet. Ausweislich einer Liste im Stadtarchiv sind direkt aus Peine mindestens 18 jüdische Bürger nach ihrer Deportation in den Konzentrationslagern Dachau, Ravensbrück, Theresienstadt und im Warschauer Getto umgekommen.

Zum Gedenken an diese Ereignisse legen Vertreter der Stadtverwaltung, des Landkreises, der Gewerkschaften und Parteien hier am 9. November Kränze nieder.

Adressen und Verkehrsverbindungen:

DGB-Ortskartell Peine
Lindenstr. 34
Tel.: 05171/15 645

IG Metall Verwaltungsstelle Peine
Lindenstr. 34

Tel.: 05171/76 640

Stadtverwaltung Peine

Kantstr. 5

Tel.: 05171/490

Landkreisverwaltung Peine

Burgstr. 1

Tel.: 05171/4010

Verkehrsverbindungen:

Mit der Bahn: Peine liegt an der Eisenbahnstrecke Hannover-Braunschweig.

Mit dem PKW: Autobahn A 2 bis Abfahrt Peine

Mahnmal Synagoge, Hans-Marburger-Straße:

Mit öffentlichen Verkehrsmitteln: Vom Bahnhof zu Fuß über Glockenstraße und Am Werderpark geradeaus bis Bodenstedt-Straße, rechts folgen bis Hans-Marburger-Str./Ecke Goethestraße.

Mit dem Pkw:

Von der A 2 über Schwarzer Weg Richtung Innenstadt bis Senator-Voges-Straße, rechts in die Senator-Voges-Straße, nächste rechts in die Hans-Marburger-Straße.

Gedenkstein Herzberg:

Mit öffentlichen Verkehrsmitteln:

Vom Mahnmal für die Synagoge weiter: Hans-Marburger-Straße bis Ende, links in die Senator-Voges-Straße, nächste links in den Schwarzen Weg und weiter bis Kastanienallee, dort links in die Kastanienallee. Der Gedenkstein befindet sich etwa in der Mitte der Parkanlage an der Kastanienallee.

Mit dem PKW:

Von der A 2 Richtung Innenstadt, 3. Straße rechts in die Kastanienallee, der Gedenkstein befindet sich rechter Hand an der Kastanienallee.

Salzgitter

Zeittafel

1937: Erste Barackenlager für ausländische Arbeiter entstehen.

1. April 1942: Zusammenschluss 29 Gemeinden zur Stadt Watenstedt-Salzgitter („Stadt der Hermann-Göring-Werke“).

August 1939: Einsatz von Zwangsarbeitern und Kriegsgefangenen bei den „Hermann-Göring-Werken“.

Frühjahr 1940: Lager 21 wird zum Straflager.

Oktober 1940: Einrichtung des Kriegsgefangenenlagers 24.

1942: Einsatz von KZ-Häftlingen bei den „Hermann-Göring-Werken“.

1943: Die „Hermann-Göring-Werke“ unterhalten mehr als 60 Lager im Salzgitter-Gebiet, ca. 70 kleinere Lager unterhalten die Baufirmen.

1943: Das Lager 24 wird zum „Todeslager 24“.

Dezember 1943: Bei den Hermann-Göring-Werken arbeiten 78,3% ausländische und Zwangsarbeitskräfte.

27. Mai 1944: In Leinde wird ein Außenlager des KZ Neuengamme eingerichtet.

8. April 1945: Die Lager in Salzgitter werden geräumt.

1983: Gründung des Arbeitskreises Stadtgeschichte e.V.

1991: Errichtung des Mahnmals für das Außenlager Leinde.

1994: Errichtung des Gedenksteins für das Frauen-Außenlager in Salzgitter-Bad.

1994: Eröffnung der Gedenk- und Dokumentationsstätte Drütte.

Geschichte

Die Gründung und weitere Entwicklung der Stadt Salzgitter hing eng mit den hier seit 1937 bestehenden „Hermann-Göring-Werken“ zusammen. Mit der Gründung wurden die im Bereich der Werke liegenden preußischen Bergbaugebiete mit der bisher zum Freistaat Braunschweig zugehörigen Schwerindustrie zusammengeschlossen.

Das spätere Stadtgebiet von Salzgitter hatte im Laufe des Aufbaus der „Hermann-Göring-Werke“ sein Gesicht vollständig verändert. 1933 lebten hier noch ca. 19.000 Menschen, zur Stadtgründung 1942 waren es ca. 108.000, 1944 ca. 120.000. Für die Minderheit der deutschen Arbeitskräfte der Werke wurden Siedlungen in den Stadtteilen Salzgitter, Steterburg, Hallendorf, und Lebenstedt gebaut. Seine eigentliche Prägung erfuhr das Stadtgebiet von Salzgitter allerdings durch die Barackenlagern für Zwangsarbeiter und KZ-Häftlinge. Schon 1937 entstanden die ersten Barackenlager im Bergbaugebiet und am Standort des zukünftigen Hüttenwerks. Die Lager wurden in der Reihenfolge ihres Aufbaus nummeriert. Bis 1943 waren die ca. 130 Lager zu einer Barackenstadt zusammengewachsen. Zwischen den Orten Watenstedt und Immendorf stand eine ununterbrochene Kette von Barackenlagern, ähnlich sah es zwischen Salzgitter-Heerte und Leinde aus.

Seit Frühjahr 1940 bestand das Straflager 21 an der Landstraße Hallendorf-Bleckede als „Arbeitserziehungslager“ für Zwangsarbeiter. Das „Todeslager 24“ südlich von Reppner bestand seit Oktober 1940 als Kriegsgefangenenlager für über 2.000 Gefangene. Seit März 1942 war es

dem Landesarbeitsamt unterstellt und wurde als Durchgangslager verwendet. Monatlich gingen jetzt 9.000-13.000 Menschen durch das Lager bei einer ständigen Belegung von 3.000-4.000 Personen.

Ab 1943 wurde das Lager 24 zunehmend als Abschiebelager für unheilbar Kranke oder schwer verunglückte Männer und Frauen verwendet. Zudem landeten hier solche Zwangsarbeiter, die schon beim Eintreffen in Salzgitter viel zu ausgezehrt waren, um noch arbeiten zu können. Im „Todeslager 24“ sollten sie sterben oder auf den Rücktransport in die Konzentrationslager warten.

Anfangs wurden die Todesopfer des Lagers 21 auf dem „Ausländerfriedhof“ im Hallendorfer Holz, dem heutigen Ehrenfriedhof Westerholz, verscharrt. Anfang 1943 reichte dieser Friedhof für die Toten der Lager 21 und 24 nicht mehr aus. Die „Reichswerke Hermann Göring“ richteten deswegen einen weiteren Friedhof in der Gemarkung Jammertal bei Engelstedt ein. Genaue Zahlen der Todesopfer existieren nicht. Belegt sind 4.220 Tote, darunter 4.032 ausländische Zwangsarbeiter und KZ-Häftlinge. Während der letzten Kriegswochen wurden die Beerdigungen in Jammertal von Spezialkommandos ausgeführt, hierüber gibt es keine Zahlen mehr. Es wurden auch Leichen in das Braunschweiger Krematorium gebracht, weil sich so viele Leichen ansammelten, dass erhöhte Seuchengefahr bestand.

Während der 50er Jahre wurden die auf den umliegenden Gemeindefriedhöfen begrabenen Opfer auf die Ehrenfriedhöfe Jammertal und Westerholz umgebettet. Eine unbekannte Anzahl von Toten wurde in ihre Heimatländer überführt.

Auf dem Ehrenfriedhof Jammertal ruhen jetzt 2.970 und auf dem Ehrenfriedhof Westerholz 857 Opfer des nationalsozialistischen Regimes aus dem Raum Salzgitter. Schon in den 50er Jahren gab es Gedenkfeiern auf den beiden Ehrenfriedhöfen, die von der IG Metall in Salzgitter organisiert und durchgeführt wurden.

Seit Anfang der 80er engagieren sich der heutige Arbeitskreis Stadtgeschichte und die IG Metall in Salzgitter massiv für das Gedenken an die Leiden der Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter im Bereich Salzgitter. Neben der 1994 eröffneten Denkstätte für das KZ Drütte auf dem Gelände der Salzgitter AG entstanden weitere Mahnmale.

1991 wurde ein Mahnmal an der B 248 für das ehemalige Außenkommando Leinde des KZ Neuengamme eingeweiht. Leinde war mit durchschnittlich 2.800 bis 3.000 Gefangenen eines der größten Außenkommandos von Neuengamme. Schon 1987 hatte die Stadt Salzgitter beschlossen, hier ein Mahnmal aufzustellen. Bei der Einweihung 1991 waren ehemalige Häftlinge und Vertreter der Lagergemeinschaft Neuengamme anwesend.

Im Mai 1994 wurde ein Gedenkstein zur Erinnerung an das Neuengamme-Außenlager für osteuropäische Zwangsarbeiterinnen in Salzgitter-Bad gesetzt. Die Initiative für diesen Gedenkstein ging von der ehemaligen Leiterin der Stadtbibliothek Salzgitter und der damaligen Frauenbeauftragten der Stadt aus. Finanziert durch Spenden konnte der Gedenkstein nach wenigen Monaten bereits in Anwesenheit ehemaliger Häftlinge aufgestellt werden.

Seit 1983 hält der Arbeitskreis Stadtgeschichte die Erinnerung an die Entstehungsgeschichte Salzgitters wach. Der Arbeitskreis bietet umfangreiche Programme zur Stadtgeschichte während der NS-Zeit an und unterhält Kontakte zu ehemaligen Zwangsarbeitern und KZ-Häftlingen.

Adressen und Verkehrsverbindungen:

IG Metall Verwaltungsstelle Salzgitter
Chemnitzer Str. 33
38226 Salzgitter
Tel.: 05431/8844-0

Arbeitskreis Stadtgeschichte e.V.
Gedenk- und Dokumentationsstätte KZ Drütte
Wehrstraße 27 (Alte Feuerwache)
38226 Salzgitter
Telefon 05341/44581

Der Arbeitskreis bietet Stadtrundfahrten zu den genannten und weiteren Stätten der NS-Geschichte an.

Verkehrsverbindungen: Die Erinnerungsstätten sind am besten mit dem PKW oder im Rahmen einer Stadtrundfahrt des Arbeitskreises Stadtgeschichte zu erreichen.

Ehrenfriedhof Jammertal: Von der A 39 Abfahrt Salzgitter-Watenstedt auf der Industriestraße Mitte in Richtung Salzgitter-Lebenstedt, von der Industriestraße Mitte die nächste Abfahrt rechts auf die Peiner Straße in Richtung Salzgitter-Engelnstedt. Der Friedhof Jammertal befindet hinter der nächsten Kreuzung (Peiner Straße/Neißestraße) an der Peiner Straße.

Ehrenfriedhof Westerholz: Vom Friedhof Jammertal zurück zur Kreuzung Peiner Straße/Neißestraße, links auf die Kanalstraße Richtung Salzgitter-Hallendorf. Der Ehrenfriedhof Westerholz befindet sich linker Hand hinter der Beschützenden Werkstatt.

Mahnmal für das Außenkommando Leinde: Von der A 39 Abfahrt Salzgitter-Watenstedt auf der Industriestraße Mitte in Richtung Watenstedt zur B 248, dann rechts auf die B 248. Der Gedenkstein befindet sich ca. 1 km entfernt rechter Hand an der dritten Einmündung auf die B 248.

Gedenkstein für das Frauen-Außenlager Salzgitter-Bad: Auf der B 248 Richtung Salzgitter-Bad, in Salzgitter-Bad links auf die Nord-Süd-Straße, geradeaus weiter auf der Friedrich-Ebert-Straße bis zu den Bezirkssportanlagen. Der Gedenkstein befindet sich gegenüber dem Sportplatz an der Friedrich-Ebert-Straße.

Salzgitter: Gedenk- und Dokumentationsstätte KZ Drütte

Zeittafel

1937: Gründung der Reichswerke Hermann Göring, Aufbau des Hüttenwerkes im Gebiet von Salzgitter.

18. Oktober 1942: Errichtung des KZ Drütte auf dem Hüttengelände als eines der ersten Außenlager des KZ Neuengamme. Nach Fertigstellung des Lagers Unterbringung von etwa 3.000 Männern, die in der Rüstungsproduktion arbeiten.

8. April 1945: „Evakuierung“ des Lagers.

nach 1945: Kurze Zeit Internierungslager, Unterbringung von Flüchtlingen im ehemaligen SS-Lager, betriebliche Nutzung des ehemaligen KZ-Geländes und der Gebäude.

seit 1982: Engagierte Bürgerinnen und Bürger kämpfen um die Errichtung einer Gedenkstätte auf dem Werksgelände.

1992: Bereitstellung eines Raumes der ehemaligen Häftlingsunterkünfte zur Errichtung einer Gedenkstätte.

11. April 1994: Eröffnung der Gedenk- und Dokumentationsstätte KZ Drütte.

Geschichte

Der Vorläufer der heutigen Salzgitter AG war das 1937 gegründete Werk Salzgitter der „Reichswerke für Erzbergbau und Eisenhütten ‚Hermann Göring‘“.

Im Oktober 1942 richteten die SS und die „Reichswerke für Erzbergbau und Eisenhütten ‚Hermann Göring‘“ hier das KZ-Außenlager Drütte für Zwangsarbeiter bei den „Reichswerken“ ein. Drütte war eines der ersten und größten Außenlager des KZ Neuengamme bei Hamburg. Das KZ-Außenlager befand sich unter einer stark befahrenen Hochstraße auf dem Werksgelände. Die Seiten der Hochstraßenbögen wurden zugemauert, daraus entstand das Lager mit vier Räumen für über 3.000 Häftlinge.

Die Häftlinge leisteten Zwangsarbeit in der Rüstungsproduktion des Werkes, überwiegend in der von SS und „Reichswerken“ gemeinsam betriebenen Granatendreherei, der „Aktion 88“. Hier arbeiteten seit 1944 auch Häftlinge der KZ-Außenlager Watenstedt/Leinde und Salzgitter-Bad. Die schlechte Unterbringung, unzureichende Ernährung und die harte Arbeit in der Granatendreherei führte zum Tod vieler Häftlinge. Tote Zwangsarbeiter wurden von Neuengamme immer wieder ersetzt. Grabstätten der Zwangsarbeiter finden sich im Stadtgebiet von Salzgitter.

Am 8. April 1945 „evakuierte“ die SS das Lager vor den heranrückenden Alliierten. In Celle geriet der Zug mit den Häftlingen in einen Luftangriff. Über die Hälfte von ihnen kam dabei und bei der anschließenden Hetzjagd auf fliehende Gefangene durch die Wachmannschaften, unterstützt durch Celler Bürgerinnen und Bürger, zu Tode. Die Überlebenden wurden auf Todesmärschen in das nahe gelegene KZ Bergen-Belsen getrieben.

Nach dem Krieg wurden die Räume des ehemaligen KZ Drütte betrieblich genutzt und teilweise umgebaut. Auch der heutige Gedenkraum entspricht in der Größe nicht ganz den damaligen Maßen.

Hier befand sich in den fast 50 Jahren bis zur Errichtung der Gedenkstätte ein Abstellraum für Maschinenteile. Die Spuren sind noch sichtbar und gehören zum Konzept der Ausstellung: Der Blick soll darauf gerichtet werden, dass die Räumlichkeiten des KZ eine alltägliche Nutzung erfuhren und teilweise heute noch erfahren. Bauliche Veränderungen und Rekonstruktionen wurden in Absprache mit dem Denkmalschutz nur dort vorgenommen, wo es notwendig war.

Im Rahmen der pädagogischen Arbeit der Gedenk- und Dokumentationsstätte werden Führungen in der Gedenk- und Dokumentationsstätte, auf dem Friedhof Jammertal und an anderen Orten der nationalsozialistischen Verfolgung, Inhaftierung und Zwangsarbeit angeboten. Es besteht auch die Möglichkeit, themenbezogene Projektstage vor Ort durchzuführen.

Die Einrichtung der Gedenk- und Dokumentationsstätte auf dem Werksgelände der Salzgitter AG hatte eine lange und konfliktreiche Vorgeschichte. Anfang der 80er Jahre rückte das Thema „Zwangsarbeit“ durch die damals begonnene Aufarbeitung dieses Teils der deutschen Geschichte wieder in das öffentliche Interesse. Ausgehend vom den Feierlichkeiten zum 40-jährigen Stadtjubiläum der Stadt Salzgitter im April 1982 und zum 40. Jahrestag des Kriegsendes im Mai 1985 gelang es dem Betriebsrat der damaligen Peine-Salzgitter AG, der IG Metall und dem DGB in gemeinsamen Aktionen, binnen zehn Jahren die heutige Gedenk- und Dokumentationsstätte auf dem Werksgelände durchzusetzen. 1992 endlich wurde ein Raum der ehemaligen Häftlingsunterkünfte für die Gedenkstätte zur Verfügung gestellt. Ihre Eröffnung erfolgte am 11.4.1994.

Adressen und Verkehrsverbindungen:

Arbeitskreis Stadtgeschichte e.V.
Gedenk- und Dokumentationsstätte KZ Drütte
Wehrstraße 27 (Alte Feuerwache)
38226 Salzgitter
Telefon 05341/44581

Öffnungszeiten:

Besuchstermine für die Gedenk- und Dokumentationsstätte müssen mit dem Arbeitskreis Stadtgeschichte e.V. vereinbart werden.

Am 2. Samstag im Monat ist die Gedenkstätte zwischen von 15-17 Uhr ohne Anmeldung zugänglich.

Verkehrsverbindungen

PKW: Von der A39 bei Salzgitter-Watenstedt abfahren und auf der Industriestraße Mitte in Richtung Watenstedt der Ausschilderung Preussag Stahl AG - Tor I folgen. Besucher melden sich bitte über das Büro in der Wehrstraße an. Die Gedenkstätte befindet sich 5 km davon entfernt auf dem Hüttengelände.

Stadthagen und Gemeinde Auetal

Zeittafel

Februar 1933: Verhaftung bekannter Kommunisten.

März 1933: Verhaftung des KPD-Reichstagskandidaten Fritz Sassenberg.

2. Mai 1933: Besetzung und Schließung des Gewerkschaftshauses in der Nordstraße.

Januar 1934: Beginn der Verhaftungswelle in Schaumburg und Schaumburg-Lippe.

9. November 1938: In der Nacht zum folgenden Tag wird die Synagoge angezündet und brennt nieder.

1940: Unterbringung von französischen Kriegsgefangenen im Lagers für Bauarbeiter der Reichsautobahn in Rehren, Vorm Horn.

Frühherbst 1942: Nutzung des Lagers Vorm Horn Einrichtung als Sammellager für kranke und nicht arbeitsfähige sowjetische Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter.

Ende Juli 1942: Die letzten sechs noch in Stadthagen lebenden Juden werden nach Theresienstadt deportiert.

November 1942: Über 200 Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter aus der Sowjetunion und Polen sind in neun Lagern in Stadthagen untergebracht.

5. Juni 1945: Umbenennung von drei Straßen nach den Antifaschisten Emil Biegel, Wilhelm Bartels und Georg Bartels.

1960: Errichtung des Mahnmals für die Opfer der Nazi-Diktatur in der Schulstraße.

1982: Ausstellung von Schülern der Hauptschule Helpsen: Spurensicherung – Nationalsozialismus in Schaumburg; Beiträge zum Schülerwettbewerb „Alltag im Nationalsozialismus“ des Bundespräsidenten.

8. Mai 1985: Auf DGB-Initiative hin werden die Straßenschilder Emil-Biegel-Straße, Georg-Bartels-Straße und Wilhelm-Bartels-Straße mit biografischen Hinweisen ergänzt.

Geschichte

In Stadthagen ein am östlichen Stadtwall aufgestelltes Mahnmal an die Opfer des Nationalsozialismus. Es wurde 1960 auf Initiative der örtlichen VVN hier aufgestellt. Das Mahnmal ist der einzige augenfällige Erinnerungspunkt an die Zeit der NS-Diktatur zwischen 1933 und 1945 in Stadthagen. Daneben gibt es noch drei nach Stadthagener Antifaschisten benannte Straßen.

Gleich nach Kriegsende, am 5. Juni 1945, wurden in Stadthagen auf Grund eines Antrages des Antifaschistischen Ausschusses drei Straßen in bevorzugter Wohnlage nach Gegnern des NS-Regimes umbenannt, die im Zuchthaus oder Konzentrationslager umgekommen waren. Die drei Personen waren Emil Biegel, Wilhelm Bartels und Georg Bartels.

Emil Biegel, Mitglied der KPD in Stadthagen, setzte sich im Frühjahr 1933 für „Schutzhäftlinge“ und deren Familien ein, bis er selbst ab Juli 1933 mehrfach verhaftet und in den Gefängnissen Stadthagen, Lingen und Herford inhaftiert war. Wegen der Weitergabe einer von ihm verfassten antifaschistischen Schrift im Gefängnis Herford wurde er zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilt. Die Haft im Zuchthaus Hameln überlebte er nicht. Am 26. April 1936, ergraut und völlig abgemagert, starb er erst 44-jährige im Stadtkrankenhaus Hameln, wohin man ihn wenige Stunden vor seinem Tod gebracht hatte. Emil Biegel wurde auf dem Hamelner Friedhof begraben, im November 1971 bettete man seine sterblichen Überreste zur „Kriegsgräberstätte“ des Friedhofes Am Wehl um.

Wilhelm Bartels, vor 1933 langjähriger Betriebsratsvorsitzender der Firma Rentrop, wurde auf Grund einer Denunziation vom Volksgerichtshof zu 12 Jahren Zuchthaus verurteilt. Seine Strafe saß er im Zuchthaus Celle ab, wo er am 30. Januar 1945 verstarb.

Georg Bartels, der Bruder von Wilhelm Bartels, war Binnenschiffer und vor 1933 Stadtverordneter der KPD in Stadthagen. Nachdem er schon im Frühjahr 1933 mit anderen KPD-Genossen verhaftet und im September 1933 wieder entlassen worden war, verhaftete die Gestapo ihn im August 1944 während der „Aktion Gewitter“ nach dem missglückten Attentat auf Hitler am 20. Juli 1944 erneut. Über das Stadthagener Gefängnis wurde er über das KZ Sachsenhausen ins KZ Neuengamme gebracht. Er starb am 9. November 1944 im Außenkommando Ladelund und ist dort in einem Sammelgrab begraben.

Am 8. Mai 1985 wurden die Straßenschilder im Rahmen einer Gedenkveranstaltung des DGB aus Anlass des Kriegsendes vor damals 50 Jahren durch biografische Angaben erweitert.

In der Nähe von Stadthagen liegt ein Erinnerungsort an die Zwangsarbeit im Kreis Schaumburg: der Friedhof für sowjetische Zwangsarbeiter in Rehren/Auetal. Die Gemeinde Rehren, heute zur Samtgemeinde Auetal gehörend, ist durch die gleichnamige Ausfahrt der Autobahn 2 geläufig. Für die beim Autobahnbau eingesetzten Bauarbeiter wurde südlich der heutigen Autobahn in Rehren, Vorm Horn, ein Lager eingerichtet. Ab 1940 wurden auch französische Kriegsgefangene für den Autobahnbau eingesetzt und hier untergebracht. Ungefähr seit September 1942 nutzte das Landesarbeitsamt Hannover dieses Lager als Sammelager für kranke, nicht mehr arbeitsfähige sowjetische Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter. Es bot Platz für ca. 440 Personen und unterstand dem Arbeitsamt Stadthagen. Hier wurde die „Gesundheit“ der Zwangsarbeiter erneut geprüft, und das Arbeitsamt Stadthagen wies ihnen im Einvernehmen mit Betrieben des Arbeitsamtsbezirks geeignete Arbeiten zu.

Damit sollte vermieden werden, „unbrauchbare“ Zwangsarbeiter in die Heimat zurück zu schicken, vielmehr wollte man ihre Arbeitskraft restlos, bis zum Tod, ausbeuten. Nach den Totenlisten der Gemeinde Auetal starben in diesem Lager 307 Menschen an Erschöpfung und Unterernährung. Als hauptsächliche Todesursache wurde Lungentuberkulose registriert. Die Toten wurden südlich des Lagers in einem Sammelgrab begraben. Da sich im Lager auch eine Entbindungsstation befunden haben soll, sind unter den Toten auch Säuglinge zu vermuten. Nach dem Krieg wurden auch sowjetische und polnische Zwangsarbeiter von umliegenden Friedhöfen nach hier umgebettet.

Nach dem Krieg blieb dieser Friedhof, ein Sammelgrab mit einigen Einzelgrabsteinen und einem in russischer Sprache beschrifteten Gedenkstein, für Jahrzehnte fast vergessen und verborgen. Inzwischen ist er als „Kriegsgräberstätte“ ausgeschildert, der Gedenkstein wurde um eine Gedenktafel in deutscher Sprache erweitert.

Adressen und Verkehrsverbindungen:

IG Metall Verwaltungsstelle Stadthagen
 Enzer Str. 10
 31655 Stadthagen
 Tel.: 05721/9744-0
 Fax: 05721/4734

Verkehrsverbindungen:

Stadthagen:

Mit der Bahn: Stadthagen liegt an der Bahnstrecke Ruhrgebiet-Hannover-Berlin, S-Bahnverbindung besteht nach Minden und Hannover.

Mit dem PKW: Stadthagen ist über die A 2, Abfahrt Rehren oder Lauenau, oder die B 65 (Osnabrück-Hannover) zu erreichen.

Mahnmal Stadtwall/Schulstraße:

Mit öffentlichen Verkehrsmitteln:

Vom Bahnhof zu Fuß bis zum Stadtwall, dann entweder quer durch die Fußgängerzone bis zum östlichen Stadtwall und dann rechts auf dem Stadtwall bis zum Mahnmal ,oder links auf dem Stadtwall die Innenstadt halb umrunden bis zum Mahnmal.

Mit dem PKW:

Von der A 2 oder B 65 von Hannover: B 65 bis Stadthagen, vor Stadthagen nicht auf die B 65, sondern Richtung Innenstadt, dann links in die Schulstraße. Der Stadtwall befindet sich links neben der Schulstraße, das Mahnmal auf der Höhe des ersten Parkplatzes links an der Schulstraße.

Von B 65 aus Richtung Bückeberg/Minden: B 65 um Stadthagen herum folgen, dann Richtung Innenstadt und links in die Schulstraße. Der Stadtwall befindet sich links neben der Schulstraße, das Mahnmal auf der Höhe des ersten Parkplatzes links an der Schulstraße.

Rehren/Auetal, Sowjetischer Friedhof:

Mit dem PKW: Von der A 2 aus Richtung Dortmund: Von der Abfahrt Rehren links, unmittelbar vor der Autobahnunterführung links (weißes Schild „Kriegsgräberstätte“ in die Straße „Am Horn. Straße folgen bis zum Kammweg, die Durchfahrt durch den Kammweg ist bis zum Friedhof frei. Alternativ 10-15 Min. zu Fuß. Der Friedhof liegt rechts neben dem Kammweg am Ende des Waldes.

Von der A 2 aus Richtung Hannover: Von der Abfahrt Rehren links, dann gleich wieder links durch die Autobahnunterführung und hinter der Unterführung wieder links. Nächste Straße (weißes Schild „Kriegsgräberstätte“ beachten) „Am Horn“ rechts, folgen bis zum Kammweg.

Auf der A 2 bis Abfahrt Rehren/AO, der sowjetische Friedhof liegt südlich der Autobahnabfahrt, Schild „Kriegsgräberstätte“ zwischen den beiden Richtungsausfahrten der Autobahn beachten. Die Durchfahrt durch den Kammweg ist bis zum Friedhof frei. Alternativ 10-15 Min. zu Fuß. Der

Friedhof liegt rechts neben dem Kammweg am Ende des Waldes.

Wolfenbüttel: Gedenkstätte in der JVA Wolfenbüttel

Zeittafel

Oktober 1937: Einrichtung einer Hinrichtungsstätte im Strafgefängnis Wolfenbüttel.

1937-1945: Hinrichtung von über 700 Menschen als Opfer der NS-Justiz im Strafgefängnis Wolfenbüttel.

11.4.1945: Befreiung durch amerikanische Truppen.

Juni 1945 bis Juli 1947: Vollstreckung von 67 Todesurteilen der britischen Militärgerichte.

1983: Gedenktafel für die zwischen 1937 und 1945 Hingerichteten.

Mitte der 80er Jahre: Proteste gegen den geplanten Abriss der Hinrichtungsstätte.

1990: Eröffnung der Gedenkstätte.

24. April 1990: Eröffnung einer Dokumentations- und Gedenkstätte für die Opfer der NS-Justiz in den Räumen der ehemaligen Richtstätte.

1. Oktober 1993: Übernahme der Gedenkstätte durch die Niedersächsische Landeszentrale für politische Bildung.

11. April 1995: Eröffnung des ersten Teilabschnitts der Dauerausstellung.

Geschichte

Das Strafgefängnis Wolfenbüttel gehörte zu den Haftanstalten, die 1937 zur Hinrichtungsstätte der NS-Justiz ausgebaut wurden. Nach einer Verfügung des Reichsjustizministeriums wurde das Fallbeilgerät des Gefängnisses in Hannover in das Strafgefängnis Wolfenbüttel verlegt. Als Ort für die Hinrichtungsstätte diente eine Schlosserei im Innenhof des Strafgefängnisses. Wolfenbüttel war die zentrale Hinrichtungsstätte für die Oberlandesgerichts-Bezirke Braunschweig, Celle, Oldenburg und die Landgerichtsbezirke Bielefeld, Paderborn, Stendal, Magdeburg und Halberstadt. Seit 1941 wurden in Wolfenbüttel auch Hinrichtungen durch den Strang vollzogen. Zwischen Oktober 1937 und März 1945 starben hier über 700 verurteilte Männer und Frauen.

Unter den Opfern waren zahlreiche deutsche Zivilisten, die nach der „Volksschädlingsverordnung“ wegen „Plünderns“, „Feindsenderhörens“ oder „Schwarzschlachtens“ verurteilt worden waren und Verurteilte der Kriegengerichte, die wegen angeblicher „Feigheit vor dem Feind“, „Fahnenflucht“ oder „Selbstverstümmelung“ hingerichtet wurden. Eine weitere große Opfergruppe bildeten die ausländischen Zwangsarbeiter aus Polen, der Sowjetunion, Frankreich und Italien und die Straf- und Kriegsgefangenen aus den von der deutschen Wehrmacht besetzten Ländern. Sie wurden schon

wegen einfacher Vergehen zum Tode verurteilt.

Zu den Hingerichteten gehörten auch über 70 Mitglieder des Widerstandes in Frankreich, Belgien und Holland, die wegen „Spionage und Feindbegünstigung“ hingerichtet wurden. Sie waren als so genannte „Nacht- und Nebel-Gefangene“ auf Grund eines Hitler-Befehls von Dezember 1941 bei „Nacht und Nebel“ unter strengster Geheimhaltung nach Deutschland verschleppt und hier von Sondergerichten abgeurteilt worden.

Unter den Opfern befanden sich auch Sinti, Roma und Juden. Ihr Schicksal ist noch nicht umfassend geklärt.

Auch nach der Befreiung im April 1945 wurden in Wolfenbüttel noch Todesurteile vollstreckt. Zwischen 1945 und 1947 ließen die britischen Militärbehörden hier 67 Personen hinrichten: deutsche Kriegsverbrecher und Deutsche sowie ehemalige ausländisches Zwangsarbeiter, die wegen Kapitalverbrechen verurteilt worden waren.

Seit 1947 blieb die Hinrichtungsstätte in der heutigen Justizvollzugsanstalt (JVA) Wolfenbüttel zunächst vollständig erhalten. Erst Anfang der Sechzigerjahre wurde an dieser Stelle die Entlausungsanstalt der JVA eingerichtet.

An die Opfer der Hinrichtungsstätte erinnert seit den Fünfzigerjahren eine Gedenktafel in der Anstaltskirche. Sie wurde geschaffen, weil schon bald nach Kriegsende immer wieder Freunde und Verwandte der in Wolfenbüttel hingerichteten belgischen und französischen Widerstandskämpfer die JVA besuchten, um hier ihren Freunden und Angehörigen zu gedenken. Es war allerdings der immer wieder erklärte Wunsch der Besucher, in der Hinrichtungsstätte selbst einen würdigen Gedenkort zu schaffen. Mitte der Achtzigerjahre gab es massive Proteste der Freunde und Hinterbliebenen der Opfer gegen den geplanten Abriss der Hinrichtungsstätte, der von einigen gewerkschaftlich organisierten Richtern und niedersächsischen Parlamentariern unterstützt wurde. 1986 wurden die Abriss-Pläne schließlich aufgegeben und das niedersächsische Justizministerium vergab den Auftrag, in den Räumen der ehemaligen Hinrichtungsstätte eine Gedenk- und Dokumentationsstätte einzurichten. Diese konnte im April 1990 mit einer ersten Dauerausstellung zum Thema „NS-Justiz und Todesstrafe“ und zur Geschichte des Strafgefängnisses Wolfenbüttel eröffnet werden. Der Hinrichtungsraum selbst ist dem Gedenken an die Opfer vorbehalten.

Seit Oktober 1993 ist die Gedenk- und Dokumentationsstätte an die Landeszentrale für politische Bildung des Landes Niedersachsen übergegangen. Inzwischen wird sie jährlich von einigen Hundert Gruppen aus dem In- und Ausland besucht. Die Betreuung dieser Gruppen und die Bereitstellung eines umfangreichen und differenzierten Informationsangebots bilden einen Schwerpunkt der Arbeit der Gedenk- und Dokumentationsstätte. Führungen werden in deutscher, englischer und französischer Sprache angeboten, dementsprechend wird auch mehrsprachiges Informationsmaterial bereitgehalten. Weitere Schwerpunkte sind die Mitarbeit an schulischen Unterrichtsprojekten und Fortbildungsveranstaltungen zur NS-Justiz sowie die weitere Erforschung und Dokumentation der Geschichte von Justiz und Strafvollzug in der NS-Zeit. Die Ergebnisse der Forschungsarbeit fließen auch in die Dauerausstellung ein, von der ein erster neu bearbeiteter Teil am 11. April 1995, dem

fünfzigsten Jahrestag der Befreiung, eröffnet wurde.

Adressen und Verkehrsverbindungen:

Gedenkstätte in der JVA Wolfenbüttel
 Niedersächsische Landeszentrale für politische Bildung
 Gedenkstätte in der JVA Wolfenbüttel
 Ziegenmarkt 10
 38300 Wolfenbüttel
 Tel. und Fax: 05331/807244

Öffnungszeiten: täglich 8 bis 18 Uhr. Eine Voranmeldung ist unbedingt erforderlich, gültige Personaldokumente müssen mitgebracht werden.

Verkehrsverbindungen:

Mit der Bahn: Bis Bahnhof Wolfenbüttel, dann zu Fuß oder mit dem Stadtbus zur JVA. Zu Fuß über Bahnhofstraße und Harztorplatz in die Innenstadt, weiter über Kornmarkt und Holzmarkt, links auf die zur Breite Herzogstraße, dann rechts auf Ziegenmarkt.

Mit dem PKW: Von Norden über A 395 bis zur Abfahrt Wolfenbüttel-Nord, dann auf der B 79 nach Wolfenbüttel. In Wolfenbüttel Richtung Zentrum fahren, über Am Herzogtore auf die Breite Herzogstraße, erste Straße links auf Ziegenmarkt.

Von Osten: Über die B 79 bis Wolfenbüttel-Zentrum, dann wie von Norden.

Von Süden: Über die B 4 bis Wolfenbüttel-Halcher, hinter Halcher rechts auf die Halberstädter Straße bis zur Kreuzung Lindener Straße/Neindorfer Straße. Links auf die Lindener Straße bis zur B 79, links auf die B 79 bis Am Herzogtore und weiter wie von Norden.

Wolfsburg

Zeittafel

1. Juli 1938: Gründung der Stadt Wolfsburg als „Stadt des KdF-Wagens“.

1939: Der Stadtteil Steimker Berg wird als Erster fertig gestellt.

1942: Einstellung des Wohnungsbaus, bisher wurden 3.000 Wohnungen sowie Barackenlager für Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene gebaut.

10. April 1945: Befreiung der „Stadt des KdF-Wagens“ durch amerikanische Truppen.

25. Mai 1945: Nach Beschluss der Stadtverordnetenversammlung heißt die Stadt jetzt „Wolfsburg“.

1945: Umgestaltung des Massengrabes neben der Müllkippe zu einem Friedhof und Errichtung des Denkmals.

1973: Erste Gedenktafel am sowjetischen Friedhof neben dem Waldfriedhof.

1986: Errichtung der neuen Gedenktafel an der Gedenkstätte für die Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft.

8. Mai 1987: Einweihung des Mahnmals für das KZ Laagberg.

Geschichte

Die heutige Stadt Wolfsburg wurde am 1. Juli 1938 als „Stadt des KdF-Wagens“ gegründet. Hier sollten einmal die Arbeitskräfte des Volkswagen-Werks wohnen. Erst 1937 hatte der Führer der „Deutschen Arbeitsfront“, Robert Ley, den Auftrag erhalten, den Bau eines Werkes für die Herstellung des Volkswagens in die Wege zu leiten. Ein Jahr zuvor waren die ersten drei Prototypen getestet worden. 1942 wurde der Aufbau der Stadt eingestellt. Bis dahin waren 3.000 Wohnungen gebaut worden. In diesen Wohnungen lebten Deutsche, während der größte Teil der VW-Arbeitskräfte, Zwangsarbeiter und KZ-Häftlinge, in werkseigenen Lagern unter erbärmlichen Bedingungen hausen musste.

In der Nachkriegszeit verdrängte der wirtschaftliche Aufschwung die Ereignisse der Kriegszeit aus dem öffentlichen Bewusstsein. Im Stadtbild verschwanden die Barackenlager, nur der im Krieg neben der städtischen Müllkippe angelegte Friedhof für polnische und sowjetische Zwangsarbeiter erinnerte an die Stadtgeschichte zwischen 1938 und 1945. Auf dem Friedhof befinden sich ca. 400 Gräber polnischer und sowjetischer Männer, Frauen und Kinder, sowie von KZ-Häftlingen aus mehreren Ländern. Nach dem Kriegsende gestaltete die sowjetische Militäradministration das ursprüngliche Massengrab in einen Friedhof um und errichtete hier ein Denkmal. Auf dem nahen Waldfriedhof finden sich weitere Gräber von Zwangsarbeitern aus westeuropäischen Ländern. An sie erinnert eine Gedenktafel auf dem Begräbnisfeld.

Bis in die 70er Jahre blieb der sowjetische Friedhof, zuerst „Russenfriedhof“, dann „Ausländerfriedhof“ genannt, vergessen. Dies änderte sich zwischen 1983 und 1985 auf Grund von Ratsbeschlüssen der Stadt Wolfsburg, die u.a. auf einen Bürgerantrag zurückgingen. Danach sollte das Stadtarchiv Wolfsburg die Lebensbedingungen der Zwangsarbeiter erforschen, der „Ausländerfriedhof“ zu einer Gedenkstätte umgestaltet und eine ständige Ausstellung hierzu erstellt werden.

Vor der renovierten Gedenkstätte errichtete die Stadt 1986 eine neue, auf einem Granitfelsen befestigte Gedenktafel. Am 8. Mai 1987 weihte die Stadt Wolfsburg den auf Wunsch von ehemaligen französischen KZ-Häftlingen im Stadtteil Laagberg an der Breslauer Straße aufgestellten Gedenkstein zur Erinnerung an das früher hier gelegene Außenlager des KZ Neuengamme ein. Auch hier waren Zwangsarbeiter von Volkswagen untergebracht gewesen. An beiden Orten wird seither am 8. Mai im Rahmen einer Gedenkveranstaltung ein Kranz niedergelegt.

Wichtigster Auslöser dieser Initiativen war der Arbeitskreis Antifaschismus, der seit Anfang der 80er Jahre bei der Verwaltungsstelle Wolfsburg der IG Metall besteht. Er ging aus einer Gruppe hervor, die zum 1. Mai 1979 eine umfangreiche Ausstellung zur Geschichte Wolfsburgs im Dritten Reich erstellt hatte. Der Arbeitskreis ist bis heute aktiv und in die Bildungsarbeit der Verwaltungsstelle einbezogen. Daneben befasst sich vor allem die IG Metall-Jugend mit neofaschistischen Aktivitäten in

Wolfsburg und Umgebung und in den Wolfsburger Betrieben. Es gab und gibt starke neonazistische Gruppen, die nicht nur durch Schmierereien auffallen, sondern auch versuchen, unter Auszubildenden Fuß zu fassen.

Seit Anfang 1999 besteht der Arbeitskreis „Tu’s“, der auf einer breiteren Ebene als der Antifa-Arbeitskreis für Toleranz und Solidarität vor allem unter Jugendlichen wirbt. Er trägt die Kampagne „Tu’s – für Toleranz und Solidarität“. Tu’s ist mehr als eine Kampagne gegen Rechtsradikalismus und Ausländerfeindlichkeit. Mit Plakaten, Veranstaltungen und Diskussionen wirbt „Tu’s“ für „Solidarität statt Ellenbogen“, „Konfliktlösung statt Gewalt“, „Aufklärung statt Polemik“, „Hilfe statt Ausgrenzung“. Ziele der Kampagne sind Betriebe, Schulen, Parteien, Kirchen und andere gesellschaftliche Gruppen.

Dass sich die Stadt Wolfsburg und die Volkswagen AG heute auch als das darstellen, was sie letzten Endes sind, nämlich ein während der NS-Diktatur gewachsener Verbund aus Volkswagenwerk und Stadt, geht zu großen Teilen auf die langjährigen Initiativen der Verwaltungsstelle zurück. Ein wichtiges Ergebnis dieser Arbeit sind die regelmäßigen Seminare von Auszubildenden der Volkswagen AG in der Internationalen Jugendbegegnungsstätte in Oswicim/Auschwitz. Betreut von der Aktion Sühnezeichen Friedensdienste fahren dreimal jährlich 12-15 Auszubildende aus allen Volkswagen-Werken nach Auschwitz, um für 14 Tage gemeinsam mit polnischen Jugendlichen die dortige Gedenkstätte zu pflegen. Teilnehmer dieses Jugendaustausches regten die Einrichtung der Erinnerungsstätte an die zwischen 1939 und 1945 eingesetzten Zwangsarbeiter im Volkswagenwerk Wolfsburg an und waren an der Ausgestaltung beteiligt. Treibende Kraft bei der Etablierung des Jugendaustausches und der VW-Beteiligung an der Begegnungsstätte in den 80er Jahren war Walter Hiller, der ehemalige Betriebsratsvorsitzende von VW in Wolfsburg.

Adressen und Verkehrsverbindungen:

IG Metall Verwaltungsstelle Wolfsburg
Siegfried-Ehlers-Str. 1
38409 Wolfsburg

Arbeitskreise Antifaschismus und Kampagne „Tu’s“
c/o IG Metall Verwaltungsstelle Wolfsburg
Veranstaltungshinweise in „Wir“ Monatsmagazin die Mitglieder der IG Metall Wolfsburg

Stadtarchiv Wolfsburg
Dr. Klaus Jörg Siegfried
Porschestr. 43c
Postfach 100994
38409 Wolfsburg
Tel.: 05361/28-2540

Städtisches Museum - Abteilung Stadtgeschichte Abt. Stadtgeschichte ab 1938 und Dokumentation zu den Opfern der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft
Giebelhaus der Remise am Schloss Wolfsburg

38448 Wolfsburg

Tel.: 05361/82 85 40

Öffnungszeiten:

Dienstag bis Freitag 13 - 17 Uhr

Samstag 13 - 18 Uhr

Sonntag 10 - 18 Uhr

Montag geschlossen

Verkehrsverbindungen

Mit der Bahn: Wolfsburg liegt an der ICE-Strecke Hannover-Berlin.

Mit dem PKW: Anfahrt mit dem PKW: aus allen Richtungen über die A 39 Braunschweig-Wolfsburg, Abfahrt Wolfsburg-West auf die Heinrich-Nordhoff-Straße Richtung Wolfsburg-Zentrum

Gedenkstätte sowjetischer Friedhof:

Mit Öffentlichen Verkehrsmitteln:

Bus Linie 1 und 12 bis Waldfriedhof. Die Gedenkstätte befindet sich links neben dem Waldfriedhof (Ausschilderung beachten).

Mit dem PKW:

Heinrich-Nordhoff-Straße folgen bis zur Kreuzung Berliner Ring, links halten Richtung Alt-Wolfsburg/Schloss, hinter der Berliner Brücke rechts auf die B 188, nächste Straße links in die Schulenburg-Allee. Folgen bis zur Ausschilderung des Waldfriedhofes, links in die Werderstraße. Der Parkplatz des Waldfriedhofes liegt linker Hand an der Werderstraße, von dort am Waldfriedhof vorbei zur Gedenkstätte (Ausschilderung beachten).

Mahnmal Laagberg:

Mit öffentlichen Verkehrsmitteln:

Bus Linie 1 oder 4 bis Schlesierweg (Laagberg-Schule). Zum Mahnmal Schlesierweg bis Ende folgen, rechts in die Breslauer Straße. Das Mahnmal befindet sich rechter Hand direkt an der Breslauer Straße auf der Höhe des 2. Wohngebäudes.

Mit dem PKW: Vom Heinrich-Nordhoff-Straße rechts in die Grauhorststraße (Laagberg), bis Ende und rechts in die Breslauer Straße. Das Mahnmal befindet sich rechter Hand hinter der Einmündung Schlesierweg direkt an der Breslauer Straße auf der Höhe des 2. Wohngebäudes.

Parkmöglichkeiten im Schlesierweg.

Wolfsburg: Erinnerungsstätte an die Zwangsarbeit auf dem Gelände des Volkswagenwerks in Wolfsburg

Zeittafel

26.5.1938: Grundsteinlegung.

April 1940: Produktionsbeginn des Kübelwagens Typ 82, danach erfolgt immer mehr Rüstungsproduktion.

1940 - bis 1945: insgesamt ca. 20.000 Zwangsarbeiter er bei VW.

1944: Ca. zwei Drittel der Produktionsanlagen durch Luftangriffe zerstört.

10.4.1945: Einmarsch der amerikanischen Truppen.

Mai/Juni 1945: Wiederaufnahme der Arbeit.

1986: Vorstand und Betriebsrat beauftragen eine Forschergruppe mit der Aufarbeitung der Zwangsarbeit bei VW.

seit 1987: regelmäßige Jugendseminare in der Internationalen Jugendbegegnungsstätte Oswiecim/Auschwitz.

1991: VW stellt 12 Mio. DM für zukunftsbezogene Projekte in den Herkunftsländern der ehemaligen Zwangsarbeiter zur Verfügung.

9.11.1991: Enthüllung eines Gedenksteins zur Erinnerung an die Zwangsarbeit bei VW.

Seit 1992: 14-tägige Aufenthalte von Auszubildenden in Auschwitz.

1995: Erste Erinnerungsstätte in den Bunkern von Halle 1.

November 1996: Die Studie „Das Volkswagenwerk und seine Arbeiter im Dritten Reich“ erscheint

Juli 1998: Einrichtung eines Fonds mit 20 Mio. DM für die individuelle der VW-Zwangsarbeiter.

17.12.1999: Eröffnung der Erinnerungsstätte an die Zwangsarbeit bei VW.

Volkswagen hat als erstes deutsches Unternehmen im Dezember 1999 eine eigene Gedenkstätte zur Erinnerung an die Zwangsarbeit auf seinem Firmengelände in Wolfsburg eröffnet. Sie befindet sich in sechs Räumen des ehemaligen Luftschutzbunkers in Halle 1 des Werks, wo Zwangsarbeiter während des Zweiten Weltkrieges Schutz vor den Bombenangriffen suchten, hier lebten und arbeiteten.

Das Leben und Leiden von ca. 20.000 Zwangsarbeitern unterschiedlichster Nationalität zeigt eine Ausstellung, die thematisch in sechs Abteilungen gegliedert ist: 1. „Projekt Volkswagen“, 2. „Die Ausweitung der Rüstungsproduktion und die Systematisierung der Zwangsarbeit“, 3. „KZ-Häftlinge“, 4. „Untertageverlagerung und Dezentralisierung des Volkswagenwerkes“, 5. „Erinnerung“, 6. „Auseinandersetzung mit der Geschichte des Volkswagenwerkes im Nationalsozialismus“.

Die Einrichtung der Erinnerungsstätte geht auf eine Initiative von Auszubildenden und Ausbildern der Volkswagen AG zurück, die an den Seminaren in der Internationalen Jugendbegegnungsstätte Auschwitz teilgenommen hatten. Sie schufen 1995 eine erste Erinnerungsstätte in den Bunkern von Halle 1. Nach zweijähriger Planungs- und Bauzeit ist daraus jetzt eine Gedenkstätte entstanden, die

sich nicht nur an vergleichbaren internationalen Einrichtungen orientiert, sondern auch aktives Element der Geschichtsbewahrung bei Volkswagen sein wird. Am Aufbau der Erinnerungsstätte waren 25 Auszubildende des Werks aktiv beteiligt.

Das Volkswagenwerk war ursprünglich eine Gründung der „Deutschen Arbeitsfront“. Es wurde seit Mai 1938 für die Produktion des „Kraft-durch-Freude (KdF)-Wagens“ bei Fallersleben aufgebaut. Geplant war, hier die modernste und größte Autofabrik der Welt zu errichten, die mit 1,5 Mio. jährlich produzierten „KdF-Wagen“ die Idee der Massenmotorisierung nach amerikanischem Vorbild in Deutschland umsetzen sollte. Gleichzeitig entstand die heutige Stadt Wolfsburg als „Stadt des KdF-Wagens um das Werk herum.

Durch den Kriegsbeginn 1939 änderten sich diese Pläne nachhaltig. Zivile Fahrzeugproduktion war jetzt verboten, stattdessen sollte Rüstungsproduktion das Werk auslasten. Produziert wurden hauptsächlich Flugzeugteile, daneben auch militärische Varianten des Volkswagen als Kübelwagen und Schwimmwagen, Tellerminen, Panzerfäuste und ab 1943 die Flugbombe V1.

Von Beginn an waren ausländische Arbeitskräfte wegen des immer größer werdenden Arbeitskräftemangels am Aufbau des Werks und an der Produktion beteiligt. Anfangs wurden italienische Arbeiter für den Aufbau des Werks angeworben, seit 1940 in großem Umfang Zwangsarbeiter eingesetzt: Kriegsgefangene aus der Sowjetunion, Frankreich, Serbien, Italien; Zivilarbeiter aus Osteuropa, Frankreich, Belgien und den Niederlanden sowie Konzentrationslager-Häftlinge.

Den höchsten Beschäftigungsstand erreichte das Werk 1944 mit 6.031 Deutschen und 11.334 ausländischen Zwangsarbeitern. Somit stellten Zwangsarbeiter 65% der Gesamtbelegschaft des VW-Werks. Ihre Lebensverhältnisse entsprachen der nationalsozialistischen Rassenideologie: Je „minderwertiger“ die Gefangenen angesehen wurden, umso schlechter wurden sie behandelt. Unter Schwerarbeit, Unternährung und Misshandlungen hatten die Zwangsarbeiter aus Polen und aus der Sowjetunion am schwersten zu leiden. Das Leben der unter SS-Bewachung stehenden KZ-Häftlinge galt am wenigsten. Ihr Tod als „Vernichtung durch Arbeit“ war einkalkuliert. Geschwächte oder kranke KZ-Häftlinge wurden in ihre Stammlager zurückgebracht, gegen „frisches Menschenmaterial“ ausgetauscht.

Unter diesen Gruppen waren die meisten Todesfälle zu verzeichnen. Außerdem starben zwischen 1943 und 1945 ca. 350 neugeborene Kinder von Frauen aus Polen und der Sowjetunion im „Ausländerkinderpflegeheim“ des VW-Werks in Folge systematischer und gewollter Vernachlässigung. Ihre Gräber finden sich im Stadtgebiet von Wolfsburg.

Volkswagen stellt sich diesem Teil seiner Geschichte seit den Achtzigerjahren. Der Weg vom Stillschweigen über die eigene Entstehungsgeschichte hin zur aktiven Auseinandersetzung war lang und nicht unumstritten. Maßgeblichen Anteil an dieser Entwicklung hatten Walter Hiller, in den Achtzigerjahren Gesamt- und Konzernbetriebsratsvorsitzender und der damalige Arbeitsdirektor Karl-Heinz Briam.

Adressen und Verkehrsverbindungen:

Die „Erinnerungsstätte an die Zwangsarbeit auf dem Gelände des Volkswagenwerks“ steht allen Interessierten offen. Besuche sind nach Anmeldung im Unternehmensarchiv möglich. Zur Ausstellung ist ein umfangreicher Katalog erhältlich.

Ansprechpartner:

Volkswagen Kommunikation

Unternehmensarchiv

Dr. Manfred Grieger

Tel.: 05361/925667

Fax: 05361/976957

Verkehrsverbindung:

Anfahrt mit dem PKW: aus allen Richtungen über die A 39 Braunschweig-Wolfsburg, Abfahrt Wolfsburg-West auf die Heinrich-Nordhoff-Str. Richtung Wolfsburg-Zentrum, in Wolfsburg links auf den VW-Besucherparkplatz (ausgeschildert).

Anfahrt mit der Bahn: Der Bahnhof Wolfsburg befindet sich in unmittelbarer Nähe des VW-Besuchereingangs.

Besucher melden sich zunächst am Besuchereingang und werden dann weitergeleitet.

Anhang

Adressen von Initiativen und Gedenkstätten

1. Gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus

2. Antifaschistische Initiativen

3. Gedenkstätten/Geschichtsinitiativen

1. Gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus

Aktion Courage e.V. – SOS Rassismus

Postfach 2644

53016 Bonn

Tel.: 0228/213061

Fax: 0228/262978

E-Mail: sos@aktioncourage.org

amnesty international

Sektion der Bundesrepublik Deutschland e.V.

Heerstraße 178

53111 Bonn

Tel.: 0228/98373-0

Fax: 0228/630036

Arbeiterwohlfahrt-Bundesverband e.V.

Referat Migration

Postfach 410163

53023 Bonn

Tel: 0228/6685-0

Fax: 0228/6685-209

E-Mail: info@awobu.awo.org

Bildungsvereinigung Arbeit und Leben Niedersachsen e.V.

Arbeitsstelle Rechtsextremismus und Gewalt

Bohlweg 55

38100 Braunschweig

Tel: 0531/17044

Fax: 0531/44308

E-Mail: braunschweig@arbeitundleben-nds.de

Bundesarbeitsgemeinschaft

„Asyl in der Kirche“

Kartauserngasse 9-11

50678 Köln
Tel.: 0221/3382-281
Fax: 0221/3382-103

Deutscher Caritasverband
Flüchtlings- und Aussiedlerhilfe
Lorenz-Weitmann-Haus
Karlstraße 40
79104 Freiburg
Tel.: 0761/200475
Fax: 0761/200572

Flüchtlingsrat Niedersachsen
Lessingstraße 1
31135 Hildesheim
Tel.: 05121/15605
Fax: 05121/31609
E-Mail: georghartung@t-online.de

Flüchtlingsrat Sachsen-Anhalt
Schellingstraße 3-4
39104 Magdeburg
Tel.: 0391/5371279
Fax: 0391/5371279

Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.
Max-Planck-Straße 3
53177 Bonn
Tel.: 0228/93389-0
Fax: 0228/93399-20
Regionalgruppe Hannover
Neue Straße 18
31582 Nienburg
Tel.: 05021/5427 und 0511/3901285
Regionalgruppe Sachsen-Anhalt
Gedenkstätte Bernburg
Olga-Benario-Straße 16/18
06406 Bernburg
Tel.: 03471/319816 und 03471/ 627719

Staatskanzlei des Landes Sachsen-Anhalt
Presse- und Informationsamt
Koordinationsstelle Weltoffenes Sachsen-Anhalt
Domplatz 4

39114 Magdeburg
Projektleiterin: Cornelia Habisch
Tel.: 0391/567-6549
Fax: 0391/567-6667
E-Mail: cornelia.habisch@stk.sachsen-anhalt.de
Mitarbeiterin: Ines Nielebock
Olvenstedter Straße 4-5
39108 Magdeburg
Tel.: 0391/567-6664
Fax: 0391/567-6667
E-Mail: ines.nielebock@stk.Isa-net.de

Verein Miteinander e.V.
Geschäftsstelle Magdeburg
Schellingstr. 3-4
39104 Magdeburg
Tel.: 0391/5371241
Fax: 0391/5353448
Internet: www.miteinander-ev.de
E-Mail: net.ge@miteinander-ev.de

2. Antifaschistische Initiativen

Antifa Hameln/Pyrmont
Antifaschistischer Notruf: 0171/3211852
Tel.: 05151/941960
Fax: 05151/941408
Internet: www.antifa-hm-py.de
E-Mail: webmaster@antifa-hm-py.de

Antifaschistisches Plenum, Jugend Antifa-Aktion (JAA)
Cyriaksring 55
38118 Braunschweig
Autonome Antifa (M) Göttingen
c/o Buchladen
Nikolaikirchhof 7
37073 Göttingen
Tel.: 0551/7704889
Fax: 0551/7704362
Internet: www.nadir.org/nadir/initiativ/aam/
E-Mail: aam@mail.nadir.org

Blick nach rechts
Heussallee 2-10

53113 Bonn
Tel.: 0228/2422130
Fax: 0228/2422131
Internet: www.bnr.de/
E-Mail: info@bnr.de

D.I.R.
Dokumentations- und Informationszentrum für Rassismusforschung e.V.
Postfach 1221
35002 Marburg
Tel.: 06421/37722
Fax: 06421/37794
Internet: www.uni-marburg.de/dir/
E-Mail: dir@mail.uni-marburg.de

IVVdN Landesvorstand Sachsen-Anhalt
Geschäftsstelle
Philipp-Müller-Straße 57
06110 Halle
Internet: www.ivvdn.de/

nadir-Informationsservice
nadir
Brigittenstraße 5
20359 Hamburg
Tel.: 040/43189460 (Freitags ab 19 Uhr)
Fax: 040 43189462
Internet: www.nadir.org/
E-Mail: nadir@mail.nadir.org

Der Rechte Rand. Informationen von und für AntifaschistInnen
Postfach 1324
30013 Hannover
Tel.: 0511/3060209
Internet: www.der-rechte-rand.de
E-mail: redaktion@der-rechte-rand.de

Simon Wiesenthal Center
Internet: www.wiesenthal.com/mot/index-g.htm

VVN-BdA
Bundesgeschäftsstelle
Rolandstr. 16
30161 Hannover

Tel.: 0511/331136
Fax: 0511/3360221
Internet: www.vvn-bda.de/
E-Mail: bundesbuero@vvn-bda.de

3. Gedenkstätten, Geschichtsinitiativen, Organisationen

Arbeitsgemeinschaft KZ Stöcken
Landeshauptstadt Hannover
Freizeitheim Stöcken
Eichsfelder Str. 101
30419 Hannover
Tel.: 0511/168-42942

Bundeszentrale für politische Bildung
Berliner Freiheit 7
53111 Bonn
Tel.: 0228/515-0
Fax: 0228/515-113
Internet: www.bpb.de
E-Mail: info@bpb.bund.de

Gedenkstätte Bergen-Belsen
29303 Lohheide
Tel.: 05051/6011
Fax: 05051/7396

Geschichtswerkstatt Hannover
Zur Bettfedernfabrik 3
30451 Hannover
Tel.: 0511/456252

Historisches Seminar der Universität Hannover
Projekt „Hannoversche Lager“
Im Moore 21
30167 Hannover
Tel.: 0511/762-19045
Fax: 0511/762-4479

Internationale Jugendbegegnungsstätte in Auschwitz
Legionow 11
PL 32-600 Oswicim
Rezeption: Tel.: 0048-33-8432107
Büro: Tel.: 0048-33-8431211

Fax: 0048-33-8433980

Pädagogische Abteilung: Tel. u. Fax: 0048-33-8433377

Internetverzeichnis Gedenkstätten für NS-Opfer in Deutschland, Topographie des Terrors, Berlin:
www.dhm.de/ausstellungen/ns_gedenk/index.htm

KZ-Gedenkstätte Buchenwald

Straße der Nationen

99427 Buchenwald

Tel.: 03643/4300

Fax: 03643/430100

KZ-Gedenkstätte Dachau

Alte Römerstraße 75

85221 Dachau

Tel.: 08131/1741

Fax: 08131/2235

KZ-Gedenkstätte Flossenburg

Gedächtnisallee 7

92696 Flossenburg

Tel.: 09603/10818

KZ-Gedenkstätte Ravensbrück

Straße der Nationen

16798 Fürstenberg an der Havel

Tel.: 033093/39241

Fax: 033093/38397

KZ-Gedenkstätte Neuengamme

Dokumentenhaus

Jean-Dolidier-Weg 39

21039 Hamburg

Tel.: 040/7231031

Fax: 040/7232953

KZ-Gedenkstätte Sachsenhausen

Straße der Nationen

16515 Oranienburg

Tel.: 03301/803719

Fax: 03301/803718

Landeshauptstadt Hannover

Freizeitheim Weiße Rose

Mühlenberger Markt 1
30457 Hannover
Tel.: 0511/168-41490

Niedersächsische Landeszentrale für politische Bildung
Hohenzollernstraße 46
30161 Hannover
Tel.: 0511/3901-0
Internet: www.politische-bildung.de
E-Mail: nlpd@politische-bildung.de

Landeszentrale für politische Bildung des Landes Sachsen-Anhalt
Schleiufer 12
39104 Magdeburg
Tel.: 0391/56534-0
Fax: 0391/56534-13
Internet: www.stk.sachsen-anhalt.de/
E-Mail: lpblsa.sekretariat@stk.sachsen-anhalt.de

Verein Bürger gestalten ein Mahnmahl
Ruth Gröne
Am Asphaltberge 7

Verein zur Förderung des Wissens über jüdische Geschichte und Kultur e.V.
C/o Stadtarchiv Hannover
Am Bokemahle 14-16
30171 Hannover
Tel.: 0511/168-42173
Fax: 0511/168-46590

Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V.
Landesverband Niedersachsen
Arnswaldstr. 16
30159 Hannover
Tel.: 0511/327363
Fax: 0511/3632845

Landesverband Sachsen-Anhalt
Leipziger Chaussee 51
39120 Magdeburg
Tel.: 0391/6216530
Fax: 0391/6216181

Zentralnachweis zur Geschichte von Widerstand und Verfolgung 1933-1945 auf dem Gebiet des

Landes Niedersachsen (ZNW)
Niedersächsische Landeszentrale für politische Bildung
Hohenzollernstraße 46
30161 Hannover
Tel.: 0511/3901-244 und –245
Fax: 0511/3901-290
E-Mail: nlpd@politische-bildung.de

Literatur

Allgemeine Literatur:

Ahrendt, Hannah, Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft, München 1986.

Baranowski, Frank (Hg.) Geheime Rüstungsprojekte in Südniedersachsen und Thüringen während der NS-Zeit, Duderstadt 1995.

Baranowski, Frank, Fremdarbeiter, Kriegsgefangene und KZ-Häftlinge im Rüstungsbetrieb Polte in Duderstadt, Mannheim 1993.

Bastian, Till, Auschwitz und die „Auschwitz-Lüge“. Massenmord und Geschichtsfälschung, München 1997(5).

Benz, Wolfgang, Enzyklopädie des Nationalsozialismus, Stuttgart 1998 (3).

Böhme, Ursula, Hg.: Betriebsparteioorganisation der SED des VEB Filmfabrik Wolfen; Kommission für Betriebsgeschichte/Betriebsarchiv des VEB Filmfabrik Wolfen, Der Kampf der antifaschistischen Widerstandsbewegung in der Filmfabrik Wolfen unter der Führung der KPD gegen Faschismus und Krieg 1933 bis 1945, Wolfen 1964.

Bornemann, Manfred (Hg.), Schicksalstage im Harz. Das Geschehen im April 1945, Clausthal-Zellerfeld, 1989.

Bracher, Karl Dietrich u.a. (Hg.), Nationalsozialistische Diktatur 1933-1945. Eine Bilanz (=Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung Bonn, Bd. 192), Düsseldorf 1983.

Bracher, Karl Dietrich u.a. (Hg.), Deutschland 1933-1945. Neue Studien zur nationalsozialistischen Herrschaft (=Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung Bonn, Bd. 314), Düsseldorf 1992.

Broszat, Martin; Frei, Norbert (Hg.), Das Dritte Reich im Überblick. Chronik, Ereignisse, Zusammenhänge, München Zürich 1989.

Dahlmann, Dittmar (Hg.), Lager, Zwangsarbeit, Vertreibung und Deportation. Dimensionen der Massenverbrechen in der Sowjetunion und in Deutschland 1933 bis 1945, (=Schriften der Bibliothek für Zeitgeschichte ; N.F., 10), Essen 1999.

Gedenkorte für die Opfer des Nationalsozialismus in Sachsen-Anhalt. Eine Übersicht, Oppin 1999.

Geiß, Imanuel, Geschichte des Rassismus, Frankfurt a.M. 1989

Heimatgeschichtlicher Wegweiser zu Stätten des Widerstandes und der Verfolgung. Niedersachsen I. Regierungsbezirke Braunschweig und Lüneburg, Köln 1985.

Heimatgeschichtlicher Wegweiser zu Stätten des Widerstandes und der Verfolgung. Niedersachsen II. Regierungsbezirke Hannover und Weser-Ems, Köln 1986.

Kommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung bei der Kreisleitung der SED und Kreiskomitee der Antifaschistischen Widerstandskämpfer (Hg.), Wir handelten im Interesse der Arbeiterklasse. Erinnerungen, Episoden und Erzählungen aus der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung des Kreises Staßfurt, Staßfurt 1983.

Kommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung bei der SED-Kreisleitung Eisleben und Mansfeldkombinat „Wilhelm Pieck“ (Hg.), Sie trugen das Banner der Nation. Beiträge zum antifaschistischen Widerstandskampf im Mansfelder Land, Eisleben 1965.

Kommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung der Kreisleitung Zeitz der SED (Hg.), Der antifaschistische Widerstandskampf im Kreis Zeitz 1933-1945, Zeitz 1977.

Knigge, Volkhart, Hg.: Moltmann, Bernhard u.a., Antifaschistischer Widerstand und Holocaust. Zur Geschichte der KZ- Gedenkstätten in der DDR, Frankfurt/M. 1993.

Kogon, Eugen, Der SS-Staat. Das System der deutschen Konzentrationslager, Frankfurt a.M. 1965.

Kreisleitung der SED Gräfenhainichen, Kommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung (Hg.) Zur Geschichte der revolutionären Arbeiterbewegung in Oranienbaum (von der Jahrhundertwende bis zur Gründung der Deutschen Demokratischen Republik), Gräfenhainichen 1978.

Kreisleitung der SED Staßfurt, Kreiskommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung (Hg.), Gedenkstätten im Kreis Staßfurt. Ein Beitrag zur Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung, Staßfurt 1967.

Kreisgeschichtskommission bei der Kreisleitung der SED und Ortsleitung der SED Staßfurt (Hg.), Zur Erinnerung an die 800-Jahrfeier der Stadt Staßfurt. 1980. Illustrierte Geschichte der Arbeiterbewegung der Stadt Staßfurt, Staßfurt 1980.

Kühnl, Reinhard, Der deutsche Faschismus in Quellen und Dokumenten, Köln 2000.

Langbein, Hermann, ... nicht wie die Schafe zur Schlachtbank. Widerstand in den nationalsozialistischen Konzentrationslagern, Frankfurt a.M. 1980.

Langbein, Hermann (Hg.), Der Auschwitzprozess. Eine Dokumentation. Nachdruck der Erstausgabe von 1965, Frankfurt a.M. 1995.

Mlynek, Klaus, Gestapo Hannover meldet... Polizei- und Regierungsberichte für das mittlere und

südliche Niedersachsen zwischen 1933 und 1937, Hildesheim 1986.

Niedersächsisches Ministerium für Bundes- und Europaangelegenheiten (Hg.), Gedenkstätten. Die Erinnerung vor Ort sichern, Hannover 1992.

Niedersächsisches Ministerium für Bundes- und Europaangelegenheiten (Hg.), Spuren suchen, Erinnerungen wach halten. Gedenkstättenarbeit in Niedersachsen, Hannover 1994.

Puvogel, Ulrike u.a., Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus. Eine Dokumentation, Bonn 1996 (2). [Überarbeitete Ausgabe der 1. Aufl. von 1987].

Schafft, G.E.; Zeidler, Gerhard (Hg.), Die KZ-Mahn- und Gedenkstätten in Deutschland, Berlin 1994.

SED Kreisleitung Wanzleben; Kommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung, Komitee der Antifaschistischen Widerstandskämpfer der DDR, Kreiskomitee Oscherleben/Wanzleben (Hg.), Sie leben in uns fort. Geschichte des antifaschistischen Widerstandskampfes unter Führung der Kommunistischen Partei Deutschlands 1933 bis 1945 im Kreis Wanzleben, Wanzleben 1976.

Spanjer, Rimco (Hg.), Zur Arbeit gezwungen, Zwangsarbeit in Deutschland 1940 – 1945, Bremen 1999.

SPD-Unterbezirk Hameln-Pyrmont (Hg.), Gegen Faschismus. Gegen Krieg. Informationen über den Widerstand der Sozialdemokraten vor 50 Jahren. Dokumentation des SPD-Unterbezirks Hameln-Pyrmont, März 1983, Hameln 1983.

Steinbach, Peter; Tuchel, Johannes (Hg.), Widerstand gegen den Nationalsozialismus (= Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung Bonn, Bd. 323), Berlin 1994.

Weinmann, Martin (Hg.), Das nationalsozialistische Lagersystem, Frankfurt a.M. 1990.

Literaturauswahl nach Orten/Gedenkstätten:

Braunschweig

Alt, Alfred; Bode, Marcus; Kritz, Ludwig A., Braunschweig ganz rechts. Ein Überblick, Braunschweig 2000.

Arbeiter-Samariter-Bund Kolonne Braunschweig (Hg.), 50 Jahre Arbeiter Samariter Bund e.V., Braunschweig 1963.

Arbeiter-Samariter-Bund Kolonne Braunschweig (Hg.), 60 Jahre Arbeiter Samariter Bund e.V. 1913-1973, Braunschweig 1973.

Bein, Reinhard, „Im Deutschen Land marschieren wir“ Freistaat Braunschweig 1930 - 1945,

Braunschweig 1994.

Bein, Reinhard, Widerstand im Nationalsozialismus. Braunschweig 1933 bis 1945, Braunschweig 1985.

Bein, Reinhard (Hg.), Juden in Braunschweig 1900-1945. Materialien zur Landesgeschichte, Braunschweig o.J.

Berger, Peter (Hg.) Gegen ein braunes Braunschweig. Skizzen zum Widerstand 1925-1945, Hannover 1980.

Brunsvicensia Judaica. Gedenkbuch für die jüdischen Mitbürger der Stadt Braunschweig 1933-1945, Braunschweig 1966.

DGB-Kreis Region Braunschweig, Regionale Gewerkschaftsblätter, Ausgaben zu den Rieseberg-Foren 1997-2000, Braunschweig 1997ff.

60 Jahre Konsumgenossenschaft Braunschweig eGmbH, Braunschweig 1950.

Jugendring Braunschweig e.V.; Arbeitskreis Andere Geschichte e.V. (Hg.), Die andere Stadtrundfahrt. Braunschweig 1930-1945, Braunschweig 1987.

Kramer, Helmut (Hg.), Braunschweig unterm Hakenkreuz, Braunschweig 1981.

Liedtke, Karl, Gesichter der Zwangsarbeit Polen in Braunschweig 1938-1945, Braunschweig 1997.

Liedtke, Karl; Zacharias, Elke, Das KZ-Außenlager Schillstraße. Der Arbeitseinsatz von KZ-Häftlingen bei der Firma Büssing, Braunschweig 1996.

Oehl, Alfred, Der Massenmord in Rieseberg 1933, Braunschweig 1981.

SPD Bezirk und Stadtkreis Braunschweig (Hg.), 1865-1955. 90 Jahre SPD Braunschweig, Braunschweig 1955.

Vögel, Bernhild, „...und in Braunschweig?“ Materialien und Tips zur Stadterkundung 1930-1945, Braunschweig 1996.

Dessau

Blunck, Richard, Hugo Junkers. ein Leben für Technik und Luftfahrt, Düsseldorf (1951).

Engelmann, Horst, Hg.: Kreiskommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung bei der Kreisleitung Dessau der SED, Sie blieben standhaft. Der antifaschistische Widerstandskampf in Dessau unter Führung der Kommunistischen Partei Deutschlands. Dessau 1965.

Schmitt, Günter, Hugo Junkers. ein Leben für die Technik. Planegg 1991.

Emslandlager/DIZ Papenburg

Auf der Suche nach den Moorsoldaten. Die Emslandlager 1933-1945, (3. Auflage). Papenburg 1991.

Das Dokumentations- und Informationszentrum Emslandlager (DIZ) in Papenburg. Informationen, Hinweise und pädagogische Anregungen für einen Besuch vor Ort, Papenburg 1997.

Kosthorst, E.; Walter, B., Konzentrations- und Strafgefangenenlager in Emsland 1933-1945, Düsseldorf 1985.

Landkreis Emsland (Hg.), Die Lager im Emsland 1933-1945. Vorträge und Texte zusammengestellt aus Anlaß der Kulturpreisverleihung 1999 an Erich Kosthorst und Bernd Walter, Meppen 1999.

Landkreis Emsland (Hg.), Die Zerstörung von Recht und Menschlichkeit in den Konzentrations- und Strafgefangenenlagern des Emslands 1933-1945. Materialien für den Geschichtsunterricht, Papenburg 1995(3).

Suhr, E., Die Emslandlager: Die politische und wirtschaftliche Bedeutung der emsländischen Konzentrations- und Strafgefangenenlager 1933-1945, Bremen 1985.

Gedenkstätte Bergen-Belsen

Bergen-Belsen. Begleitheft zur Dauerausstellung, Hannover 1990.

Füllberg-Stolberg, Claus u. a. (Hg.), Frauen in Konzentrationslagern. Bergen-Belsen-Ravensbrück, Bremen 1994.

Keller, Rolf, „Russenslager“. Sowjetische Kriegsgefangene in Bergen-Belsen, Fallingb.-Oerbke und Wietendorf, in: Hans-Heinrich Nolte (Hg.), „Der Mensch gegen den Menschen.“ Überlegungen und Forschungen zum deutschen Überfall auf die Sowjetunion 1941, Hannover 1992, S. 111-136.

Kolb, Eberhard, Bergen-Belsen. Vom „Aufenthaltslager“ zum Konzentrationslager 1943-1945, Göttingen 1996 (5).

Konzentrationslager Bergen-Belsen. Berichte und Dokumente, Göttingen 1995.

Gedenkstätte Holzen

Creydt, Detlef; Meyer, August, Zwangsarbeit für die Rüstung im südniedersächsischen Bergland 1939 – 1945. Solling, Hils, Ith, Vogler, Braunschweig 1994.

Gedenkstätte Langenstein-Zwieberge

Berti, Alberto, Viaggio nel Pianeta Nazista. Trieste - Buchenwald-Langenstein, Mailand 1989.

Le Goupil, Paul, Erinnerungen eines Normannen 1939-1945, Paris 1995.

Die Kraft im Unglück. Erinnerungen an Langenstein-Zwieberge – Außenlager des KZ Buchenwald, Halberstadt 1994.

Mahn- und Gedenkstätte Langenstein-Zwieberge bei Halberstadt (Hg.), 1. Zwieberger Gespräche. Dokumentation der Referate. 17. April 1993, Halberstadt 1993.

Mahn- und Gedenkstätte Langenstein-Zwieberge bei Halberstadt (Hg.), 2. Zwieberger Gespräche. Dokumentation der Referate. 8.-10. April 1994, Halberstadt 1994.

SED-Kreisleitung Halberstadt, Kommission zur Erforschung der örtlichen Arbeiterbewegung (Hg.), Mahnmahl Zwieberge-Langenstein (Kreis Halberstadt). Zur Geschichte und Errichtung der Mahn- und Gedenkstätte des Konzentrationslagers Langenstein-Zwieberge, Halberstadt 1969.

SED-Kreisleitung Halberstadt, Kommission zur Erforschung der örtlichen Arbeiterbewegung (Hg.), Unternehmen „Malachit“. Zur Geschichte des Konzentrationslagers Langenstein-Zwieberge, Halberstadt 1966.

Gedenkstätte Lichtenburg/Prettin

Drobisch, Klaus, Konzentrationslager im Schloß Lichtenburg, Lutherstadt Wittenberg 1997.

Gedenkstätte für die Opfer der NS-„Euthanasie“ Bernburg

Hoffmann, Ute, Todesursache „Angina“. Zwangssterilisation und „Euthanasie“ in der Landes-Heil- und Pflegeanstalt Bernburg. Dessau 1996.

Gedenkstätte Salzgitter-Drütte

Arbeitskreis Stadtgeschichte e.V. (Hg.), Das KZ unter der Hochstraße. Information zur Gedenk- und Dokumentationsstätte KZ Drütte, Salzgitter 1993.

Wysocki, Gerd, Arbeit für den Krieg, Braunschweig 1992.

Wysocki, Gerd, Zwangsarbeit im Stahlkonzern, Braunschweig 1982.

Gedenkstätte JVA Wolfenbüttel

Knauer, Wilfried, „Starb ruhig und gefasst“. Seelsorge für die Todeskandidaten im Strafgefängnis Wolfenbüttel während der NS-Zeit, in: Zurückgefragt. Reflexionen zu 100 Jahren St. Petrus Kirche in Wolfenbüttel, Kirchengemeinde St. Petrus Wolfenbüttel (Hrsg.), Wolfenbüttel 1991, S. 95-104.

Niedersächsisches Justizministerium/Presse- und Informationsstelle der Niedersächsischen Landesregierung (Hg.), Nationalsozialistische Justiz und Todesstrafe. Eine Dokumentation zur Gedenkstätte in der JVA Wolfenbüttel. Zusammengestellt und bearbeitet von Wilfried Knauer, Braunschweig 1991 (2).

Göttingen

Boguslawski, Gerd-Uwe u.a. (Hg.), „Allein bist Du nichts...“. Bilder, Berichte und Dokumente zur Sozialgeschichte der Metallgewerkschaft in Südniedersachsen, Göttingen 1993.

Bons, Joachim u. a., „Bohnensuppe und Klassenkampf“. Das Volksheim. Gewerkschaftshaus der Göttinger Arbeiterbewegung von der Entstehung im Jahre 1921 bis zu seiner Zerstörung 1944, Göttingen 1986.

Gottschalk, Carola, Verewigt und Vergessen. Kriegerdenkmäler, Mahnmale und Gedenksteine in Göttingen, Göttingen 1992.

50 Jahre. 1932-1982. Arbeiter-Samariter-Bund Ortsverband Göttingen-Land in Hann. Münden, Hann. Münden 1982.

Ortsvereinsvorstand der SPD Göttingen (Hg.), 110 Jahre SPD. Sozialdemokraten in Göttingen, Göttingen 1983.

Halle

Bezirkskommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung bei der Bezirksleitung Halle der SED in Verb. mit der Bezirksstelle zur Erforschung der Geschichte der Arbeiterbewegung beim Rat des Bezirks Halle(Hg.), Gedenk- und Erinnerungsstätten der Arbeiterbewegung im Bezirk Halle, Halle 1971.

Bezirksleitung Halle der SED, Bezirkskommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung (Hg.), Gedenk- und Erinnerungsstätten der Arbeiterbewegung im Bezirk Halle, Halle 1982.

Fricke, Kurz, Die Justizvollzugsanstalt „Roter Ochse“ Halle/Saale 1933-1945. Eine Dokumentation, (=Gedenkstätten und Gedenkstättenarbeit im Land Sachsen-Anhalt, H. 3), Magdeburg 1997.

Geschichtskommission der Kreisleitung Buna der SED (Hg.), Reinhold Zöllner - Ein Sohn der revolutionären halleschen Arbeiterklasse, Schkopau 1982.

Meincke, Susanne; Krause, Clemens, Hg.: Brentjes, Burchard, „Kristallnacht“ und Judenverfolgung. Zur Geschichte der jüdischen Gemeinde Halle, Berlin u.a. 1992.

Niemöller, Gerhard (Hg.), Die Synagoge zu Halle 1937. Die 2. Tagung der 4. Bekenntnissynode der Evang. Kirche der Altpreußischen Union. Text, Dokumente, Berichte, Göttingen 1963.

Stadtleitung Halle SED, Kommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung; Komitee der Antifaschistischen Widerstandskämpfer Halle, Halle-Neustadt, Salkreis; Rat der Stadt Halle (Hg.), Ein Leben für den Sozialismus. Parteiveteranen berichten aus ihrem kämpferischen Leben, Teil 1, Halle 1977.

Viebig, Michael, Das Zuchthaus Halle/Saale als Richtstätte der nationalsozialistischen Justiz (1942 bis 1945) (=Gedenkstätten und Gedenkstättenarbeit im Land Sachsen-Anhalt, H. 5), Magdeburg 1998.

Hannover

Anschütz, Janet; Heike, Irmtraud, Feinde im eigenen Land. Zwangsarbeit in Hannover im Zweiten Weltkrieg, Bielefeld 2000.

Buchholz, Marlis (Hg.) Die hannoverschen Judenhäuser. Zur Situation der Juden in der Zeit der Ghettoisierung und Verfolgung zwischen 1941 und 1945, Hildesheim 1987.

Festschrift des Arbeiter-Samariter-Bundes e.V. aus Anlaß des 50. Jahrestages der Gründung der Kolonne Hannover am 26. November 1960, Hannover 1960.

Freizeit- und Bildungszentrum Weiße Rose (Hg.), Das KZ-Außenlager Hannover-Mühlenberg, Hannover 1981.

Freizeitheim Lister Turm (Hg.), Alltag im Nationalsozialismus. Widerstand und Verweigerung in Hannover 1933-1945, Hannover 1983.

Fröbe, Rainer u.a., Konzentrationslager in Hannover, 2 Bde., Hildesheim 1985.

Fröbe, Rainer; u.a. (Hg.), Zur Nachkriegsgeschichte der hannoverschen Konzentrationslager, Hildesheim 1985.

Homeyer, Friedel, 100 Jahre Israelitische Erziehungsanstalt, Israelitische Gartenbauschule 1893-1993. Mahn und Gedenkstätte des Landkreises Hannover in Ahlem, Hannover 1993.

Hormann-Reckeweg, Birgit; Sauthoff-Nolle, Doris; Weinitschke, Norbert, Hg.: IG Chemie-Papier-Keramik, 1. April 1933. 50 Jahre danach, Hannover 1983.

IG Metall, Bezirksleitung Hannover (Hg.), Aus der Geschichte lernen. Gewerkschafter gegen reaktionäre Entwicklungen, für die Stärkung antifaschistischer Traditionen. Internationale Solidarität. Eine Gedenkfeier zu Ehren der Opfer des Faschismus, Hannover 1979.

35 Jahre im Dienst der Kommunalpolitik. Wilhelm Weber zur Vollendung seines 75. Lebensjahres am 6. Januar [1954] gewidmet von der sozialdemokratischen Ratsfraktion in Hannover, Hannover 1954.

Mertsching, Klaus, Hg.: DGB-Kreis Hannover, Die Besetzung des Gewerkschaftshauses am 1. April 1933 und seine Vorgeschichte, Hannover 1983.

Museum am Hohen Ufer (Hg.), „Reichskristallnacht“ in Hannover. Eine Ausstellung zur 40. Wiederkehr des 9. November 1938, Hannover 1978.

Obenaus, Herbert, „Sei stille, sonst kommst Du nach Ahlem!“ Zur Funktion der Gestapoleitstelle in der ehemaligen Israelitischen Gartenbauschule von Ahlem (1943-1945), Hannover 1987.

Obenaus, Herbert, Hg.: Brosius, Dieter, Bürgerliche im sozialdemokratischen Widerstand. Der Fall der Sozialistischen Front in Hannover, Hannover 1993.

Obenaus, Herbert, Hg.: Eiber, Ludwig, Konzentrationslager und Rüstungswirtschaft. Der Einsatz von KZ-Häftlingen in Industriebetrieben Hannovers, Hannover 1985.

VVN-Bund der Antifaschisten, Kreisgeschichtskommission Hannover (Hg.) Hannoversche Frauen gegen den Faschismus 1933-1945. Lebensberichte. Ein Beitrag zur Stadtgeschichte, Hannover 1981.

Hildesheim

Deutscher Gewerkschaftsbund, Kreis Hildesheim-Alfeld (Hg.), Geschichte der Hildesheimer Arbeiterbewegung, Hildesheim 1995.

DGB-Kreisausschuß Hildesheim-Marienburg (Hg.), 80 Jahre Gewerkschaften in Hildesheim 1871-1950. Festschrift des DGB, Kreisausschuß Hildesheim-Marienburg, Hildesheim 1950.

Festschrift zum 100jährigen Bestehen des Ortsvereins Hildesheim der Industriegewerkschaft Druck und Papier, Hildesheim 1968.

Projekt „Zur Sozialgeschichte der Arbeiterbewegung im Raum Hildesheim“, Heimvolkshochschule Springe des DGB (Hg.), Wilhelm Klingenberg: Ein Leben in der Hildesheimer Arbeiterbewegung, Springe 1980.

Teich, Hans, Hg.: VVN Bund der Antifaschisten, Kreisvereinigung Hildesheim, Hildesheim und seine Antifaschisten. Widerstandskampf gegen den Hitlerfaschismus und demokratischer Neubeginn 1945 in Hildesheim, Hildesheim 1979.

Thimm, Barbara, Spuren des Nationalsozialismus in Hildesheim (=Quellen und Dokumentationen zur Stadtgeschichte Hildesheims, Bd. 9), Hildesheim 1999.

Schmieder, Otto, Hildesheim 1944/45: Rückblick auf eine schicksalsschwere Zeit, Bearb. und eingel. von Helga Stein, (=Quellen und Dokumentationen zur Stadtgeschichte Hildesheims ; 6), Hildesheim 1996.

KZ-Gedenkstätte Moringen

Guse, Martin, „Wir hatten noch gar nicht angefangen zu leben“. Ausstellungskatalog zu den Jugendkonzentrationslagern Moringen und Uckermark, Düsseldorf 1992.

Guse, Martin, „Wir hatten noch gar nicht angefangen zu leben“. Plakatversion der Wanderausstellung zu den Jugend-KZ Moringen und Uckermark, 32 DIN A2-Plakate, Düsseldorf 1992.

Schelle, Arno, Das Männer-Konzentrationslager Moringen 1933. Festsetzung, Schikanierung und Folter Andersdenkender in einem der ersten KZs der Nationalsozialisten, Hausarbeit, Universität Hannover 1994.

Zitelmann, A., Paule Pizolka oder eine Flucht durch Deutschland, Weinheim 1996.

Freyberg, J. v.; Krause-Schmitt, Moringen–Lichtenburg–Ravensbrück. Frauen im Konzentrationslager 1933-45, Frankfurt 1997.

Lüneburg

DGB-Kreis Lüneburg-Dannenberg (Hg.), Aus der Geschichte lernen! Lüneburg 1930-1933. Zum 50. Jahrestag der „Machtergreifung“. Ereignisse in Lüneburg. Ältere Gewerkschaftskollegen berichten, Lüneburg 1983.

Geschichtswerkstatt Lüneburg(Hg.), Lüneburg unter dem Hakenkreuz. Ein antifaschistischer Stadtrundgang, Lüneburg 1995 (2).

Lüneburger Arbeitskreis „Machtergreifung“ (Hg.), Heimat, Heide, Hakenkreuz. Lüneburgs Weg ins Dritte Reich, Hamburg 1984.

Magdeburg

Bezirksleitung Magdeburg der SED, Abt. Agitation/Propaganda in Zusammenarbeit mit der Kommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung (Hg.), 9. November 1918-1958. Der Kampf der Arbeiterklasse im Bezirk Magdeburg, Magdeburg 1958.

Engelhardt, Rudolf; Meißner, Kurt, Hg.: Kommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung bei der Bezirksleitung Magdeburg der SED (u.a.), Gedenk- und Erinnerungsstätten zur Geschichte der Arbeiterbewegung im Bezirk Magdeburg, Magdeburg 1971.

Kommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung bei der Bezirksleitung Magdeburg der SED (u.a.) (Hg.), Quellensammlung zur Geschichte der Arbeiterbewegung im Bezirk Magdeburg, Magdeburg o.J.

Meißner, Kurt; Bursian, Hans; Kahlmann, Franz, Hg.: Bezirksleitung Magdeburg der SED, Abt.

Agitation/Propaganda, „...damit die Freiheit lebt.“ Zur Geschichte des antifaschistischen Widerstandskampfes unter Führung der KPD im Bezirk Magdeburg/Anhalt 1933-1945, Magdeburg 1966.

Puhle, Matthias (Hg.), „Dann färbte sich der Himmel blutrot...“. Die Zerstörung Magdeburgs am 16. Januar 1945. Ausstellung im Kulturhistorischen Museum Magdeburg. Katalog, Magdeburg 1995 (2).

SED-Bezirksleitung Magdeburg, Bezirkskommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung, Sektion ML u. Geschichte der PH „Erich Weinert“ Magdeburg, Stadtarchiv Magdeburg (Hg.), Im Feuer geboren. Beiträge zum Kampf der KPD im Bezirk Magdeburg-Anhalt 1918-1946. Dem 60. Jahrestag der Novemberrevolution und der Gründung der KPD gewidmet, Magdeburg 1978.

SED-Bezirksleitung Magdeburg, Bezirkskommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung u.a. (Hg.), In unverbrüchlicher Treue zur Sache der Arbeiterklasse. Biographien antifaschistischer Widerstandskämpfer. Dem 35. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus durch die ruhmreiche Sowjetarmee gewidmet, Magdeburg 1980.

Mahn- und Gedenkstätte Gardelegen

Gring, Diana, Die Todesmärsche und das Massaker von Gardelegen - NS-Verbrechen in der Endphase des Zweiten Weltkrieges (=Schriftenreihe des Stadtmuseums Gardelegen, H. 1), Gardelegen 1993.

Kaiser, Rupert, Tage im April - Ein Lesebuch mit Augenzeugen- und Erlebnisberichten über die Todesmärsche und das Massaker in der Isenschlibber Feldscheune 1945 (=Schriftenreihe des Stadtmuseums Gardelegen, H. 3), Gardelegen 1995.

Mahn- und Gedenkstätte Gardelegen (Faltblatt), Gardelegen 1995.

Mahn- und Gedenkstätte Wernigerode

Mahn- und Gedenkstätte Wernigerode: Das Außenkommando Wernigerode Veckenstedter Weg des KZ Buchenwald, Wernigerode o.J.

Landkreis Wernigerode (Hg.), Arbeitslager und Außenkommandos der KZ in Wernigerode, Wernigerode o.J.

Osnabrück

Freiheit – Krise – Diktatur. Zur Zerschlagung der Gewerkschaften in Osnabrück 1933, Osnabrück 1985.

Graf-Stauffenberg-Gymnasium Osnabrück (Hg.), Der andere Stadtführer, Osnabrück 1998. Auch: <http://w-ux2.osnet.de/~gsg/gsg.htm>

Issmer, Volker, Das Arbeitserziehungslager Ohrbeck bei Osnabrück. Eine Dokumentation (=Kulturregion Osnabrück, Bd. 13), Osnabrück 2000.

Kampen, Wilhelm van; Westphalen, Tilman (Hg.), 100 Jahre SPD in Osnabrück, Osnabrück 1975.

Kühling, Karl (Hg.), Osnabrück 1933-1945. Eine Stadt im Dritten Reich, Osnabrück 1980.

Niederländer im verdammtten Land. Zeugnisse der Zwangsarbeit von Niederländern im Raum Osnabrück während des Zweiten Weltkriegs (= Nederlanders in 't verdoemde Land), im Auftr. des Landschaftsverbandes Osnabruecker Land e.V. hrsg. von Volker Issmer, (=Kulturregion Osnabrueck ; 9) Osnabrück 1998 (2).

Osterode

Baranowski, Frank, Geheime Rüstungsprojekte in Südniedersachsen und Thüringen während der NS-Zeit, Duderstadt 1995.

Hillegeist, Hans-Heinrich, Hg.: Arbeitsgemeinschaft südniedersächsischer Heimatfreunde, Dachs IV. Ein Projekt des Geilenberg-Programms in Osterode/Harz, Mannheim 1993.

SPD-Ortsverein Osterode am Harz (Hg.), 110 Jahre SPD Ortsverein Osterode am Harz, Osterode 1978.

Struve, Walter, Aufstieg und Herrschaft des Nationalsozialismus in einer industriellen Kleinstadt, Osterode am Harz 1918-1945, Essen 1992.

Vladi, Firouz et. Al., Der Bau der Helmetalbahn. Hrsg. v. d. Arbeitsgemeinschaft Spurensuche in der Südharzregion, Duderstadt 2000.

Peine

DGB-Zweigbüro Peine u.a. (Hg.), Stadtbuch Peine. Ein Stadtbegleiter durch das „alltägliche Peine“, Peine 1989.

Dokumentationsstätte zu Kriegsgeschehen und Friedensarbeit Lehrte (Hg.) Schicksale Peiner Juden während der Nazidiktatur, Lehrte 1988.

IG Metall Verwaltungsstelle Peine (Hg.), 100 Jahre IG Metall Peine, Peine 1991.

90 Jahre für Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Festschrift des SPD-Ortsvereins zum 90jährigen Bestehen des Ortsvereins Peine, Peine 1981.

Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN), BdA, Kreisvereinigung Peine (Hg.), Peine unter der NS-Gewaltherrschaft, Peine 1978 (2).

Rehmsdorf

Czoßek, Lothar (Hg.), Außenkommando „Wille“ – ein Außenlager des KZ Buchenwald. Dokumentation über die Geschichte des Außenkommandos „Wille“ in Gleina, Tröglitz und Rehmsdorf, Rehmsdorf 1997.

Stadthagen

Henze, Karl, Von der Doggerbank an den Amazonas, Selbstverlag, o.O. (Stadthagen), o.J.

Uelzen

Banse, Dietrich, Das Außenlager Uelzen des Konzentrationslagers Neuengamme. Eine Dokumentation, Suhlendorf 1991 (3).

Festschrift zum 75jährigen Bestehen des Ortsvereins Uelzen in der IG Druck und Papier 10 Nov. 1962, Uelzen 1962.

Wernigerode

Kommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung bei der Bildungsstätte der SED, Kreisleitung Wernigerode, Kommission zur Vorb. d. 40. Jahrestages der Novemberrevolution b. K.A. der NF (Hg.), Zur Geschichte der Arbeiterbewegung des Kreises Wernigerode, Wernigerode 1958.

Wolfenbüttel

Bildungsvereinigung Arbeit und Leben Niedersachsen e.V., KAG Wolfenbüttel (Hg.), Nazi-Terror und Widerstand in Wolfenbüttel. Ein anderer Stadtführer, Wolfenbüttel 1985.

Seeboth, Robert (Hg.) Beiträge zur Geschichte der Wolfenbütteler Arbeiterbewegung, Wolfenbüttel 1979.

Wolfsburg

Volkswagen Kommunikation, Unternehmensarchiv (Hg.), Erinnerungsstätte zur Geschichte der Zwangsarbeit im Volkswagenwerk, Wolfsburg 1999.

Kocks, Klaus; Uhl, Hans-Jürgen, „Aus der Geschichte lernen“. Anmerkungen zur Auseinandersetzung von Belegschaft, Arbeitnehmervertretung, Management und Unternehmensleitung bei Volkswagen mit der Zwangsarbeit im Dritten Reich, (=Historische Notate, Schriftenreihe des Unternehmensarchivs der Volkswagen AG, H. 1), Wolfsburg 1999.

Mommsen, Hans; Grieger, Manfred, Das Volkswagenwerk und seine Arbeiter im Dritten Reich, Düsseldorf 1996, 1997(3).

Siegfried, Klaus-Jörg, Das Leben der Zwangsarbeiter im Volkswagenwerk 1939-1945, Frankfurt/M. u. New York 1988.

Wolfsburg 1938-1988. Katalog zur Ausstellung Bürgerhalle Rathaus Wolfsburg, 2. Mai – 31. Juli 1988, Braunschweig 1988.